

MECKLENBURGISCHE JAHRBÜCHER

Begründet von Friedrich Lisch

120. Jahrgang 2005

Herausgegeben im Auftrag des
Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde e.V.
von Andreas Röpcke

Die Mecklenburgischen Jahrbücher, bis zum 94. Jahrgang (1930) Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde, gaben heraus von 1836–1879 (Jg. 1–44) Friedrich Lisch, von 1880–1886 (Jg. 45–51) Friedrich Wigger, 1887 (Jg. 52) Franz Schildt, von 1888–1919 (Jg. 53–84) Hermann Grotefend, von 1920/21–1936 (Jg. 85–100) Friedrich Stuhr, von 1937–1940 (Jg. 101–104) Werner Strecker, von 1985–1993 (Jg. 105–109) Helge Bei der Wieden, von 1995–1999 (Jg. 110–114) Christa Cordshagen. Beihefte erschienen zu den Jahrgängen 77/1913, 101/1937 und 114/1999.

Die Mecklenburgischen Jahrbücher werden gefördert mit Mitteln des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern.

Redaktion

Schriftleitung: Andreas Röpcke

Redaktionsausschuss: Elsbeth Andre, Christa Cordshagen, Bernd Kasten, Sabine Pettke, Peter-Joachim Rakow

Redaktionsassistent: Detlev Nagel

Die Mecklenburgischen Jahrbücher sind über die Geschäftsstelle des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde e.V., Graf-Schack-Allee 2, Landeshauptarchiv Schwerin, D-19053 Schwerin, zu beziehen. Für die Veröffentlichung gedachte Manuskripte werden zu Händen der Redaktion an diese Anschrift erbeten.

Internet: www.geschichtsverein-mecklenburg.de

© 2005 by Verein für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde e.V.
Alle Rechte vorbehalten.

Jeder Autor ist für seinen Beitrag selbst verantwortlich.

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier nach DIN/ISO 9706.

Gesamtherstellung: Druckerei Buck GmbH, Ludwigslust.

ISSN 0930-8229

https://doi.org/10.18453/rosdok_id00002824

INHALT DES JAHRBUCHES

Aufsätze und Miszellen

Lübeck und Rostock: Hansische Konfliktbewältigung im Rahmen der Rostocker Domfehde Von Antjekathrin Graßmann	7
Das Wappen der Herzogin Sophia von Sachsen geb. von Mecklenburg und Zeugnisse ihrer Memoria in Torgau Von Ralf-Gunnar Werlich	21
Die Ablösung des Schweriner Bischofszehnten im Archidiakonat Triebsees Von Dirk Schleinert	33
„Eine besondere [...] unter unserer Protection neu-angebaute Stadt“ Die Gründung der Schweriner Neustadt vor 300 Jahren Von Norbert Credé	57
Wenn das Geld brennt und der Pfennig heckt Volkskundlich-numismatische Quellen aus Mecklenburg Von Christoph Schmitt	87
Das Frauenkloster Rühn – hier irrte nicht nur G.C.F. Lisch Zu Quellen des Benediktinerinnenklosters Von Gerhard Schlegel	107
Die Bürgerlichen Parteien in Mecklenburg-Schwerin 1918–1926 Von Bernd Kasten	115
Der Kapp-Lüttwitz Putsch im März 1920 Von Fred Mrotzek	133
Freistaat, Preußische Provinz oder Reichsland? Die Selbstbehauptung der mecklenburgischen Länder in der Weimarer Republik Von Anke John	157
Die Bedeutung traditioneller Verleger beim Neuaufbau der Presse in Mecklenburg-Vorpommern nach dem Zweiten Weltkrieg Von Stefan Matysiak	175

Dokumentation

Bilderhandschriften der Abstammung und Stammfolge des Mecklenburger Fürstenhauses Von Andreas Röpcke	199
Deklaration zur Gründung der Neustadt auf der Schelfe bei Schwerin Herausgegeben von Norbert Credé	223
Cecilienhilfe Von Jörg Kirschstein	237
Franz Jüttners republikfeindliche Karikaturen in den „Mecklenburger Nachrichten“ im Jahr 1919 Von Bernd Kasten	239

Vereinsnachrichten

Tätigkeitsbericht des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde e.V. für das Jahr 2004	259
Satzung des Vereins vom 17. April 2004	262
Aus der Arbeit der Historischen Kommission für Mecklenburg e.V.	265
Abkürzungsverzeichnis	269

AUFSÄTZE UND MISZELLEN

LÜBECK UND ROSTOCK: HANSISCHE KONFLIKTBEWÄLTIGUNG IM RAHMEN DER ROSTOCKER DOMFEHDE*

Von Antjekathrin Graßmann

Viel Mühe, viel Geld und viel Fleiß¹, so wird in den Niederschriften und Briefen der wendischen Hansestädte wiederholt erwähnt, ist wegen der Rostocker Angelegenheit aufgewandt worden. Wohl um die dreißigmal trafen sich die Vertreter der wendischen Hansestädte, sechs an der Zahl, fast immer vollständig, um zu helfen, zu mahnen, zu vermitteln, auch um zu rügen oder auch abzulehnen, ja auch um zu drohen.

Die Hanse als Ordnungsmacht? Dies wäre zu viel gesagt. Aber ihr Einfluss stellte eindeutig den wichtigsten Kontrapunkt in der Auseinandersetzung der mecklenburgischen Herzöge Magnus und Balthasar mit der im wendischen Hansequartier drittgrößten Hansestadt Rostock dar.

Mehrfach ist der komplizierte Ablauf der sog. Rostocker Domfehde² Thema wissenschaftlicher Betrachtung gewesen. Sie ist in vergleichende Beziehung mit jenen spätmittelalterlichen Bürgerkämpfen³ gesetzt worden, wie sie auch in anderen Hansestädten (auch Lübeck selbst) stattgefunden haben, sie ist als frühbürgerliche Revolution interpretiert worden,⁴ und auch die Hanseforschung selbst hat sich ihrer angenommen und sie als herausragendes Beispiel für das

* Für den Druck bearbeitete Fassung eines am 10. Oktober 2003 in Schwerin gehaltenen Vortrags. Die Vortragsform ist jedoch beibehalten worden, daher auch die Zitate in hochdeutscher Sprache.

¹ Hanserezesse (=HR) III,2, Nr. 419: „moye, sorge, koste, geltspildunge und arbeide“ (1490), Leipzig 1883.

² Karl KOPPMANN: Geschichte der Stadt Rostock, 1. Th.: Von der Gründung der Stadt bis zum Tode Joachim Slüters, Rostock 1887. – Manfred HAMANN: Mecklenburgische Geschichte. Von den Anfängen bis zur Landständischen Union 1523, Köln/Graz 1968, S. 242–249. – K.E.H. KRAUSE: Über den 1. und 2. Theil der Rostocker Chronik, in: Programm der Großen Stadtschule zu Rostock 1873, Rostock 1873. – Bernd-Ulrich HERGEMÖLLER: „Pfaffenkriege“ im spätmittelalterlichen Hanseraum. Quellen und Studien zu Braunschweig, Osnabrück, Lüneburg und Rostock, Köln/Wien 1988, 2 Bde. (mit umfangreichen Literaturangaben).

³ Wilfried EHBRECHT: Verhaltensformen der Hanse bei spätmittelalterlichen Bürgerkämpfen in Westfalen, in: Westfälische Forschungen 26 (1974), S. 46–59. – DERS.: Hanse und spätmittelalterliche Bürgerkämpfe in Niedersachsen und Westfalen, in: Niedersächsisches Jahrbuch 48 (1976), S.77–105. – HERGEMÖLLER (wie Anm. 2).

⁴ Konrad FRITZE: Am Wendepunkt der Hanse. Untersuchungen zur Wirtschaft- und Sozialgeschichte wendischer Hansestädte in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Berlin 1967.

Ringten einer Hansestadt mit ihrem Landesherrn um Erhalt ihrer lebenswichtigen Privilegien gewürdigt.⁵

Hier nun soll einmal der Blick auf die konkrete Verhandlungssituation der hansischen Städtetage – sehr häufig in der Travestadt – geworfen werden, um damit die hansische Verhandlungskunst, die ja schon sprichwörtlich⁶ geworden ist, zu würdigen. Aber die wendischen Hansestädte ließen es sich nicht genugsein, ihre Ratsherrn als Ratssendeboten an die verabredeten Orte zu schicken. Darüberhinaus sind auch die zahlreichen diplomatischen Bemühungen zu nennen, zu denen in besonderem Maße Albert Krantz,⁷ gebürtiger Hamburger, Rostocker Universitätslehrer und seit 1486 Lübecker Syndikus, beigetragen hat. Auf den häufigen Terminen und Tagfahrten ging es teils um das Ein- und Umstimmen der herzoglichen Verhandlungspartner, teils musste den Rostocker Stadtvertretern ins Gewissen geredet werden. Es sollen hier aufgrund der Auswertung der Hanserezesse⁸ Antworten versucht werden auf die Fragen: Welchen diplomatischen und hansepolitischen Prinzipien huldigten die wendischen Hansestädte bei der Lösung des Rostocker Konflikts, der die Verfassung der Warnowstadt und ihre Wirtschaft in den Grundfesten erschütterte und berührte? Zugleich wird die Rolle Lübecks deutlich werden. Wie stand man zur Stadt an der Trave? Kann man Lübecks „Handschrift“ in den Verhandlungen erkennen? Und schließlich: Wie ist die zeitgenössische Wahrnehmung und die Beilegung der Domfehde unter diesem Aspekt zu würdigen?

Da in den Grundzügen bekannt, sollen hier nur einige Stichworte zum chronologischen Verlauf der Domfehde gegeben werden. Nach einer längeren Vorgeschichte, auf die hier nicht eingegangen werden kann, schritten die beiden Herzöge Magnus und Balthasar nach dem Tode ihres Bruders, der ihnen die Durchsetzung eines Kollegiatstifts in Rostock noch auf dem Totenbett aufgetragen hatte, zur Einrichtung eben dieses Kollegiatstifts, d.h. wenn man so will, einer Umwidmung der St. Jakobikirche, um die finanzielle Ausstattung der Universität zu verbessern (wie sich zeigte, zur Förderung von Personen, die in herzoglichem Dienst standen).

Schon sehr bald, im September 1483, kam es zur Ablehnung dieses Plans durch die Rostocker, da Rat und Gemeinde die Zunahme herzoglichen Einflus-

⁵ Hans SAUER: Hansestädte und Landesfürsten. Die wendischen Hansestädte in der Auseinandersetzung mit den Fürstenhäusern Oldenburg und Mecklenburg während der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, Köln/Wien 1971. – Stuart JENKS: Die Einstellung der Hanse zu den Stadtaufständen im Spätmittelalter, in: Die hansischen Tagfahrten zwischen Anspruch und Wirklichkeit, hg. v. Volker HENN, Trier 2001.

⁶ Lasset uns tagen, leicht ist das Fähnlein an die Stange gebunden, aber schwer ist, es wieder abzunehmen (Gerhard NEUMANN: Hinrich Castorp. Ein Lübecker Bürgermeister aus der 2. Hälfte des 15. Jh., Lübeck 1932, S. 56).

⁷ Ulrich ANDERMANN: Albert Krantz, Wissenschaft und Historiographie um 1500, Weimar 1999.

⁸ Hanserezesse: III.Abt. 1477–1530, Bd. 2 (1485–1490), Leipzig 1883.

ses in der Stadt befürchteten. Dieser war auf verschiedenen Gebieten zu spüren und wenig erfolgreich zurückzudrängen gewesen. Die Herzöge hatten ihre Interessen durch die Forderung einer Bede, durch die Einrichtung von Zöllen in Ribnitz und Grevesmühlen sowie der Erhebung von Ansprüchen auf Rostocker Landgüter verfolgt. Herzogliches Drängen manifestierte sich zudem in der Ausweitung von Landfriedensprinzipien bei der Verhaftung von Straßenräubern und deren Aburteilung (und zwar in Konkurrenz zu städtischen Gerichten). Und schließlich ergab sich ein sehr konkreter Streitpunkt, da die Herzöge mit der Aneignung der schiffbrüchigen Güter des Pawel Lange der Stadt das Strandrecht streitig gemacht hatten.

Nach der Ablehnung des Kollegiatstiftes durch die Stadt versuchten die Herzöge, seine Einrichtung mit geistlicher Hilfe durchzusetzen – hier seien nur Interdikte durch den Bischof von Schwerin und der Erlass der päpstlichen Bulle im November 1484 genannt. Herzog Magnus und Bischof Johann von Ratzeburg hatten sich deshalb 1486 in eigener Person zu Papst Innozenz VIII. begeben, der das Domstift bestätigte. Obwohl begründete Sorge wegen Zunahme herzoglichen Einflusses nicht nur die Gemeinde, sondern auch den Rostocker Rat selbst bewegte, entschied sich dieser im Sommer d. J. halbherzig für die Zustimmung zur Einrichtung des Stiftes, ohne – was sich als sehr gravierend erweisen sollte – Wissen und Willen der Bürgerschaft. Wegen des Domstiftes, aber auch wegen anderer Gravamina war es zu einem ergebnislosen Treffen der Herzöge und der Hansestädte in Wilsnack im Oktober d. J. gekommen.

Am 12. Januar 1487 erschienen die Herzöge also zur feierlichen Einweihung und zwangen auch den Rat zur Teilnahme an diesem Akt. Zwei Tage später kam es zum Eklat: Die Bürger störten den sonntäglichen Gottesdienst in der Jacobikirche und ließen auch von den neuernannten Stiftsherren nicht ab. Der Propst (und frühere Kanzler des Herzogs) Thomas Rode wurde im Getümmel erschlagen, ein anderer Kirchenmann eingesperrt. Die Herzöge und ihre Frauen konnten die Stadt mit knapper Not ungeschoren verlassen. Die Bürgermeister Kirchhof und Hasselbeke mussten die Flucht ergreifen. Trotz zahlreicher Verhandlungen insbes. auf dem Lübecker Hansetag im Mai 1487 spitzte sich die Situation nun zu. Es kam zur militärischen Auseinandersetzung, die durch Vermittlung der wendischen Hansestädte am 13. Dezember 1487 in einem Friedensschluss in Wismar auf ein Jahr und drei Monate endete und ein halbes Jahr später, im Juli 1488, zu einem Vergleich mit den aus der Stadt entwichenen Bürgermeistern führte.

Damit schien die Bedingung für eine endgültige Beilegung des Streites mit den Herzögen erfüllt. Die Befürchtung aber, man müsse das Kollegiatstift und damit herzogliche Präsenz nun doch in den Mauern Rostocks dulden, ließ im Februar 1489 eine Gruppe von Bürgern und Volks unter Anführung des Steinmetzen und Niedergerichtsanwalts Hans Runge aufs Rathaus ziehen und dort die Vorlage der Privilegien der Stadt fordern. Es kam zur Verlesung der Urkunde vom 15. Juli 1486, in der der Rat – wie oben erwähnt – ohne Zustimmung der

Gemeinde sein Einverständnis zur Einrichtung des Stifts erteilt hatte. Runge konnte nun unter dem Motto, der Rat habe in seinem „falschen Brief“ Freiheit und Privilegien der Stadt verleugnet, einen großen Volkshaufen hinter sich versammeln. Es kam zur Wahl eines Sechziger-Ausschusses (30 Kaufleute, 30 Handwerker) und zur Umbildung des Rats. Während ein Teil der Ratmänner, die dem Domstiftplan nicht entgegen gewesen waren, in der Hörkammer zeitweise gefangen gesetzt wurden, konnten die übrigen Ratmänner neu vereidigt werden. Auf dem wendischen Städtetag im März 1489 ergab sich daher das Problem, ob und wie die Hansestädte nun mit Rostock als einer Stadt im Aufruhr umgehen sollten.

Die in der zweiten Hälfte des Jahres beginnenden Verhandlungen zwischen den Landesherren und ihrer Stadt unter Vorsitz König Johanns von Dänemark unter Beisein benachbarter Herzöge in Wismar endeten am 7. September 1489 höchst ungünstig für Rostock: Das Kollegiatstift sollte bestehen bleiben. Die Kosten der herzoglichen Tagfahrt mit 2500 fl. waren zu tragen, ebenfalls die Unkosten der Romfahrt und andere Auslagen, die die Herzöge Rostocks wegen aufführten. Wegen der tumultuarischen Ereignisse bei der Einweihung des Stifts hätten die Rostocker zudem Privilegien und Lehngüter verwirkt und eine Pön von 30 000 rh. fl. zu zahlen. Den Herzögen sei erneut zu huldigen und eine fußfällige Bitte um Vergebung durch den Rat zu leisten. Auch seien die beiden vertriebenen Bürgermeister Kerkhof und Hasselbeke wieder einzusetzen, dagegen die aus Gnaden der Sechziger erwählten Ratsmitglieder abzusetzen. Die Sechziger selbst hätten sich aufzulösen. Für den ermordeten Thomas Rode wurde die Stiftung einer ewigen Memoria gefordert sowie die gerichtliche Verfolgung der Mörder und ihre Auslieferung an den Herzog. Verständlicherweise erzeugte dieses Urteil in Rostock Verbitterung und brachte das Fass zum Überlaufen, indem nun auch sechs noch aus dem alten Rat stammende Mitglieder vertrieben und durch neue ersetzt wurden. Kerkhof und Hasselbeke arbeiteten auf den Ausschluss Rostocks aus der Hanse hin. Im Sommer 1490 schien eine erneute militärische Auseinandersetzung unvermeidlich. Zu Ende desselben Jahres zeichnete sich ein Vergleich zwischen altem und neuem Rat ab. Ein Vierteljahr später, im April 1491, kam es zu einem letzten Aufbäumen der Rungeschen Anhänger, die diese Übereinkunft nicht anerkennen wollten. Runge und ein Gefolgsmann werden hingerichtet, andere in Gefängnis gesetzt. Der Volkshaufe verlief sich.

Im Mai 1491 wurde dann auch zwischen den Herzögen und der Stadt Rostock der Ausgleich erreicht: Der Rat erkannte das Kollegiatstift und eine sog. Gehorsamsurkunde an, verpflichtete sich zur Zahlung von 21 000 rhein. Gulden, trat in der Lehngüterfrage die Dörfer Nienhusen und Fahrenholz ab, leistete Huldigungseid und Fußfall vor den Herzögen. Diese bestätigten, wenn auch nicht sofort, die Privilegien der Stadt.

Dies in Kürze die Etappen der Rostocker Domfehde, die außerordentlich häufig entweder Anlass zu Beratungen der wendischen Hansestädte oder wenig-

stens Tagesordnungspunkt ihrer Treffen gewesen ist, ganz abgesehen von der Entsendung ihrer Vertreter zur Vermittlung zwischen den streitenden Parteien.

Die wendischen Hansestädte Lübeck, Hamburg, Rostock, Stralsund, Wismar und Lüneburg bildeten den harten Kern der Hanse.⁹ Während Lübeck ca. 21 000 Einwohner aufwies, wohnten in der Warnowstadt wohl ca. 11 000, in Wismar 8000 Menschen.¹⁰ Wie in den an der See liegenden Hansestädten meistens war die soziale Schichtung der Bevölkerung bis in die zweite Hälfte des 15. Jahrhunderts auch in Rostock wohl noch relativ ausgewogen.¹¹ Zwar standen sich eine verschwindend geringe Anzahl von reichen Kaufleuten und eine große Schar von Unselbständigen und fast Einkommenslosen, die keine Steuern zahlten, gegenüber. Jedoch machte der – anachronistisch gesprochen – Mittelstand bei den Städten doch noch einen relativ hohen Anteil aus. So wurden auch Bürgerkämpfe nicht getragen von Besitzlosen, sondern von der Gruppe der kleineren Kaufleute und Handwerker, die mit dem Ratsregiment z.B. wegen Steuererhebung und Marktvorschriften unzufrieden waren.¹² Unter den sechs wendischen Hansestädten zeichnete sich Rostock besonders durch Getreidehandel und das Brauwesen aus. Beziehungen nach Schonen, nach Oslo, nach England und Russland unterhielt auch die Rostocker Kaufmannschaft. So kann hinsichtlich Handelsvolumen und Einkommensverteilung in Lübeck und in Rostock wahrscheinlich nur von graduellen Unterschieden gesprochen werden. Der wesentliche Unterschied zur Reichsstadt an der Trave lag freilich in der Unterordnung Rostocks unter einen Landesherrn, auch wenn der Warnowstadt die Annäherung an eine *de facto*-Reichsstadtqualität¹³ gerade um diese Zeit nicht abzusprechen war.

Ein Blick in die Hanserezepte zeigt die Anerkennung Lübecks als Haupt der Hanse, ausdrücklich bestätigt nach Unruhen 1418.¹⁴ Das bedeutete, dass man den Rat Lübecks einholte, aber auch – z.B. Wismar 1490 Unzufriedenheit mit

⁹ Philippe DOLLINGER: Die Hanse, 5. Aufl., Stuttgart 1998, S. 130 f.

¹⁰ Rolf HAMMEL: Bevölkerungsentwicklung und städtische Topographie, in: Die Hanse. Lebenswirklichkeit und Mythos, 1. Bd., Hamburg 1989, S. 181.

¹¹ Johannes SCHILDHAUER: Die Sozialstruktur der Hansestadt Rostock von 1378 bis 1569, in: Hansische Studien, Hans Sproemberg zum 70. Geburtstag (Forschungen zur mittelalterlichen Geschichte 8), Berlin 1961, S.341–353. – Konrad FRITZE: Die Bevölkerungsstruktur Rostocks, Stralsunds und Wismars am Anfang des 15. Jahrhunderts. Versuch einer sozialstatistischen Analyse, in: Greifswald-Stralsunder Jahrbuch 4, 1964, S. 69–79.

¹² EHBRECHT (wie Anm.3). – Chroniken der deutschen Städte Bd. 26: Lübeck Bd. 2, Leipzig 1899, S. 381–434.

¹³ Helge BEI DER WIEDEN: Rostock zwischen Abhängigkeit und Reichsunmittelbarkeit, in: Roderich SCHMIDT (Hg.), Pommern und Mecklenburg. Beiträge zur mittelalterlichen Städtegeschichte, Köln/Wien 1981, 111–132, hier: S. 128.

¹⁴ Carl Friedrich WEHRMANN: Der Aufstand in Lübeck bis zur Rückkehr des Alten Raths 1408–1416, in: Hansische Geschichtsblätter 1878, S. 103–156. – Rhiman A. ROTZ: The Lubeck Uprising of 1408 and the Decline of the Hanseatic League, Proceedings of the American Philosophical Society, Vol. 121, Philadelphia 1977.

Lübeck äußerte.¹⁵ Der Vorsitz der Travestadt auf den Hansetagen und den Regionaltagen, in ihrer Häufigkeit das wichtigste Organ der Hanse, war unangefochten.¹⁶

Man traf sich meistens in Lübeck, aber auch – sozusagen auf der Hälfte des Weges für Stralsund oder Lüneburg – in Mölln und Wismar. Regionaltage fanden bis zu viermal im Jahr statt. Es ist unübersehbar, dass die Auseinandersetzung Rostocks mit seinen Herzögen und seine Verfassungskrise diese hansischen Versammlungen des Jahrfünfts zwischen 1486–1491 sehr stark in Anspruch genommen hat, ebendies gilt auch für den Hansetag in Lübeck von 1487. Tagungsort war ein Saal im Lübecker Rathaus, zeitgenössisch „im niedersten Huse“ genannt (erst nach dem Umbau im 16. Jh. als Audienzsaal bezeichnet).¹⁷ Zu den Sitzungen entsandten die Städte ein bis drei Ratsherren, häufig begleitet durch ihre Schreiber, z.T. auch durch die Syndici. Es kamen also bis höchstens 20 Ratssendeboten zusammen, eine Zahl, die auch heute noch für eine ergebnisreiche Sitzung günstig ist. Gemäß der Sitzordnung hatten die Rostocker zwischen den Hamburger und Stralsunder Herren ihren Platz. Man tagte von morgens sieben oder acht, begann dann wieder um 14 Uhr, wobei eindeutig die Vormittagssitzung den wichtigeren Punkten vorbehalten war.¹⁸ In den Einladungen zu den Sitzungen wurden die Tagesordnungspunkte genannt. Stand die Rostocker Angelegenheit auch häufig im Zentrum, so bestimmten natürlich auch die „normalen“ hansischen Probleme, Entwicklungen in den Kontoren Novgorod, Brügge, London, Bergen, Verhandlungen mit auswärtigen Machthabern, Handelssperren und Entschädigungsfragen die Sitzungen.

Hier kann natürlich nicht im einzelnen auf die zahlreichen Schreiben zur Rostocker Problematik in den Hanserezessen eingegangen werden, es wird nur das Wichtigste skizziert. Den Auftakt bot die Klage der Warnowstadt über die Einrichtung des Kollegiatstifts, wogegen die wendischen Hansestädte sich unter dem 20. Januar 1484 mahnend an die Herzöge wandten¹⁹ und diese schon unter dem 16. Februar fünf herzogliche Räte an die Trave schickten, um ihr Vorgehen zu erklären.²⁰ Das Angebot der Städte, in der Sache als Schiedsrichter zu wirken, – ein in verfahrenen Situationen wiederkehrendes Angebot – meinten die Herzöge nicht annehmen zu können, da es sich bei der Einrichtung des Stifts um eine geistliche Angelegenheit handelte, die geistlicher Gerichtsbarkeit unterläge.

Hier sei die Frage des Strandrechts erwähnt, die die Städte sehr ernst nahmen und mit der Domstiftangelegenheit verwoben. Auf einem wendischen Städtetag

¹⁵ 1490 Nov. 20: Lübeck an Wismar (HR III,2, Nr. 419).

¹⁶ DOLLINGER (wie Anm.9), S. 125.

¹⁷ Bau- und Kunstdenkmäler der Hansestadt Lübeck, überarb. von Lutz WILDE, Bd. 1,2, Lübeck 1974, S.155.

¹⁸ HR III,2, Nr. 424, § 28.

¹⁹ HR III,1, Nr. 495.

²⁰ HR III,1, Nr. 497.

in Lübeck wurde unter dem 11. Januar 1485 beschlossen,²¹ dass gegen Vögte des Herzogs, die das Strandrecht ausgeübt hätten, durch die nächstgelegene Stadt einzuschreiten sei und sie nach Recht zu richten seien. Die (gefährlichen) Folgen, die hieraus entstehen könnten, sollten von allen Städten gemeinsam getragen werden. Im Fall des gestrandeten Schiffs von Pawel Lange hatte sich Gerd Frese, herzoglicher Vogt zu Schwaan, des Schiffs bemächtigt und hatte die geretteten Waren auf 150 Wagen nach Schwerin transportieren lassen. Frese war ergriffen und von Rostock gerichtet worden. Wie aufgebracht man in Lübeck hierüber war, zeigen zwei Schreiben von August und September 1486 an die Warnowstadt:²² Es dünkt uns sehr nötig, falls die Sache weitergeht, daß ihr mehr Sorgfältigkeit und bessere Beachtung, als es zuvor geschehen ist, durch eure Rechtsanwälte und Gerichtsleute walten laßt, wie euch und den euren von den anderen wendischen Städten auf unserer letzten Tagfahrt hier zu erkennen gegeben ist. Sodann haben wir auch gehört vom Gram und Unwillen, der zwischen etlichen eures Rates gewesen ist, der nicht gründlich ausgerottet wurde, sondern verstärkt und erweckt wurde, was wir, wenn es denn so ist – ganz ungerne hören. Unser gütliches und freundliches Begehrt ist, daß ihr diesen gründlich in der Güte schlichtet. Wenn der eine den einen Weg und der andere den anderen Weg will, dann wird es zur Last und eurer guten Stadt entgegen und könnte sehr schädlich werden. Solltet das wohl betrachten und zu Herzen nehmen. Und in dem späteren Brief: Eilends und ohne Säumen mit tauglichen Personen sollte man die Sache fördern und kein Geld und Gut darin sparen, da ja, wie vor Augen ist, die Sache euch allermeist und uns mit anderen zu großer schwerer Last, Nachteil und Schaden möchte erwachsen, was wir ungern sehen.

Mit vieler Mühe und Überredungskunst durch die wendischen Städte war es zu einer Tagfahrt in Wilsnack²³ vom 15.–18. Oktober 1486 gekommen, die Markgraf Johann von Brandenburg als Vorsitzender leitete und auf der auch die hansischen Abgesandten vertreten waren. Der Lübecker Syndikus Albert Krantz²⁴ trat hier zum ersten Mal auf und beschrieb den Verlauf der Sitzungen sehr ausführlich. Die Verhandlungen blieben ergebnislos, da die Rostocker die Genehmigung für das Kollegiatstift mit der Rückgabe des von herzoglichen Beamten – ihrer Meinung nach – geraubten Strandguts verbinden wollten. Die Herzöge bestanden dagegen auf dem geistlichen Charakter der Stiftsangelegenheit und verlachten die Höhe des Schadensersatzes von 30 000 fl. für das gestrandete Schiff. Obwohl unter Lübecks geschickter Leitung sozusagen geheim in Abwesenheit der Herzöge mit dem Markgrafen verhandelt wurde, stellte sich Erfolg nicht ein.

Ein Jahr später nach der Weihefeierlichkeit in der Jacobikirche und dem anschließenden Krawall kamen wiederum insbes. durch Albert Krantz Verhand-

²¹ HR III,1, Nr. 582.

²² 1486 Aug. 16 (HR III,2, Nr. 63 und 64).

²³ HR III,2, Nr. 75 und 76.

²⁴ ANDERMANN, KRANTZ (wie Anm. 7).

lungen am 24. April 1487 in Schönberg zustande.²⁵ Auffällig ist hier, dass keine Rostocker Vertreter teilnahmen, sondern die ausgewichenen Bürgermeister Kerkhof und Hasselbeke das Wort führten, die weder bei den herzoglichen, noch bei den städtischen Abgesandten Platz nehmen durften. Man wünschte keine hansische Sympathiedemonstration für innerrostockische Unruhen.

Auf dem Hansetag²⁶ in Lübeck im Mai d.J., einem der bedeutendsten und besuchtesten, die überhaupt gehalten worden sind, fanden sich die Ratssendeboten von Köln, Rostock, Danzig, Riga, Reval, Stettin, Kiel, Hamburg, Lüneburg, Kolberg, Deventer, Zütphen, Zwolle, Kampen ein, dazu u.a. flandrisch-burgundische Gesandte, Deputierte des Kaufmanns zu Brügge und Gesandte des römischen Königs. Der Rezess²⁷ setzt mit Aufzählung der Anwesenden an, sodann wird die Begrüßung durch den Bürgermeister zu Lübeck erwähnt und die Entscheidung, zuerst die königlichen Abgesandten und am Nachmittag die Sendboten der mecklenburgischen Fürsten zu hören.²⁸ Einer von ihnen, Meister Gerd von Zertzen, berichtete²⁹ über die Vorkommnisse bei der Einrichtung des neuen Kollegiums in Rostock, den Mord an Thomas Rode und die Gefangennahme des Dekans Hinrich Pentzien. Die Darstellung gipfelte in der Forderung der Herzöge an die Städte, Rostock seine Verkehrswege zu sperren und damit seinen Lebensnerv zu treffen. Rostock selbst dagegen überhaupt anzuhören, lehnten die Herzoglichen ab. Da nun diese Sache den Städten merklich zu Sinn und Herz ging, haben sie die Angelegenheit in Abwesenheit der Rostocker gründlich bewogen und deshalb in guter Meinung denen von Rostock zum Besten einträchtig beschlossen, dass man dies mit den fürstlichen Sendboten besprechen und ihnen zur Antwort geben soll: Dieses Geschäft sei ihnen von Herzen leid. Sie könnten aber keine Straßensperrungen vornehmen, bevor nicht die Rostocker auch gehört worden seien. Sie wollten diese dann auch unterweisen, dass die Dinge zu besserem Ende kämen, und daran keine Mühe, Fleiß und Geld sparen.³⁰ Eine Abordnung von Vertretern Kölns, Danzigs und der wendischen Städte erreichte denn auch bei einem Besuch der Herzöge in Schönberg deren Zustimmung zu einem Tag in Grevesmühlen. Dieser Termin fand allerdings nicht statt.

Zu gleicher Zeit wurden aber auch die Rostocker – abgesehen von der Sühne für Rode – mit Strenge vom Hansetag darauf hingewiesen,³¹ dass ihr Rat (auf der Basis der Rezesse von 1418 und 1447³²) wieder zu voller Macht gelangen müsse, denn mit einer Stadt, deren Ratsmitglieder aus Furcht für Leben und Gut flüch-

²⁵ HR III,2, Nr. 102.

²⁶ HR III,2, S. 93.

²⁷ HR III,2, Nr. 160.

²⁸ Ebd., § 6.

²⁹ Ebd., § 36 ff.

³⁰ Ebd., § 40.

³¹ Ebd., § 71–99.

³² Rezesse von 1418 und 1447; EHBRECHT: Verhaltensformen (wie Anm. 3), S. 51–53.

tig werden müssten und deren Rat keinen Brief empfangen könne, ohne der Gemeinde Rede und Antwort zu stehen, sei nicht zu verhandeln. Diejenigen Städte, deren Räte von ihren Bürgern „ohnmächtig“³³ gemacht worden seien, sollten von den Beratungen auszuschließen sein und, sofern sich die Situation des Rates nicht bessere, sollte die Stadt aus der Hanse ferngehalten werden, also an deren Privilegien nicht mehr teilhaben und vom Handel mit hansischen Kaufleuten ausgeschlossen sein. Ohnmacht des Rates bedeutet jede durch Nötigung oder Gewalt herbeigeführte Einschränkung der Gebotsgewalt, der Kompetenzen, der Aktionsfreiheit und der äußeren Würde des Rates, auch wenn Ratsherren weiterhin im Amte bleiben. Man gab den Rostocker Abgesandten Abschriften dieser Bestimmungen mit und befahl ihnen, sofort in ihre Heimatstadt zu reisen und die Sache mit dem Rat zu regeln. Freilich kehrten sie unverrichteter Dinge zurück, da an der Warnow gerade Pfingstmarkt war, „drinkeltage“³⁴, und man daher anscheinend nicht verhandlungsfähig war. Auch die beiden exilierten Bürgermeister Kerkhof und Hasselbeke wurden im Rahmen des Hansetages noch einmal gehört. Man riet ihnen, die Entwicklung in Rostock abzuwarten. Auch wollte man die beiden Rostocker Abgesandten Johann Willeken und Johann Niemann so lange hier behalten, bis man neues aus ihrer Heimatstadt wüsste. Diese Ratssendeboten hätten nicht genügende Vollmacht, da der Rat – in der Gewalt der Gemeinde – nicht genügend frei sei, um in hansischen Dingen mitzuraten. Es müssten auf alle Fälle der Rat wieder in Vollmacht, Stand und Würde eingesetzt werden, unter Rostocks Bürgern in Eintracht herrschen und nicht die „Unrichtigen“³⁵ raten. Dies wurde den beiden Rostockern in einem von den in Lübeck versammelten Ratssendeboten abgefassten Schreiben dringend aufgetragen, andernfalls Repressalien angedroht.

Trotz dieses weisen und nachdrücklichen Versuchs zur Beilegung des Streits eskalierte die Sache, und die Herzöge suchten nun eine militärische Lösung. Nachdem die wendischen Städte noch einen vergeblichen Verhandlungsversuch gemacht hatten, rüsteten sich daher die Städte und unterstützten Rostock mit Kriegsmaterial, Lübeck z.B. mit 12 Tonnen Pfeilen, 12 Tonnen Pulver, 2 Schiffspfund Blei und ca. 250 berittenen Söldnern.³⁶ Wie sehr sich die Situation zuspitzte, wird deutlich durch Verhandlungen im Feldlager vor und in dem belagerten Rostock. Der Bericht³⁷ des Delegationsleiters Albert Krantz zeigt wiederum Umsicht und Besonnenheit der hansischen Politiker, des Lübecker Bürgermeisters Johannes Wickinghof und des Ratsmitglieds Hinrich Brömse, Lic. der Rechte. Albert Krantz war es auch, der weiter Verhandlungen zu Bützow und Wismar mit den Herzögen (21.–27. September 1487) führte.³⁸ Nicht

³³ JENKS (wie Anm. 5), S. 88 f.

³⁴ Ebd., § 191.

³⁵ Ebd., § 302.

³⁶ Ebd., Nr 201 und 202. – Urkunden Mecklenburgica Nr. 390 (1488 Feb. 6) und Nr. 391 (1489 März 21).

³⁷ HR III,2, Nr. 199.

³⁸ Ebd., Nr. 200.

nur das hansische Verhandlungsgeschick, sondern auch der Fehlschlag ihrer militärischen Aktion gegen Rostock machte die herzogliche Seite verhandlungsbereiter, die Städte dagegen, gestützt durch die Solidarität ihrer Schwestern, selbstbewusster in der Durchsetzung ihres Anspruchs auf Wiederherstellung ihrer Rechte, Aufhebung des Interdikts, Niederschlagung des Prozesses an der Kurie. Krantz fasst das Ergebnis der Besprechungen allerdings so zusammen: „Magno sumptu, multis laboribus, nichil actum“.³⁹ Die Herzöge freilich lassen die reisebereiten städtischen Gesandten noch einmal rufen, um ihnen ihre Zugänglichkeit und Friedfertigkeit deutlich zu machen, und betonen, dass alles nur an der gegnerischen Hartnäckigkeit gescheitert sei.⁴⁰

Dank der Verhandlungskunst der wendischen Städte kam es jedoch zu der Beilegung⁴¹ des Streits wegen Kerkhof und Hasselbeke, die sich in Wismar aufhielten. In ihrem Schreiben⁴² vom 27. Januar 1488 an Lübeck, hatten sie beide besonders auf die große Belastung hingewiesen, die die Lübecker durch ihre Angelegenheit gehabt hätten. Im sonst so sachlichen Rezess⁴³ des wendischen Städtetages in Lübeck im Juli 1488 trat indes deutlich der Überdruß über diese Sache hervor: Mannigfaltige Unterhandlung, Güte, Unterweisung und Fleiß habe man eingesetzt, und damit wurde der ganze Nachmittag bis fünf Uhr hingebraucht. Schließlich habe sich eine Reihe von Bürgermeistern und Ratsherrn speziell um die Lösung dieses Problems ihrer Standesgenossen gekümmert, die endlich am 29. Juli gefunden wurde. Zwar kam es zur Wiedereinweisung in ihren Besitz und Wiederbezug ihrer Häuser durch ihre Frauen, nicht aber zur Wiedereinsetzung in die Ratstühle.

Noch galt es aber für Lübeck und die wendischen Städte, die Rostocker Verfassungskrise zu bewältigen. Allein eine Schwierigkeit bestand schon darin, ob die Ratssendeboten Johann Willeken und Heinrich Blumenow, die zum wendischen Städtetag im März 1489 in Lübeck erschienen waren, als Abgesandte einer Hansestadt, die sich in Aufruhr befand, überhaupt im Kreis der hansischen Ratssendeboten den angestammten Platz Rostocks im Lübecker Rathaus einnehmen durften. Man habe nach merklichem Erwägen und reifem Rate einträchtig beschlossen, die Boten zwar zu hören, sie aber nicht die gewohnten Plätze einnehmen zu lassen.⁴⁴ Die Rostocker berichteten über die von Runge angezettelten Unruhen und von der Entsetzung und Neubildung des Rates und zeigten Unverständnis über die Ablehnung durch die Hansestädte, obwohl sie doch eigentlich klar in den Bestimmungen der Hanserezesse von 1418 und 1447 begründet war. Eine schriftliche Verpflichtung, den Rat nach alter Würde und Gewohnheit in Rostock wieder einzusetzen, wurde von den Städten als „Gegenleistung“ gefor-

³⁹ Ebd., § 31.

⁴⁰ Ebd., § 33.

⁴¹ Ebd., Nr. 255.

⁴² Ebd., Nr. 214.

⁴³ Ebd., Nr. 254, § 11.

⁴⁴ Ebd., Nr. 270 § 3.

dert. Auch habe man nach langem Bedenken und einer Besprechung des Rats zu Lübeck bei sich und bei den anderen Ratssendeboten bei sich, nach langer Beratung, bei der man sich schwer getan habe,⁴⁵ dann doch noch einmal den Versuch einer Verhandlung mit den Herzögen gemacht.

Wie anfangs erwähnt, bewirkte das harte Urteil vom 7. September 1489 (nicht zum wenigsten bedingt durch den brüsken Abzug der Rostocker Vertreter von den Verhandlungen des Schiedsgerichts im August 1489) in Rostock Erbitterung und einen erneuten Auflauf. Im Januar 1490 forderte Lübeck Rostock auf,⁴⁶ die gefangenen Anhänger des Rates freizulassen und sich der Entscheidung der wendischen Städte zu unterwerfen, andernfalls sähe man sich zu Repressalien veranlasst. Auf dem wendischen Städtetag zu Lübeck im März 1490⁴⁷ beantragten die vertriebenen Ratspersonen, man möge gegen die „unrichtige menheit“,⁴⁸ also die ungesetzliche Gemeinde zu Rostock, nun alle Register ziehen und den Ausschluss Rostocks aus der Hanse beschließen. Nach reifem Rat⁴⁹ hat man sich aber doch gegen diese Strafmaßnahme entschieden und nur noch einmal die Gemeinde zum Einhalten des Rezesses verpflichtet. Auch auf den Wendischen Städtetagen in Lübeck im Mai 1490⁵⁰ und im Oktober 1490⁵¹ sowie in der dazugehörigen Korrespondenz spielt die Angelegenheit z.T. eine zentrale Rolle, auf dem Tag im Dezember d.J.⁵² ist sie der einzige Tagesordnungspunkt. Die Verhandlungen zwischen den in Lübeck anwesenden Vertretern des alten und des neuen Rats gestalteten sich aber außerordentlich schwierig und langwierig. Zeitweise zog sich eine der beiden Parteien in die Marienkirche zurück. Gefallene Entscheidungen wurden am nächsten Morgen wieder rückgängig gemacht. Alle vier Bürgermeister Lübecks und vier Ratsherren wirkten als Schiedsrichter. Sie wussten aber keinen besseren Rat, als dass, damit die Stadt Rostock nicht ganz „verdürbe“, sich alter und neuer Rat miteinander verständigten, wie es in einem Vergleich vom 17. Dezember 1490 dann endlich geschah.⁵³

Als letzte Hürde war noch die Beilegung des Streits mit den Herzögen zu nehmen (Vertrag zu Wismar am 20. Mai 1491). Es dauerte freilich noch bis zum Tode des Herzogs Magnus 1503, ehe Forderungen und Repressalien von seiner Seite aufhörten. Auf den feierlichen Einzug der Herzöge mit den aus Rostock geflüchteten Ratsmitgliedern in die Stadt folgte die Einsetzung des Rats am 17. Juni 1491. Hierzu nach Rostock zu reisen, hatten sich die Herren von Lübeck, Hamburg und Lüneburg indes nur widerwillig bequemen können.

⁴⁵ Ebd., § 5.

⁴⁶ Ebd., Nr. 324.

⁴⁷ Ebd., Nr. 325.

⁴⁸ Ebd., § 49.

⁴⁹ Ebd., § 51.

⁵⁰ Ebd., Nr. 355.

⁵¹ Ebd., Nr. 399.

⁵² Ebd., S. 409–430; Rezess: Nr. 424.

⁵³ Ebd., 425.

Fazit:

Fast sieben Jahre lang hatten sich die wendischen Hansestädte auf jedem ihrer Treffen mit der Rostocker Angelegenheit befassen müssen. Ihre Hilfe war erbeten worden, aber ihr Eingreifen wäre ohnehin vonnöten gewesen. Solidarität und gemeinsame Handelsinteressen bedingten dies. Der Herrschaftsanspruch der Herzöge, die Stadt Rostock wieder in den Rahmen des Territoriums einzubeziehen oder – modern gesprochen – frühabsolutistische Maßnahmen durchzusetzen, hatte die Hansestädte besorgt auf den Plan gerufen. Zwar trug Lübeck die Hauptlast, insbes. Syndikus Krantz, dennoch waren auch die Nachbarstädte Wismar und Stralsund zu diplomatischer Hilfe aufgerufen. Selbst die Vertreter Hamburgs und Lüneburgs wurden nicht nur bei den Wendischen Städtetagen mit der Lösung der Rostocker Fragen befasst, sondern hatten auch teilweise an den Gesandtschaftsreisen teilgenommen. Zwischen Wismar und Rostock, die zeitweise in Bündnisverbindung miteinander standen, gab die Tatsache der Asylgewährung in Wismar für die entwichenen Rostocker Bürgermeister Kerkhof und Hasselbeke zu nachhaltiger Verstimmung Anlass bis hin zur Kaperung zweier Wismarer Schiffe durch die Rostocker. Bei militärischen Aktionen gegen die Herzöge wahrte Wismar verständlicherweise aus Rücksicht gegen diese Distanz. Auch Stralsund verhielt sich vielfach abwartend.

Es handelte sich nicht um einen der häufigen hansischen Streitpunkte, sondern die Ursachen lagen tiefer: Die politische Konzeption Herzog Magnus' zielte auf eine Herauslösung Rostocks aus dem Verband der wendischen Hansestädte, um es auf den Stand einer mecklenburgischen Landstadt zu drücken. Dass ihm dies nicht gelungen ist, muss als großer Erfolg der wendischen Hansestädte mit Lübeck an der Spitze angesehen werden.

Was charakterisierte das städtische Vorgehen? Sieht man sich den schriftlichen Niederschlag der Sitzungen der wendischen Hansestädte an, so fällt zuerst der lange Atem, die Beharrlichkeit, das Streben nach Ausgleich, die Besonnenheit und Umsicht der Ratssendeboten auf, nicht zuletzt aber auch das Selbstbewusstsein im Umgang mit den Herzögen. Mit deutlicher Vorsicht dosierten diese daher ihr Vorgehen, sobald die Hansestädte auftrumpften. Eindrucksvoll ist die hansische Grundhaltung, mit allen Mitteln eine Mitgliedsstadt, in der die Gemeinde dem Rat das Regiment entwunden hatte, zur Restitution des Normalzustands zu zwingen, und zwar nicht nur aus Konservativität, wie manchmal behauptet wurde, sondern aus Sorge um evtl. Folgen einer Verfassungsänderung in einer Mitgliedsstadt für die Gesamthanse.⁵⁴ Dem Vordringen fürstlichen Herrschaftsanspruchs wäre Tür und Tor geöffnet worden. Andererseits durften, um die Gemeinsamkeit der Städte zu wahren, die hansischen Zwangsmaßnahmen auch nicht unbedacht bis in die letzte Konsequenz, bis zum Ausschluss aus der Hanse, realisiert werden.

⁵⁴ JENKS (wie Anm. 5), S. 106.

Ganz deutlich wird auch, obwohl ihnen der Einsatz militärischer Mittel möglich war, dass die hohe Kunst der Verhandlung die beste Waffe der Hansestädte gewesen ist. Durch Misserfolge ließ man sich nicht entmutigen, ja, auch Ergebnislosigkeit war ein Erfolg, hatte sie doch aufschiebende, hinhaltende Wirkung.

Auch anderswo⁵⁵ hat der Kreis der benachbarten Hansestädte durch Verhandlungstaktik bei der Beilegung innerstädtischer Konflikte geholfen. Im vorliegenden Falle handelte es sich aber um eine der wichtigsten hansischen Seestädte, noch dazu in der nächsten Nachbarschaft der Travestadt. Zugleich durfte die Reichsstadt ein gutes Verhältnis mit den Herzögen nicht aus den Augen verlieren. Auch dies gelang ihrer ausgefeilten Diplomatie.⁵⁶

Unübersehbar trat die Voraussetzung für Lübecks Vermittlerfunktion, nämlich seine Qualität als Reichsstadt, hervor. Vorwürfe von Wismar im November 1490, Lübeck habe die Rostocker Sache verschleppt und nicht energisch genug betrieben, werden souverän entkräftet:⁵⁷ Lübeck überließe gern Vorteil, Nutzen und Gewinn der Stellung des Haupts der sechs wendischen Hansestädte einer anderen Hansestadt. Angesichts seiner materiellen Aufwendungen („moye, sorge, koste, geltspildinge und arbeide“) und seines sonstigen Einsatzes in der Rostocker Angelegenheit sei man äußerst befremdet über diese Vorwürfe, noch dazu „über die hönlike und spottige Rede“. Deutlich erkennbar wird aber auch das hervorragende Diskussionsforum der wendischen Hansetage, auf denen die höchstens 20 Abgesandten berieten und zu abgewogenen und einhelligen Entscheidungen kamen.⁵⁸

Durch die Konzentration auf das vorliegende Thema musste es unterbleiben, andere, die Hansestädte bewegende Punkte auch nur zu erwähnen, wie z.B. die Probleme des Russlandhandels – die Schließung des Novgoroder Handelskontors lag in naher Zukunft – Angelegenheiten des Brügger Kontors, des Londoner Stalhofs oder auch der Übertretung hansisch-bergener Vorschriften, derer sich gerade auch Rostocker schuldig gemacht hatten. In diese wirtschaftspolitischen und räumlichen Dimensionen muss man sich die zähen Verhandlungen in der Rostocker Angelegenheit eingebettet und verwoben vorstellen. Es wird wieder einmal deutlich, wie sehr sich die jahrhundertelange Dauerhaftigkeit des hansischen Netzes im Grunde auf etwas sehr Lockeres, aber zugleich extrem Verbindendes gründet: es ist der Meinungsaustausch, die Diskussion und das wohl-abgewogene Urteil weitblickender Kaufleute und Juristen, die sich von Fall zu Fall auf gemeinsam wichtige Themen konzentrierten, und zwar in einer momen-

⁵⁵ Ebd., passim.

⁵⁶ Geldgeschäfte Lübecks/Herzöge: 1480 und 1482: Urkunden Mecklenburgica 386 und 387 b; Schulden des Herzogs bei Lübeck: ebd. Nr. 375; Ringen um Lübecks Zollfreiheit: 1473, 1474, 1478 (Nr. 376–379, 381–383).

⁵⁷ Wie Anm. 15.

⁵⁸ Hierzu gründlich: Ernst PITZ: Bürgereinung und Städtereinung. Studien zur Verfassungsgeschichte der Hansestädte und der deutschen Hanse, Köln/Weimar/Wien 2001, S. 365–417.

tanen Solidarität, deren Wandelbarkeit uns heute verwundert, die aber zugleich vielfältige Möglichkeiten der Verklammerung bot. Die Auseinandersetzung Rostocks mit seinen Herzögen bei jahrelanger, ausdauernder hansischer Rückendeckung, die die landesherrlichen Usurpationsmaßnahmen weitgehend zurückdrängen konnte, ist hierfür ein sehr gutes Beispiel.

Anschrift der Verfasserin:
Prof. Dr. Antjekathrin Graßmann
Bleichenweg 7a
23564 Lübeck

DAS WAPPEN DER HERZOGIN SOPHIA VON SACHSEN
GEB. VON MECKLENBURG
UND ZEUGNISSE IHRER MEMORIA IN TORGAU

**Zugleich ein Nachtrag zur Entwicklungsgeschichte
des fünffeldigen mecklenburgischen Herzogswappens**

Von Ralf-Gunnar Werlich

Die korrigierten Druckfahnen des Beitrages über das fünffeldige mecklenburgische Herzogswappen für den 119. Jahrgang der Mecklenburgischen Jahrbücher 2004¹ waren noch nicht an den Herausgeber zurückgesandt, da wurde der Verfasser im Zusammenhang mit einem Besuch der 2. sächsischen Landesausstellung „Glaube und Macht. Sachsen im Europa der Reformationszeit“ in Torgau auf heraldische Quellen aufmerksam, die abermals unsere Sicht auf die Entwicklungsgeschichte des fünffeldigen mecklenburgischen Herzogswappens bereichern. Sie betreffen die Herzogin Sophia von Sachsen, eine Tochter des Mecklenburger Herzogs Magnus II. und der Sophia geb. Herzogin von Pommern, die – 1481 geboren – am 1. März 1500 in Torgau mit Herzog Johann dem Beständigen von Sachsen vermählt wurde.² Sie verstarb bereits wenige Tage nach der Geburt ihres einzigen Kindes, des Sohnes Johann Friedrich, der 1532 die Kurfürstenwürde von seinem Vater erbt und zu den bedeutenden Reformationsfürsten zählt, am 12. Juli 1503 in Torgau, wo sie in der dortigen Stadtkirche St. Marien beigesetzt wurde. Im Gegensatz zu ihrer 1485 geborenen Schwester Anna, die ebenfalls im Jahre 1500, allerdings in Kassel, Wilhelm II. dem Mittleren, Landgraf von Hessen, vermählt und wie ihre ältere Schwester die Mutter eines weiteren bedeutenden Reformationsfürsten wurde, nämlich Philipps des Großmütigen von Hessen, für den sie sogar mehrere Jahre die Regentschaft

¹ Ralf-Gunnar WERLICH: Ein koloriertes Wappen der Herzöge von Mecklenburg um 1553 – Bemerkungen zum Umfeld des zugrunde liegenden Cranach-Holzschnittes von 1552 und zur Entwicklungsgeschichte des fünffeldigen mecklenburgischen Herzogswappens bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, in: MJB 119, 2004, S. 105–160, siehe besonders S. 136–145 und den Verweis in Anm. 100.

² C. A. H. BURKHARDT: Die Vermählung des Herzogs Johann von Sachsen 1. bis 5. März 1500, in: Neues Archiv für Sächsische Geschichte und Altertumskunde 15, 1894, S. 283–298.

führte³, war Sophia kein längeres Wirken am Torgauer Hof beschieden.⁴ Dennoch haben sich im Zusammenhang mit ihrer Memoria von ihr deutliche Spuren, insbesondere heraldischer Art, in Torgau erhalten.

Im eingangs genannten Beitrag war bereits von Darstellungen des sächsischen und mecklenburgischen Wappens als Allianzwappen aus der Werkstatt Lucas Cranachs d. Ä. die Rede, die sich auf Herzog Johann den Beständigen von Sachsen und seine Gemahlin Sophia von Mecklenburg beziehen, und von denen drei im Bild vorgestellt wurden.⁵ Sie befinden sich auf der Rückseite des

³ Zu Landgräfin Anna von Hessen geb. Herzogin von Mecklenburg siehe jüngst Pauline PUPPEL: „Das kint ist mein und gehet mir zu herten.“ Die Mutter: Landgräfin Anna von Hessen, Herzogin von Mecklenburg (1485–1525), in: Landgraf Philipp von Hessen und seine Residenz Kassel. Ergebnisse des interdisziplinären Symposiums der Universität Kassel zum 500. Geburtstag des Landgrafen Philipp von Hessen (17. bis 18. Juni 2004), hg. von Heide WUNDER, Christina VANJA, Berthold HINZ unter Mitarbeit von Tobias BUSCH (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Hessen, 24.8), Kassel 2004, S. 45–56, deren soeben erschienene Dissertation: Dies.: Die Regentin. Vormundschaftliche Herrschaft in Hessen 1500–1700 (= Geschichte und Geschlechter, 43), Frankfurt a. M. 2004, Teil 2, Kap. 2, jeweils mit älterer Literatur und Günter HOLLENBERG: Anna von Mecklenburg, Landgräfin zu Hessen, Gräfin zu Solms-Laubach, in: Biographisches Lexikon für Mecklenburg, Bd. 2, hg. von Sabine PETTKE, Rostock 1999, S. 18–23.

Auch eine gezielte heraldische Spurensuche im Hessischen im Hinblick auf die herzoglich-mecklenburgische Heraldik wäre sicher nicht uninteressant. So existiert – ebenfalls von Lucas Cranach d. Ä., vgl. weiter unten Anm. 5 und den zugehörigen Text – z.B. ein Allianzwappen Hessen-Mecklenburg auf den Flügelrückseiten des Auferstehungsaltärs zum Tod des Gemahls Annas, Landgraf Wilhelm II. von Hessen, im Juli 1509, welches sich in den Staatlichen Kunstsammlungen in Kassel befindet: Dieter KOEPLIN: Zwei Fürstenbildnisse Cranachs von 1509, in: Pantheon 32, 1974, S. 25–34, hier S. 25 mit schwarz-weiß Abb. S. 26.

⁴ Vgl. Detlev SCHWENNICKE: Europäische Stammtafeln, NF, Bd. 1.3, Frankfurt a. M. 2000, Taf. 303 (Mecklenburg) und ders.: Europäische Stammtafeln, NF, Bd. 1.1, Frankfurt a. M. 1998, Taf. 154 (Sachsen).

⁵ WERLICH (wie Anm. 1), S. 112 sowie Abb. 2–4. Die dort zu findende Formulierung „Auch mit dem mecklenburgischen Wappen kam Cranach nicht zum ersten Mal in Berührung.“ ist leider irreführend, da im Abschnitt zuvor von Lucas Cranach d. J. die Rede war, die dann folgenden Beispiele sich aber auf Lucas Cranach d. Ä. beziehen. Besser muss es heißen: „Auch mit dem mecklenburgischen Wappen kam die Cranachsche Werkstatt nicht zum ersten Mal in Berührung.“ Zu korrigieren ist auch die von KOEPLIN (wie Anm. 3), S. 32, Anm. 12, übernommene Angabe, ein sächsisch-mecklenburgisches Allianzwappen befinde sich auf dem aus der Cranachwerkstatt stammenden Altar von 1518, heute in der Katharinenkirche in Zwickau. Recherchen des Verfassers konnten dies nicht bestätigen. Der Altar zeigt zwar auf den ausgeklappten Flügeln zur Linken den Kurfürsten Friedrich den Weisen und zur Rechten seinen Bruder Herzog Johann den Beständigen jeweils mit ihrem kurfürstlich-sächsischem bzw. sächsischen Wappen. Ein mecklenburgisches Wappen findet sich jedoch am Altar nach Aussage von Christiane Sieber von der Katharinenkirche Zwickau und nach Betrachtung der am Altar vorhandenen, von Michael Reiher fotografierten Wappen – beiden sei für Ihre Unterstützung herzlich gedankt – nicht. Zum Altar vgl. z. B. Sachsen II. Regierungsbezirke Leipzig und Chemnitz, bearb. von Barbara

Knabenporträts ihres Sohnes Herzog Johann Friedrich von Sachsen aus dem Jahre 1509 sowie auf Abbildungen von zwei Reliquiaren aus dem Wittenberger Heiltumsschatz. Dass sich letztere auf die Ehe der jüngeren Schwester Sophias, Katharina, die am 6. Juli 1512 in Freiberg den sächsischen Herzog Heinrich den Frommen heiratete, beziehen könnten, wird durch das Druckjahr des Wittenberger Heiltumsbuches 1509 ausgeschlossen. Diese Darstellungen können alle Lucas Cranach d. Ä. bzw. seiner Werkstatt zugeordnet werden. Im Zusammenhang mit der Wappendarstellung aus dem Jahr 1509 auf der Rückseite des Knabenporträts wurde ihre für das mecklenburgische Herzogswappen entwicklungsgeschichtliche Bedeutung hervorgehoben. Sie ist die älteste bekannte Abbildung eines mit Sicherheit farblich authentischen fünffeldigen Wappens, die sich sicher datieren lässt, und zeigt bereits den Nasenring beim mecklenburgischen Stierkopf.⁶

Allen diesen Darstellungen ist gemeinsam, dass das für Sophia stehende Wappen ein rein mecklenburgisches ist und damit ausschließlich auf die Herkunftsdynastie Sophias verweist, während ihre eheliche Verbindung durch das damit im Kontext stehende sächsische Wappen ihres Ehemannes Herzog Johann augenscheinlich wird.

Die nunmehr vorzustellenden Darstellungen des Wappens Sophias weisen die Besonderheit auf, dass sie den Hauptschild des mecklenburgischen Wappens beibehalten, dessen Herzschild für die Grafschaft Schwerin jedoch gegen den sächsischen Rautenschild austauschen, so dass ein ganz persönliches Wappen für Sophia entsteht, welches nun sowohl mit dem Hauptschild auf ihre mecklenburgischen Herkunft als auch mit dem Herzschild auf ihre sächsische Heirat verweist. Auch bei anderen Fürstenhäusern, wie z. B. dem mecklenburgischen, lässt sich ein ähnliches Verfahren bei eingetragenen Frauen beobachten.

Das hier beschriebene Wappen befindet sich an drei Gegenständen, die sich ganz speziell auf die Person Sophias beziehen – in zwei Fällen sogar ausschließlich auf sie – und die alle im Zusammenhang mit ihrem frühen Tod stehen.

BECHTER, Wiebke FASTENRATH, Heinrich MAGIRIUS u.a. (Georg DEHIO. Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler), München/Berlin 1998, S. 1091; Hans-Joachim KRAUSE: Die Katharinenkirche zu Zwickau (Das christliche Denkmal, H. 138), Berlin 1989, S. 24 f. mit Abb. des geschlossenen Altars S. 26 sowie – allerdings mit abweichender Zuschreibung – Beschreibende Darstellung der älteren Bau- und Kunstdenkmäler des Königreichs Sachsen, H. 12: Amtshauptmannschaft Zwickau, bearb. von R[ichard] Steche, Dresden 1889, S. 132 f.; Eduard FLECHSIG: Tafelbilder Lucas Cranachs d. Ä. und seiner Werkstatt, Leipzig 1900, Taf. 37 und Textbd. S. 16 f., wobei die sächsischen Wappen nur in den beiden letztgenannten Werken erwähnt werden.

⁶ WERLICH (wie Anm. 1), S. 145–149.

Als eines der vielen wertvollen Exponate präsentierte die Torgauer Ausstellung dem Besucher auch einen vergoldeten Silberkelch.⁷ Am Fuße des 27,5 cm hohen Gefäßes befindet sich eine Kreuzigungsszene, in der Maria und Johannes dem Gekreuzigten zur Seite stehen. Darüber ist deutlich die Jahreszahl 1504 eingraviert. Links des Kreuzes – vom Betrachter aus gesehen – befindet sich das sächsische Wappen, also das Herzog Johanns des Beständigen, zur Rechten das Wappen der Herzogin Sophia. Die beigegebene Abbildung (Abb. 1) lässt sowohl das oben beschriebene persönliche Wappen der Herzogin am Fuß des Kelches als auch die inschriftliche Datierung in das Jahr 1504 erkennen.⁸ Auf den Kelch lässt sich eine Rechnungsnotiz von 1504 beziehen, die besagt, dass ein Kelch für die Schloßkapelle im Wert von 17 fl, d. h. Gulden, angeschafft wurde. Später gelangte das Gefäß in die Stadtkirche St. Marien, wo es noch heute zum Kircheninventar gehört. Da Sophia bereits 1503 verstarb, kommt sie als Stifterin des Kelches nicht in Frage. Vielmehr steht dieser im Zusammenhang mit den Aktivitäten, die in den unmittelbar auf ihren Tod folgenden Jahren zur Sicherung ihrer Memoria unternommen wurden.

Die Beisetzung von Herzogin Sophia selbst fand jedoch in der Stadtkirche St. Marien statt, die damit der zentrale Ort ihres Totengedenkens wurde. Es wurde ein beträchtlicher Aufwand getrieben, um ihr eine würdige und standesgemäße Grablage zu sichern.⁹ Deren Kern bildete eine 0,51 x 1,23 m große aus sieben Einzelstücken zusammengesetzte gegossene und gravierte Messingplatte (Abb. 2), die in einen Leichenstein eingelassen und mit Blei vergossen war, welcher erhaben aufgestellt wurde. Zu der Anlage gehörten Säulen, für die nach den Schatullenrechnungen des Jahres 1504 Meister Klaus, Steinmetz aus Wittenberg, 5 fl 15 gr erhielt, während man einem welschen Maler Jakob 10 fl zahlte, vermutlich für den Riß der Platte. Bei dem Maler Jakob handelt es sich vermutlich um den in Wittenberg als Hofmaler tätigen Jacopo de' Barbari. Gegossen wurde die qua-

⁷ Glaube und Macht. Sachsen im Europa der Reformationszeit. Katalog. 2. Sächsische Landesausstellung Torgau, Schloss Hartenfels 2004, hg. von Harald MARX, Eckhard KLUTH, Dresden 2004, S. 41, Nr. 3 mit Abbildung; Die Denkmale der Stadt Torgau, bearb. von Peter FINDEISEN, Heinrich MAGIRIUS u.a. (Die Denkmale im Bezirk Leipzig), Leipzig 1976, S. 249, 287 und Abb. 263. Eine weitere Abbildung des Kelchs in: Heinrich MAGIRIUS: Marienkirche Torgau (Kunstführer Nr. 1995 = Das christliche Denkmal, H. 62), 2. Aufl., Regensburg 2004, S. 25, die allerdings, wie die Abbildung von 1976, das mecklenburgische Wappen nicht deutlich erkennen lässt.

⁸ Für die Bereitstellung des Fotos sei dem Fotografen, Herrn Wolfgang Sens, recht herzlich gedankt.

⁹ Die Denkmale der Stadt Torgau (wie Anm. 7), S. 247–252, 255–257, 291. Abbildung der Grabplatte Abb. 269; Sibylle HARKSEN: Die Marienkirche zu Torgau (Das christliche Denkmal, H. 62), Berlin 1962, S. 31, Abbildung der Grabplatte S. 25; Sibylle HARKSEN, Heinrich MAGIRIUS: Die Marienkirche zu Torgau (Das christliche Denkmal, H. 62), 3. überarb. Aufl., Berlin 1982, S. 23 f., 26, Abbildung der Grabplatte S. 20; MAGIRIUS (wie Anm. 7), S. 12, 26, 28, Abbildung der Grabplatte S. 22, der Grabplatte mit Gitter S. 23 und der Cranachtafel mit den vierzehn Nothelfern S. 18 f.; Sachsen II. Regierungsbezirke Leipzig und Chemnitz (wie Anm. 5), S. 952 f.



Abb. 1:
Vergoldeter Silberkelch aus dem Jahr 1504 mit dem Wappen der Herzogin Sophia geb.
von Mecklenburg
Foto: Wolfgang Sens, Torgau



Abb. 2:
 Grabplatte der Herzogin Sophia in der Marienkirche zu Torgau aus der Werkstatt
 Peter Vischers d. Ä. in Nürnberg
 Foto: Ralf-Gunnar Werlich aus: Die Denkmale der Stadt Torgau 1976, Abb. 269

litätsvolle Platte wohl nach dessen Vorlage in der Werkstatt Peter Vischers d. Ä. in Nürnberg. Das Grab wurde einst von 24 Messingleuchtern umgeben, deren Kerzen bei den gottesdienstlichen Handlungen zu Ehren der Verstorbenen entzündet wurden. Zwischen ihnen sollen sich Wappen befunden haben, ohne dass bekannt ist, wie man sich deren Anbringung vorzustellen hat. Das Grabmal befand sich ursprünglich im östlichen Mittelschiffsjoch der Halle, also dem Vorchorjoch. Weitere Baumaßnahmen in der Kirche, die mit der Beisetzung von Herzogin Sophia in Verbindung standen, waren die Errichtung einer Fürsteneempore und eines gedeckten Ganges zwischen Schloß und Kirche. 1505 stifteten Kurfürst Friedrich und Herzog Johann einen Altar Annas und der Vierzehn Nothelfer. Dieser, 1507 geweiht, befand sich unmittelbar westlich der Grabstätte Sophias. Vermutlich bereits 1508 gehörte zu diesem auch die Vierzehn-Nothelfer-Tafel von Lucas Cranach, die nach der Reformation sicher bezeugt ist. Spätere Renovierungen und Umbauten betrafen nicht nur das geschilderte Umfeld der Grabanlage, sondern auch diese selbst. So wurde in den 1690er Jahren die Grabplatte Sophias tiefer gelegt und auf einem Holzpostament befestigt. Umgeben war das Ganze von einem Gitter, an dem „24 von Johann Georg Müller gemalte Wappen angebracht (...) sind“¹⁰, der auch anderweitig für die farbliche Gestaltung von Ausstattungstücken der Kirche verantwortlich war. 1814 kam es zu einer Umsetzung der Sophienplatte in den südlichen Nebenchor, bei der wiederum ein neuer Unterbau geschaffen wurde. 1969 wurde die Platte dann abermals verlegt, und zwar an den heutigen Standort im Jochmittelpunkt des Südchores, wobei sie nach Osten gedreht wurde, umgeben von dem schmiedeeisernen Gitter „daran 24 gegossene und gefaßte mecklenburgische Wappen, nicht mehr sämtlich vorhanden“.¹¹

In der Tat befinden sich heute an dem die Grabplatte umgebenden Gitter lediglich noch 14 der „mecklenburgischen Wappen“, nämlich an den Längsseiten je vier und am Kopf- und Fußende je drei (Abb. 3). Es handelt sich dabei allerdings um das ganz persönliche Wappen Sophias, wie wir es schon auf dem Kelch von 1504 kennengelernt haben. Fassen wir die Details der Gestaltung der am Gitter angebrachten Schilde ins Auge – schon wenige Jahre später beginnt man gerade im Sächsischen den werlschen Stierkopf im vierten Feld zu lehnen¹² – und vergleichen wir obendrein deren Schildform mit dem Wappen der noch näher vorzustellenden Grabplatte, dann wird klar, dass der Guß dieser Wappendarstellungen zweifelsfrei in unmittelbarem Zusammenhang mit der Errichtung der Grabanlage für Sophia steht. Wir können wohl zu recht vermuten, dass es sich bei den heute noch am Gitter vorhandenen Wappenschilden um die Überreste jener Wappen handelt, die sich einst zwischen den 24 Messingleuchtern befunden haben sollen. Wenn dann im Zusammenhang mit der Renovierung der

¹⁰ Die Denkmale der Stadt Torgau (wie Anm. 7), S. 256, vgl. auch S. 255.

¹¹ Die Denkmale der Stadt Torgau (wie Anm. 7), S. 291; vgl. auch HARKSEN 1962 (wie Anm. 9), S. 31.

¹² WERLICH (wie Anm. 1), S. 145 f.



Abb. 3:
Wappenschild am Gitter, welches die Grabplatte Sophias umgibt
Foto: Ralf-Gunnar Werlich

1690er Jahre von „24 von Johann Georg Müller gemalte[n] Wappen“ die Rede ist, die am Gitter angebracht sind, dann kann dies nur so verstanden werden, dass dieser die Farbfassung der bereits vorhandenen und zum Teil auch heute noch existierenden Wappen erneuert hat. Dieser Hinweis ist auch in sofern von Interesse, als er die Frage nach der Ursprünglichkeit der heraldischen Farben erübrigt. Gerade der hier schwarz gefasste Nasenring wäre ansonsten zu hinterfragen.

Kommen wir abschließend zum Kernstück des ehemaligen Grabmals für Herzogin Sophia, der Grabplatte aus der Vischerwerkstatt und dem darauf befindlichen Wappen. Ihre Anbringung auf dem Leichenstein lässt sich anhand der Schatullenrechnungen ebenfalls in das Jahr 1504 datieren. Die Darstellung zeigt die Herzogin mit einem Rosenkranz auf einem Sockel stehend (Abb. 2), zu ihren Füßen ihr persönliches Wappen (Abb. 4). Die Umschrift der Platte lautet: „Anno M^o D^c III^o am obent Margarethe ist verscheide[n] die dvrchleuchte hochgeporn fvrstin fraw Sophia geporn von Mechelbvrge herczogin zv Sachsen der got genedig vnd barmherczig sey“. Der Bezug auf ihre sächsische Heirat wird nicht nur durch die Umschrift und das sächsische Rautenkranzwappen als Herzschild des mecklenburgischen Hauptschildes hergestellt, sondern auch durch einen Spangenhelm mit der sächsischen Helmzier, der sich über ihrem Kopf befindet. Ein-



Abb. 4:
Wappen Sophias auf ihrer Grabplatte
Foto: Ralf-Gunnar Werlich

gebettet in Ornamentierung fällt dieser allerdings nur einem aufmerksamen Betrachter auf.

Was ist nun an diesen drei übereinstimmenden Darstellungen des Wappens Sophias – außer dem Umstand, dass sie den sächsischen Rautenschild mit dem mecklenburgischen Hauptschild kombinieren – im Hinblick auf die Entwicklungsgeschichte des fünffeldigen mecklenburgischen Herzogswappens besonders bemerkenswert? Abgesehen davon, dass die Torgauer Grablege Sophias in Mecklenburg nicht allzu bekannt sein dürfte, gehören sie zu den nicht allzu zahlreichen frühen Darstellungen des fünffeldigen mecklenburgischen Wappens, d.h. in diesem konkreten Fall lediglich seines Hauptschildes, und bekräftigen die auch an anderen frühen fünffeldigen mecklenburgischen Wappen gemachten Beobachtungen. So unterstreicht die noch aufrechte Stellung des Werler Stierkopfes im vierten Feld ihr hohes Alter und der Stargarder Arm zeigt sich, wie insbesondere für die frühe Zeit typisch, deutlich unbedeckt. Das Interessanteste ist an ihnen jedoch, dass sich der älteste zweifelsfreie Nachweis für die Verbindung des Nasenringes mit dem mecklenburgischen Stierkopf nun in das Jahr 1504 und damit um weitere fünf Jahre zurückdatieren lässt.



Abb. 5:

Mecklenburgisches Wappen am Großen Wendelstein des Schlosses Hartenfels in Torgau als Teil der heraldischen Ahnenprobe des Bauherrn Herzog Johann Friedrich von Sachsen
Foto: Ralf-Gunnar Werlich

Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, dass noch ein weiteres mecklenburgisches Wappen in Torgau seine Existenz der Heirat Johannis des Beständigen und Sophias verdankt. Es ist Bestandteil der sich an der Brüstung unterhalb des Wendelsteins des Schlosses Hartenfels befindlichen aufwändig gestalteten 16er-Ahnenprobe des Bauherren und Sohnes Sophias, Herzog Johann Friedrich, der den gleichnamigen Bau seit 1533 errichten ließ. Die von den Bildhauern Ulrich Creutz, Michael Mauth und Simon Tischer seit 1535 bis 1538 gefertigten Wappensteine, die sich durch ihre tiefe Plastizität auszeichnen, gehören zweifellos zu den herausragenden heraldischen Bildhauerarbeiten der Frührenaissance.¹³ Das von Ulrich Creutz geschaffene fünffeldige mecklenbur-

¹³ Vgl. Die Denkmale der Stadt Torgau (wie Anm. 7), S. 139, 143 f., 153–156; Der Johann-Friedrich-Bau des Schlosses Hartenfels, hg. vom Stadt- und Kulturgeschichtlichen Museum Torgau, Torgau [2004]; Glaube und Macht = Sächsische Heimatblätter. Zeitschrift für sächsische Geschichte, Denkmalpflege, Natur und Umwelt 50, 2004, H. 1, S. 52: Wappensteine am Wendelstein; Sachsen II. Regierungsbezirke Leipzig und Chemnitz 1998 (wie Anm. 5), S. 959 f., 965.

gische Wappen (Abb. 5)¹⁴ steht hier in erster Linie für den Urgroßvater Sophias, also für den Ururgroßvater des Probanden, Herzog Johann IV. von Mecklenburg, aber ebenso für deren Großvater Herzog Heinrich IV. von Mecklenburg – für die beiden Genannten natürlich in dieser Gestalt völlig ahistorisch, was bei derartigen Darstellungen aber eher die Regel ist – , weiterhin für deren Vater Herzog Magnus II. von Mecklenburg, in dessen Regierungszeit das fünffeldige Herzogswappen bekanntlich erst entstand, sowie natürlich für Sophia selbst als die Mutter des Probanden, deren ganz persönliches Wappen hier näher vorgestellt wurde.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Ralf-Gunnar Werlich
Ernst Moritz Arndt-Universität Greifswald
Historisches Institut
Domstraße 9a
17487 Greifswald

¹⁴ Die Abbildung zeigt die an der Brüstung befindliche Kopie des Wappensteins. Originale des Wappenfrieses werden aus Gründen des Schutzes im Lapidarium des Schlosses Hartenfels aufbewahrt.

DIE ABLÖSUNG DES SCHWERINER BISCHOFSTZEHNTEN IM ARCHIDIAKONAT TRIBSEES

von Dirk Schleinert

Einleitung

Der 15. Juli 1588 muss ein ganz besonderer Tag im Leben des Pastors Johann Levenhagen und ein sicherlich gutes Geschäft für den Krüger Achim Stubbe aus Sassen bei Loitz gewesen sein.¹ Hoher Besuch hatte sich angekündigt. Ernst Ludwig, regierender Herzog von Pommern-Wolgast, traf sich an diesem Tag dort mit seinem Bruder, dem mit den Ämtern Barth und Neuenkamp (Franzburg) apanagierten Bogislaw XIII., um einen Vertrag abschließend auszuformulieren. Inhalt des Vertrages war der Kauf der ihrem gemeinsamen Schwager, Herzog Ulrich III. von Mecklenburg, als Administrator des Stifts Schwerin zustehenden Kirchenzehnten im ehemaligen Archidiaconat Tribsees für 10.000 Gulden. Damit wurde ein jahrzehntelanger Streit zwischen den Herzögen von Mecklenburg und Pommern im 16. Jahrhundert beendet, dessen Verlauf im folgenden näher untersucht werden soll.

Es geht dabei insbesondere um einen Aspekt der Herausbildung des landesherrlichen Kirchenregiments im Gefolge der Reformation, der bisher weitestgehend vernachlässigt worden ist: die Behandlung der Einkünfte, Herrschafts- und Besitzrechte der auswärtigen Bistümer. Fast alle Reichsterritorien, so auch Mecklenburg und Pommern, gehörten zum Zeitpunkt der Reformation zum Sprengel mehrerer Bistümer. Zwar spricht man gerade bei den nordost-deutschen Bistümern Cammin und Schwerin sowie den preußischen, brandenburgischen und sächsischen Diözesen von so genannten „Landesbistümern“,² die sich bereits vor der Reformation unter einem starken Einfluss des jeweiligen Landesherrn befanden, jedoch war in keinem Fall das Territorium von Fürstentum und Diözese deckungsgleich. Das pommersche Bistum Cammin

¹ Hinweis auf das in Sassen stattgefundene Treffen in einem Brief Herzog Ernst Ludwigs an Bogislaw XIII. vom 21. Juli 1588, in: Staatsarchiv Stettin (Archiwum Państwowe Szczecin), künftig APS, Herzoglich Wolgaster Archiv (Archiwum Książąt Wolskich), künftig AKW, Tit. 26, Nr. 8. Der Name des damals in Sassen und Trantow amtierenden Pfarrers nach Hellmuth HEYDEN (Bearb.): Die evangelischen Geistlichen des ehemaligen Regierungsbezirkes Stralsund. Die Synoden Wolgast, Stralsund, Loitz, Greifswald o.J., S. 210. Der Name des Krügers nach dem Holzsteuerregister des Amtes Loitz von 1581 in APS, AKW, Tit. 22, Nr. 12.

² Vgl. dazu Eike WOLGAST: Hochstift und Reformation. Studien zur Geschichte der Reichskirche zwischen 1517 und 1648 (Beiträge zur Geschichte der Reichskirche in der Neuzeit, Bd. 16), Stuttgart 1995, insbes. S. 197–254.

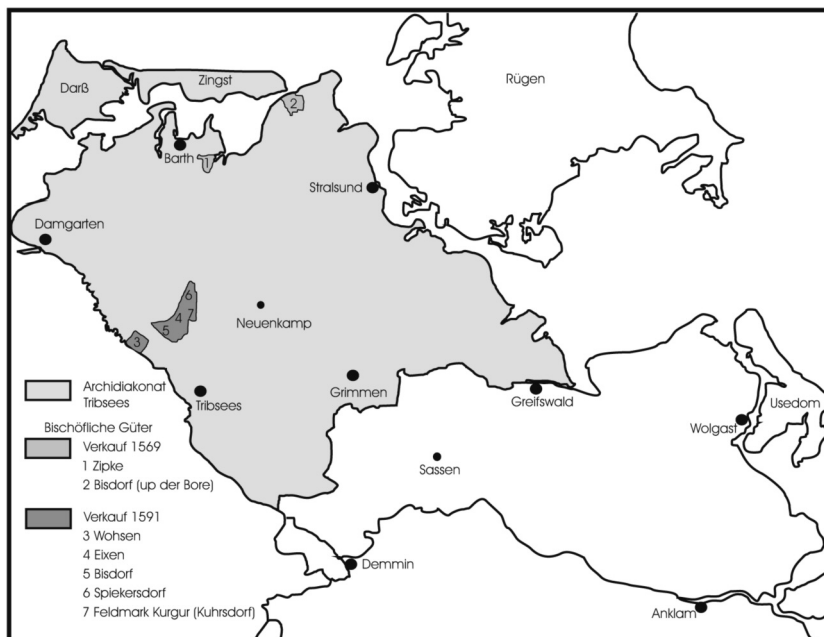


Abb.:
Das Archidiakonat Tribsees im 16. Jahrhundert
Entwurf und Zeichnung: D. Schleinert

erstreckte sich im Westen über Teile Mecklenburgs bis nach Güstrow und im Gegenzug umfasste das mecklenburgische Bistum Schwerin den festländischen Teil des 1325 erloschenen Fürstentums Rügen in Gestalt des Archidiakonats Tribsees.³ Bei der Durchführung der Reformation von oben als „Fürstenreformation“, die das gesamte Territorium eines Fürstentums umfassen sollte, musste dieses Problem besondere Beachtung finden, umso mehr, wenn hinter dem „auswärtigen“ Bischof wiederum eine Fürstenfamilie

³ Historischer und geographischer Atlas von Mecklenburg und Pommern, Bd. 2: Das Land im Rückblick, o.O. u. J. [Schwerin, 1996], Karte 7: Kirchliche Gliederung in Mecklenburg und Pommern um 1500. Vgl. auch Hellmuth HEYDEN: Zur Kirchengeschichte des Festlandes Rügen, in: Herbergen der Christenheit. Jahrbuch für deutsche Kirchengeschichte 1969, S. 4–65.

stand, wie es seit Beginn des 16. Jahrhunderts beim Bistum Schwerin der Fall war.⁴

Wie die nachfolgende Darstellung zeigen wird, ist eine Untersuchung dieses reformationsgeschichtlichen Aspekts durchaus lohnenswert, da hier auch in ganz spezifischer Weise die sich wandelnden Dimensionen des Handelns und Denkens der Beteiligten im Zeitalter von Reformation und Konfessionsbildung erkennen lassen. Was zunächst als ein relativ harmloser Streit um ausgebliebene Zahlungen von Einkünften begann, wuchs sich bald zu einer Auseinandersetzung um die administrativ-kirchliche Ordnung und Einordnung aus, wurde zeitweise auch zu einem Kampf um die Landeshoheit, um schließlich auf einer eher zwischenfamiliären Ebene des mecklenburgischen und des pommerschen Herzogshauses geregelt zu werden.

Diese Problematik ist, obwohl sie, wie oben angeführt, mit Abweichungen doch fast in allen der Reformation unterliegenden Territorien wenigstens zeitweise und am Rande aufgetaucht sein muss, bisher weder in der allgemeinen⁵ noch in der landesgeschichtlichen⁶ Forschung Gegenstand einer eingehenderen Untersuchung gewesen. Schildt untersuchte das Bistum bzw. Stift Schwerin in evangelischer Zeit,⁷ hat sich zu dieser Problematik allerdings nicht geäußert. Ebenso hat Schmaltz in Band II seiner mecklenburgischen Kirchengeschichte nur den Fakt des Verkaufs des Zehnten erwähnt.⁸ Ähnlich sieht es bei der pommerschen Landes- und Kirchengeschichtsschreibung aus.⁹ Hier standen ebenso

⁴ WOLGAST (wie Anm. 2), S. 227–237. Zu Magnus, dem Sohn Herzog Heinrichs V. von Mecklenburg, siehe auch: Fritz STEIN: Herzog Magnus von Mecklenburg, Bischof von Schwerin, ein Vorkämpfer der Reformation (Anlage zum Programm des Großherzoglichen Gymnasium Fridericianum zu Schwerin), Schwerin 1899, sowie Eike WOLGAST: Magnus III., Herzog von Mecklenburg, in: Sabine PETTKE (Hg.): Biographisches Lexikon für Mecklenburg, Bd. 2, Rostock 1999, S. 162–165.

⁵ Als Einführung in die Problematik neueren Datums: Stefan EHRENPREIS, Ute LOTZ-HEUMANN: Reformation und konfessionelles Zeitalter (Kontroversen um die Geschichte), Darmstadt 2002.

⁶ Für Mecklenburg als Überblick: Franz SCHRADER: Mecklenburg, in: Anton SCHINDLING, Walter ZIEGLER (Hg.): Die Territorien des Reichs im Zeitalter der Reformation und der Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650, Bd. 2: Der Nordosten, S. 166–180, zu Pommern: Roderich SCHMIDT: Pommern, Cammin, in: ebenda, S. 182–205. Beide Artikel bieten eine geraffte Übersicht mit einem Literaturanhang am Ende. Zu Mecklenburg gleichzeitig erschienen ist Eike WOLGAST: Die Reformation in Mecklenburg (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Mecklenburg, B 8), Rostock 1995. Zu Pommern siehe noch Norbert BUSKE: Reformation in Pommern – Das angekündigte Licht der Gnade, in: Werner BUCHHOLZ, Günter MANGELSDORF (Hg.): Land am Meer. Pommern im Spiegel seiner Geschichte. Roderich Schmidt zum 70. Geburtstag (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, V, 29), Köln/Weimar/Wien 1995, S. 361–374.

⁷ Franz SCHILDT: Das Bisthum Schwerin in der evangelischen Zeit, Teil 1, in: MJB 47, 1882, S. 146–241, insbes. S. 194 ff.

⁸ Karl SCHMALTZ: Kirchengeschichte Mecklenburgs, Bd. 2, Schwerin 1936, S. 110 f.

⁹ SCHMIDT (wie Anm. 6), S. 204 f. (Literaturhinweise und Forschungsdesiderata).

wie in Mecklenburg die Durchführung der Reformation in den einzelnen Landesteilen, die Visitationen, der Aufbau der neuen evangelischen Landeskirche und, als biographisch bedingte Besonderheit, das Leben und Wirken des gebürtigen Pommern Johannes Bugenhagen¹⁰ im Mittelpunkt des Interesses. Ebenso steht es mit der allgemeinen reformations¹¹- und konfessionsgeschichtlichen Forschung. Gerade von dem Konzept der Konfessionalisierung,¹² das die Herausbildung einer einheitlichen Konfession als wesentlichen Aspekt der frühneuzeitlichen Staatsbildung herausgearbeitet hat, hätte man eine Behandlung des Themas erwarten können. Nur im Zusammenhang mit den allgemeinen Grenzstreitigkeiten zwischen Mecklenburg und Pommern im 16. und frühen 17. Jahrhundert ist das Thema vor einigen Jahren in einem Aufsatz von Rodig¹³ angeschnitten worden. Wegen der augenscheinlich größeren außenpolitischen Bedeutung ist dagegen die ähnlich gelagerte Problematik der Einkünfte und Güter des Bistums Roskilde auf Rügen nach der Reformation bereits mehrfach behandelt worden.¹⁴

Der Beitrag versteht sich in erster Linie als eine Art Werkstattbericht, in dem die Ergebnisse der archivalischen Forschungen im Landeshauptarchiv Schwerin und im Staatsarchiv Stettin (Archiwum Panstwowe Szczecin) präsentiert und einer ersten Auswertung und Interpretation unterworfen werden. Er gliedert

¹⁰ Die neueste umfassende Veröffentlichung zu Bugenhagen bei Hans-Günter LEDER: Johannes Bugenhagen Pomeranus – vom Reformator zum Reformator. Studien zur Biographie, hg. v. Volker GUMMELT (Greifswalder theologische Forschungen 4), Frankfurt a. M. u.a. 2002, zum Thema insbesondere Studie X: Die reformatorische Ordnung der Kirche im Herzogtum Pommern. Bugenhagen in Pommern (Dezember 1534 bis Ende August 1535), S. 317–356.

¹¹ EHRENPREIS, HEUMANN (wie Anm. 5): passim. Anton SCHINDLING, Walter ZIEGLER (Hg.): Die Territorien des Reiches im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Land und Konfession 1500–1650, Bd. 7: Bilanz – Forschungsperspektiven – Register, Münster 1997.

¹² Harm KLUETING: „Zweite Reformation“ – Konfessionsbildung – Konfessionalisierung. Zwanzig Jahre Kontroversen und Ergebnisse nach zwanzig Jahren, in: Historische Zeitschrift, Bd. 277, 2003, H. 2, S. 309–341. Heinz SCHILLING: Ausgewählte Abhandlungen zur europäischen Reformations- und Konfessionsgeschichte, hg. v. Luise SCHORN-SCHÜTTE, Olaf MÖRKE (Historische Forschungen, Bd. 75), Berlin 2002.

¹³ Uwe RODIG: Grenzzirungen und Grenzverhandlungen zwischen Mecklenburg und Pommern im 16. und 17. Jahrhundert, in: MJB, Beiheft zu 114, 1999, S. 169–187, insbesondere S. 177 u. 183 f.

¹⁴ Julius von BOHLEN-BOHLENDORF: Der Bischofsroggen und die Güter des Bistums Roeskild auf Rügen in erblichem Besitz der Barnekow und ein Umriß der Geschichte dieses adlichen, freiherrlichen und gräflichen Geschlechts, Stralsund 1850, S. 1–18. Hellmuth HEYDEN: Untersuchungen und Anmerkungen zur Kirchengeschichte der Insel Rügen, in: DERS.: Neue Aufsätze zur Kirchengeschichte Pommerns (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe 5, Bd. 12), Köln/Graz 1965, S. 205–239, hier S. 212 ff. Martin SCHWARZ LAUSTEN: Der Streit zwischen Dänemark und Pommern und die Superintendentur Rügen in der Reformationszeit, in: Bertold WIBERG (Hg.): Bistum Roskilde und Rügen, Roskilde 1987, S. 139–149.

sich, dem Gang der Verhandlungen, folgend in zwei Abschnitte. Die Zäsur ist in das Jahr 1560 zu setzen, da damals mit dem so genannten Malchiner Rezess zunächst auch für diesen Punkt ein Kompromiss gefunden wurde. Da der 1555 geschlossene Augsburger Religionsfrieden auch Bestimmungen enthielt, die zur Lösung dieses Konflikts beitragen konnten, zeigt sich eine gewisse Parallele zu den Vorgängen auf Reichsebene. Dieser Eindruck wird noch durch den weiteren Verlauf verstärkt, denn so wie der Religionsfrieden nur ein vorläufiger Kompromiss ohne endgültige Regelung aller Fragen war, der schließlich in den Auseinandersetzungen der folgenden Jahrzehnte zerbrach, hatte auch die 1560 in Malchin gefundene Regelung nur vorläufigen Charakter und wurde bereits wenige Jahre später obsolet. Aber anders als auf Reichsebene endeten diese Auseinandersetzungen nicht im Feuer kriegerischer Auseinandersetzungen, sondern fanden eine vertragliche Lösung. Das lag sicher daran, dass ihnen letztlich die Schärfe des konfessionellen Gegensatzes fehlte. Es stritten sich, abgesehen von den ersten Jahren, zwei protestantische Fürstenhäuser um den Teil des Erbes eines katholischen Bistums, welches sie selbst durch die Errichtung ihrer evangelischen Landeskirchen abgeschafft hatten, über den man sich nicht einig werden konnte. Es gehörte zu jenem Minenfeld von Detailfragen, das die praktische Umsetzung der Reformation so unendlich schwierig und teilweise widersprüchlich gestaltete. Auf den Punkt gebracht ging es eigentlich nur darum, ob der Zehnt zu den geistlichen oder weltlichen Abgaben gehörte, das heißt ob sie mit der Reformation erloschen waren oder ob sie vom nun evangelischen Administrator des Stifts weiterhin beansprucht werden konnten.

Die Verhandlungen bis zum Abschluss des Malchiner Rezesses (1526–1560)

Einen ersten konkreten Hinweis über ausgebliebene Zehntzahlungen aus dem Archidiaconat Tribsees gibt es in einem Schreiben der pommerschen Herzöge Georg I. und Barnim IX. vom 3. Februar 1526 an Herzog Heinrich V. von Mecklenburg.¹⁵ Während in der Hauptsache eine gemeinsame Tagfahrt mit dem Herzog von Braunschweig in Halle verabredet wurde, teilten sie in einem Beibrief mit, dass sie ihre Untertanen im Land Barth ermahnt hätten, die rückständigen Zehntzahlungen zu leisten. Doch erst rund anderthalb Jahre später kam es zu einer entsprechenden Übereinkunft mit den Beauftragten des Schweriner Bistumsadministrators. Am 14. August 1527 stellten Wilken von Platen, Landvogt von Rügen, Gödeke von der Osten, Hauptmann zu Barth, und Hermann Köppern, Hauptmann zu Grimmen und Tribsees, im Auftrag der Herzöge Georg I. und Barnim IX. von Pommern eine Urkunde in Tribsees aus.¹⁶ Darin verpflichteten sie sich gegenüber den Abgesandten des Administrators Magnus von

¹⁵ Landeshauptarchiv Schwerin, künftig LHAS, 2.12-3/1 Bistum Schwerin, Vol. XXII, P 2.

¹⁶ Ebenda, zeitgenössische Abschrift.

Schwerin, die rückständigen Zehnten aus *dem furstenthumb und ampte Barth, Tribbesehes und Grimmen [...] von den jaren anno etc. XXIII, XXV, XXVI, auch von wegen des jares etc. XXVII* in einem genau beschriebenen Verfahren einzutreiben. Die Zehnten des laufenden Jahres 1527 sollten *lauth und vermöge der register* bezahlt werden. Die Nachstände der anderen drei Jahre wollten sie *soviele sie gebueret haben oder noch bei ihren leuten auffstehet und nicht wust, oder frei geben ist, geben, gelten und bezalen* lassen. Eine bemerkenswerte Ausnahme wurde jedoch gemacht. Die auf den eigenen Häusern und Höfen des Adels lastenden Zehnten sollten bis zu einer Einigung der pommerschen Herzöge mit Magnus ausgesetzt sein. Auch sonst ist dieser Vertrag in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. Zunächst der Ausstellungsort Tribsees. Dies mag mit der Grenzlage des Ortes zu tun haben, kann aber auch einen ganz anderen Hintergrund haben. Sitz des Archidiakons von Tribsees war entgegen seiner Bezeichnung die größte Stadt des Archidiakonats, Stralsund. Doch dort hatte bereits 1525 die Reformation im Gefolge zum Teil sehr gewalttätiger Auseinandersetzungen gesiegt. Die Neuorganisation des dortigen Kirchenwesens erfolgte durch die noch im selben Jahr erlassene Kirchenordnung. Darin waren für den Bereich der Stadt die dem zusammen mit der übrigen katholischen Geistlichkeit vertriebenen Kirchherrn Hippolytus Steinwehr zuständigen Aufgaben dem Stadt-superintendenten übertragen worden. Steinwehr strengte noch einen Prozess vor dem Reichskammergericht an, in dem er die Stadt zur Restitution des alten Kirchenwesens zwingen wollte. Dieser endete auch 1530 mit einem für ihn günstigen Urteil, durchzusetzen war es jedoch nicht mehr.¹⁷

Aber auch der in der Urkunde genannte Zeitraum der rückständigen Zahlungen ist interessant, zeigt er doch eine auffallende Übereinstimmung mit dem Beginn der reformatorischen Unruhen in Stralsund. Ob man dies jedoch auch mit dem Beginn einer reformatorischen Bewegung auf dem flachen Land ab 1524 gleichsetzen kann, erscheint recht fragwürdig. Wahrscheinlicher ist, dass man einfach die durch die Vertreibung der bischöflichen Amtsträger aus Stralsund ab 1525 – 1525 wurden ja sicher erst die Abgaben von 1524 erhoben – entstandene Situation ausnutzte und die Zahlungen einstellte.

Allerdings, die Zahlungsmoral wurde durch diesen Vertrag keinesfalls gebessert, denn schon keine zwei Jahre später, am 6. Januar 1529, erging eine Aufforderung der Herzöge Georg I. und Barnim IX. von Pommern an den Amtshauptmann Joachim Blixen von Barth, den Adel seines Amtes zur Zahlung des Zehnten, der *van velen vergangen jaren achterstellich*, zu ermahnen. Eine fast wörtliche Wiederholung erfolgte im darauffolgenden Jahr.¹⁸ Ein erneuter Vertrag zwischen den Beauftragten Herzog Barnims IX. und des Administrators Magnus kam am 13. Mai 1532 in Tribsees zustande.¹⁹ Vorausgegangen war eine

¹⁷ Martin WEHRMANN, Zur Reformationsgeschichte Stralsunds, in: Pommersche Jahrbücher, Bd. 5, 1905, S. 49–76.

¹⁸ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. 1.

¹⁹ LHAS, 2.12-3/1, Vol. XXII, P 2.

erneute Zahlungsaufforderung am 3. März 1532, diesmal erstmals durch den Vater des Schweriner Administrators, Herzog Heinrich V., verfügt. Beigefügt war dieser Mahnung ein detailliertes Register der rückständigen Zehnten. Sie beliefen sich, unterteilt nach Getreide- und Geldabgaben auf 37 Drömt 7 1/2 Scheffel Roggen, 78 Drömt 3 Scheffel Gerste und 147 Drömt 8 3/4 Scheffel Gerste (wahrscheinlich alles nach im Lande gängigen sundischem Maß) sowie 1.568 Mark 6 Schilling und 6 Pfennig sundischer Münze an Geld.²⁰

Bereits im Jahr zuvor war ein neuer Aspekt in die Verhandlungen gekommen, der diese für die nächsten Jahre mitbestimmen sollte. Am 26. Oktober 1531 übersandte Bischof Erasmus von Cammin dem Barther Amtshauptmann Joachim Blixen einen Brief Herzog Barnims IX., in dem Blixen angewiesen wurde, von den im Amt Barth eingenommenen Zehnten 120 Gulden einzubehalten und an den Camminer Bischof zu übergeben. Als Grund nannte der Bischof Erasmus, dass ihm bereits *etliche jar lanck in deme lande tho Gnoyen*, das zu seinem Sprengel gehörte, auch die Zehntzahlungen vorenthalten wurden.²¹

Hatten die Korrespondenzen und Verhandlungen bis 1532 einen eher sporadisch anmutenden Charakter, so gewannen sie seit der Regierungsübernahme Herzog Philipps I. in Wolgast an Stetigkeit und Intensität. Dazu mögen mehrere Faktoren beigetragen haben. Zum einen waren die pommerschen Herzöge bis zum Vertrag von Grimnitz (1529) außenpolitisch vor allem mit der Frage der brandenburgischen Sukzession in Pommern und der damit zusammenhängenden endgültigen Festigung der Reichsstandschaft ihres Herzogtums beschäftigt. In diesem Zusammenhang erfolgte auch eine vorübergehende stärkere Annäherung an Polen, die 1526 mit dem Erwerb der bislang nur als Pfand besessenen Länder Lauenburg und Bütow in Hinterpommern als Lehen der polnischen Krone gekrönt wurde. Unter diesen Umständen und angesichts der außer in Stralsund auch in anderen pommerschen Städten ausbrechenden reformatorischen Unruhen seit 1524/25 musste die Forderung des Schweriner Administrators eher als ein Randproblem erscheinen. Zum zweiten etablierte sich mit der am 21. Oktober 1532 beschlossenen Teilung des Herzogtums Pommern zwischen Barnim IX. und dessen erst sechszehnjährigen Vetter Philipp I. erstmals seit über 50 Jahren wieder eine dauerhafte Hof- und Landesverwaltung im vorpommerschen Wolgast als Residenz eines Fürstentums, dessen Territorium sich zum allergrößten Teil über Gebiete westlich der Oder erstreckte. Damit waren personell und institutionell bessere Gegebenheiten geschaffen, sich mit den inneren Angelegenheiten des vorpommerschen Landesteils zu befassen. Und es setzte bald nach der Landesteilung eine Politik der pommerschen Herzöge ein, die schließlich mit dem Landtag vom 13. Dezember 1534 in Treptow a.d. Rega und den 1535 beginnenden Visitationen und der Ausarbeitung einer ersten evangelischen Kirchenordnung der Refor-

²⁰ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. 1.

²¹ Ebenda.

mation zum Durchbruch verhalfen. Dies musste natürlich auch das Interesse an der Frage des Schweriner Bischofszehnten erhöhen.²²

Die Verhandlungen Philipps I. mit Magnus und Heinrich V. setzten mit einem Brief Philipps an Heinrich V. vom 1. April 1533 ein. Darin teilte er mit, dass er den Vertrag, den die Räte seines Vettters Barnim mit Magnus geschlossen hatten, gemeint ist wohl der obige Vertrag vom 13. Mai 1532, erhalten habe. Er wolle gern behilflich sein, verwies jedoch zugleich auf die komplizierte politische Lage: *Es tragen aber E.L. guds wissen, wie sich itzunder die leuffte zwischen geistlichen und weltlichen begeben, und daß in dem die weltlichen schwerlich zu bewegen, den geistlichen solche zehnden oder ander pflicht zu entrichten, wie dan der ehrwürdiger in Godt, unser besonder freundt, der bischoff zu Kammin in gleichem fhall von E.L. auch nichts erlangt.*²³

Als besondere Schwierigkeit gab er an, dass der größte Teil des in Frage stehenden Gebietes nicht mehr seiner direkten Herrschaft unterstünde, sondern seiner Stiefmutter als Leibgedinge übergeben worden war.²⁴ Daher habe er auf die dortigen Amtleute und den amtsgeessenen Adel keinen Einfluß mehr. Mit Hinweis auf seine gerade erst begonnene Regierung und sein jugendliches Alter (*wir als ein junger furst, der newligt zu dem regiment kommen*) bat er Heinrich V. um Abstand von der angedrohten Pfändung.

In seinem zweiten Brief vom 17. Mai 1533 verdeutlichte Philipp die Schwierigkeiten mit der Verleibgedingung an seine Stiefmutter nochmals.²⁵ Dem einzigen ihm noch unterstehenden schlossgesessenen von Adel, Curdt Krackevitz auf Divitz, habe er inzwischen die Pfändung angedroht. Bei den zum Leibgedinge gehörenden Amtsgesessenen könne er dies nicht tun, weil es *unfreuntlichen willen wurde geben und bei den vorwiesenen vom adel keine achtung haben*. Durch Beilage von Abschriften eines Briefes an seine Stiefmutter, in dem er sie zur Ermahnung des ihr zugewiesenen Adels zur Zahlung auffordert, und des Pfändungsmandates an Curdt Krackevitz versuchte er seine Handlungsbereitschaft unter Beweis zu stellen.

²² Vgl. dazu allgemein Hans BRANIG: Geschichte Pommerns, Teil 1 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe 5, Bd. 22/1), Köln/Weimar/Wien 1997, S. 85–98, sowie SCHMIDT (wie Anm. 6), S. 188–197, außerdem Hellmuth HEYDEN: Zur Geschichte der Reformation in Pommern, insonderheit politische Motive bei ihrer Einführung in den Jahren 1534/35, in: DERS.: Neue Aufsätze zur Kirchengeschichte Pommerns (wie Anm. 14), S. 1–34.

²³ LHAS, 2.12.-3/1, Vol. XXII, P 2. Mit dem verstorbenen Bischof von Cammin kann nur der Vorgänger des noch bis 1544 amtierenden Erasmus von Manteuffel, Martin Carith, amtierte von 1498–1521, gemeint sein.

²⁴ Landesarchiv Greifswald, künftig LAGw, Rep. 2 Ducalia, Nr. 618: Leibgedingesanweisung Herzog Philipps I. für seine Stiefmutter Margarethe von Brandenburg, Barth, 5. Februar 1533. Sie erhielt das Schloss Barth mit den Ämtern Barth, Tribsees, Grimmen und Klempenow.

²⁵ LHAS, 2.12.-3/1, Vol. XXII, P 2.

Danach ruhte die Angelegenheit wiederum zwei Jahre lang. Am 11. Mai 1535 schrieb Philipp an Magnus, dass er sich mit dem Adel der inzwischen wieder an ihn zurückgefallenen Ämter wegen der Zahlung des Zehnten verständigt habe.²⁶ Dieser habe ihn jedoch gebeten, *von wegen ihres unvermugens in dissen mißwachssenden jaren* bei Administrator Magnus um Aufschub zu bitten.

Die nächsten Briefe zeigen aber eine allmähliche Verschärfung des Streits. Eine 1536 nach Barth und Tribsees abgefertigte Gesandtschaft Heinrichs V. und des Administrators Magnus zeitigte keine greifbaren Ergebnisse,²⁷ außer dass erneut eine Pfändung angedroht wurde. Dagegen verwahrte sich allerdings Philipp I. in einem Schreiben an Magnus von Anfang 1537.²⁸ Er führte mehrere Gründe dafür an:

1. Habe er bereits selbst eine Mahnung an die Säumigen geschickt.

2. Habe der Bischof von Cammin seinerseits auch *in viertzeihen jaren nicht einenn heller darvon bekommen*, was ihm aus den mecklenburgischen Gebieten seiner Diözese zustehe. Dieses Argument ist umso bemerkenswerter, als durch die inzwischen in Pommern durchgeführte Reformation, der sich der Bischof von Cammin verweigert hatte, dessen geistliche Rechte auf sein unmittelbares Stiftsgebiet beschränkt worden waren.

3. Beschuldigt er Herzog Heinrich V. eines Überfalls auf Hasseldorf, einen Ort in der Nähe der mecklenburg-pommerschen Grenze bei Stavenhagen. Hier zeigt sich erstmals, dass die Problematik des Zehntstreits als Sonderfall in die allgemeinen Grenzstreitigkeiten zwischen Mecklenburg und Pommern einmünden sollte.

4. Administrator Magnus soll einigen Adligen im Land Barth geschrieben haben, dass sie zu ihm kommen und ihre Güter von ihm zu Lehen empfangen sollten. Dies erschien Herzog Philipp I. und den Wolgaster Räten so ungeheuerlich, dass sie in scharfen Worten antworteten: *Wor fur wir nun solche anforderung sollen achten, können wir noch nicht anders gedenckenn, dass E.L. sich wolle zu uns unnd den unnsern uber recht unnd pilligkeit notigenn und eindren-genn. Wir aber haltenns darfur, E.L. als ein administrator des stifts zu Schwe-rin sei unns als dem landsfürstenn von irem auffheben, so sie in unsern landt hat, pflichtwertig und nicht die unsern Ewer Liebenn.* Aus dem reinen Abgabenstreit war inzwischen eine Auseinandersetzung um landesfürstliche Hoheitsrechte geworden, die von pommerscher Seite aus der Sicht eines sich in Aufbau befindlichen evangelischen Landeskirchenregiments interpretiert wurde.

²⁶ Ebenda. Das Leibgedinge der Stiefmutter war nach deren erneuter Vermählung mit Fürst Johann II. von Anhalt-Dessau am 15. Febr. 1534 erloschen und an Herzog Philipp I. zurückgefallen.

²⁷ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. 1.

²⁸ LHAS, 2.12-3/1, Vol. XXII, P 2.

Abschließend machte Philipp I. seine weitere Unterstützung vom Verhalten des Administrators und seines Vaters abhängig: *Im fhäl aber das E.L. vater dem bischoff zu Cammin zu seinem zehenden erstlich nicht werde verheiffen unnd in restituiren unnd E.L. von solchen geschwinden schreiben an die unsern vom adell nicht abstehen, szo hat E.L. leichtlich zu bedencken, was wir derselben widerumb schuldigh, das wir E.L. auff ire schreibenn widerumb nicht haben wollen verhaltenn, der wir sonst freuntlich zu dienen gneigt.*

Der Aktenlage zufolge ruhte die Angelegenheit für mehrere Jahre. Erst am 3. Oktober 1542 wurden Kreditiv und Instruktion für die Gesandten des Administrators Magnus, Marten von Woldenfels und Christoffer Linstow, zu einer Gesandtschaft nach Wolgast ausgefertigt. Bereits am 10. Oktober erklärten sich die pommerschen Räte den Gesandten gegenüber. Den ersten Punkt wegen der Nichteinhaltung der Verträge wiesen sie zurück, den zweiten wegen der teilweisen Einbehaltung des entrichteten Zehnten begründeten sie mit dem alten Argument der Kompensation für die ausbleibenden Zahlungen an den Camminer Bischof. Ein neues Argument taucht dann aber in Punkt 3 auf, welches den inzwischen weit fortgeschrittenen Ausbau des landesherrlichen Kirchenregiments in Pommern belegt. Denn jetzt wird angeführt, dass die lange Vakanz des Archidiacons inzwischen von den Untertanen beklagt werde. Man sei der Meinung, dass dies der eigentliche Sinn und Zweck der Zehntzahlung sei: *Dewile de X umb des ampts willen und nit dat ampt umb des X willen verordnet.* Man machte den erfolgreichen Gang der weiteren Verhandlungen deshalb von der Wiedereinsetzung eines Archidiacons, *de nicht allein des gerichts gewartet, sundern ock upsicht hefft moten dhon, dat nit errige lehre edder ander mengel in sinen sprengel ingereten* abhängig. Die beabsichtigte Integration in das inzwischen errichtete pommersche Superintendentensystem kommt in einer späteren Bemerkung des Verhandlungsprotokolls noch deutlicher zum Ausdruck: *Dewile de strich des archidiaconats tho Tribusses ethwes with und grot und eines sunderlichen sup(er)intendentes wol bedarff.* Nach dem Vorschlag der pommerschen Räte würden sie bzw. Herzog Philipp dem Administrator eine *geschickte persone* präsentieren, die der *Augsbur Confession gemet befunden*, und Magnus solle sie dann als Administrator confirmieren. Als jährliche Besoldung wurden 150 Gulden veranschlagt. Um der Angelegenheit auch Bestand zu geben, verlangten die Pommern einen dauerhaften Beschluss, damit *derwegen kein ferner zanck mechte verfallen*. Dem inzwischen selbst zur Augsburger Konfession übergetretenen Magnus vertraute man zwar, wollte sich aber auch wegen dessen Nachfolger abgesichert wissen: *Got loff, mit hertoch Magnus hatt id kein mangel, aver kunftig kunde ein ander komen, de dem Evangelio so nit gewogen sin mochte.* Die Gesandten erklärten sich mit den Vorschlägen insoweit einverstanden, dass sie sie dem Administrator und seinen Räten vortragen würden. Magnus erklärte sich in einem Brief vom 1. Januar 1543 mit der Bestellung eines Superintendenten einverstanden, bat aber um weitere Unterstützung bei der Eintreibung des Zehnten. Die Antwort der Pommern lautete jedoch: erst Besetzung der Ämter, dann weitere Unterstützung bei der Zehnteintreibung.²⁹

²⁹ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. 1.

Der Gedanke der Einbeziehung der zu den Bistümern Schwerin und Roskilde gehörenden pommerschen Gebiete in das aufzubauende evangelische Kirchenregiment spielte bereits bei den Überlegungen von Johannes Bugenhagen eine Rolle. Er hatte 1535 eine Unterstellung dieser Gebiete unter den Stralsunder Superintendenten vorgeschlagen.³⁰ Faktisch kam dies aber nicht zur Ausführung, sondern wie ein Schreiben Herzog Philipps I. vom 18. Mai 1546 zeigt, hatte sich nach Abgang der *papistischen archidiacon und official* der Superintendent in Wolgast *die religionssachen mit visitieren und auffsehen ausgerichtet*.³¹ Wenn auch nur provisorisch, so war das Archidiakonat Tribsees doch bereits längst in die im Entstehen begriffene evangelische Landeskirche einbezogen worden und drohte dem Schweriner Bistum völlig zu entgleiten. Der Zeitpunkt, zu dem die Pommern die Einrichtung einer Superintendentur für das Archidiakonat forderten, kam ebenfalls nicht von ungefähr. 1543 endeten die für Pommern zeitweise viel gefährlicheren Auseinandersetzungen mit Dänemark um die Einkünfte und Besitzungen des Bistums Roeskilde auf Rügen mit dem Kieler Vertrag.³² Darin war unter anderem zur Wahrnehmung der kirchenleitenden Aufgaben die Einsetzung eines Superintendenten vereinbart worden. Was man gegen den viel mächtigeren dänischen König, der während der Auseinandersetzungen pommersche Schiffe mit Getreide beschlagnahmt und auch zeitweise an eine militärische Lösung gedacht hatte, durchsetzen konnte, wollte man bei den bestenfalls als gleichrangig angesehenen Mecklenburgern nun auch erreichen.

Doch in Bützow und Güstrow war man keinesfalls bereit, so einfach zuzustimmen. Bereits am 13. Januar 1544 machte Magnus einen Gegenvorschlag und bot zur Wahrnehmung der geistlichen Ämter die Entsendung von Theologen im Bedarfsfall an.³³ Die von Philipp I. in seinem oben angeführten Brief erwähnten Visitationen und sonstigen kirchlich-administrativen Handlungen des Wolgaster Superintendenten Johannes Knipstro bezeichnete Magnus in seiner Antwort vom 30. Mai 1546 als *von uns unerfürdert understanden*.³⁴ Solche Aufgaben könnten durch seine Theologen am Bützower Hof, *der wir mher dan einen in unser besoldung und versorgnis haben*, erledigt werden. Die Hilfe Fremder sei dazu nicht notwendig.

Die Auseinandersetzungen hatten damit einen Stand erreicht, bei dem es bis zum Malchiner Rezess von 1560 bleiben sollte. Zwar gingen die Korresponden-

³⁰ HEYDEN (wie Anm. 22), S. 21 f.

³¹ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. 1.

³² Abdruck nach einer späteren Abschrift bei BOHLEN-BOHLENDORF (wie Anm. 14) als Anlage 5. Vgl. auch Anm. 14 sowie Hans-Günter LEDER: Bugenhagens reformatorisches Wirken in Dänemark, in: Baltische Studien NF 77, 1991, S. 19–53, hier S. 49, ND in: DERS.: Johannes Bugenhagen Pomeranus – vom Reformator zum Reformator (wie Anm. 10), Studie XI, S. 357–408, dort 400 ff.

³³ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. 1.

³⁴ Ebenda.

zen auch in den nächsten Jahren noch hin und her, doch an der Sache änderte sich nichts. Eine 1548 im Auftrag Heinrichs V. nach Wolgast geschickte Gesandtschaft kehrte weitgehend unverrichteter Dinge wieder zurück. Zumindest wies die Antwort der Pommern den Weg der künftigen Verhandlungen. Sie schlugen vor, diese Sache zusammen mit den bevorstehenden Grenzverhandlungen zu erledigen. Dies wurde zunächst noch von Heinrich V. abgelehnt. Erst 1552 stimmte der neue Administrator Ulrich einem von seinem Bruder Johann Albrecht und dem Wolgaster Kanzler Jacob von Zitzewitz am Rande eines Treffens in Dresden ausgehandelten Vergleich zu. Darin war festgelegt worden, dass die Angelegenheit bei einer Zusammenkunft der mecklenburgischen mit den pommerschen Räten mit verhandelt werden sollte.³⁵

Inzwischen war auf beiden Seiten ein personeller Wechsel eingetreten. Auf mecklenburgischer Seite waren 1550 Administrator Magnus und 1552 sein Vater Heinrich V. gestorben.³⁶ An ihre Stelle traten Heinrichs Neffen, Johann Albrecht I. und Ulrich III.³⁷ Auf pommerscher Seite war bereits 1546 der hochbegabte Jacob von Zitzewitz Kanzler in Wolgast und damit Verhandlungsführer geworden, der dann insbesondere in den 1560er Jahren engen Kontakt mit dem Stiftsadministrator von Schwerin, Herzog Ulrich III. von Mecklenburg, pflegte.³⁸ Von ihnen konnte man gewissermaßen neuen Schwung erwarten. Zitzewitz war sehr erfahren in Verhandlungen aller Art, nicht zuletzt auch in religionspolitischen Fragen. Und die beiden jungen Herzöge gehörten bereits einer Generation an, die in der konfessionell gespaltenen Gesellschaft aufgewachsen war. Von ihnen war zu erwarten, dass sie möglicherweise mit einem anderen Verständnis an die Lösung des Problems herangingen. Schließlich starb 1556 der vorpommersche Generalsuperintendent Johannes Knipstro.³⁹ Sein Amt übernahm sein enger Freund, der Melanchthonschüler Jacob Runge.⁴⁰ Auch er gehörte einer neuen Generation mit einem anderen Erfahrungshorizont an.

³⁵ Ebenda.

³⁶ Zu Magnus vgl. Anm. 4, zu Heinrich V. Lutz SELLMER: Heinrich V., in: Sabine PETTKE (Hg.): Biographisches Lexikon für Mecklenburg, Bd. 1, Rostock 1995, S. 116–120.

³⁷ Zu Johann Albrecht I. vgl. Lutz SELLMER: Johann Albrecht I., in: Sabine PETTKE (Hg.): Biographisches Lexikon für Mecklenburg (wie Anm. 4), Bd. 1, Rostock 1995, S. 134–137. Zu Ulrich III. DERS: Ulrich II., in: ebenda, S. 231–235.

³⁸ Zu Zitzewitz vgl. Max von STOJENTIN: Jacob von Zitzewitz, auf Muttrin und Vorwerk vor Lassan erbessen, ein pommerscher Staatsmann aus dem Reformationszeitalter, in: Baltische Studien NF 1, 1897, S. 143–288.

³⁹ Vgl. Ferdinand BAHLOW: Johannes Knipstro, der erste Generalsuperintendent von Pommern-Wolgast. Sein Leben und Wirken aus Anlaß seines 400jährigen Geburtstages dargestellt (Schriften des Vereins für Reformationsgeschichte 62), Halle 1898.

⁴⁰ Klaus HARMS: Jacob Runge. Ein Beitrag zur pommerschen Reformationsgeschichte, Ulm 1961; Volker GUMMELT: Jacob Runge, ein Schüler und Mitarbeiter Philipp Melanchthons in Pommern – seine Beziehung zum „Praeceptor Germaniae“, in: Baltische Studien NF 84, 1998, S. 57–66.

Grundsätzliche religionspolitische Differenzen dürfte es spätestens seit der Einführung der Reformation in Mecklenburg 1549 auch offiziell nicht mehr gegeben haben. Erste reformatorische Handlungen im Stift Schwerin hatte Administrator Magnus bereits 1538 durchführen lassen und sein Vater galt ebenfalls als Anhänger der neuen Lehre.⁴¹ Die späte Einführung der Reformation im ganzen Herzogtum geschah vor allem aus Rücksicht gegenüber dem treu zur alten Kirche haltenden Albrecht VII. Wie auch das schon oben genannte Zitat von Herzog Philipp I. bezeugt, war man sich bereits mit Bischof Magnus in den grundsätzlichen konfessionellen Fragen einig, das heißt die Durchführung der Reformation im Archidiakonat und die damit im Zusammenhang von pommer-scher Seite vorgenommenen Handlungen wurden nicht per se abgelehnt. Es ging vielmehr nur noch um die Wahrung der aus katholischer Zeit überkommenen Rechte, Einkünfte und Besitzungen und deren künftige Verwendung. Da sich die Herzöge in Mecklenburg und Pommern sowohl in ihrer Funktion als Not-bischöfe wie auch als faktische Inhaber der Stifter Schwerin und Cammin als Nachfolger der Bischöfe in deren geistlichen und weltlichen Zuständigkeiten ansahen, war es nur logisch, dass sie die sich aus diesen Bereichen ergebenden Probleme in die allgemeinen Verhandlungen über die Streitigkeiten zwischen beiden Fürstentümern mit einbezogen.

Der 1555 geschlossene Ausburger Religionsfrieden bot den Verhandlungs-partnern eine neue, reichsrechtlich sanktionierte Perspektive bei der Lösung der Streitigkeiten. Paragraph 20 verfügte die Aufhebung der geistlichen Jurisdiktion der bisherigen Bischöfe und ihrer Amtsträger in den reformierten Gebieten, damit sie nicht mit der neuen Konfession in Konflikt geriet. Im Paragraphen 21 wurden die Einkünfte der katholischen Hierarchie in den evangelischen Gebieten behandelt. Sie sollten weiter gezahlt werden, allerdings nach Abzug der örtlichen Kirchen-, Pfarr-, Schul- und Spitalbedürfnisse.⁴²

Diese Bestimmungen konnten hier allerdings nur indirekt angewendet werden, da ja das Bistum Schwerin im Prinzip ebenfalls schon reformiert und der Inhaber des Bischofsamtes Protestant war. Die nachfolgenden Verhandlungen berücksichtigten daher auch diesen Aspekt und versuchten hier einen Kompromiss zu finden.

⁴¹ Vgl. WOLGAST: Reformation (wie Anm. 6) sowie DERS.: Die Herzöge als Not- und Oberbischöfe der mecklenburgischen Landeskirche, in: Helge BEI DER WIEDEN (Hg.): Menschen in der Kirche. 450 Jahre seit Einführung der Reformation in Mecklenburg, Rostock 2000, S. 29–64, hier 37 ff.

⁴² Abdruck bei Karl ZEUMER: Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Reichsverfassung in Mittelalter und Neuzeit (Quellensammlungen zum Staats-, Verwaltungs- und Völkerrecht, Bd. 2), 2. Aufl., Tübingen 1913, S. 341–370. Ein neuerer Druck in Arno BUSCHMANN: Kaiser und Reich. Verfassungsgeschichte des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation vom Beginn des 12. Jahrhunderts bis zum Jahre 1806 in Dokumenten, Teil 1: Vom Wormser Konkordat 1122 bis zum Ausburger Reichsabschied von 1555, 2. Aufl., Baden-Baden 1994, S. 215–283.

1556 erarbeitete der Wolgaster Superintendent Jacob Runge eine umfangreiche Denkschrift zur Neuorganisation der pommerschen Landeskirche unter dem Titel „Bedenken von Gebrechen in den Kirchen und Schulen in Pommern“. Unter der Rubrik „Von Superattendenten“ bemerkt er einleitend: „Nachdem alle Kirchen in Pomern, sie ligen unter welchem Bischoff sie wolle, ire algemeine Treptowische Kirchenordnung haben,“ womit er eindeutig klarstellte, dass die mit der Reformation 1534/35 eingeführte neue Kirchenordnung auch für die Gebiete Gültigkeit habe, die nicht zum Sprengel des Bistums Cammin gehörten. Die Aufsicht im Gebiet der einheitlichen Landeskirche sollen die „Obren Superattendenten“ ausüben, die in Stettin, Wolgast und Stolp, sowie einer für das Camminer Stiftsgebiet in Kolberg oder Cammin residieren sollen. Ihnen sollten alle Pfarrer im Herzogtum unterworfen sein, „also die Pomerischen Prediger im Schwerinischen Stifte dem Obren Superattendenten des Ortes, er sei zu Wolgast oder am andren Orte.“⁴³

Doch die Überlegungen Runges gingen noch weiter. Neben einer gründlichen Überarbeitung der Bugenhagenschen Kirchenordnung von 1535, die schließlich in die neue Ordnung von 1563 mündete, sollten zur Ausübung des geistlichen Gerichtsbarkeit an Stelle der Bischöfe und ihrer Officielle Konsistorien nach dem Vorbild des 1539 in Wittenberg gebildeten ersten protestantischen Konsistoriums eingerichtet werden. Für Runges eigenen Wirkungsbereich, das Herzogtum Pommern-Wolgast, kam es bereits 1556 zur Etablierung eines Konsistoriums in Greifswald. Erstes und verantwortliches Mitglied war der Superintendent, also Runge, selbst. Die weiteren Mitglieder sollten unter anderem aus den Reihen der Professorenschaft der Universität Greifswald berufen werden.⁴⁴ Und hierbei ergibt sich nun wieder ein Bezug zum Zehnstreit.

Die Forderung der Pommern, den Zehnt zur Besoldung eines Superintendenten zu verwenden, war ja nicht neu und entsprach auch den Bestimmungen des Ausburger Religionsfriedens. Mit der Einrichtung eines Konsistoriums würde der Superintendent jedoch in eine den Herzögen von Pommern allein unterstehende Behörde eingegliedert und dem Einfluss des Schweriner Administrators nahezu vollständig entzogen werden. Seine Diözesanrechte, die er in Mecklenburg bereits seit 1540 sukzessive verloren hatte,⁴⁵ standen nun auch im Archidiaconat endgültig auf dem Spiel. Die Aufgabe dieser Rechte bedeutete aber zugleich auch die Übertragung an eine andere Dynastie. Die Verwendung des Zehnten für die Besoldung eines Superintendenten kam insofern der Bezahlung eines ausländischen Beamten gleich. Und das kränkte offensichtlich, wie die Verhandlungen der folgenden Jahre zeigen.

⁴³ Abdruck bei Alfred UCKELEY (Hg.): D. Jakob Runges „Bedenken von Gebrechen in den Kirchen und Schulen in Pommern“ 1556. Eine Quelle zur Kirchenkunde der Reformationszeit, in: Pommersche Jahrbücher, Bd. 10, 1909, S. 25–73.

⁴⁴ Zur Einrichtung des Greifswalder Konsistoriums vgl. Norbert BUSKE: Das alte Greifswalder Konsistorium. 300 Jahre kirchliche Rechtsprechung, in: Baltische Studien NF 76, 1990, S. 48–80.

⁴⁵ WOLGAST (wie Anm. 2), S. 231.

Der Malchiner Rezess vom 30. August 1560

In den 1550er Jahren begannen umfangreiche und sich über Jahrzehnte hinziehende Verhandlungen zwischen Mecklenburg und Pommern über strittige Grenzfragen. Zwar hatte man sich auch schon früher mit solchen Problemen befasst, aber jetzt erreichte deren Behandlung eine neue Dimension.⁴⁶ Teil dieser Verhandlungen war auch der Zehntstreit.

Die erste Runde endete nahezu ergebnislos (*und doch nicht endlich vorgli-chen*) mit dem Demminer Vergleich von 1559, in dem sogleich auf die Fortsetzung in Malchin verwiesen wurde. Diese schloss am 30. August 1560 mit dem Malchiner Rezess.⁴⁷ Beteiligt waren an den vorausgegangenen Verhandlungen von mecklenburgischer Seite Werner Hahn, Erasmus Behm, Jochim Kruse, der Stiftshauptmann Jürgen Wackerbarth und Johan Benecke, von pommerscher Seite Adrian von Borcke, Ulrich von Schwerin, der Wolgaster Kanzler Valentin von Eickstedt sowie der gelehrte Rat Jochim Moritz.

Die im Rezess enthaltenen Bestimmungen zum Zehntstreit nehmen einen breiten Raum, nicht ganz die Hälfte des gesamten Dokuments, ein. Hauptstreitpunkt in dieser Frage war das Nominations- und Präsentationsrecht des Superintendenten und seine künftige Residenz. Dem ordneten sich alle anderen Punkte unter. Die Pommern beanspruchten Nomination und Präsentation für sich, der Administrator sollte lediglich Institution und Konfirmation vornehmen. Dem konnten sich die mecklenburgischen Gesandten mangels fehlender Instruktion in diesem Punkt nicht anschließen. Deshalb wurde ein Vergleich vorgeschlagen, dessen Hauptinhaltepunkte folgende waren:

- a) Die Herzöge von Pommern unterstützen, notfalls auch mit Pfändung, die Zehntzahlung. Eine Ausnahme wurde nur bei allgemeiner Missernte (*kundlicher Misswachs*) zugelassen. Hierzu boten die Pommern in einer späteren Passage des Textes nochmals ausdrücklich jegliche Unterstützung an.
- b) Der Administrator instituiert einen *dächtigen, geschickten Theologum* nach vorheriger Präsentation der Herzöge von Pommern. Als Vorbild sollte die 1543 mit Dänemark getroffene Übereinkunft zur Einsetzung des Superintendenten auf Rügen dienen.
- c) Der Administrator verpflichtet sich, zum Unterhalt des Superintendenten von den Zehntzahlungen jährlich 100 Gulden sowie je zwei Last Roggen und Hafer bereitzustellen.

⁴⁶ Vgl. RODIG (wie Anm. 13) sowie Ernst MÜNCH, Mecklenburgisch-vorpommersche Grenzstreitigkeiten, in: MJB 111, 1996, S. 115–129. In beiden Beiträgen Hinweise zu weiterführender Literatur.

⁴⁷ LHAS, 1.1-12, Verträge mit Pommern, Nr. 90 (Original) und 2.11-2/1, Nr. 887 (Abschrift).

d) Der Superintendent soll zunächst *seine wesentliche Residens beim Consistorio zu Gribswalde haben*. An der dortigen Universität soll er *so viele sein ampt erliden will unnd sovern ime solichs gefelligk [...] profitieren*.

e) Die Herzöge von Pommern geben einen versiegelten Revers, dass sie die Zustimmung zur Verlegung der Residenz vom Administrator nur aus freudlichem Willen und in Anbetracht der Notwendigkeit nur bis zu einer besseren Regelung bekommen haben. Im selben Revers soll auch aufgenommen werden, dass die Herzöge von Pommern die ihnen im Religionsfrieden zugestandene geistliche Gerichtsbarkeit ebenfalls nur bis zur Aushandlung einer besseren Regelung abgeben.

f) Der Superintendent verpflichtet sich gegenüber dem Administrator zur Verwaltung der bischöflichen Ämter, aber im Sinne der *Auspurgischen Confession* und nach Maßgabe der pommerschen Kirchenordnung.

g) Die Appellation derjenigen geistlichen Sachen, die der Superintendent nicht entscheiden wollte oder konnte, soll nach dem Willen der Mecklenburger an den Administrator gehen. Sie ließen nur die Einschränkung zu, *so vern derselbige der Auspurgischen Confession zugethan und anhengigk*. Dagegen protestierten die Pommern, weshalb der Vorschlag gemacht wurde, dass eine Erklärung der Herzöge von Mecklenburg und Pommern bis Martini hierzu erfolgen sollte.

h) Die Forderungen der Pommern bezüglich der Einkünfte und Rechte des Camminer Bischofs in Mecklenburg wiesen die Mecklenburger mit dem Hinweis auf die ebenfalls noch ungeklärten Verhältnisse in dem in Pommern gelegenen Schweriner Stiftsdorf Zipke bei Barth zurück. Hierüber und über das ehemalige Darguner Klostergut Kaseburg auf der Insel Usedom sollte eine gesonderte Kommission verhandeln.

Die weiteren Punkte des Rezesses befassten sich in erster Linie mit den Streitigkeiten um eine Wiese an der Landesgrenze bei Nehringen und um die Auseinandersetzungen zwischen den von Maltzahn auf Kummerow und dem Kloster Dargun.

Die Bestimmungen zum Zehnten und dem Superintendenten waren in erster Linie ein Erfolg für die Pommern. Sie hatten trotz aller Kompromisse und des vorläufigen Charakters des Vertrages eigentlich alle ihre seit Jahren vorgebrachten Forderungen durchsetzen können. Der Superintendent ersetzte die vorherigen Amtsträger des Schweriner Administrators, den Archidiakon und den Stralsunder Official. Seine Besoldung erfolgte aus den Einnahmen des Zehnten. Durch seine Residenz in Greifswald, dem Ort des Konsistoriums und der theologischen Fakultät der Universität, war seine Einbindung in die Organisation des landeskirchlichen Regiments gewährleistet. Einzig mit dem Institutionsrecht und der Verpflichtung der Appellation an den Administrator behielt dieser sich noch eine gewisse formale Einflussnahme vor. Sie wurde aber auch durch die anderen Bestimmungen zusätzlich geschmälert. Einsetzen konnte der Administrator nur

einen von den Pommernherzögen präsentierten Kandidaten. Und welche Sachen der Superintendent als *ime zuverrichten beschwerlich furfallen muchten* und somit an den Administrator zu appellieren seien, lag weitestgehend in seinem Ermessen. Durch den institutionellen Rückhalt bei Konsistorium und theologischer Fakultät in Greifswald würde es bei der praktischen Umsetzung wohl nur selten zu Appellationen nach Bützow kommen.

Dem Administrator blieb somit nur die Anerkennung einer eingeschränkten formalen Oberhoheit ohne praktische Auswirkungen und die Hilfszusicherung bei der Erhebung des Zehnten durch die pommerschen Herzöge.

Zunächst sah es auch so aus, als ob sich die Dinge gemäß der getroffenen Vereinbarungen entwickeln würden. Die vom 1. März 1562 datierende Instruktion Herzog Ulrichs für seine Räte wegen der Verhandlungen der Grenzangelegenheiten in Ribnitz erkannte die Bestimmungen des Malchiner Rezesses als weiterhin gültig an. Den Wolgaster Generalsuperintendenten Jacob Runge bestätigte er als *vermuge erwentes Malchinischen abschiedts nominirt und fur einen superintendenten uber unsere kirchen in obgemen Pommerlanden unß furgeschlagen*. Runge sei bereits zu einer Unterredung nach Ribnitz gebeten worden. Wegen seiner Besoldung und der Verpflichtung gegenüber dem Stiftsadministrator sollten sich die abgesandten Räte auf der Grundlage des Malchiner Rezesses mit den Pommern einigen. Danach würde Runge eine Bestallung von Herzog Ulrich als Administrator des Stifts bekommen und sich zugleich in einem Revers zu seinen Pflichten gegenüber Ulrich bekennen.⁴⁸

Die Verhandlungen der 1570er und 1580er Jahre

Abgesehen von einzelnen Klagen über nicht entrichtete Zehntzahlungen schweigen sowohl die mecklenburgischen als auch die pommerschen Akten für die nächsten rund anderthalb Jahrzehnte. Aber 1575 entbrannte der Streit erneut und diesmal mit einer Heftigkeit, durch die schließlich ein Gang vor die Reichsgerichte kaum noch zu verhindern war. Für das Stift Schwerin verband er sich zudem mit den Auseinandersetzungen mit dem Reichsfiskal um die Moderation der Reichsteuern.

Der konkrete Anlass zur Wiederaufnahme der Verhandlungen scheint ein bereits 1559 von Herzog Philipp I. von Pommern-Wolgast erlassenes Verbot an die Stadt Barth gewesen zu sein, in dem er die weitere Zahlung des Zehnten untersagte. Als 1574 die Beauftragten des Administrators die Stadt zur Zahlung aufforderten, verweigerte diese sich. Daraufhin wandte sich Ulrich am 1. Mai 1575 an die pommerschen Herzöge Ernst Ludwig, Johann Friedrich und Bogislaw XIII. Diese antworteten am 11. Juni und begründeten die Zahlungsverweigerung mit der bislang noch nicht erfolgten Einsetzung eines Superintendenten

⁴⁸ LHAS, 2.11-2/6, Nr. 12.

durch den Administrator und die Verweigerung der dem Bistum Cammin zustehenden Einkünfte aus mecklenburgischen Gebieten. Die im Rezess von 1560 getroffenen Vereinbarungen waren also offensichtlich von keiner Seite erfüllt worden.⁴⁹

Die daraufhin vorgenommenen Verhandlungen führten zunächst zum Demminer Vergleich vom 3. November 1575.⁵⁰ Jetzt schienen die Fronten noch verhärteter zu sein als 1559/60. Es kam nämlich keine wirkliche Übereinkunft zu Stande, sondern der Vergleich dokumentierte lediglich die konträren Positionen. Die pommerschen Räte waren der Meinung, nach den Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens hätten die Bischöfe die geistliche Jurisdiktion in den weltlichen Fürstentümern vollständig verloren. Sie belegten dies mit einigen Beispielen aus benachbarten Territorien. So hätte der Bischof von Brandenburg keinerlei geistliche Jurisdiktion in den ehemals zu seinem Sprengel gehörenden kursächsischen Gebieten mehr. Ebenso hätte der Bischof von Lebus seine geistliche Jurisdiktion in den schlesischen Fürstentümern verloren. Herzog Ulrich III. selbst würde seinerseits dem Bischof von Cammin, obwohl jener derselben Konfession angehörig sei, die geistliche Jurisdiktion in den mecklenburgischen Gebieten des Camminer Sprengels nicht gestatten. Die mecklenburgischen Räte standen dagegen auf dem Standpunkt, dass die Suspension der geistlichen Jurisdiktion lediglich die Bischöfe betreffe, die nicht der Augsburgerischen Konfession anhängig seien. Da Herzog Ulrich III. als Administrator des Stifts Schwerin aber selbst Protestant war, sei seine geistliche Jurisdiktion in seinem Sprengel nicht aufgehoben und gelte daher auch im Archidiakonat weiter. Angesichts des oben angeführten Umgangs Ulrichs mit dem ebenfalls lutherischen Bischof von Cammin war diese Argumentation aber doch recht fadenscheinig.

In der praktischen Konsequenz führten diese konträren Standpunkte zu einem erneuten Streit um die Residenz des Superintendenten des Archidiakonats. Ulrich schlug entweder Tribsees oder Stralsund, also die traditionellen Sitze des Archidiakons bzw. des Officials vor. Die Pommern dagegen beharrten auf Greifswald als dem Sitz des Konsistoriums.

Letztlich kam es weder über die geistliche Jurisdiktion, noch über den Sitz des Superintendenten als über Form und Umfang der Eintreibung der rückständigen Zehntzahlungen in Demmin zu einer Einigung. Der von den pommerschen Räten hier erstmals ins Spiel gebrachte Vorschlag der Zehntablösung durch Kauf, diesmal noch durch *eins jedes ortts obrigkeit*, wurde durch die Mecklenburger zurückgewiesen. Erst müssten die Rückstände bezahlt werden, dann könne man darüber verhandeln. Sie sahen keine andere Möglichkeit als die Ernennung einer unparteiischen Kommission, die einen Vergleich in der Güte finden solle. Sei dies nicht möglich, müsse *die sache zum rechtlichen austrage* gebracht werden.

⁴⁹ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. II.

⁵⁰ Abschrift in LHAS, 2.11-2/6, Nr. 24.

Dies schreckte die Pommern nun doch auf. Am 18. Februar 1576 forderte Herzog Ernst Ludwig die Stadt Barth auf, den Zehnten *zu verhuetung beswerlicher weiterung* ab sofort zu zahlen. Nur die Rückstände sollten weiterhin unter Verweis darauf, *das di zehntleute denselben brandes, teuerung und unvermugens halben nit ausgeben können*, verweigert werden. Ernst Ludwigs Bruder Bogislaw XIII., der seit der pommerschen Erbteilung von 1569 mit den Ämtern Barth und Franzburg apanagiert war und damit insbesondere von dem Streit berührt wurde, empfahl seinem in Wolgast regierenden Bruder am 23. März 1576, Herzog Ulrich *durch eine summa gelts oder andere wege* abzufinden. Alles andere könne wegen des angedrohten Rechtsganges weitläufig und unsicher im Ausgang werden.⁵¹

Die in der kirchlichen Verfassung seit der Reformation weitgehend selbstständige Stadt Stralsund stand zur selben Zeit ebenfalls in Verhandlungen mit Herzog Ulrich um die Ablösung der aus ihrem Herrschaftsgebiet zu entrichten den Zehnten. Am 9. Mai 1578 teilten sie dies dem Wolgaster Herzog Ernst Ludwig mit und baten zugleich um Nachricht über den Stand der Verhandlungen des Herzogs mit Ulrich.⁵²

Dass die Zahlungsmoral der Zehntpflichtigen weiterhin sehr zu wünschen übrig ließ, belegen die Rechnungen der Stiftskollektoren im Archidiakonat, die von Stralsund aus agierten. Nachweisen lassen sich anhand der Register für dieses Amt von 1542–1565 Johannes Koch und von 1566 bis nach 1580 dessen Sohn Ludolf Koch. Letzterer schloss das Register des Jahres 1578 über das Amt Barth mit der vielsagenden Bemerkung: *Summa summarum sol jerlich ahn gelth zehnden ihn dem Bardischen Ampt eyngenommen werden IIIcLXIII Mark VI Schilling X Pfennig. Von dem ist auch diss LXXVIII jar der weinigerzahl wie in vorigen etzlichen jaren gar nichts auskommen, und hilfft keyn mandat noch abkundigen*.⁵³

Die weiteren Verhandlungen standen in engem Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen des Stifts Schwerin mit Reich und Niedersächsischem Kreis um seine Reichsstandschaft und den daraus resultierenden Beiträgen zu den allgemeinen Reichsabgaben.⁵⁴

In Fortsetzung älterer Auseinandersetzungen um die Moderation der auf das Stift Schwerin entfallenden Reichssteuern beschloss der Niedersächsische Kreistag zu Halberstadt 1583 die Ernennung von kaiserlichen subdelegierten Inquisitoren. Die Wahl fiel auf den erzbischöflich-bremischen Administrator Heinrich und Herzog Wilhelm d.J. von Braunschweig-Lüneburg. Die Aufgabe

⁵¹ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. II.

⁵² Ebenda.

⁵³ LHAS, 2.12-3/1, Vol. XXII, P2.

⁵⁴ Vgl. dazu allgemein Franz SCHILDT: Das Bisthum Schwerin in der evangelischen Zeit, Teil 3, in: MJB 51, 1886, S. 103–189. Zur Regierungszeit Ulrichs insbes. S. 108–122.

der Kommission bestand in der Untersuchung einer Klage Herzog Ulrichs III. über zu hohe Anschläge in der Reichsmatrikel für das Haus Mecklenburg und das Stift Schwerin. Zur Klärung wurde für den 29. April 1583 ein Rechtstag zu Sternberg einberufen, zu dem auch die pommerschen Herzöge als Mitinteressenten geladen wurden.⁵⁵

Zugleich wurden sie mit einem Artikelkatalog Herzog Ulrichs konfrontiert,⁵⁶ der in gewisser Weise wieder die Auseinandersetzungen zwischen Mecklenburg und Pommern um das Erbe des 1325 ausgestorbenen rügenischen Fürstenhauses zu erneuern drohte.⁵⁷ Im Kern lief die Argumentation Mecklenburgs darauf hinaus, dass das Gebiet des Archidiakonats Tribsees dem Stift Schwerin eigentümlich gehören würde und die Fürsten von Rügen es von diesem nur zu Lehen getragen hätten. Nach dem Tod des letzten Rügenfürsten 1325 seien die Ländereien an verschiedene mecklenburgische und werlische Herren verliehen worden. Insbesondere seien die Länder Barth und Damgarten bei der Erhebung der mecklenburgischen Fürsten Albrecht und Johann in den Reichsfürstenstand durch Kaiser Karl IV. 1348 im Beisein des Herzogs Otto von Stettin an die Mecklenburger mit verliehen worden.⁵⁸ Die Pommern hätten sich später in den Besitz dieser Länder gesetzt und dem Stift nicht mehr als die geistliche Jurisdiktion und den Zehnten gelassen.

Herzog Ernst Ludwig von Pommern-Wolgast protestierte gegen die sehr kurzfristig angesetzte Einladung nach Sternberg und erreichte in Übereinstimmung mit seinem in Stettin regierenden Bruder Johann Friedrich eine Verschiebung auf den 14. Juni 1583. Im Mai fanden die vorbereitenden Verhandlungen zwischen den herzoglichen Brüdern statt. Neben den beiden regierenden Fürsten nahm auch ihr Bruder Bogislaw XIII. als Mitinteressierter teil. Im Zentrum der Ausarbeitungen stand, dass für Pommern kein Praejudiz entstehen dürfe. Am 8. Juni war die Gegenerklärung fertig, allerdings schrieb Bogislaw XIII. am 11. Juni an seinen Bruder Ernst Ludwig, dass man die Punkte wegen des Zehnten völlig auslassen solle, weil *man sich gegen den Bischoff zu Schwerin in gutlichen handlungen albereit weiter als man von rechts wegen zu thun schuldig eingelassen*.⁵⁹

⁵⁵ Ebenda, S. 120. Der folgende Gang der Verhandlungen, soweit sie den Zehntstreit betreffen, nach APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. II.

⁵⁶ Ebenda. Als Vorarbeit dazu diente sicher das Aktenstück *Kurtzer Bericht, den bischofflichen Zehenden belangend, so unser Gnediger Furst und Herr, alß Administrator des Stifts Schwerin in den Pommerlanden jerlich zuheben hat*, o.D., in: LHAS, 2.12-3/1, Vol. XXII, P 2.

⁵⁷ Vgl. dazu Klaus WRIEDT: Die kanonischen Prozesse um die Ansprüche Mecklenburgs und Pommerns auf das rügische Erbe 1326–1348 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern, Reihe 5, Bd. 4), Köln/Graz 1963.

⁵⁸ Siehe dazu Tilmann SCHMIDT: Die Erhebung Mecklenburgs zum Herzogtum im Jahr 1348, in: MJB, Beiheft zu 114, 1999, S. 63–74. Anwesend bei der Zeremonie auf der Prager Burg war aber nicht Herzog Otto I., sondern sein Sohn Barnim III. von Pommern-Stettin (ebenda, S. 63).

⁵⁹ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 3, Vol. II.

Da die Akten an dieser Stelle abbrechen, ist zu vermuten, dass die Angelegenheit in Sternberg nicht weiter verfolgt wurde. Dem entspricht auch die weitere Entwicklung, denn im folgenden Jahr 1584 wurden die allgemeinen Grenzverhandlungen wieder aufgenommen, in die auch der Zehntstreit mit behandelt werden sollte. Anstelle von direkten Verhandlungen hatten Mecklenburg und Pommern diesmal eine Schlichtungskommission angenommen. Als Schlichter erklärten sich König Friedrich II. von Dänemark und Herzog Julius von Braunschweig-Lüneburg bereit.⁶⁰ Ab dem 27. Juli 1584 fanden die Verhandlungen in Damgarten statt. Der Zehntstreit wurde dabei allerdings suspendiert, weil die streitenden Parteien wegen der Kürze der Zeit ihre Erklärungen nicht abgegeben hatten. Trotz aller Bemühungen verlief die Tätigkeit dieser Kommission weitestgehend ergebnislos. König Friedrich II. von Dänemark schrieb daher am 3. Juli 1585 an Herzog Julius von Braunschweig-Lüneburg, dass die Mecklenburger und Pommern nunmehr *gegeneinander bitterer, dan sie jhe vorhin gewesen, geworden*.⁶¹

Zur Beratschlagung der weiteren Vorgehensweise trafen sich die pommerischen Herzöge noch im selben Jahr in Ueckermünde.⁶² Es sollte aber noch ein weiteres Jahr vergehen, bevor konkrete Schritte unternommen wurden. Am 18. April 1586 wurde in Wolgast das Kreditiv der Herzöge Johann Friedrich, Ernst Ludwig und Bogislaw XIII. für ihre Gesandten an Herzog Ulrich III. ausgefertigt.⁶³ Vom 25. April datiert schließlich die ausgehandelte Punctuation, in der Ulrich unter anderem wegen des Zehnten neue Verhandlungen seitens der pommerischen Herzöge angeboten wurden. Ulrich erklärte sich dazu zwar grundsätzlich bereit, bot auch an, das Schweriner Domkapitel in die Verhandlungen mit einzubeziehen, machte aber die vorherige Zahlung der Rückstände zur Bedingung. In der selben Weise erklärte er sich auch in einem Schreiben an die Herzöge von Pommern vom 18. Juli 1586, beschränkte darin aber seine Zahlungsforderung auf die Rückstände der letzten drei Jahre.⁶⁴

Von den sich nun anschließenden Verhandlungen, die mit dem eingangs erwähnten Vertrag vom 21. September 1588 endeten, ist so gut wie nichts überliefert. Möglicherweise sind sie als Geheimverhandlungen geführt und die darüber abgefassten schriftlichen Unterlagen sind gleich nach ihrem Ende vernichtet worden. Vielleicht wurden die Verhandlungen auch nur mündlich geführt. Die Vermutung, dass sie im Zusammenhang mit den 1588 geführten Eheverhandlungen zwischen Mecklenburg und Pommern, die dann zur zweiten Heirat Herzog Ulrichs III. mit der pommerischen Prinzessin Anna, einer Schwester der

⁶⁰ RODIG (wie Anm. 13), S. 181 f.

⁶¹ APS, Herzoglich Stettiner Archiv (Archiwum Książat Szczecińskich), künftig AKS, Nr. I/1319.

⁶² Ebenda.

⁶³ LHAS, 2.12-2/16.

⁶⁴ Ebenda.

Herzöge Johann Friedrich, Ernst Ludwig und Bogislaw XIII., führte, stattfanden, bestätigte sich anhand der Aktenlage nicht.⁶⁵ Aber wenn auch dort nicht direkt nachweisbar, so wird die im Zuge der Eheverhandlungen erfolgende Annäherung der beiden Fürstenhäuser doch wesentlich zum erfolgreichen Abschluss beigetragen haben.

Somit kann hier nur das bereits zu Beginn des Beitrages skizzierte Ende im Sommer und Herbst 1588 noch einmal rekapituliert werden. Am 12. Juli 1588 teilte Herzog Ernst Ludwig seinem Bruder Bogislaw XIII. mit, dass Herzog Ulrich wieder in seine Lande zurückgekehrt sei und dass deshalb *die bohandelte zehentsache ohne lenger vorzug plene volenzogen werden muge*. Drei Tage später trafen sich die beiden Brüder in Sassen bei Loitz, wo man sich offensichtlich einig wurde. Am 14. August wurde ein entsprechendes Antwortschreiben an Herzog Ulrich III. in Wolgast ausgefertigt und an Bogislaw XIII. zur Mitsiegung geschickt. Zugleich erfolgte der Hinweis, er solle 10 000 Gulden zur Zahlung bereit halten. Noch im August 1588 reiste Adam Behr auf Deyelsdorf bei Tribsees als Gesandter der pommerschen Herzöge zu Herzog Ulrich III. um den Vertrag endgültig auszuhandeln. Dass er Erfolg hatte, beweist die Tatsache, dass Ulrich bereits am 21. September 1588 den Vertrag unterzeichnete.⁶⁶

Somit fand schließlich ein über sechzig Jahre währender Streit zwischen den beiden benachbarten Fürstenhäusern ein Ende, mit dem beide Seiten leben und zufrieden sein konnten. Pommern bekam die volle geistliche Jurisdiktion über das ehemalige Archidiakonat Tribsees. Ulrich konnte mit den Kaufgeldern, die laut Vertrag nur zum Nutzen des Stiftes angewendet werden durften, zumindest einen Teil der Schuldenlast des Stiftes Schwerin abtragen. Bemerkenswert ist die gefundene Lösung, weil sie einen ganz frühen Beleg für die endgültige Ablösung einer kirchlichen Abgabe durch eine Geldsumme darstellt.

Der Vollständigkeit halber sei nur noch hinzugefügt, dass fast auf den Tag genau drei Jahre später, am 20. September 1591, Herzog Bogislaw XIII. den letzten dem Stift Schwerin noch verbliebenen Grundbesitz in Pommern, nämlich die Anteile in den Dörfern Eixen, Bisdorf, Spikersdorf und Wohsen sowie die wüste Feldmark Kurgur, nördlich von Tribsees, ebenfalls für 17 000 Gulden käuflich erwarb.⁶⁷ Der übrige Grundbesitz, die Dörfer Zipke und Bisdorf zwi-

⁶⁵ Die mecklenburgische Überlieferung zu den Heiratsverhandlungen des Jahres 1588 in LHAS, 2.12-1/9, Nr. 38.

⁶⁶ APS, AKW, Tit. 26, Nr. 8. Das Original des pommerschen Vertragsexemplars in LAGw, Rep. 2 Duc, Nr. 920. Ein alter Druck in Johann Carl DÄHNERT: Sammlung gemeiner und besonderer Pommerscher und Rügischer Landes-Urkunden, Gesetze; Privilegien, Verträge, Constitutionen und Ordnungen. Zur Kenntniß der alten und neueren Landes-Verfassung insonderheit des Königlich-Schwedischen Landes-Theils, Bd. 1, Stralsund 1765, S. 239 ff. Das mecklenburgische Exemplar ließ sich dagegen nicht mehr ermitteln.

⁶⁷ SCHILDT (wie Anm. 7), 195 ff. Abdruck der Urkunde in DÄHNERT (wie Anm. 55), S. 241 ff.

schen Barth und Stralsund, und einige kleinere Besitzstücke waren bereits 1569 an den pommerschen Adligen Wedige von der Osten auf Batevitz verkauft worden.⁶⁸

Anschrift des Verfassers:
Dr. Dirk Schleinert
Landeshauptarchiv Sachsen-Anhalt
Hegelstraße 25
39104 Magdeburg

⁶⁸ SCHILDT (wie Anm. 7), S. 197.

„EINE BESONDERE [...] UNTER UNSERER PROTECTION
NEU-ANGEBAUETE STADT“
DIE GRÜNDUNG DER SCHWERINER NEUSTADT VOR 300 JAHREN¹

Von Norbert Credé

Allgemeine und landespolitische Rahmenbedingungen

Am 26. Juni vor genau 300 Jahren ließ Herzog Friedrich Wilhelm eine Deklaration publizieren, die den zwar umständlichen und langen, aber kennzeichnenden Namen „Fürstlich Mecklenburgische Declaration von Anbau- und Extendirung der bey der Alten Residentz-Stadt und Vestung Schwerin nahe anliegenden bisher so genandten Schelffe / Alle denen Anbauenden gnädigst versprochene Privilegia und Wolthaten etc. enthaltend“ trägt.² Diese Deklaration zieht ihre stadtgeschichtliche Bedeutung aus ihrem Charakter als Gründungsdokument einer rechtlich selbständigen Schweriner Neustadt, auch wenn sie diese Selbständigkeit erst Jahrzehnte später erlangte. Ihre landesgeschichtliche Bedeutung resultiert einerseits aus der mit der Gründung intendierten Aufwertung und Stärkung der landesherrlichen Residenz, ein Faktor, der nicht zuletzt in der Auseinandersetzung des Landesherrn mit den Ständen um die Etablierung einer absoluten Fürstenherrschaft nicht zu unterschätzen ist. Andererseits ist die Neustadtgründung vor allem in Verbindung zu anderen, von Herzog Friedrich Wilhelm initiierten Maßnahmen zur Wiederbelebung der infolge des 30jährigen Krieges noch immer weitgehend am Boden liegenden Wirtschaft des Herzogtums zu sehen.

Unter dieser Perspektive gewinnt die Neustadtgründung zudem eine über Mecklenburg hinausweisende Bedeutung im Kontext der in der Zeit nach 1650 in zahlreichen deutschen Herrschaften erfolgten Neustadtgründungen, nicht nur an den Residenzen, aber bevorzugt dort. Es weist dies schon darauf hin, dass die in der zur Geschichte der Schweriner Neustadt veröffentlichten Literatur dominanten kunst-, architektur- oder städtebauhistorischen Betrachtungen zweifellos nicht ausreichen, die komplexen lokal- und regionalgeschichtlichen Bezüge zu erfassen. Dies wäre aber erforderlich, um die Schweriner Neustadtgründung

¹ Dem Manuskript liegt ein Vortrag des Verfassers zugrunde, der am 25. Januar 2005 in der Vortragsreihe „Historische Abende“ des Stadtgeschichts- und -museumsvereins Schwerin e.V. stattfand.

² Im Folgenden zit. als DEKLARATION; nach der bei Lembcke 1705 in Schwerin gedruckten Fassung, enthalten z. B. in StAS M 3950, LHAS 2.12-4/3, Nr. 293, vgl. die Quellenedition in diesem Band.

historisch adäquat einordnen und mit anderen frühneuzeitlichen Städtegründungen vergleichen zu können.³

Die Schweriner Schelfstadt ist weit mehr als eine barocke Stadtanlage, ihre Gründung kann als ein Teil des umfassenden Versuchs Herzog Friedrich Wilhelms interpretiert werden, mit wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Maßnahmen Mecklenburg wirtschaftlich zu modernisieren und politisch die Position des Regenten gegenüber den Ständen, besonders der Ritterschaft, zu stärken.

In anderen Herrschaften Deutschlands waren Neustadtgründungen überwiegend Bestandteil einer aktiven Bevölkerungspolitik, die dem Ausgleich der Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Krieges diente, beispielsweise durch die Anwerbung hugenottischer Glaubensflüchtlinge aus Frankreich, in manchen Ländern auch vertriebener Juden, und aus der die zeitgenössischen Städtegründungen ihre vorwiegend konfessionspolitische Motivation zogen.⁴ In Mecklenburg bestand dieser Zusammenhang nicht unmittelbar, denn das Beispiel mecklenburgischer Bevölkerungspolitik, die Gründung der Hugenottenkolonie 1698/99 in Bützow, war zwar konfessions- und wirtschaftspolitisch begründet, stand aber nicht in Zusammenhang mit einer Stadtgründung. Die Gründung der Schweriner Neustadt dagegen entbehrte zumindest nach außen der konfessionspolitischen Dimension. So kann die Bützower Kolonie der so genannten Réfugiés zweifellos als wichtiger Impuls zur intendierten Modernisierung der Wirt-

³ Dem Faktum, dass hier eine Stadtgründung erfolgte, wird in fast allen stadtgeschichtlichen Darstellungen nur eine marginale Rolle eingeräumt, oftmals wird lediglich darauf verwiesen. Einzig Wilhelm JESSE: *Geschichte der Stadt Schwerin*, 2 Bde., Schwerin 1913 und 1920, Bd. 1, S. 265 f., widmet ihr breiteren Raum, sieht die Motive aber lediglich im lokalen Kontext, um sich dann überwiegend der Darstellung der Bauplanung und der Architektur einzelner Bauwerke zu widmen. Diese Perspektive findet sich auch in späteren Arbeiten nahezu durchgängig, so bei Ralf WENDT: *Schweriner Geschichte*, Teil 1, Schwerin o. J. [1978]; Manfred KRIECK u.a.: *Schwerin. Geschichte der Stadt in Wort und Bild*, Berlin 1985, S. 69; Ders.: *Zuarin bis Schwerin. Eine Stadtchronik von 1160 bis 1990*, Hamburg 1990. Nur bei Dieter ZANDER: *Die Schweriner Schelfstadt. Zur städtebaulichen Entwicklung der barocken Neustadt, Schwerin o. J. [1984]*, o. Seitenzählung [S. 7 f.], findet der Bezug zur Hugenottenansiedlung in Bützow und damit ein überlokaler Zusammenhang Erwähnung.

⁴ Vgl. bes. Rudolf VON THADDEN, Michelle MAGDELAINE: *Die Hugenotten*. München 1986; Albert Martin STEFFE: *Die Hugenotten. Macht des Geistes gegen den Geist der Macht*. Gernsbach 1989. In der Literatur zur Geschichte der Hugenottenansiedlung dominieren religionsgeschichtliche oder konfessionspolitische Betrachtungen, wirtschafts- und politikhistorische Fragestellungen im Zusammenhang mit der Gründung der „Exulantenstädte“ sind nur am Rande von Bedeutung. Im Hinblick auf die mit den Hugenottenansiedlungen verbundenen Neustadtgründungen geben besonders die stadtgeschichtlichen Darstellungen einzelner Städte Aufschluss; allgemein vgl. Rudolf ENDRES: *Fürstliche Stadtgründungen aus der Sicht des Wirtschafts- und Sozialhistorikers*, in: *DEUTSCHE STADTGRÜNDUNGEN der Neuzeit*, hg. v. Wilhelm WORTMANN, Wiesbaden 1989 (Wolfenbütteler Forschungen, Bd. 44), S. 31–43, dort finden sich auch weitere Literaturhinweise.

schaft gewertet werden, der natürlich auch auf die Neustadtgründung in Schwerin wirkte.⁵

Mit der Aufhebung des Edikts von Nantes 1685 setzte in Frankreich die Verfolgung der Hugenotten ein, die Aufnahme vor allem in den protestantischen Ländern Europas und Deutschlands fanden. Der Schutz protestantischer Glaubensgenossen paarte sich in idealer Weise mit dem Import von neuzeitlichem, technischen, gewerblichen und kaufmännischen Wissen und bewirkte daher nahezu überall eine nachhaltige Innovation und Förderung der nach dem Dreißigjährigen Krieg brachliegenden Wirtschaft und – als *conditio sine qua non* eines wirtschaftlichen Aufschwungs – einen Ausgleich der Bevölkerungsverluste. Vielfach verbanden sich mit der Ansiedlung hugenottischer Glaubensflüchtlinge Toleranzedikte zur Gewährung der Religionsfreiheit und die Gründung von Kolonien als selbstverwaltete Gemeinden mit Stadtrechten.⁶ Dort, wo wirtschaftliche oder bevölkerungspolitische Motive im Vordergrund standen, bezog die Niederlassungsförderung und Privilegierung neben den Hugenotten beispielsweise auch Juden oder – wie das Beispiel Bützow zeigt – deutsche Handwerker mit ein, die nach einem neuen Wirkungskreis suchten und dann auch in den Genuss der gleichen Förderung wie die Réfugiés kamen.⁷

Andere Stadtgründungen, beispielsweise die Neustadt-Ostra in Dresden (1670), seit dem 18. Jahrhundert Friedrichsstadt genannt,⁸ oder die Calenberger Neustadt in Hannover⁹ waren überwiegend wirtschaftlicher Natur und entstanden nicht aus der gezielten Anwerbung von Réfugiés, auch wenn sich dort reformierte oder jüdische Gemeinden bildeten.¹⁰ Die Hugenottenkolonie Bützow

⁵ Wilhelm STIEDA: Eine Hugenotten-Kolonie in Mecklenburg. In: MJB 61, 1896, S. 81–164.; Ernst BOLL: Geschichte Mecklenburgs mit besonderer Berücksichtigung der Culturgeschichte, 2. Teil, Neubrandenburg 1856, S. 211; In neueren Arbeiten zur Landesgeschichte oder Wirtschaftsgeschichte spielt die Hugenottenansiedlung keine Rolle, wird vielfach gar nicht erwähnt, so bei Ralf WENDT: Die Entwicklung von Manufakturen in Mecklenburg, in: Ein Jahrtausend Mecklenburg und Vorpommern, hg. v. Wolf KARGE, Peter-Joachim RAKOW, Ralf WENDT, Rostock 1995, S. 156–162; Wenigstens ein Hinweis auf die wirtschaftliche Bedeutung dieser Ansiedlung findet sich bei Wolf KARGE, Ernst MÜNCH, Hartwig SCHMIED: Die Geschichte Mecklenburgs, Rostock 1993, S. 87 f.

⁶ So beispielsweise im Potsdamer Edikt vom 29. Oktober 1685; insgesamt entstanden mehr als 200 hugenottische Kolonien in Deutschland, darunter viele als Neustadtgründungen (Erlangen, Karlshafen, Friedrichsstadt, Charlottenburg, Neu-Potsdam, Oberneustadt Kassel), vgl. ENDRES (wie Anm. 4), S. 34 f.

⁷ STIEDA (wie Anm. 5), S. 105 f.

⁸ Rudolf FÖRSTER, Fritz KRIEGERHERDT u.a.: Dresden. Geschichte der Stadt in Wort und Bild. Berlin 1985, S. 41 ff.

⁹ Geschichte der Stadt Hannover, hg. v. Klaus MLYNEK, Waldemar R. RÖHRBEIN, Hannover 1992, Bd. 1, S. 182 ff.

¹⁰ Auf der Schelfe fand zwar auch eine Ansiedlung jüdischer Kaufleute statt, die aber in keinem Zusammenhang mit der Neustadtgründung stand; vgl. dazu Norbert CRÉDÉ: Zwischen Normalität und Vertreibung. Aspekte jüdischen Lebens im Mecklenburg im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: Antijudaismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit. Aspekte der Geschichte der Juden in Deutschland und Mecklenburg, hg. v. Verein für jüdische Geschichte und Kultur in Mecklenburg und Vorpommern e.V., Schwerin 1998, S. 92 ff.

dagegen kann als Beispiel für die Verbindung religiöser Toleranzmotive mit wirtschaftlichen Motiven schon in der Gründungsabsicht gelten, denn hier wurden gezielt Réfugiés angeworben. Während das erste Anwerbeedikt Herzog Friedrich Wilhelms auf die freie Religionsausübung eher nebensächlich eingeht, wird den hugenottischen Reformierten in der zweiten Verordnung die volle Religionsfreiheit und ein eigener Versammlungsraum für die Gottesdienste zugestanden. Allerdings unterblieb hier die Zubilligung der kommunalen Selbständigkeit für die Kolonie.¹¹

Bei der Gründung der Neustadt auf der Schelfe spielte die Frage der Religion dagegen keine explizite Rolle. Zum einen wandte sich die Deklaration nicht unmittelbar an Glaubensflüchtlinge, zum andern schien offenbar eine allgemeine konfessionspolitische Regelung für das ganze Herzogtum in Vorbereitung gewesen zu sein. Eines der Mitglieder der zur Vorbereitung der Gründung der Neustadt eingesetzten Kommission regte in seiner Stellungnahme an, ob nicht auch „der Gewißens-Freyheit ... vor Reformirte, Catholiquen, Mennoniten, Quäcker p.p. darin zu gedencken“ wäre, versah diese Notiz dann aber mit der Randbemerkung „Sol geschehen und zwar in genere!“.¹²

Die rasch auftretenden wirtschaftlichen Probleme der Bützower Kolonie verdeutlichen, dass eine ihrer Gründungsabsichten zwar die wirtschaftliche Belebung gewesen sein mag, aber begleitende wirtschafts- und finanzpolitische Maßnahmen zur Sicherung ihrer Existenz nicht erfolgten. Die ambivalente Haltung des Herzogs in der Auseinandersetzung mit den einheimischen Kaufleuten um den Absatz der dort produzierten Waren lässt deutlich zu Tage treten, dass eine merkantilistische Politik möglicherweise angedacht, aber nicht konsequent betrieben wurde. Vorstellungen einer solchen Politik wie auch Anregungen dafür waren von Anfang an vorhanden und hätten nur, anderen Ländern wie beispielsweise dem benachbarten Mecklenburg-Strelitz¹³ folgend, aufgegriffen werden müssen. Auch die sich in Mecklenburg niederlassenden Réfugiés selbst verfassten auf ihren Erfahrungen aufbauende Denkschriften mit Vorschlägen zur Förderung des Manufakturwesens. So hatte der Franzose Pierre Pillon die Gründung einer Handelsgesellschaft angeregt, die ausreichend mit Kapital ausgestattet werden müsste, um sowohl den Einkauf von Wolle als auch die Bezahlung der Handwerker und den Absatz ihrer Produkte übernehmen zu können; ein Beispiel für die klassische Form der Verlagswirtschaft als ein Grundprinzip merkantilistischer Wirtschaftsweise.¹⁴ Solche Vorschläge wurden aber ebenso wenig beherzigt, wie später immer wieder geforderte Importzölle nicht eingeführt, son-

¹¹ STIEDA (wie Anm. 5), S. 90 f u. 117 ff.

¹² LHAS 12.2-4/3, undatierte und nicht unterzeichnete Notiz [Mai 1705].

¹³ Harald WITZKE: Mecklenburg-Strelitz 1701–1918, Herzogtum – Großherzogtum, in: Mecklenburg-Strelitz – Beiträge zur Geschichte einer Region, hg. v. Landkreis Mecklenburg-Strelitz, o. O., 2001, S. 118; KARGE, MÜNCH, SCHMIED (wie Anm. 5), S. 86; Otto VITENSE: Geschichte von Mecklenburg, Gotha 1920, S. 245 f.

¹⁴ STIEDA (wie Anm. 5), S. 92.

dern lediglich als Disziplinierungsmittel für die einheimische Kaufmannschaft angedroht wurden. Damit war zweifellos eine Chance vertan, die Umstellung des binnenländischen Konsums von importierten Fertigprodukten auf einheimische Erzeugnisse zu initiieren und die Konsumenten zum Kauf und Gebrauch einheimischer Waren zu erziehen.¹⁵

Wie andernorts vergleichbare wirtschaftspolitische Maßnahmen eine Stärkung der Landesherrschaft zeitigten, erfüllten die Neustadtgründungen als politische Begleitmaßnahmen eine ähnliche Funktion. Als durchweg fürstliche Gründungen unterlagen sie uneingeschränkt deren Verfügung und stützten bzw. förderten die Errichtung absolutistischer Herrschaftsstrukturen.¹⁶

Letzteres dürfte auch für Herzog Friedrich Wilhelm ein Grund gewesen sein, 1705 eine neue Stadt bei Schwerin zu gründen. Die zeitlich frühere Ansiedlung der Hugenotten hatte schon das Ziel gehabt, die Stadt Bützow zu fördern, die als ehemalige Bischofs- und Administratorenresidenz infolge der Kriegsereignisse und nach der Säkularisation des Schweriner Bistums an Bedeutung verloren hatte. Die Gründung der hugenottischen Kolonie war im Grunde nur die Fortsetzung und Forcierung einer früher eingeschlagenen Städtepolitik, die sich auf den Wunsch des Bützower Rates zurückführen lässt, der schon 1683 – also noch unter Christian I. Louis – bat, Handwerker von den umliegenden Gütern und Dörfern in die Stadt zu ziehen, um der städtischen Wirtschaft aufzuhelfen.¹⁷

Von welcher großen Bedeutung die Ansiedlung von Handwerkern vom Lande auch bei der Schweriner Neustadtgründung war, belegt neben der expliziten Erwähnung in der Deklaration auch der Rückgriff auf eine entsprechende Verordnung von 1703, die in Vorbereitung der Deklaration herangezogen und zu einer Grundlage der Ansiedlungspolitik in der Neustadt wurde.¹⁸

Zwar war die Städtepolitik in Mecklenburg unter Friedrich Wilhelm durchaus auf eine Aufwertung der Städte gerichtet, zugleich aber mit der Sicherung und Ausweitung des landesherrlichen Einflusses in den Städten verbunden, wie sie auch anderswo als Merkmal der Politik zur Errichtung einer absoluten Fürstenherrschaft zu verzeichnen war. Dies provozierte natürlich den Widerstand der Städte, die auf ihrer Souveränität beharrten. Die Ansiedlung der Hugenotten, die Umsiedlung von Handwerkern vom Lande in die Städte wie auch die zeitweilige Verlegung der Residenz nach Rostock (1702–1704) gehörten in dieses Konzept Friedrich Wilhelms, ebenso seine Steuerpolitik, die für die Landstädte eine Konsumtionssteuer an Stelle der allgemeinen Kontribution brachte und

¹⁵ STIEDA (wie Anm. 5), S. 108 u. 110.

¹⁶ So z. B. in Hannover, vgl. MLYNEK/RÖHRBEIN (wie Anm. 10); vgl. a. ENDRES (wie Anm. 4).

¹⁷ STIEDA (wie Anm. 5), S. 92 u. 115 f.

¹⁸ LHAS 2.12-4/3, Nr. 293; Verordnung vom 18. September 1703 „wegen Abschaffung der Handwerker von dem Lande“, die durch Bauförderung, Freijahre und Erteilung der Freimeisterschaft dazu bewegt werden sollten, „in denen Städten sich häufiger nieder[zu]lassen / und selbe dadurch mehr bewohnt und peuplirt werden mögen“.

damit in der Konsequenz ihr Ausscheiden aus der ständischen Union zur Folge hatte. Das Ziel war deutlich: Die Städte sollten als Verbündete des Fürsten in den Auseinandersetzungen mit der Ritterschaft gewonnen werden.¹⁹

Das sich Anfang des 18. Jahrhunderts andeutende Scheitern der französischen Kolonie in Bützow lag ursächlich in dem schleppenden und von der einheimischen Kaufmannschaft eher blockierten, denn geförderten Absatz der dort produzierten Waren und in der fehlenden Kaufkraft in den Städten. Es zeigte dies deutlich, dass die Verhältnisse in den kleinen Landstädten dem Vorhaben, der Industrie und damit den Städten aufzuhelfen, nur bedingt förderlich waren. So schienen die besonderen Bedingungen der Schelfe selbst sowie die Bützower Situation und der resignierte Rückzug des Herzogs aus Rostock nach nur zwei Jahren die Residenzstadt Schwerin bzw. die ihr vorgelagerte Schelfe in den Fokus der Bemühungen gerückt zu haben.

Schließlich hatte der Landesherr mit seiner Residenzstadt Schwerin nicht die Probleme, wie er sie mit den selbstbewussteren Rostocker Bürgern bekommen hatte, außerdem stand die Schelfe als im landesherrlichen Territorium liegend der Verfügung des Herzogs, uneingeschränkt durch ständische oder städtische Interessen, zur Verfügung. So überrascht es nicht, dass die Gründung einer Neustadt als offene Konkurrenzgründung zur Altstadt letztlich hier erfolgte.

Die Schelfe vor der Stadtgründung

Mit dem Namen „Schelfe“ wurde seit dem 12. Jahrhundert die aus zwei Landrücken bestehende Halbinsel nördlich der Schweriner Altstadt zwischen Pfafenteich und Ziegelsee im Westen, dem sich im Nordosten anschließenden Schelfwerder und dem Schweriner See im Osten benannt.

Zur Deutung des Namens dürfte eine Ableitung aus den niederdeutschen Formen von Schilf am wahrscheinlichsten sein, obwohl auch andere Erklärungsansätze zu finden sind²⁰. Eine Betrachtung der mittelalterlichen Topografie, wie

¹⁹ vgl. bes. Helga SCHULZ: Soziale und politische Auseinandersetzungen in Rostock im 18. Jahrhundert, Weimar 1974, S. 108 f.; Ernst MÜNCH: Niedergang und Stagnation, 1648 bis 1806, in: In deinen Mauern herrsche Eintracht und Wohlergehen. Eine Geschichte der Stadt Rostock von ihren Ursprüngen bis zum Jahre 1990, hg. v. Karsten SCHRÖDER, Rostock 2003, S. 97 f.; Ernst MÜNCH: Toitenwinkel und Rostock. Zur Geschichte einer Haßliebe, Schwerin 2002, S. 212 ff; Peter-Joachim RAKOW: Rostock oder Schwerin, das ist hier die Frage, in: Mecklenburg-Magazin Nr. 10, 1995, S. 2.

²⁰ Vgl. Horst ENDE/Walter OHLE: Schwerin. Leipzig 1994 (3. Aufl.), S. 94; Eine Deutung, wie sie Hans Heinrich LEOPOLDI, Schwerin, ein Wegweiser, Schwerin 1968, S. 32, teilweise Jesse (wie Anm. 3), S. 37, vertreten, die den Namen vom niederländischen Schelfer = Splitter oder Abkerbung ableiten, dem auch lat. scala = Kerbstock [korrekt: scala = Treppe, Leiter, Stufen] entspräche, so dass „der Einschnitt des Stadtgrabens oder auch mehrere natürliche Einbuchtungen der Schelfe ihren Namen gegeben haben“, scheint mir eher unwahrscheinlich. Die Etymologie aus Schilf ist aus mehreren Gründen naheliegen-

sie Nils Rühberg rekonstruiert hat²¹, verdeutlicht aber die Insellage der Schelfe mit den sie umgebenden morastigen Ufer- und Verlandungszonen, die als Reetfelder noch in den Karten des 18. Jahrhunderts zu erkennen sind.²²

Erste Belege für eine Besiedlung der Schelfe lassen sich schon im Mittelalter finden, beziehen sich zunächst aber auf die Kirche. 1217 wird unter den Zeugen einer Urkunde ein gewisser „Arnold“ als Priester von St. Nikolai²³ genannt, so dass die Existenz einer Pfarre und Kirche oder Kapelle auf der Schelfe belegt ist. Weitere Überlieferungen über die Stiftung der Kirche liegen erst aus späteren Jahrhunderten wieder vor und schreiben diese dem Schweriner Grafen Heinrich I. im Jahr 1228 zu²⁴, so dass möglicherweise sogar von zwei nacheinander errichteten Kapellen- oder Kirchenbauten ausgegangen werden kann.

der und entspricht eher der im Mittelalter verbreiteten Benennungen nach landschaftlichen Gegebenheiten, die zudem in der Regel nicht in lateinischer Schriftsprache oder Fremdsprachen, sondern umgangssprachlich erfolgten; Jacob und Wilhelm GRIMM: Deutsches Wörterbuch, zit. n.: Der Digitale GRIMM, hrsg. v. Hans-Werner BARTZ, Thomas BURCH u.a., Frankfurt a. M. 2004, zeigen unter dem Stichwort schilf im mittelhochdeutschen und niederdeutschen Sprachgebrauch schelfe als gängige Form von Schilf auf.

²¹ NILS RÜHBURG: Rekonstruktion der Stadtentwicklung im Mittelalter, in: Schwerin. Historische Karten und Pläne, hg. v. d. Landeshauptstadt Schwerin, Baudezernat, Schwerin 1997, Karte S. 15.

²² Z. B. auf der Mutterkarte der Schelfe, 1732, Ernst Friedrich SAGER, LHAS 12.12-2, Nr. Ia.

²³ MUB Nr. 235.

²⁴ Bernard HEDERICH: Schwerinische Chronica, Rostock 1598/1660; Verzeichnuß Etzlicher Gedenckwürdigen Geschichten [...], S. 7. Da bei Erwähnung eines Priesters davon auszugehen ist, dass zu dieser Zeit auch eine Kirche oder zumindest Kapelle bestand, ist wahrscheinlich die Stiftung von 1228 die einer neuen Kirche. Die jüngst von Rudolf CONRADES in: St. Nikolai in Schwerin, Schwerin 2005, publizierte Ansicht, es handele sich bei St. Nikolai-Kirche aufgrund des Patroziniums um eine bereits vor der Gründung Schwerins 1160 existente Kaufmannskirche in einer auf der Schelfe gelegenen Kaufleutesiedlung, entbehrt jeglicher Quellengrundlage. Conrades folgt in seiner Theorie völlig unkritisch Karlheinz BLASCHKE: Nikolaipatrozinium und städtische Frühgeschichte, in: Zeitschrift d. Savigny-Stiftung f. Rechtsgeschichte, 84. Bd., 1967, S. 273–337. Er überträgt dessen Ergebnisse auf Schwerin, ohne Blaschkes Quellen und den seinerzeitigen Forschungsstand zu berücksichtigen. Gleichzeitig ignoriert er augenscheinlich die bisherigen stadthistorischen Forschungen, denn die Annahme einer frühdeutschen, christlichen Kaufleuteniederlassung im slawischen Zuarin vor der Stadtgründung ist nicht neu (angedeutet bei JESSE (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 37; Karl HOFFMANN: Die Stadtgründungen Mecklenburg-Schwerins in der Kolonisationszeit vom 12. bis zum 14. Jahrhundert (auf siedlungsgeschichtlicher Grundlage), in: MJB 94, 1930, S. 1–200. Diese Theorie ist aber mittlerweile überzeugend widerlegt, mehrfach bei Nils RÜHBURG: zuletzt in: Die Gründung Schwerins und die Stadtrechtsverleihung – Überlieferung, Thesen, Deutung –, in: Schweriner Geschichtsblätter Bd. 1, Schwerin 2001, S. 11–35; DERS.: Rekonstruktion der Stadtentwicklung im Mittelalter, in: Landeshauptstadt Schwerin (Hg.), Schwerin. Historische Karten und Pläne, Schwerin 1997, S. 13–21; auch bei Hans-Dietrich KAHL: Die Anfänge Schwerins, in: MJB 113, 1998, S. 35 f. Die hier angeführten Argumente und Quellenbelege gelten selbstverständlich nicht nur für das Territorium der späteren Altstadt, sondern auch für die Schelfe, zumal hier in vorstädtischer Zeit kein Rechtsunterschied bestand.

Die Erwähnung einer Kirche wiederum weist indirekt auf eine Siedlung hin, die als Vorstadt solche Bewohner aufnahm, denen die Stadt die Niederlassung aus welchen Gründen auch immer verweigerte. Doch verbietet auch hier die dünne historische Überlieferung konkrete Aussagen, dennoch legt die 1460 gebrauchte Bezeichnung „Wendesche Schelfe“ nahe, hier eine wendische Siedlung vor den Toren der deutschen Stadt Schwerin zu vermuten.²⁵

Ein zwischen den Schweriner Grafen und dem Bistum geschlossener Vergleich bestimmte 1284 endgültig die Zugehörigkeit der Schelfe zum Bistumsgebiet. Nach der Reformation blieb die Schelfe Teil des Stiftsgebiets. Da die Administratoren des Stifts in ihrer Mehrzahl dem herzoglichen Haus angehörten oder aus ihm hervorgegangen waren, ergab sich schon jetzt eine enge personelle und politische Verbindung zwischen der Landesherrschaft und der Administration des Stifts, das mit der endgültigen Säkularisation 1648 als Fürstentum Schwerin im Herzogtum Mecklenburg-Schwerin aufging.

Das im Rahmen der ständischen Vertretung weiterhin an der Regierung des Stifts beteiligte Domkapitel verlor dagegen im Lauf des 16. Jahrhunderts zunehmend an Bedeutung; die Zahl der Kapitelmitglieder verringerte sich stetig.²⁶ Da es aber gerade die Domherren waren, die mit ihren zum Teil recht großen Höfen die Besiedlung der Schelfe dominierten, war damit auch ein Niedergang der Schelfe verbunden. Die dortigen Domherrenhöfe wie auch die in der Altstadt verfielen zusehends, manche wurden verkauft, andere vermietet, wieder andere standen leer. Neben der Nikolaikirche besaß das Domkapitel auf der Schelfe vor 1550 zwei, danach noch einen Bauhof mit Ackerflächen auf dem Schelffeld am Heidensee, einen Ziegelhof sowie ein paar Häuser und Buden.²⁷

1632 notiert eine Deskription des Bistums Schwerin sogar den Verfall der Schelfkirche, die „an Fenstern, innerem und äußerem Gebäude ganz baufällig und sehr dachlos“²⁸ sei. Zwischenzeitliche Reparaturen hatten eine nachhaltige Wiederherstellung eines funktionsfähigen Gebäudes nicht zu bewirken vermocht, zumal auch das Interesse der altstädtischen Domkirche an ihrer Filialkirche auf der Schelfe nicht groß gewesen zu sein scheint.

Eine Ansicht von 1605²⁹ zeigt eine größere Backsteinkirche mit Westturm, hinter dem sich das Kirchenschiff verbirgt. Wenn diese älteste Ansicht Schwe-

²⁵ JESSE (wie Anm. 3), S. 45; Andreas RÖPCKE (Hg.): Das Kopiar des Schweriner Domkapitels von 1551. Renten in und um Schwerin, Rostock 2003, Nr. 82, S. 158; die Bezeichnung kann aber durchaus auch zur Kennzeichnung einer besonders durch Armut gekennzeichneten Siedlung verwandt worden sein, wird aber dennoch einen realen Hintergrund gehabt haben.

²⁶ Vgl. Franz SCHILDT: Das Bisthum Schwerin in der evangelischen Zeit, Teil II: Die inneren Verhältnisse des Bistums, in: MJB 49, 1884, S. 234.

²⁷ SCHILDT (wie Anm. 26), Teil I: Die Beschreibung des Stiftes, in: MJB 47, 1882, S. 168 ff.

²⁸ Ebd., S. 162.

²⁹ Stadtarchiv Lüneburg, Daniel FRESE: Abriß und Tabula der Grafft und Schiffahrt von Wismar bis Dömitz auf der Elbe, 1605, ausgestellt im Museum für das Fürstentum Lüneburg.

rins auch zweifellos in vielen Details nicht präzise ist, so bestätigt sie das Bild der Kirche in dem von Caspar Merian 1653 gedruckten Kupferstich Schwerins³⁰, der die St. Nikolaikirche in ähnlicher Gestalt, wenn auch aus anderer Perspektive zeigt. Merian lässt ein Kirchenschiff mit drei seitlichen Rundbogenfenstern unter einem hohen Dach erkennen. Die an Turm und Kirchenschiff gleiche Schraffur weist auf einen Backsteinbau hin, wie auch auf der Ansicht von 1605 der Turm durch rote Farbe als backsteinsichtiges Bauwerk gekennzeichnet ist. Allerdings zeigen beide Kirchendarstellungen wenig von dem in den schriftlichen Überlieferungen konstatierten Verfall oder gar von der „Dachlosigkeit“ der Kirche; solchen wiederzugeben dürfte der Ästhetik und der Absicht der Künstler widersprochen haben.

Dass die Schelfsiedlung rechtlich keine Stadt war, sondern, wie es die Deklaration 1705 dann ausdrückte, „alß ein Suburbium, und alß ein Anhangsel von der Stadt Schwerin“³¹ gesehen wurde, mag ein Grund dafür gewesen sein, dass die Schelfe nicht schon früher ins Zentrum der landesherrlichen Städte- und Ansiedlungspolitik rückte.

Der Dreißigjährige Krieg traf die ohnehin im Niedergang begriffene Schelfe vergleichbar hart, wie andere Orte im Lande auch. Überall hatten Durchzüge fremder Heere, Brandschatzungen und Zwangsrekrutierung der wehrfähigen Männer letztlich gerade die Generation verschwinden lassen, die am Beginn des Erwerbslebens stand und für die demografische Entwicklung von größter Bedeutung war, so dass damit praktisch eine Generation ausfiel, die nach dem Krieg hätte Familien gründen können. Von den wirtschaftlichen Folgen, die nicht nur im Bereich der Landwirtschaft, sondern auch im städtischen Handwerk verheerend waren, zeugten noch Anfang des 18. Jahrhunderts Klagen über den Niedergang der Kunstfertigkeit des Handwerks, denn die zu Kriegszeug und Waffenherstellung notwendigen Arbeiten erforderten weniger filigrane Technik, denn grobe Arbeit.

Die Kriegsfolgen in Schwerin hatte der verheerende Brand der Altstadt 1651 noch verstärkt, der die Existenz fast aller Einwohner vernichtete und viele Menschen zum Verlassen der Stadt trieb, was sich wegen der engen Beziehungen zwischen Altstadt und Schelfe natürlich auch hier auswirkte.

Die ärmlichen Zustände auf der Schelfe führten gegen Ende des 17. Jahrhunderts zu vermehrten Petitionen der Bewohner in ihrer Gesamtheit als Gemeinde, mit denen sie eine gerechtere Verteilung der Lasten und damit die Einbeziehung der Eximierten in Abgaben, Kontributionen und Dienstpflichten erreichen wollten.

Eine 1683 auf Bitten der Schelfbewohner von der Regierung eingesetzte Untersuchungskommission bestätigte ihre Lage. Auf das Ergebnis der Unter-

³⁰ u.a. in JESSE (wie Anm. 3), Bd. 1, n. S. 152.

³¹ DEKLARATION, § 1.

suchung rekurrten die Bürger, wenn sie im Januar 1684 klagten, „in waß großer Armuth und kundtbaren Unvermögen wir leider begriffen“.³² Die Dienste und Kontributionen würden ohne Rücksicht auf die Zahl der Bewohner und der Eximierten nach den alten Gegebenheiten – gemeint waren die vor dem Dreißigjährigen Krieg – erhoben, als die Schelfe noch „in vollem Stande nemblich bey 150 Wohnstetten gewesen“ sei. 1684 hätten dagegen nur noch etwa 40 Häuser auf der Schelfe gestanden, die meistens auch noch von Alten, Armen und Witwen bewohnt wären, welche über keinerlei Vermögen und finanzielle Mittel verfügten.³³

Ein ausführliches Verzeichnis der wachdienstpflichtigen Schelfbewohner von 1684 enthält Namen von 91 Personen, von denen aber nur 53 zum Dienst herangezogen würden. Unter diesen befänden sich zudem noch 14 Witwen, haus- und grundbesitzlose Einlieger, die nur halbe Wachen leisteten, sowie drei alte und kranke Männer, die gar nicht wachen könnten. Von den 37 Einwohnern, die grundsätzlich keine Wachdienste leisteten, seien 31 durch herzogliches Privileg befreite Hof- und Regierungsbeamte, Handwerker und die beiden Schutzjudenfamilien, sowie sechs „Capittuls Leutte“, also vormalig unter der Jurisdiktion des Domkapitels stehende Einwohner.³⁴

16 Jahre später wies eine Einwohnerzählung auf der Schelfe noch 84 Häuser bzw. Haushaltungen auf.³⁵ Der Vergleich dieser wenigen Zahlen mit den für die Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg genannten 150 Wohnstätten vermag allein schon die enormen Bevölkerungsverluste durch den Krieg verdeutlichen, zeigt aber zugleich auf, dass die Entwicklung in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts eher durch Stagnation oder weiteren Rückschritt, denn durch einen Bevölkerungsanstieg gekennzeichnet war.

Hinzukam, dass am 26. April 1697 ein Großfeuer auf der Schelfe 22 Häuser und damit etwas mehr als ein Viertel der Bebauung vernichtete. Damit war zweifellos ein wesentlicher Impuls für den Landesherrn und seine Regierung gegeben, über Maßnahmen zur Verbesserung der Situation nachzudenken und zu einer gezielten Besiedlungspolitik überzugehen.

Deklaration zur Gründung einer neuen Stadt

Die Schelfe stellte in mehrfacher Hinsicht eine Besonderheit im Herzogtum dar, nicht nur weil sie als landesherrliches Gebiet unmittelbar an die Residenzstadt anschloss, sondern vor allem, weil zwischen beiden schon immer enge Beziehungen bestanden, aber vielfach ungeregelte Verhältnisse nicht selten Anlass zu

³² StAS M 11489, zwei Eingaben der Gemeinde der Schelfe im Januar 1684.

³³ StAS M 11489, Bericht des Schelfvogts v. 12. Januar 1684.

³⁴ StAS M 11489, 9. April 1684.

³⁵ LHAS 2.12-4/3, Nr. 350/1.

Reibereien und Auseinandersetzungen boten.³⁶ Daneben war die sichtbare und durch Untersuchung von Regierungskommissaren 1683/84 gewissermaßen amtlich festgestellte Not der Schelfbewohner³⁷ durch den Brand von 1697 noch verschärft worden, so dass hier die notwendige Unterstützung der Bewohner mit den landespolitischen Interessen des Regenten gewissermaßen übereinkam. Auch boten die topografischen Gegebenheiten und der Verfall der letzten Jahrzehnte, der auch die Kirche nicht verschonte, die einmalige Gelegenheit, eine moderne Stadtanlage, die zudem noch dem Geschmack der Zeit entsprechen konnte, zu planen und zu realisieren.

Der Entschluss, diese Stadt dann auch im rechtlichen Sinn zu einer Neustadt zu machen, ohne ihr aber die Souveränität der alten Städte zu geben und sie damit aus der Verfügung des Landesherrn zu entlassen, war im Kontext dieser Politik dann nur konsequent.

Vor diesem Hintergrund wurde am 26. Juni 1705 die Deklaration Herzog Friedrich Wilhelms zur Anbauung der Schelfe veröffentlicht, die den Aufbau einer neuen Stadt mit einem der damaligen Ästhetik entsprechenden schönen Stadtbild und einer stadttypischen Sozial- und Wirtschaftsstruktur intendierte und als Ausdruck einer gezielten Ansiedlungspolitik die Rahmenbedingungen der zukünftigen Entwicklung setzen sollte.³⁸

Um neue Bewohner, „tüchtige Handwerker“, „Manufacturiers“, Kauf- und Handelsleute zur Niederlassung auf der Schelfe zu bewegen, wurden nicht nur landesherrliche Vorleistungen versprochen, sondern auch umfangreiche materielle und finanzielle Hilfen für Niederlassungswillige. Die Angebote richteten sich sowohl an „Einheimische“, also Schweriner und Mecklenburger, als auch „Frembde“, zu denen aus anderen Ländern Deutschlands Kommende ebenso gerechnet wurden, wie solche aus europäischen Nachbarländern. Welche speziellen Vergünstigungen und rechtlichen Regelungen nun dieses „Werck von zimlicher Erheblichkeit“ vorantreiben sollten, regelte das Edikt in seinen dreizehn Paragraphen.

Aufgrund ihrer Bedeutung war die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse der Schelfe an den Beginn gestellt, und als deren Anfang sollte wiederum „das schon daselbst vorhandene Gottes-Hauß erweitert und vergrößert“ werden. Die Kirchengemeinde, bisher Filialgemeinde der altstädtischen Domkirche, sollte

³⁶ So z. B. aus der Tatsache, dass die Schelfbewohner ihren Ort nur durch die Altstadt betreten und verlassen konnten, oder dass die Altstadt von ihnen Beteiligung an ihren Baulasten forderte usw.; vgl. JESSE (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 266.

³⁷ StAS M 11489, Gesuch der Schelfbewohner an den Herzog v. 28. Januar 1684.

³⁸ Die folgende Zusammenfassung der Deklaration basiert auf dem Druck von 1705 (z. B. in StAS M 3950, LHAS 12.2-4/3, Nr. 293), dem auch alle weiteren Zitate entnommen sind, sofern nicht andere Quellen angegeben werden; auf einen Einzelnachweis wird verzichtet, um den Anmerkungsapparat nicht zu überfrachten, vgl. die Edition der Deklaration in diesem Band.

eigene Prediger und damit ihre Selbständigkeit erhalten. Allein die Erwähnung des Turmeinsturzes während des verheerenden Dezembersturms von 1703 hätte eigentlich aus der „Erweiterung“ der Kirche schon hier die Absicht der Deklaration auf einen kompletten Kirchenneubau richten müssen, wie er dann zwischen 1708 und 1713 nach Plänen von Jakob Reutz auch erfolgte und nach dessen Tod 1710 von Christian Friedrich Knesebeck und ab 1711 von Leonhard Christoph Sturm weitergebaut wurde.³⁹

Neben der Selbständigkeit der Kirchengemeinde strebte Friedrich Wilhelm auch die Selbständigkeit der politischen Gemeinde der Neustadt an. Als sichtbaren Ausdruck ihrer Erhebung zur Stadt sollte sie „mit der Zeit“ ein eigenes Rathaus erhalten, in das „ein eigener Magistrat von Bürgermeister und Rath“ einziehen sollte. Schon die Vorbereitung der Deklaration in der vom Landesherrn im März 1705 eingesetzten sechsköpfigen Kommission erbrachte den Vorschlag, Markt, Kirche und Rathaus als Ensemble anzulegen.⁴⁰ Auch Vieh- und Jahrmärkte waren vorgesehen; kurzum, es sollte also „diese bis anhero so genandte Schelffe eine besondere, von Unß, auff Unsere kosten, und unter Unserer Protection neu-angebaute Stadt, in Unserem Fürstenthum Schwerin“ werden.

Um das Vorhaben angemessen fördern zu können, wurden Niederlassungswilligen umfangreiche „beneficiis“ (Wohltaten) zugesagt, allerdings verlangte man von ihnen im Gegenzug auch „einen festen Vorsatz und Beständigkeit“, hier ernsthaft leben und arbeiten zu wollen. Wer von diesem Angebot Gebrauch machen wollte, hatte sein Interesse an einem Bauplatz bei einem der zu Kommissaren für den Aufbau der Schelfe ernannten Beamten anzumelden und zugleich kundzutun, welche Profession er dort auszuüben gedächte.

An den individuellen Möglichkeiten der Bewerber und ihren ausgeübten Tätigkeiten orientiert, standen alternative Fördermodelle bereit, die sich einerseits auf den Bau eines Hauses, die Niederlassung zur Miete oder die Absicherung der geschäftlichen Tätigkeit bezogen. Wer in der Lage wäre, mit eigenen Mitteln und eigener Arbeitsleistung zu bauen, erhielt einen kostenlosen Bauplatz und hatte die Wahl zwischen einem Zuschuss in Form von Geld bis zu einem Viertel der Baukosten oder der Lieferung von „Holtz, Stein, Kalck, Laten und dergleichen“ im entsprechenden Wert. Diese an den tatsächlichen Baukosten ausgerichtete Förderung zielte vor allem darauf, die Errichtung ansehnlicher Häuser zu initiieren, denn „je ansehnlicher [das] Gebäude, [das] jemand

³⁹ Zur Bau- und Kunstgeschichte der Schelfkirche vgl. bes. Friedrich SCHLIE: Die Kunst- und Geschichtsdenkmäler des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin, Bd. 2, 1899, S. 576–584; JESSE (wie Anm. 3), S. 269–271; ENDE/OHLE (wie Anm. 20), S. 96–98; ZANDER (wie Anm. 3); zu Knesebeck vgl. Ulrich HERMANN: Mittelalterliche Stadtkirchen Mecklenburgs. Denkmalpflege und Bauwesen im 19. Jahrhundert. Schwerin 1996, S. 94, Anm. 448.

⁴⁰ LHAS 2.12-4/3, Nr. 293, Stellungnahme Landrentmeister Sturm vom 13. Mai 1703, Pkt. 27.

aufführen wird, je größern Vorschub oder Beyhülffe Er auch von Uns zu gewarten habe.“ Diejenigen, die nicht selbst bauen konnten, sollten mit Baumaterial „vor billige und moderate Bezahlung“ versorgt werden und auch Handwerker zur Ausführung des Baues gestellt bekommen.

Wie zielgerichtet die Fördervarianten ausgearbeitet waren, zeigt sich an den im Hinblick auf die Ansiedlung verschiedener Berufsgruppen und Gewerbe spezifizierten Angeboten, an deren Ende die Schaffung der idealen Wirtschaftsstruktur einer Stadt des beginnenden 18. Jahrhunderts stehen sollte.

Zunächst sollten die für den Aufbau der Stadt erforderlichen Bauhandwerker angesprochen und aus „fremden Ohrtern anhero zukommen persuadiret“ und möglichst auch zum Bleiben veranlasst werden. Als handfeste Unterstützung bei dieser Überzeugungsarbeit erhielten sie zuerst die generell verfügbaren Vergünstigungen beim Bau eines Hauses zugesprochen. Sofern sie aber zum Hausbau nicht in der Lage wären, könnten ihnen auf Kosten des Herzogs errichtete Wohnhäuser „wol auf ein oder etliche Jahre“ ohne Entgelt oder Miete zur Verfügung gestellt oder aber „vor leidtliche Heuer“ vermietet werden, bis sie diese schließlich hätten erwerben oder ein eigenes Haus hätten bauen können.

Da Handwerker, um sich an einem Ort niederlassen zu wollen, allerdings vorrangig auf „stetige Nahrung“⁴¹ reflektierten und eine Beihilfe zum Hausbau nicht als ausreichende Förderung angesehen wurde, versprach der Landesherr ihnen zur Sicherung ihrer Existenz nach dem Aufbau der Schelfe vor anderen die „Hof-Arbeit“ zukommen zu lassen, sie also mit Aufträgen des Fürstenhofes zu versorgen. Auch sollten außer den Handwerkern, die sich auf der Schelfe häuslich niederließen, keine anderen bei den öffentlichen und privaten Bauvorhaben zur Anlegung der neuen Stadt eingesetzt werden, womit den Schelfhandwerkern quasi ein Monopol zugesprochen wurde.

Über die Bauhandwerker hinaus sollten „Ouvriers“ (Arbeiter), Künstler und Personen, „so mit Manufacturen umzugehen wissen“, gezielt angeworben werden. Besonders die als Zielgruppe erwähnten „Manufacturiers“ weisen auf die Absicht hin, neben traditionellen auch moderne Produktionsformen etablieren zu wollen. In diesen Zusammenhang gehören Vorschläge der Kommission „zu beforderung und regulirung dieses höchst nützlichen wercks“⁴², die auf eine Aufhebung des Zunftzwangs für Handwerker abzielten. So finden sich zweimal unabhängig voneinander in nicht unterzeichneten Notizen die Bemerkungen, „ob man die Zünffte nicht abschaffen und denen Handwerckern frey davon machen, dagegen aber ein eigen Rolle und Privilegium jegl. Handwerck wieder geben wolte?“. Eine weitere Notiz weist darauf hin, dass das Edikt vom 18. September 1703, in dem die „Abschaffung der Handwercker von dem Lande“ und ihre Ansiedlung in den Städten als Freimeister angeordnet worden war, „woll

⁴¹ Ebd., Pkt. 17.

⁴² LHAS 2.12-4/3, Nr. 293, Verordnung zur Einsetzung der Kommission vom 17. März 1705.

mit angezogen werden⁴³ sollte, auch wenn es in der Schlussfassung der Deklaration nicht ausdrücklich benannt wird und die Frage der Zunfzugehörigkeit der Handwerker darin offen bleibt.

Unabhängig davon wurden auch dieser Zielgruppe fürstlich erbaute Häuser zu billiger Miete oder die übliche Bauförderung versprochen. Zur Unterstützung ihres Geschäftsbetriebs sagte der Landesherr allen nicht beim Bau beschäftigten Handwerkern Kredite und Aufträge zu, „auch alle Livrée-Arbeit für Unsere Hoff-Staht, und Montirung für Unsre Soldatesque“.

Zur Versorgung der zuziehenden Handwerker waren weitere Gewerbe vorgesehen. Es müssten vornehmlich Brauer, Bäcker und Schlächter, auch Kramer, Apotheker und Weinhändler gefunden werden, die bereit wären, sich auf der Schelfe anzusiedeln. Auch bedürfe es der Niederlassung von Handels- und Kaufleuten, damit die Produkte der Handwerker in der Stadt und nach außerhalb gehandelt werden könnten.

Für alle galten die allgemeinen Maßnahmen der Förderung des Hausbaus, daneben aber berufsspezifische Vergünstigungen. Um beispielsweise den Brauern ihr Auskommen zu sichern, sollte allen Krügen, Dörfern und Höfen im Amt Schwerin das Bierbrauen und Branntweinbrennen untersagt werden. Alle, die bisher selbst gebraut hatten, sollten angewiesen werden, ihr Bier bei den Brauern auf der Schelfe zu besorgen. Kramern, Apothekern und Weinhändlern versuchte man mit „stattlichen Privilegiis“ den Umzug in die Neustadt zu versüßen, ohne allerdings mitzuteilen, welcher Art diese bei den ohnehin schon mit besonderen Privilegien ausgestatteten Berufen wären. Tüchtige Bäcker und Schlächter, so die Deklaration, würden sich dagegen schon von selbst anfinden, wenn ihnen die Maßnahmen zur Ansiedlungsförderung „und das schlechte Betragen der jetzt gegenwärtigen, theils untüchtigen Leute nur bekannt gemacht“ würden, und sie sich allein deswegen schon ein gutes Geschäft ausrechnen könnten.

Die hier durchscheinende Annahme, dass manche Handwerker und Händler gewissermaßen von selbst in die Neustadt ziehen würden, mag auf den ersten Blick befremden. Im Hinblick auf das Handwerk wird man aber die Gründung der Neustadt vor dem Hintergrund der Situation in der Altstadt Schwerin sehen müssen. So dürften besonders die teilweise Überbesetzung des zünftigen Handwerks sowie die von den Zünften gesetzten Grenzen zum beruflichen Weiterkommen ausreichend Anreiz zum Umzug in die Neustadt geboten haben. Diese trat insofern in eine wirtschaftliche Konkurrenz zur Altstadt, deren verkrustete ökonomische Strukturen und deren Festhalten an überkommenen Prinzipien im Zunftwesen wie auch im Hinblick auf die Ansiedlung neuer Bevölkerungsgruppen jegliche Innovation als Bedrohung der eigenen Existenz und nicht als Entwicklungschance auffasste.

⁴³ LHAS 2.12-4/3, Nr. 293, zwei undatierte und ungezeichnete Notizen, eine vermutlich von Landrentmeister Sturm, Mai 1705; Verordnung vom 18. September 1703.

Den Kaufleuten sicherte die Deklaration Grundstücke in bester Lage am Markt zu, während der Landesherr gleichzeitig, gewissermaßen als Motivation für ihre Niederlassung in der Neustadt, an die ihm gegenüber bewiesene langjährige Treue als Hoflieferanten appellierte. Sie würden sich seinem Ansinnen sicher nicht verschließen, wollten sie sich die Quelle ihres Wohlstands erhalten. Gleichzeitig aber erwartete der Herzog, dass sie einen Teil ihres aus Geschäften mit ihm und seinem Hof erworbenen Vermögens wieder zum Wohl der Allgemeinheit in der Neustadt investierten.

Nun mutet selbst im obrigkeitlichen Fürstenstaat des beginnenden 18. Jahrhunderts ein solcher Appell an Dankbarkeit und Selbstlosigkeit bei Kaufleuten, Händlern und auch Handwerkern doch recht idealistisch an. Schließlich richtete sich deren Streben in erster Linie auf Mehrung ihres Wohlstands, auch wenn Wohltätigkeit noch immer (wenn auch in anderer Form und anderem Ausmaß als in den theozentrischen Gesellschaften des Mittelalters) zu den Tugenden des christlichen Selbstverständnisses gehörte. Die Verfasser der Deklaration scheinen schon geahnt zu haben, dass hier wohl doch mehr der Wunsch als die Wirklichkeit das Vorhaben bestimmte und sorgten für den Fall vor, dass dieses Vertrauen enttäuscht würde. So setzte die Deklaration klar die Prämisse, dass zuerst kommende Kaufleute, „sie seyn Ein- oder Außheimisch, Teutsche, Holländer, Frantzosen oder wer sie wollen, ohn Unterscheid einiger Nation oder Religion“ bevorzugt zur Belieferung des Hofstaats und aller Bedienten herangezogen, mit Ehrenämtern versehen und zur Wahrnehmung von Aufgaben im zukünftigen Magistrat der Neustadt und anderen „Wohltaten und Begnadigungen“ belohnt werden sollten.

Als Beleg für die umfassende Planung städtischer Strukturen für die Neustadt kann auch die Berücksichtigung von „Adel, Capitalisten, Leute[n], so vom Ackerbau profession machen, insonderheit aber auch Unsere eigene Hoff-Bediente[n]“ gelten, die das gesellschaftliche und berufliche Gefüge einer idealen frühneuzeitlichen Residenzstadt komplettierten.

Wer sich vorwiegend dem Ackerbau widmen und davon seine Existenz bestreiten wollte, dem sollten die bis dahin zum fürstlichen Bauhof gehörenden Äcker auf dem Schelffeld in Erbpacht angeboten werden. Doch sollte sich diese nichtstädtische Form der Erwerbslebens nur auf wenige Personen beschränken. Aus diesem Grund wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die „bisherige Unordnung“ abgestellt werden sollte, dass Handwerker ihr Handwerk, aus welchen Gründen auch immer, ruhen ließen, um sich dem Ackerbau, dem Bierbrauen oder der Branntweinbrennerei zu widmen. Anknüpfend an die zu Anfang geforderte Ernsthaftigkeit des Niederlassungswillens und das Verlangen nach Ausübung seiner Profession in der Neustadt, sollte jeder in seinem Handwerk bleiben und „den andern in seinem Werck unbeeinträchtigt laßen“, andernfalls verliere er die Protektion des Landesherrn.

Hier scheint ein charakteristisches Phänomen der frühneuzeitlichen Wirtschaftsstruktur durch, denn die Abgeschlossenheit der Handwerksämter hatte

eine allmähliche Verarmung der Gesellen und Meister gezeitigt, denen in der Stadt außerhalb des Amts keine Beschäftigung in ihrem Beruf erlaubt war. Wenn dann irgendwann das erlernte Handwerk keinen ausreichenden Verdienst mehr zuließ, suchte man in andere, vor allem unzünftige Tätigkeiten auszuweichen, was, gesamtwirtschaftlich betrachtet, das Problem nur verschob, nicht aber lösen konnte.

Im Zusammenhang mit der Schaffung einer ausgewogenen Wirtschaftsstruktur und der für die Existenzfähigkeit der Neustadt notwendigen Einkünfte war die den Niederlassungswilligen abverlangte Verpflichtung, in ihren Häusern auch „Nahrung oder Handthierung“ zu betreiben, so bedeutsam, dass sie bereits bei der Beantragung eines Bauplatzes mit Angabe der Profession abgegeben werden musste. Darüber hinaus sollte zweifellos auch sichergestellt werden, dass die angewiesenen Grundstücke nicht für andere als Wohn- und Gewerbezwecke genutzt würden; eine Befürchtung, die nicht unbegründet war.

Die letzten Paragraphen der Deklaration entwickeln dann die Grundzüge der städteplanerischen Vorstellungen des Landesherrn und seiner Regierung, die sich in den Plänen von Jakob Reutz manifestierten.⁴⁴ Die existierende, vom Schelftor der Altstadt ausgehende radiale Struktur der Hauptstraßen blieb erhalten, die Straßen wurden begradigt und verbreitert, die Wegkreuzungen zu Plätzen ausgebaut. Als erste Maßnahme sollten die „in der Länge“, also in Süd-Nord-Richtung, aus der Altstadt heraus verlaufenden Hauptwege verlängert und ausgebaut werden.⁴⁵

Die zentrale Achse erhielt eine über die Schelfkirche und den nördlich von ihr geplanten Markt hinausführende Verlängerung zum „Spielthurm“, dem seit dem Mittelalter vorhandenen, aber für den Verkehr gesperrten Spieltordamm mit dem gleichnamigen Tor. Der Spieltordamm sollte „zur Passage“ geöffnet werden und die Neustadt eine direkte Anbindung an die Chaussee nach Wismar und einen eigenen, von der Altstadt unabhängigen Zugang erhalten.

Bei der Kirche war „ein raumer Platz zum Marckte und Erbauung des Rathauses“ vorgesehen, an dem „gute Häußer und Wohnungen“ zu erbauen waren. Am Markt sollten die genuin städtischen Funktionen konzentriert sein, dazu gehörten die Abhaltung regelmäßiger Märkte, die Lage der Kirche und die Platzierung des Rathauses. Die geplante repräsentative Bedeutung des Platzes unterstrichen die Vorgaben für die dort zu bauenden privaten Wohnhäuser sowie die Absicht, hier vorrangig den Kaufleuten, denen man eine Realisierung repräsentativer Bauten wohl am ehesten zutraute, Grundstücke anzuweisen.

⁴⁴ Zeichnungen in LHAS 2.12-4/3, Nr. 293, s. Abb. 1 und 3.

⁴⁵ Zentrale Achse ist die heutige Puschkinstraße, die vor 1705 bis zur Schelfkirche bzw. dem fürstlichen Bauhof ausgebaut und gepflastert war; die östliche Hauptstraße bildet die alte Wegeverbindung zum Heidensee und Schelffeld, heute Fischer-, Münz-, Amts- und Bornhövedstraße; die westliche Hauptstraße führte zum Mühlen- bzw. Weinberg und Apothekergarten (ab 1670), heute Pfaffen- und Apothekerstraße.

Die Gebäude in den Haupt- und größeren Querstraßen sollten mindestens zweistöckig oder höher errichtet werden, in den kleineren Straßen „aber jedwedem Neu-Anbauenden Freyheit gelassen werden, ein oder 2 oder mehr Stock hoch zu bauen“.⁴⁶ Diese und teilweise später folgende Detailanordnungen, Häuser nur traufeständig zur Straße und nicht mit flachen Dächern zu bauen, Fluchtlinien einzuhalten, die Gebäude direkt aneinander anzuschließen und neben der Zahl der Geschosse auch deren Höhen vorzugeben⁴⁷, fußten auf den Vorstellungen der Ästhetik der Idealstadt der Renaissance, passten diese aber an die lokalen Bedingungen und den Zeitgeschmack an. Zur Sicherstellung der Umsetzung solcher Vorstellungen wurde so etwas wie ein Baugenehmigungsverfahren eingeführt. Jeder hatte sein Bauvorhaben den für den Aufbau zuständigen Kommissaren anzuzeigen, von denen er dann einen kostenlos anzufertigenden Riss und eine Fassadenansicht, das sogenannte „Modell“, erhielt, dem er in der Bauausführung zu folgen hatte. Dahinter verbargen sich von Jakob Reutz entwickelte variable Haustypen, die als einfache Fachwerkgebäude von einem oder zwei Geschossen mit etwa 32 Fuß (ca. 10 Meter) Straßenfront und 24 Fuß (etwa 7 Meter) Tiefe vor allem kostengünstig zu errichten waren, dennoch dem Bauherrn Freiheit ließen, „nach seine commodität, den ihm gegebenen Riß bestens zu perfectioniren (allein nicht zu verschlimmern)“.⁴⁸

Der bausachverständige Beamte gehörte zu den beiden für die Regulierung der Bebauung abgeordneten Kommissaren. Ab Mitte des 18. Jahrhunderts war dies in der Regel der Hof-Baudirektor, gegen Ende des 18. Jahrhunderts auch der Schlosshauptmann. Der zweite Beamte war anfangs der Schelfrichter, später ein Amtmann, seit den 1780er Jahren entfiel die zweite Stelle und der Hofbaurat bzw. Schlosshauptmann übernahm die Anweisungen der Häuser wieder gemeinsam mit dem Schelfrichter.

Grundzüge der Entwicklung der Neustadt

Das wiederholte Insistieren auf Ernsthaftigkeit der Niederlassung und Ausübung einer gewerblichen Tätigkeit in der Neustadt hatte seine Ursache in der in Schwerin weit verbreiteten Nutzung von Baugrundstücken als Gärten, was auch die in den folgenden Jahrzehnten eher zögerliche und den Absichten zuwider laufende Entwicklung der Schelfe bestimmte.

⁴⁶ 1765 weist Herzog Friedrich die Kammer an, an den Hauptstraßen nur noch für zweigeschossige, an den Nebenstraßen nur für „eingeschossig[e] aber mit Giebel“ – also nicht mit flachem Dach – gebaute Häuser, die Bauförderung auszureichen, LHAS 2.21-1, Nr. 2083; 1794 erfolgt ein Verbot der eingeschossigen Häuser, StAS M 3950.

⁴⁷ Verschiedene Anordnungen und Anweisungen in LHAS 2.12-4/3, Nr. 293 und LHAS 2.21-1, Nr. 2083; dazu einzelne Akten zu Gebäuden in der Neustadt Schwerin in LHAS 2.12-4/3, Häuser der Neustadt.

⁴⁸ LHAS 2.12-4/3, Nr. 293, Baukostenkalkulation von Jakob Reutz, o. Dat., vor Juli 1705; vgl. Abb. 3.



Abb. 1:
 „Grundriss von der Schelfe, wie sie sich in ihrer Irregularität befinden thuet“
 Situationsplan von Jakob Reutz, 1705
 Landeshauptarchiv Schwerin, 2.12-4/3, Nr. 293



Abb. 2:

Grunt-Riß von der Neustadt oder Schelfe sambt denen Gärten.

J. v. Zülow, 1747

Landeshauptarchiv Schwerin, 12.12.-2, Karten städtischer Gemarkungen Nr. Io
 Der Plan von Zülows wurde erstellt, um den Stand der Bebauung (rot) und die freien, oft als Gärten genutzten Bauplätze auszuweisen. Von Zülow hat gleichzeitig den weiteren Ausbau der Neustadt eingetragen (gelb), mit der er den von Jakob Reutz 1705 erarbeiteten Plan übernahm.

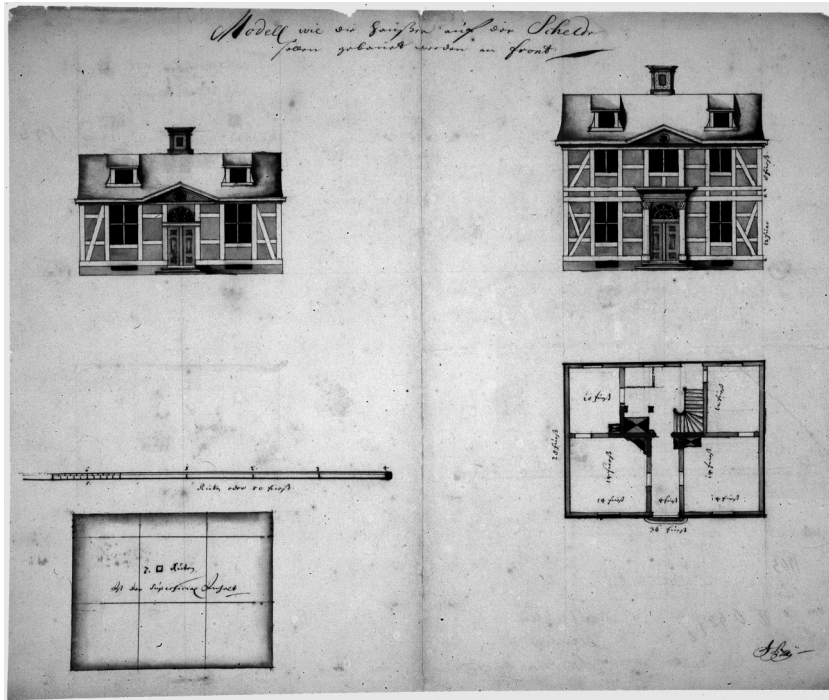


Abb. 3:

„Modell wie die Häuser auff der Schelfe sollen gebaut werden an front“
Jakob Reutz, 1705

Landeshauptarchiv Schwerin, 2.12-4/3 (Städtewesen Schwerin), Nr. 293
Reutz hatte den Auftrag erhalten, die Kosten für ein Haus zu kalkulieren, um die Höhe der finanziellen Belastung für die landesherrliche Kasse durch die Bauförderung einschätzen zu können. Dazu entwarf er ein eingeschossiges und ein zweigeschossiges Fachwerkgebäude mit einer Grundfläche von 36 Fuß Fassadenlänge und 20 Fuß Tiefe (etwa 12 mal 7 Meter).

Die erste Anordnung in dieser Angelegenheit war bereits 1695 für die Altstadt ergangen und sollte die Eigentümer unbebauter, mit Scheunen besetzter oder als Gärten genutzter, an den Straßen liegender Grundstücke zwingen, diese zu bebauen. Nach dem Brand der Schelfe übertrug Herzog Friedrich Wilhelm den Geltungsbereich der Anordnung 1698 auch hierhin, wo sie aber genauso wenig Erfolg zeitigte wie in der Altstadt.⁴⁹

⁴⁹ LHAS 2.12-4/3, Nr. 293 und LHAS 2.21-1, Nr. 2083, verschiedene Listen wüster Stellen.

Kammerrat Varenius, Mitglied der Schelfkommission, schlug am 4. April 1705 für die Deklaration eine Verschärfung dieser Anordnung vor, die sich an einem Rostocker Senatsstatut orientierte. Danach sollten Eigentümer solcher Stellen erklären, dass sie innerhalb eines Jahres selbst bauen wollten, ansonsten würde ihnen das Grundstück genommen und einem Bauwilligen übereignet. Die Verordnung von 1695 hatte noch allen Besitzern wüster Stellen und Gärten eine Frist von zwei Jahren eingeräumt, um danach einen Verkauf an Bauinteressenten vorzusehen. Nur für den Fall, dass sich beide nicht auf einen Kaufkontrakt einigten, hätte die Abtretung an den Interessenten, faktisch also die Enteignung, verfügt werden können.⁵⁰ Die Deklaration setzte nunmehr den Eigentümern eine Frist von drei Wochen für die Erklärung, ob sie „innerhalb Jahr und Tag“ mit dem Bau eines Wohnhauses zu beginnen gedächten. In diesem Fall kämen sie auch in den Genuss der Bauförderung; wer aber in der gesetzten Frist nicht mit dem Bau begänne, müsste entweder den Bauplatz anderen Interessenten abtreten oder an den Fiskus zurückgeben.

Die in den folgenden Jahren immer wieder erneuerten Verordnungen zur Bebauung der wüsten Stellen konnten trotz aller Bemühungen nicht durchgesetzt werden. Die Gärten blieben bestehen, sie schienen sich sogar noch zu vermehren. Selbst wenn in Einzelfällen die erzwungene Abtretung verfügt wurde, entwickelten die Eigentümer immer neue Möglichkeiten, die Ausführung des Baus zu verhindern, so dass manche Interessenten resigniert aufgaben.⁵¹

Die Beamten der Polizeikommission, Flohr und Faull, bemängelten noch 1756, dass „in den Quer-Gaßen, nichts als Leer-Räume und Gärten zu finden sind“. Außerdem ginge es mit dem Bau der Neustadt sehr unordentlich zu: „Ein jeder sucht sich selbst Plätze aus, und dahero kömt bald hie bald dort ein Haus, mit zwischen Räumen zu stehen, und überdies maaßet sich jeder Bauende den gantzen Platz hinter seinem Gebäude, bis zur anderen Straße als ein Eigenthum zum Garten an und wenn sich jemand findet, der gerade hinter solchem Platze, auf solche Gärten in der folgenden Gaße bauen will – so offerirt sich derjenige, der diesen Garten-Platz zuerst occupiret hat, zum Baw. Hiebey aber bleibt es nun weniglich, und wenn ja noch zur Noth ein Hisch-Kathen⁵² aufgeführt wird, so behält dieser Bauende doch den gantzen Platz hinter seinem ersten

⁵⁰ LHAS 2.12-4/3, Nr. 293, Stellungnahme Varenius vom 4. April 1705; DEKLARATION (wie Anm. 41), § X.

⁵¹ Beispiele finden sich in LHAS 2.12.-4/3, 736, 737, 738 und anderen Akten. Zu dem im 18. Jahrhundert weit verbreiteten Phänomen der mangelnden Rechtsdurchsetzung vgl. Achim LANDWEHR: „Normdurchsetzung“ in der Frühen Neuzeit? Kritik eines Begriffs, in ZfG 48, 2000, H. 2, S. 146–162; Ulinka RUBLACK: Frühneuzeitliche Staatlichkeit und lokale Herrschaftspraxis in Baden-Württemberg, in: Zeitschrift für historische Forschung, Bd. 24, 1997, S. 347–376.

⁵² Eher selten zu findende Bezeichnung für eine armselige Behausung, vermutlich vom mittelhochdeutschen heschen, hischen, was soviel wie schluchzen oder schlucken bedeutet, Matthias LEXER: Mittelhochdeutsches Taschenwörterbuch, Stuttgart 1974, 34. Aufl.

Gebauwde zum Garten, zu dem letzteren aber kömt nichts mehr als ein kleiner Hoff-Raum.“⁵³ Sie schlugen deshalb vor, die Bebauung quartierweise vorzunehmen, um die willkürliche Aneignung von Plätzen zu verhindern. Landbaumeister Horst ergänzte, dass bei den Eckgrundstücken auf einen Gartenplatz zu verzichten wäre, es „müßten sich [die dort Bauenden] mit einem ordentlichen Hof-Raum begnügen laßen, weshalb denn, um solchen zu erhalten, die auf den Ecken, Häuser mit einem Flügel oder mit einer sogenannten Wiederkehr bauen müsten.“⁵⁴

Dass diese Situation letztlich der in der Bebauungsplanung beibehaltenen alten Erschließung der Grundstücke von Hauptweg zu Hauptweg und der nicht vorgesehenen Neuordnung der Parzellen geschuldet war, wurde nicht gesehen. Üblicherweise erhielt der erste Interessent seine Stelle in eben dieser Ausdehnung zugeteilt. Zwar hatte sich jeder bei der Anweisung zu verpflichten, die hintere Hälfte seines Grundstücks dann kostenlos abzugeben, wenn sich ein Bauinteressent um den Bauplatz an der anderen Straße bewarb, oftmals waren die Grundstücke aber bis dahin kultiviert und als Gärten, Wiesen oder Weiden genutzt worden, so dass sich der Eigentümer lieber selbst zum Bauen bereit-erklärte, als einen Bauplatz samt Hof und Garten abzugeben. Dass er dies dann in der Regel nicht tat, bestätigten nicht nur der Bericht der Polizeikommission, sondern auch die späteren Karten der Neustadt und überlieferte Verzeichnisse wüster Stellen.⁵⁵

Zugleich sorgten die vielen, besonders Regierungs- und Hofbeamten gewährten Befreiungen von der Bebauungspflicht für Unmut, denen selbst an den Hauptstraßen Gärten gelassen wurden. Hofbaudirektor Legeay berichtet im April 1752 von den Klagen der Bürger der Neustadt über diese ungleiche Behandlung: „Sie sagen also rein aus, daß wofern keine Gleichheit unter Ihnen und denen Eximirten hierinnen gehalten würde, Sie sich nicht unterwerffen. Ich finde, daß diese Leute recht haben. Denn das allergnädigste Edict de dato Schwerin den 8. Juli 1750 deutlich befiehet, daß an denen Straßen keine wüsten Stellen seyn sollen; Also niemand, er sey wer er wolle, hier ausgenommen oder frey.“⁵⁶ Mit seinem Verständnis für die Beschwerden der Bürger macht Legeay deutlich, dass er hierin ein wesentliches Problem der Neustadt erkannt hatte. Allerdings gelang es auch ihm nicht, dies abzustellen, denn an später erstellten Listen von Dispensen von der Bebauungspflicht lässt sich aufzeigen, dass sich daran nichts änderte.⁵⁷

⁵³ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Bericht der Polizeikommission vom 26. Mai 1756.

⁵⁴ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Votum Landbaumeister Horst für die Regierung vom 16. Juni 1756.

⁵⁵ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Liste vom 2. Mai 1756; vgl. a. den Plan von Zülows aus dem Jahr 1747, Abb. 2.

⁵⁶ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Legeay an Herzog, 22. April 1752.

⁵⁷ Vgl. z. B. StAS, M 8747, Dispense von der Bebauungspflicht für wüste Stellen vom 28. Februar 1795.

Ähnlich wie in der Frage der Gärten zeigten sich deutliche Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung der Deklaration hinsichtlich der Organisation des Bau geschehens von der Zuteilung der Grundstücke bis zur Kontrolle der Bebauung.

Während der Ausbau der Hauptstraßen und die Anlegung von Querstraßen sowie die öffentlichen Bauten, der Neubau der Schelfkirche, des Manufakturhauses oder des Torhauses und Wachlokals am Spieltordamm, relativ rasch begonnen und auch mehr oder weniger zügig durchgeführt wurden⁵⁸, blieben die Privatbauten hinter den Erwartungen der Regierung und des Landesherrn weit zurück. So war die Vergabe der Bauplätze durch die beauftragten Kommissare offenbar nicht ausreichend geregelt, was der seit September 1750 als herzoglicher Baudirektor auch für Schelfe zuständige Jean Legeay scharf kritisierte. Seine Amtsvorgänger hätten vorwiegend eigene Interessen verfolgt, denn „bald müssen die Bauleute oder Liebhaber der Plätze an diesen, bald an jenen was bezahlen“. Außerdem hätten sich zu viele in Planung und Ausführung eingemischt, woraus eine „confusion“ entstanden sei, „die dem Endzweck, und der Absicht, die Stadt mit beßern Gebäuden zu zieren, gerade entgegen ist“.⁵⁹

Schon drei Jahre früher hatte die Regierung feststellen müssen, dass Schelfrichter Franck wüste Plätze zur Bebauung entgegen den Bestimmungen eigenmächtig an Leute angewiesen hatte, „so wegen ihrer bedrängten Umstände gar elende Häuser erbauet“ hätten.⁶⁰ Kapitän von Zülow erhielt daraufhin den Auftrag, einen Plan von der gesamten Schelfe anzufertigen, der die Haupt- und Nebenstraßen, die errichteten Gebäude, aber auch die noch vorhandenen Gärten und wüsten Plätze aufzeigen sollte. Zülow übergab den Plan im August 1747 und wies dabei darauf hin, dass er zugleich auch die weitere Ausbauplanung eingetragen habe.⁶¹

Der Bericht über eine Visitation der Neustadt vom 28. April 1750 bemängelte: „Verschiedene Leute, die vormahls auf der Schelfe gebauet, [haben] sich große an ihren Häusern belegene Stellen, worauf zum Theil 3 biß 4 Häuser stehen können, angemaaßet, und Gärten daraus gemachet, andere haben gar die Ihnen nahe gelegene und angekauftte Häuser abgebrochen, und dadurch ihre Gärten erweitert“, noch andere hätten sogar gegenüber auf der anderen Straßenseite „befindliche wüste Plätze usurpiret“.⁶² Der Report offenbarte damit das ganze Ausmaß der Desorganisation.

Dass es selbst 50 Jahre nach der Deklaration zur Gründung der Neustadt noch immer nicht gelungen war, die Grundsätze der Bebauung durchzusetzen,

⁵⁸ JESSE (wie Anm. 3), S. 268 ff.

⁵⁹ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Proklamation der Einsetzung Legeays vom 18. September 1750 und Pro Memoria Legeays vom 16. September 1750.

⁶⁰ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Pro Memoria von Oertzen vom 7. Juni 1747.

⁶¹ LHAS 12.12-2, Schwerin Karte Io; LHAS 2.21-1, Nr. 2083, von Zülow an Regierung am 16. August 1747

⁶² LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Bericht des Polizeikommissars Flohr über die Visitation, 28. April 1750.

offenbart nicht nur die augenscheinliche Ohnmacht der Landesherrschaft gegenüber den Bürgern bei der Durchsetzung neuer, den Gewohnheiten und überkommenen Rechtsprinzipien oftmals entgegenstehender gesetzlicher oder gesetzestähnlicher Regulierungen, sondern weist zugleich auf die Widersprüche und Ungereimtheiten in der Planung selbst hin, so dass die mit der Deklaration verbundenen Erwartungen in vielerlei Hinsicht nicht erreicht wurden, schlechterdings in vielen Bereichen gar nicht erreicht werden konnten.

Aufgrund des Visitationsberichts und der Kritik Legeays waren im Juni 1750 die früheren Edikte zur Bebauung erneuert, von der Kanzel der Schelfkirche verkündet sowie per Anschlag an der Kirchentür publiziert worden. Außerdem setzte Herzog Christian Ludwig II. von Zülow ab und seinen Hof-Baudirektor Jean Legeay ein,⁶³ dem am 10. Juli 1752 der junge „Fähnrich Blume“ zur Seite gestellt wurde, der sich vorrangig um die „privaten Bauten“ kümmern sollte, da Legeay mit den Aufgaben der Straßenregulierung und des Bauwesens in der Alt- und Neustadt zu viel zu tun hatte.⁶⁴

Besonders auch Legeays harsche Kritik hatte die augenscheinliche Unfähigkeit der Beamten hervortreten lassen, das Baugeschehen wirksam zu regeln und zu kontrollieren und den Landesherrn zu diesem Schritt bewogen. „Die mehrsten der Häuser, so itzo vorhanden sind, zeugen vom üblen gout, und schicken sich beßer für ein Dorf, als für eine Herzogl. Residence“, beklagte sich Legeay. Dieses läge im Wesentlichen daran, dass alle, die sich bisher mit der baulichen Seite der Neustadt beschäftigt hätten, „weder Geschmack noch Kenntniß von der Baukunst besitzen“.⁶⁵

Dem weltläufigen Legeay schwebte zweifellos ein anderes Bild einer residenzstädtischen Neustadt vor, als es sich nach den ersten 45 Jahren des Bauens in der Schelfstadt zeigte. Der Plan von Zülows aus dem Jahr 1747, der im Grunde die Reutzsche Planung von 1705 lediglich wiederholte und sich sehr eng an den Vorgaben der Deklaration und ihr folgenden Anordnungen des Landesherrn orientierte, aber keine Weiterentwicklung brachte, entging der Kritik Legeays nicht. Dieser hatte, wie sich von Zülow beim Herzog beklagte, „eine gantze Haupt-Straße, nemlich die nach dem Spielthum soll gehen“ herausgenommen, obwohl diese ausdrücklich „in der Bau-Declaration Parag.[raf] IX“ als eine der

⁶³ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Bekanntmachung vom 18. September 1750; Jean Legeay, Architekt, Maler, Kupferstecher, Gartenbauer, Schüler der Pariser École des Beaux-Arts, 1732 erste preisgekrönte Architekturentwürfe, 1739 Tätigkeit in Rom, danach 1745 in Berlin am dortigen Hof, 1748 von Christian Ludwig II. als Baumeister eingestellt, 1752 Hofbaudirektor, nahm 1756 seinen Abschied und ging zurück nach Berlin und Potsdam, später nach England. Legeay hat sich in Schwerin vor allem als Gestalter der stark vernachlässigten Gartenanlagen des Schlossgartens einen Namen gemacht; vgl. Grete GREWOLLS: Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern?, Bremen 1995, S.256; JESSE (wie Anm. 3), S. 294.

⁶⁴ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Anordnung Christian Ludwig II. vom 10. Juli 1752.

⁶⁵ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, Legeay an Herzog, 16. September 1750.

Hauptstraßen genannt worden sei, auch dass diese in direkter Linie zum Spieltor führen sollte.⁶⁶ Wenn er sich auf die Deklaration beruft und dann noch betont, dass diese Straße doch mit dem Reutzschen Plan damals vom Herzog so und nicht anders genehmigt worden wäre, wird ganz deutlich, dass hier der Kreativität eines Baumeisters vom Schlage Legeays und dessen Vorstellungen vom Aussehen einer zeitgemäßen Residenzstadt von Zülow nur eine buchstabengetreue Erfüllung landesherrlicher Wünsche entgegen zu setzen vermochte, so dass hier an idealen planerischen Maßstäben ausgerichtete Baukunst mit untertänigem Gehorsam konfrontiert wurde.

Nach von Zülows Plan war nördlich des Marktes der Neustadt zwischen heutiger Schelfstraße und Apothekerstraße eine diagonal zum Spieltordamm führende Straße vorgesehen, die dann auf der gegenüberliegenden Seite der Schelfstraße, parallel zur heutigen Tauben- und Landreiterstraße, eine Verbindung zur Werderstraße hergestellt hätte. Dadurch wäre westlich der zentralen Achse eine unregelmäßige, durch die Diagonale teilweise spitzwinklige Blockstruktur entstanden, während östlich die Nähe der geplanten Straße zur bereits vorhandenen heutigen Taubenstraße schmale, aber langgestreckte Blöcke gebildet hätte, bei denen eine Bebauung aufgrund der beibehaltenen älteren Parzellierung der Grundstücke in den Querstraßen kaum bzw. nur auf sehr kleinen Grundstücken und ohne Gärten möglich gewesen wäre. Hier hatte Legeay durch Wegnahme der Diagonalstraße einschließlich ihrer Verlängerung zur Werderallee größere und regelmäßige, nahezu quadratische Blöcke geschaffen.⁶⁷

Die zögerliche Entwicklung des Siedlungsausbaus wirkte sich letztlich auch auf den Plan aus, die Neustadt zu einer im rechtlichen Sinn den anderen Städten des Landes gleichgestellten Stadt zu erheben. Während 1754 die Selbständigkeit der Kirchengemeinde verkündet werden konnte, blieb diese der politischen Gemeinde noch bis 1769 verwehrt und wurde ihr auch dann nur in weit geringerem Maß zuteil, als es eigentlich einer Stadt im rechtlichen Sinn zustände.

Die ständige Kritik, dass allein die äußeren Zustände ein städtisches Gebilde noch nicht hätten entstehen lassen, reflektiert augenscheinlich auch die inneren Zustände, denn es waren Kauf-, Handelsleute und Fabrikanten, aus deren Kreisen sich in der protoindustriellen Stadt gemeinhin die Träger der kommunalen Selbstverwaltung rekrutierten, die aber bisher nicht in dem gewünschten Ausmaß auf die Schelfe gezogen waren.⁶⁸

So nimmt es nicht Wunder, wenn sich die Erhebung der Schelfe zur Stadt bis 1769 verzögerte und diese dann auch nur mit minderen Rechten im Vergleich zu älteren Städten des Herzogtums ausgestattet wurde. Mag Friedrich Wilhelm

⁶⁶ LHAS 2.21-1, Nr. 2083, von Zülow an Herzog Christian Ludwig v. 5. Juli 1750.

⁶⁷ LHAS 12.12.-2, Schwerin, Nr. Ic, Karte von 1757, unbekannter Verfasser.

⁶⁸ So finden sich einige Hinweise auf Konkurse Neuanbauender, z. B. in LHAS 2.12-4/3, Nr. 732 Advokat Schnelle, oder Nr. 736 zum Konkurs des Kaufmanns Florentz, dort auch zu Schnelle.

1705 möglicherweise noch vorgehabt haben, eine mit vollwertigen Rechten versehene Stadt zu schaffen, so hat die Entwicklung der Neustadt seinen späteren Nachfolger, Herzog Friedrich, zweifellos davon abgehalten, denn es offenbarte sich schon seit den 1750er Jahren, dass hier wohl kein selbständiges, vor allem finanziell unabhängiges Gemeinwesen würde entstehen können. Die Reduzierung städtischer Rechte sicherte dem Landesherrn weiterhin größere Möglichkeiten, in die kommunalen Entscheidungen einzugreifen, denn im Gegensatz zu einem Bürgermeister verfügte der Schelfrichter nicht über dessen Souveränität, sondern war als landesherrlicher Beamter diesem rechenschaftspflichtig. Auch die neustädtische Bürgerschaft war eher nur rudimentär an der Verwaltung des Gemeinwesens beteiligt, zum einen durch drei dem Schelfrichter beigeordnete Bürger, die mit diesem das Schelfgericht bildeten, das mit den Rechten eines Magistrats ausgestattet wurde. Zum anderen ernannte das Schelfgericht vier sogenannte „Viertelmänner“ aus der Bürgerschaft der Neustadt, die vorwiegend Kontrollaufgaben übernahmen.⁶⁹

Erst 1776 erhielt die Neustadt auch ein Rathaus – eigentlich Symbol städtischer Souveränität –, das im zeitgenössischen Sprachgebrauch als „Neustädtisches Gericht“ oder „Gerichtshaus“ bezeichnet wurde, selten aber als Rathaus. Es reflektierte damit in seiner Benennung die besondere Situation der neustädtischen Verwaltung. Die Initiative zum Kauf des vermutlich um 1740 errichteten, vormals Lehmannschen Wohnhauses⁷⁰ war vom Schelfgericht ausgegangen, das hier dann bis zur Vereinigung von Alt- und Neustadt seinen Sitz hatte.

Etwa 1830 kulminierten Klagen der Bürgerschaft der Neustadt wie der Altstadt, über die aus der Trennung beider Städte resultierenden wirtschaftlichen Auflagen und Bestimmungen in Petitionen, welche die Abstellung der Missstände durch die Vereinigung beider Städte forderten⁷¹, so dass der Bildung eines Schweriner städtischen Gemeinwesens, die dann 1832 erfolgte, nichts mehr im Wege stand.

Zusammenfassung

Überblickt man die Gründung und die Entwicklung der Schweriner Neustadt im 18. Jahrhundert, so bleibt festzustellen, dass die Neustadt auch angesichts der Nähe zu der bereits über Jahrhunderte entwickelten Altstadt nicht so recht zur gewünschten Blüte kam, wobei ein ganzes Bündel von Ursachen ineinanderwirkte.

Sicherlich waren anfangs die Erwartungen zu optimistisch gewesen, und die Gründungskommission wie auch die Regierung und der Landesherr hatten die

⁶⁹ JESSE (wie Anm. 3), S. 272.

⁷⁰ Heute Schelfmarkt 2.

⁷¹ StAS M 3581, Petition der Bürgervorteiler der Schweriner Alt- und Neustadt zu einer neuen Verfassung der Stadt, 27. Oktober 1830.

Voraussetzungen der Neustadtgründung sowohl auf der Schelfe selbst als auch im ganzen Herzogtum positiver eingeschätzt, als sie tatsächlich waren. Durch eine ausgebliebene Peuplierungspolitik in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts waren die Bevölkerungsverluste des Dreißigjährigen Kriegs nicht ausgeglichen worden. Zudem hatte die weniger am Wohl des Landes als an seinem eigenen orientierte Politik Christian I. Louis die Wirtschaft des Herzogtums Mecklenburg-Schwerin nicht zu beleben vermocht.

Doch auch Friedrich Wilhelms Bevölkerungs- und Wirtschaftspolitik war, wie die Entwicklung der Bützower Hugenottenkolonie und der Neustadt Schwerin aufweisen, eher halbherzig und inkonsequent. Beide scheiterten unter anderem an einer nur ansatzweise auf den Aufbau eines modernen Manufakturwesens ausgerichteten Wirtschaftspolitik und einer eine solche Entwicklung begünstigenden merkantilistischen Finanz- und Handelspolitik, wie sie andere Länder in unmittelbarer Nachbarschaft erfolgreich betrieben. Im Gegensatz dazu bildete sich gerade unter Friedrich Wilhelm und Karl Leopold eine Handels- und Gewerbeordnung heraus, die – wie schon im 19. Jahrhundert das vernichtende Urteil lautete – „wahrscheinlich von allen in Deutschland unübertroffen ist an Unvernunft, Ungerechtigkeit und Mangel an volkswirtschaftlichem Principe“⁷², die auf Monopolen, Arbeits- und Handelsverboten oder Besteuerungen beruhte und damit die Wirtschaft auf dem Lande schädigte, aber die in den Städten nicht förderte. Die Zementierung der alten Zunftordnungen verhinderte das Entstehen moderner Manufakturen und Fabriken sowie überhaupt die Herausbildung von Konkurrenz, die besonders im Handwerk und Handel eher als Existenz bedrohend, denn als wirtschaftlicher Motor begriffen wurde.

Die mangelnden Durchsetzungsmöglichkeiten herzoglicher Politik gegenüber den Ständen verstärkten noch die Folgen dieses wirtschaftlichen Beharrungsvermögens. Manche, an sich gute Ansätze scheiterten daran oder spätestens als die machtpolitischen Auseinandersetzungen zwischen den Ständen und dem Landesherren unter Herzog Karl Leopolds Regentschaft zu kriegsähnlichen Zuständen eskalierten. Die Städte, die sich im ständischen Machtkampf um die Errichtung einer absolutistischen Herrschaft auf die Seite des Landesherren gestellt hatten, standen nach dem Abschluss des Landesgrundgesetzlichen Erbvergleichs 1755 mit diesem plötzlich auf der Seite der Verlierer.

Ein massiver Grund für die stagnierende Entwicklung der Neustadt war nicht zuletzt auch der Rückzug des Hofes nach Ludwigslust. Noch 1705 hatte man den in die Neustadt ziehenden Handwerkern versprochen, mit Aufträgen des Hofes zu ihrer langfristigen Existenzsicherung beizutragen; die Verlegung der Residenz war in dieser Hinsicht geradezu kontraproduktiv, entzog sie doch nicht nur den neustädtischen, sondern auch den altstädtischen Handwerkern diese Aufträge weitgehend und bewirkte mit dem Wegzug des Hofstaats den Verlust von Aufträgen für das örtliche Handwerk und den Handel sowie in der Folge

⁷² BOLL (wie Anm. 5), Bd. 2, S. 648.

den allmählichen wirtschaftlichen Niedergang beider ökonomisch ohnehin nicht starker Städte.

So ist nicht verwunderlich, wenn Münzmeister Becker auf die Aufforderung hin, ein ihm gehörendes Grundstück in der Neustadt endlich zu bebauen, 1770 bemerkt, „ob es jetzo rathsam in Sverin und besonders auf der Neustadt mehr Häuser zu bauen, weilen beynahe 1/3 von der Stadt schon zu verkauffen ist“.⁷³ In die gleiche Richtung geht 1780 die Klage des Schweriner Kaufmanns und Senators Friedrich Lorenz Löhr, der feststellte, dass es der Stadt wirtschaftlich schade, wenn Bauern und Landbewohner, die sich früher hier versorgten, aufgrund der schlechten Lage auf dem Lande davon fast ganz abgekommen seien und ihren Bedarf weitgehend selbst herstellten, ferner „daß zum Abbruch bürgerlicher Nahrung allenthalben aufs Land Brauereyen angeleget werden, allerley Handwerker, Gärtner, Tobacks-Planteurs p.p. sich gesetzt, und die Hausirung eingeschlichen, hat Nahrung und Verdienst in allen Städten natürlicher Weise abnehmen [lassen] und besonders wir hiesigen Orts den Mangel der Nahrung ... noch dadurch mercklich spühren müssen, daß der Hochfürstl. Hof-Staat respective von uns gegangen und eingeschränket worden, viele Familien von uns gezogen und die Herzogl. Justitz-Canzeley, und Amts-Stube, aus das [!] Alt- zur Neustadt verleget worden ist.“⁷⁴

Als vollkommen fehlgeschlagen kann der Versuch, Fabrikanten auf der Schelfe anzusiedeln und Manufakturen zu gründen, angesehen werden. Das 1706 vom besseren Absatz der Produkte der hugenottischen Kolonie in Bützow eingerichtete Manufakturhaus war kein Produktionsbetrieb, sondern ein Verkaufslager. Wegen der beständigen Weigerung der einheimischen Kaufleute, die Waren des Manufakturhauses abzunehmen, ging es schon bald ein.⁷⁵ Mitte des Jahrhunderts entstand in dem Gebäude eine Wollspinnerei, in der die Bewohner des Armenhauses und Bettler Arbeit finden sollten.⁷⁶ Erst 1812 ist in der Neustadt wieder von einer Tuchmanufaktur die Rede, die der Kaufmann Mantius am Ende der Bergstraße am Ziegelsee aufgebaut hatte und die auch einige Jahre erfolgreich arbeitete, bis sie in Konkurs ging.⁷⁷

Natürlich hemmte auch die relative Unselbständigkeit der politischen Gemeinde der Neustadt die ökonomische Entwicklung. Die Ausstattung der Neustadt mit reduzierter städtischer Souveränität wiederholte sich auf finanziellem

⁷³ LHAS 2.12-4/3, Nr. 736, Münzmeister Becker an Amtmann Streubel, 3. Februar 1770.

⁷⁴ StAS Magistrat 246 (alte Signatur); Friedrich Lorenz Löhr an Herzog, 26. August 1780.

⁷⁵ STIEDA (wie Anm. 5), S. 107 u. Dokumente S. 144 ff; JESSE (wie Anm. 3), S. 268 f.

⁷⁶ StAS M 3473, Herzogl. Regiminalreskript wegen der „Spinnerey Anstalt“, 2. Dezember 1768.

⁷⁷ JESSE (wie Anm. 3), S. 320; Auch die Existenz anderer Manufakturen, die in der Alt- bzw. Vorstadt gegründet wurden, war zumeist nur von geringer Dauer, manche Manufakturen wurden gar nicht erst genehmigt, ebd. und JESSE (wie Anm. 3), S. 295.

Gebiet. Infolge der geringen Größe einer verpachtbaren Stadtfeldmark, geringer Steuer-, Lizenz- und Akzisequellen und wegen der hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Ansiedlung von Handwerkern und Kaufleuten waren die Möglichkeiten der Kommune zur Erzielung regelmäßiger Einkünfte relativ beschränkt. Dies führte zu einer notorisch leeren Kasse und bewirkte damit eine zusätzliche Einschränkung der Handlungsfähigkeit der neustädtischen Administration.

Das Zusammenwirken all dieser Umstände setzte die Rahmenbedingungen für dieses „Werck von zimlicher Erheblichkeit“, das „eine besondere ... neu-angebaute Stadt“ schaffen sollte. Zweifellos hatte schon Legeays Kritik 1750 die gravierendsten Mängel des Projekts Neustadt angesprochen, wenn er den zuständigen Beamten Eigeninteressen, fachliche Inkompetenz und Konzeptlosigkeit vorhielt, obwohl er dabei sicher die landespolitischen Rahmenbedingungen aus seiner Perspektive als Städteplaner und Architekt offensichtlich ignorierte.

Doch auch wenn das angestrebte florierende Gemeinwesen der Neustadt im Jahrhundert seiner Selbständigkeit sich nicht so entwickelte, wie es Herzog Friedrich Wilhelm und seinen Räten anlässlich der Gründung vorgeschwebt haben mag, so ist hier doch ein Stadtteil des heutigen Schwerin entstanden, der nicht nur in seiner barocken Anlage und mit seiner weitgehend authentischen Bebauung städtebaulich und architekturgeschichtlich einen besonderen Anziehungspunkt darstellt, sondern durchaus als Symbol des zumindest versuchten Aufbruchs Mecklenburgs in eine modernisierte Wirtschaft und Gesellschaft Anfang des 18. Jahrhunderts gelten kann; eines Aufbruchs, der politisch und wirtschaftlich wohl als misslungen zu werten ist, dennoch aber in mancher Hinsicht Impulse setzte und Handlungsdispositionen im Bürgertum wie in der kommunalen Administration schuf, die im folgenden Jahrhundert zur Entstehung der modernen bürgerlichen Stadt beitrugen.

Anschrift des Verfassers:

Norbert Credé

Lehmstraße 10

19055 Schwerin

E-Mail: crede@prohistoria.de

WENN DAS GELD BRENNT UND DER PFENNIG HECKT Volkskundlich-numismatische Quellen aus Mecklenburg*

Von Christoph Schmitt

Das Geld erscheint als Tauschmittel abstrakt, da es gegenüber Gütern und Dienstleistungen gleichgültig ist.¹ Von der Wertlosigkeit des Goldes an sich künden die antike Sage von König Midas bis zu jenen Erzählungen, in denen es sich in Dreck verwandelt. Geld ist ein Medium, das in den kulturtheoretischen Reflexionen Georg Simmels (1858–1918) wesentlich den Charakter der Moderne bestimmt.²

Im Alltag wird das Geld hingegen mit einer Fülle sprechender Bedeutungen versehen. Es ist das Symbol für Reichtum und Besitz, wie es in der Zwillingssformel „Geld und Gut“ zum Ausdruck kommt, womit es zugleich den Gedanken an Armut und Besitzlosigkeit provoziert. Die Rolle der über fiskalische Funktionen hinausgehenden Geldkultur im Alltag zu erfassen, gehört zu den Aufgabefeldern der Volkskunde/ Europäischen Ethnologie. Sie untersucht nicht die Funktionen des Geldes als Verkehrsmittel und Wertmesser, sondern die „volksläufigen“, das heißt populären Wahrnehmungs- und Vorstellungswelten, die sich mit dem wertbewahrenden Medium verknüpfen. Die auf ihnen gründenden Handlungsmuster werden – nur teilweise beeinflusst von den Wandlungen der Geldgeschichte – über Generationen und Epochen hinweg überliefert und dabei neuen Kontexten angepasst. Als kulturvergleichender Wissenschaft ist für die Volkskunde ein Raumbezug, eine Landschaft bzw. Region, konstitutiv, die möglichst erschöpfend erfasst wird. Im vorliegenden Fall ist dies Mecklenburg.

Forschungsstand

Das Geld wird von der Volkskunde mehrfach thematisiert: als „Münzaberglaube“, der sich auf das erst um 680 v. Chr. aufkommende Münzgeld bezieht, und in den mit Schätzen verbundenen Sujets. Geldhorte und andere verborgene Wertgegenstände wie Gold, Silber und Edelsteine, die zufällig oder durch absichtsvolle,

* Erweiterte Fassung des Festvortrages auf der Feier anlässlich des 60. Geburtstages von Prof. Dr. Niklot Klüßendorf im Landeshauptarchiv Schwerin am 21. August 2004.

¹ Dazu Jochen HÖRISCH: Geld, in: Vom Menschen. Handbuch Historische Anthropologie, hg. v. Christoph WULF, Weinheim/Basel 1997, S. 678–685, hier S. 681.

² Georg SIMMEL: Philosophie des Geldes, Berlin 1900; dazu Willfried GEBNER: Der Schatz im Acker. Georg Simmels Philosophie der Kultur, Weilerswist 2003.

geheimnisumwobene Suche ans Licht kamen, haben die Einbildungskraft der Erzähler stark beschäftigt. Daneben hat die Volkskunde die Verwendung des Geldes im alltäglichen Sprachgebrauch, das heißt in Sprichwörtern, Redensarten und volkstümlichen Bezeichnungen, erfasst.

Schon Wilhelm Heinrich Riehl, der als einer der Ersten die Volkskunde wissenschaftlich zu legitimieren suchte, verfasste 1857 einen Aufsatz über die jenseits der Taler-Gulden-Grenze differenten Einstellungen zum Geld, die er volkscharakterologisch deutete.³ In den seit Ende des 19. Jahrhunderts verfassten regionalen Volkskunden wird über das Geld allerdings nicht eigenständig reflektiert, denn es fehlte an Abhandlungen zum Thema, wie noch 1911 ein über volkstümliche Vorstellungen auf Münzbildern und Inschriften erschienener Artikel konstatiert.⁴ Tatsächlich muss man es zunächst im Rahmen bestimmter Glaubensvorstellungen, Brauchkreise und Erzählkomplexe suchen, wird also allenfalls in Sachwortregistern unter ‚Geld‘ und seinen Komposita, ‚Münze‘, ‚Hecktaler‘ etc. fündig.⁵ Eine Ausnahme hiervon bilden die Schatzsagen, die in den landschaftlichen Erzählsammlungen vielfach als eigene Subgattung herausragen oder gar selbständig zusammengefasst wurden⁶.

In den umfänglichen Handwörterbüchern des Fachs wird das Geld eingehend behandelt. Theodor Siebs thematisierte es für das bekannte „Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens“ (HdA).⁷ Die hierfür erforderliche Stoffsammlung übertrug er Gotthard Niemer, der daraus eine ausführliche Monographie, die erste systematische Volkskunde des Geldes, schuf.⁸ Sie ist daher stark dem Volksglauben und seiner Einwirkung auf die Lebenslaufbräuche verpflichtet. Ein ausführliches Lemma über das Geld bringt das „Handwörterbuch des deutschen Märchens“ (HdM), in dem die Erzählweisen über den Erwerb des Geldes im Volksmärchen zusammengestellt sind.⁹ Geld- und

³ Wilhelm Heinrich RIEHL: Der Geldpreis und die Sitte, in: DERS.: Culturstudien aus drei Jahrhunderten, Stuttgart 1862, S. 230–260.

⁴ Ferdinand FRIEDENSBURG: Der Einfluss des Volkstümlichen auf das Gepräge der Münze, in: Mitteilungen der Schlesischen Gesellschaft für Volkskunde 13/14, 1911–12, S. 264–278.

⁵ Ausführlich z. B. Kurt HECKSCHER: Die Volkskunde der Provinz Hannover, Bd. 1: Die Volkskunde des Kreises Neustadt am Rübenberge, Hamburg 1930, S. 839.

⁶ Otto KNOOP: Posener Geld- und Schatzsagen. Ein Beitrag zur Heimat- und Volkskunde der Provinz Posen. Wissenschaftliche Beilage zum Programm des Kgl. Gymnasiums zu Rogasen, Lissa i. Pr. 1908.

⁷ Theodor SIEBS: Geld, in: Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens, hg. v. Eduard HOFFMANN-KRAYER und Hanns BÄCHTOLD-STÄUBLI, Bd. 3, Berlin/Leipzig 1930/31, Sp. 590–625; DERS.: Geldmännlein, in: ebd., Sp. 625–626; DERS.: Heck(e)-taler, in: ebd., Sp. 1613–1624.

⁸ Gotthard NIEMER: Das Geld. Ein Beitrag zur Volkskunde, Breslau 1930 (Wort und Brauch; 21).

⁹ Ralph St. BOGGS: Geld, in: Handwörterbuch des deutschen Märchens, hg. v. Lutz MACKENSEN, Bd. 2, Berlin 1934/40, S. 465–478.

Schatzsagen wären im auf viele Bände geplanten „Handwörterbuch der Sage“ sicher ausführlich behandelt worden, das allerdings wie das HdM ein Torso blieb.¹⁰ Beide Editionsunternehmen gingen in der von Kurt Ranke begründeten „Enzyklopädie des Märchens“ (EM) auf, die Erzählstoffe und -prozesse gattungübergreifend sowie in weltweiter Überlieferung und Verbreitung darstellt. Das Geld, seine Hortung und die Suche nach ihm, kommen in vielfältigen Erzählsammenhängen vor, die in mehreren Haupt-¹¹ und Nebenartikeln geschildert werden.

Von numismatischer Seite war es ein Mecklenburger, der in Grabow (Kreis Ludwigslust) geborene Wilhelm Jesse (1887–1971), der die Tür zur Volkskunde aufstieß. Jesse, dem das Land eine sorgfältige Geschichte seiner Hauptstadt verdankt,¹² deren erster Band noch während seines Dienstes am Mecklenburgischen Geheimen und Hauptarchiv Schwerin erschien, wurde 1914 von dem volkskundlichen Ordinarius Otto Lauffer (1874–1949) an das von diesem geleitete Museum für Hamburgische Geschichte berufen, wo er als Kustos das Münzkabinett und die volkskundliche Abteilung leitete.¹³ So nimmt es nicht wunder, dass er einen vielbeachteten Artikel über „Münze und Volk“ schrieb, in welchem er die volkstümlichen Münznamen systematisierte.¹⁴ Den Versuch, Volkskunde und Numismatik miteinander zu verbinden, haben Lauffers Nachfolger Walter Hävernich (1905–1983)¹⁵ und dessen Doktorschüler Gert Hatz weiterverfolgt, der seine Hamburger Antrittsvorlesung dem Thema „Münze und Volk“ widmete.¹⁶

Mit der Umorientierung der Volkskunde Ende der 60er Jahre erlosch das Interesse des Faches an der Zusammenarbeit mit archäologischen Fächern. So

¹⁰ Das von Will-Erich PEUCKERT herausgegebene Werk erschien in nur drei Lieferungen von 1961 bis 1963. Die narrative Einkleidung des Schatzglaubens, also die Schatzsage, behandelt bereits das HdA unter dem Lemma ‚Schatz‘.

¹¹ Katalin HORN: Gold, Geld, in: Enzyklopädie des Märchens. Handwörterbuch zur historischen und vergleichenden Erzählforschung, Bd. 5, hg. v. Rolf Wilhelm BREDNICH u. a., Berlin/New York 1987, Sp. 1357–1372 [im Folgenden zitiert: EM]; Brigitte BÖNISCH-BREDNICH: Schatz, in: EM, Bd. 11, Lieferung 3, Berlin/New York 2004, Sp. 1253–1259.

¹² Wilhelm JESSE: Geschichte der Stadt Schwerin von den ersten Anfängen bis zur Gegenwart (5 Teile in 2 Bänden), Schwerin 1913–1920.

¹³ Kerstin RAHN: Jesse, Wilhelm Friedrich Bernhard Alfred, in: Biographisches Lexikon für Mecklenburg, hg. v. Sabine PETTKE, Bd. 2, Rostock 1999, S. 140–144, hier S. 142.

¹⁴ Wilhelm JESSE: Münze und Volk, in: Deutsches Jahrbuch für Numismatik 1 (1938), S. 9–22.

¹⁵ Z. B. Walter HÄVERNICH: Wirtschaftliche Schwankungen und die Statistik der Schatzfunde. Die Numismatik als Hilfswissenschaft der Volkskunde, in: Beiträge zur deutschen Volks- und Altertumskunde 14, 1970, S. 15–24.

¹⁶ Gert HATZ: Münze und Volk, in: Beiträge zur deutschen Volks- und Altertumskunde 16, 1972/73, S. 11–32; siehe ferner Paul SELK: Geld regiert die Welt! Eine volkskundliche Plauderei, in: Schleswig-Holstein 18, 1966, S. 261–263.

bemüht sich die Numismatik ihrerseits, die Wechselwirkung mit der Kulturgeschichte¹⁷ und Volkskunde¹⁸ zu suchen. Hingegen findet das Thema in der internationalen Folkloristik auch in jüngerer Zeit Aufmerksamkeit.¹⁹

Quellenlage

Wie steht es nun um die regionalgeschichtliche Behandlung des Themas, soweit es Mecklenburg betrifft? Die erste systematische volkskundliche Sammlung führte hier Karl Bartsch (1832–1888), ein Schüler Wilhelm Grimms, durch. Ende 1857 wurde er in Rostock zum ordentlichen Professor der deutschen und neueren Literatur berufen und begründete hier im darauf folgenden Jahr das erste germanistische Seminar. Am 24. Februar 1867 erließ er gemeinsam mit Friedrich Lisch in der Rostocker Zeitung einen Aufruf über „Meklenburgs Sagen, Märchen und Gebräuche“, dessen Früchte er später in seiner Heidelberger Zeit publizierte. Bartsch war kein Feldforscher, dafür fehlte dem gebürtigen Schlesier schon der Zugang zur niederdeutschen Sprache. So bediente er sich des Korrespondentensystems, ließ niederdeutschkundige Mitarbeiter für sich sammeln. Deshalb enthält seine Ausgabe²⁰ nur wenige niederdeutsche Passagen. Ihr hochdeutsches Gewand führte andererseits dazu, dass die Sammlung von der überregionalen Forschung zur Kenntnis genommen wurde. Sie führt viele Belege über Geld, Schätze oder das Schatzgraben an, die über das Stichwortverzeichnis ermittelbar sind.

Der Warener Gymnasialprofessor Richard Wossidlo (1859–1939), der die Volkskunde Mecklenburgs erst begründete, suchte die Sammlung von Bartsch zu ergänzen, der besonders den Strelitzer Raum vernachlässigt hatte. Des Plattdeutschen mächtig, ging Wossidlo selber ins Feld und gewann das Vertrauen

¹⁷ Z. B. Gottfried GABRIEL: Geldgeschichte als Kunst- und Kulturgeschichte. Zur politischen Bildersprache der Währungen, in: „Geld regiert die Welt“. Numismatik und Geldgeschichte. Grundsatzfragen interdisziplinär, hg. v. Reiner CUNZ und Claus-Arthur SCHEIER, Braunschweig 2004, S. 33–40.

¹⁸ Z. B. Siegfried BECKER: Notgroschen und sagenhafte Schätze. Volkskundliche Aspekte der Fundnumismatik. Tagung: Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung in der Fundmünzenbearbeitung. Bilanz und Perspektiven am Beginn des 21. Jahrhunderts vom 4. bis 5. März 2005 in Konstanz (noch nicht erschienen).

¹⁹ Z. B. John LINDOW: Swedish Legends of Buried Treasure, in: *Journal of American Folklore* 95, NF. 377, 1982, S. 257–279; Konstantin A. BOGDANOV: Den'gi v fol'klore (Das Geld in der Volkserzählung), St. Petersburg 1995; Nicolae CONSTANTINESCU: Digging for gold. The legend's way, in: *Livets gleder. Om forskeren, folkediktningen og maten. En vennebok til Reimund Kvideland, Stabekk 1995*, S. 107–111.

²⁰ Karl BARTSCH: Sagen, Märchen und Gebräuche aus Meklenburg, Bd. 1: Sagen und Märchen, Wien 1879; Bd. 2: Gebräuche und Aberglaube, Wien 1880.

seiner Landsleute.²¹ Überdies bediente er sich der Fernbefragung und eines dichten Netzes von Helfern, mit denen er vornehmlich brieflich kommunizierte. Diese Helfer, vielfach Volksschullehrer, sammelten in ihrem lokalen Umfeld und überließen das Material Wossidlo zur Auswertung. Daneben exzerpierte der volkskundliche Privatgelehrte sehr gründlich die damals verfügbare Fachliteratur.

Wossidlo begann seine volkskundliche Sammelarbeit mit sprachlichen Aufzeichnungen, die er intensiv von 1884 bis 1895 betrieb. Er verzettelte sein Material zunächst nach Sachgruppen, also nicht alphabetisch.²² In seiner vom Menschen ausgehenden Systematik nahm das Geld neben anthropologischen Kategorien (wie dem Körper, dem Aussehen, der Bewegung, der Sinnlichkeit, dem Essen und Trinken), die er durch Synonyme semantisch auszuloten suchte, von Anbeginn einen festen Platz ein. Hier findet man volkstümliche Geldbezeichnungen sowie Sprichwörter und Redensarten bzw. typische Phrasen, in denen Armut und Reichtum, Schuldner, Gläubiger oder Eigenschaften wie Geiz, Gier, Diebstahl und Sparsamkeit mit Hilfe des Geldumgangs veranschaulicht werden. Auch Johannes Gillhoff (1861–1930), der Verfasser des bekannten Auswanderungsromans „Jörnjakob Swehn, der Amerikafahrer“ (1917), schenkte in seiner volkskundlich bestimmten Frühphase dem Thema besondere Aufmerksamkeit.²³

Als Wossidlo die Genres der Volkskultur einschließlich der Sachkultur in den Blick nahm, wurde das Geld schließlich in allen erdenklichen Kontexten erfasst: bei Lebenslaufbräuchen als Patengeld, Hochzeitsgeld oder Grabbeigabe

²¹ Zur Sammelarbeit Wossidlos siehe genauer: Karl GRATOPP: Richard Wossidlo. Wesen und Werk, Neumünster in Holstein 1935; Ulrich BENTZIEN: Richard Wossidlo. Verzeichnis seiner Schriften, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde 5, 1959, S. 153–163; DERS.: Nachwort, in: Geschichten, Riemels un Lüüd'snack. Mecklenburgische Volksüberlieferungen, gesammelt von Richard Wossidlo, neu hg. v. Ulrich BENTZIEN, Rostock 1973, S. 281–301; Siegfried NEUMANN: Richard Wossidlo, der Volksprofessor, in: Stier und Greif 6, 1996, S. 20–25; Jürgen GUNDLACH: Wossidlo, Richard Carl Theodor August, in: Biographisches Lexikon für Mecklenburg, hg. v. Sabine PETTKE, Bd. 2, Rostock 1999, S. 279–285; Christoph SCHMITT: Netzwerke volkskundlicher Kommunikation in Mecklenburg bis 1939. Zur Rekontextualisierung von Wissenschaft im „Medienverbund“, in: Zur Geschichte der Volkskunde. Personen – Programme – Positionen, hg. v. Michael SIMON, Monika KANIA-SCHÜTZ und Sönke LÖDEN, Dresden 2002, S. 203–222.

²² Die alphabetische Verzettelung seines systematisch geordneten Materials führte Wossidlo erst in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre für das von ihm quellenmäßig begründete Mecklenburgische Wörterbuch durch. Das Geld wird dort mit einem ausführlichen Artikel bedacht; Geld, in: WOSSIDLO-TEUCHERT. Mecklenburgisches Wörterbuch, Bd. 3, Neumünster 1961, Sp. 117–121 [im Folgenden zitiert: MWB].

²³ Johannes GILLHOFF: Das Geld im Volksmunde, in: Tägliche Rundschau (Unterhaltungs-Beilage) Nr. 282 vom 2. Dezember 1894, S. 1126–1127; Nr. 284 vom 5. Dezember 1894, S. 1134–1135.

(Charonsmünze); beim Jahreswechsel; als Bauopfer; in der Volksmedizin; unter den Sagen, besonders den vielfältig untergliederten Schatzsagen; als Volksrätself; unter der Kategorie „Handel“, wo der alltägliche Geldverkehr (wie leihen, borgen, zurückbekommen) thematisiert wird; als Geldbehältnis unter der Rubrik „Haushalt“; als Dienstbotengeld; unter der Kategorie „Schwarze Kunst“ als „Wesseldaler“ und so fort.

Die landschaftliche Begrenzung korrespondiert also mit der Freiheit, die gesamte Bandbreite volkssprachlicher und volkskultureller Überlieferungen einschließlich der Sachkultur zu erfassen. Die Vielfalt der dadurch gewonnenen Bezüge fordert geradezu heraus, die Einstellungen zum und den Umgang mit dem Geld auf mecklenburgischem Boden näher zu betrachten. Wossidlo konnte nur einen Bruchteil seiner Sammlungen über das Geld publizieren, was zudem an entlegener Stelle und in plattdeutscher Sprache geschehen ist. Seine monetären Sammelergebnisse wurden daher bislang von der Fachwelt kaum berücksichtigt.

Das Geld im Volksmund

Seiner Bedeutung im Alltag entsprechend kennt der Mecklenburger viele Bezeichnungen für das Geld.²⁴ Richard Wossidlo sandte 1932 im Nachrichtenblatt des plattdeutschen Landesverbandes die Frage aus: „Wie sagt man, wenn man ausdrücken will, daß jemand Geldmittel in Händen hat: *dee hett Plönni-monni? Plinemende? Kaschama? Schülpe?*“²⁵ Die beiden ersten plattdeutschen Schöpfungen sind (neben ‚*Plentemente*‘ und ‚*Plättermanni*‘²⁶) aus dem Englischen (‚plenty money‘) abgeleitet. Als ‚*Käsch*‘, ‚*Kaschama*‘, ‚*Kaschema*‘²⁷ oder ‚*Kaschematten*‘²⁸ war das Geld in der Händlersprache üblich, womit vornehmlich Barzahlungen gemeint waren, was ebenfalls im Englischen anklingt (‚to pay cash‘). ‚*Schülpe*‘ bezeichnet hingegen eine schwankende Flüssigkeit, die mit einem Male überlaufen kann, wie die Milch.²⁹ Vielfach wurde damit Kleingeld bezeichnet.³⁰

²⁴ Vergleichend siehe Wieland JUNG: Der Volksmund nannte sie „dürre Heller“, „Schockgroschen“ und „Sterntaler“. Volkstümliche Münzbezeichnungen im Henneberger Land, vornehmlich in der ehemaligen Herrschaft Schmalkalden, in: Jahrbuch des Hennebergisch-Fränkischen Geschichtsvereins 18, 2003, S. 69–78.

²⁵ Frage Nr. 341, veröffentlicht in: Uns’ plattdeutsch Heimat 7, 1932, H. 5, S. 65.

²⁶ Von allerhand Slag Lüd’, hg. v. Richard WOSSIDLO und Hanns GOSSELCK, Wolgast 1924 (Böckerie; 3), S. 18.

²⁷ WA, DIII-14-01-1 (Rostock 1937, Verein Unkel Bräsig; die Vereine richteten Arbeitskreise zur Beantwortung von Wossidlo-Fragen ein). [WA = Wossidlo-Archiv. Die folgenden Archivbelege sind der systematisch geordneten Zettelsammlung Wossidlos entnommen].

²⁸ MWB 4, 1965, Sp. 137.

²⁹ MWB 6, 1976, Sp. 205.

³⁰ WA, DIII-13-01-32 (Strelitzer Raum, ca. 1934–38).

Es sind also sehr differenzierte Sprachbilder, die sich der Volksmund für das Geld in seinen alltäglichen Verwendungszusammenhängen schafft. So hat sich im Wort ‚*Schülpe*‘ die Liquidität des Zahlungsmittels niedergeschlagen, daneben womöglich die Eigenschaft des Kleingeldes, von eigentlichen Geldgeschäften „abzufallen“, also Abfallprodukt zu sein.

Die Bezeichnung ‚*Pernunsen*‘ wurde angeblich von polnischen Schnittern eingeführt.³¹ Inflationsgeld nannte man ‚*blind*‘ Geld’.³² „*He hett Petermännkens*“, sagte man mit Bezug auf den Schutzgeist des Schweriner Schlosses für Reichtum.³³ Weitere, teils überregionale Umschreibungen, wie: „*Knöp, Plünn*‘, *Plüggen, Pinnen, Kies, Moos, Kröten, Dittken*“³⁴, *Magneten, Planeten, Lowings, Pinkepinke, Hutschipernutschi, Huntjeponuntje, Permitten*“³⁵ und andere mehr, die hier nicht näher erklärt werden können, bezeugen noch einmal den existenziellen, daher sprachschöpferischen Einfluss der monetären Sphäre.

Eine weitere, von Wossidlo ausgesandte Frage zielt unmittelbar auf „alte Münznamen“: „Wie hießen früher die kleinen silbernen Zwanzigpfennigstücke? Die kupfernen Fünfpennigstücke? Lebt der Papphahn noch in Redensarten? und Drüttel?“³⁶ Erstere wurden ‚Fischpuppen‘ genannt.³⁷ Die Farbe der Fünfpennigstücke scheint im Synonym ‚*Blagstücke*‘³⁸ auf. Der ‚Papphahn‘ kursierte als Münz-Schmähwort für ein Vierschillingstück, das zuletzt 1846 für das Strelitzer und 1848 für das Schweriner Großherzogtum geprägt wurde. Es enthielt im Avers das Landeswappen und im Revers den Reichsadler, womit die Prägung darüber hinwegtäuschen wollte, dass sie dem Reichsmünzfuß widersprach. Daher wurde der Reichsadler als Papphahn, das heißt als Papagei, verspottet.³⁹ In Redewendungen galt er als Metapher für Wertlosigkeit („*keenen Papphahn wiert*“⁴⁰). So wurde etwa der arme Bauer mit der Spottmünze in Verbindung gebracht, für den man keinen Papphahn gibt.⁴¹ Einen reichen Bauern bezeichnete man hingegen als ‚*Drüttelfürst*‘⁴². Der ebenfalls bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts gültige *Drüttel* gehörte zu den größeren Nominalen, er hatte einen Wert von 2/3 Talern oder 32 Schillingen.

³¹ WA, DIII-14-01-37 (Strelitzer Raum 1936).

³² WA, DIII-14-02-112 (Kirchdorf 1927).

³³ WA, BVII-16-24-30 (ohne Aufnahmedaten).

³⁴ Münze im Wert von drei Schillingen, auch „*D(r)üttken*“ oder „*Dütten*“ genannt; dazu MWB 2, 1957, Sp. 597.

³⁵ WOSSIDLO, Von allerhand Slag Lüd’ (wie Anm. 26).

³⁶ Frage 321, veröffentlicht in: Uns’ plattdütsch Heimat 7, 1932, H. 3, S. 32.

³⁷ WA, DIII-14-10-8 (Heiligendamm 1933).

³⁸ WA, DIII-14-10-1 (Rostock 1934).

³⁹ EDWARD SCHRÖDER: Papphahn. Ein mecklenburgischer Münzname, in: Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung 33, 1907, S. 119–121.

⁴⁰ WA, DIII-14-10-9 (Rostock 1934).

⁴¹ WA, DIII-14-10-1 (Rostock 1934).

⁴² Ebd.

Die Vielfalt, mit der das Geld vom Sprichwort bedacht wird, zeigt Karl Friedrich Wanders Sprichwörter-Lexikon, das unter „Geld“ allein 1420 Belege anführt.⁴³ So spiegelt sich auch im Sprichwortschatz des Mecklenburgers die ambivalente Einstellung zum Geld in ungeschminkter Wahrheit wider.⁴⁴ Die Klage darüber, dass Geld die Welt regiert, reicht von der Bibel über die mittelalterlichen Allegorisierungen durch Dea Moneta, Regina Pecunia, Herr Pfennig oder Sir Penny bis heute und macht auch vor Mecklenburg nicht halt. Die Macht des Geldes prangert z. B. das Sprichwort: „*För Geld kann man 'n Düwel danzen sehn*“ an. Die Gier nach ihm stigmatisiert etwa die Weisheit: „*Wo äten ward, gah ran; wo Geld tellt ward, gah van*“⁴⁵. Andererseits ist das Zahlungsmittel im Leben unerlässlich, weshalb man es wertschätzt, und so heißt es: „*De best Katt is de Geldkatt*“⁴⁶, oder: „*Wer Geld in de Tasch hett, brukt keenen Staat tau maken*“⁴⁷. Dass dem Volksmund Realismus vor jeder Moral geht, zeigt die Redensart: „*Wo Geld is, is de Düwel eenmal, wo nicks is, is he tweemal (sæbenmal)*“⁴⁸.

Armut und Reichtum werden im Sprichwort eher durch Charaktereigenschaften als durch gesellschaftliche Ursachen erklärt. Da erstere von Generation zu Generation wechseln, geht die Redensart um: „*De Geldsack so wenig as de Betelsack hängen hunnert Johr vör een un desülwig Döör*“⁴⁹. Denn der Armut kann durch Fleiß⁵⁰ oder Sparsamkeit⁵¹ begegnet werden. Wird Sozialkritik geäußert, verliert sie etwa in der Form des humorvollen Sagwortes ihre Schärfe: „*Wat is dat för 'n Elend', säd' de Buuer, wenn de rieken Lüüd' keen Geld hebben*“⁵².

⁴³ Karl Friedrich Wilhelm WANDER: Deutsches Sprichwörter-Lexikon. Ein Hausschatz für das deutsche Volk, Bd. 1, Leipzig 1867, Sp. 1471–1526. Darüber hinaus wird das Geld in weiteren Stichwörtern (wie „Heller“, „Geldkatze“, „Münze“, „Pfennig“, „Thaler“ etc.) behandelt.

⁴⁴ Siehe auch Wilhelm FANGMEYER: Das Geld im niederdeutschen Sprichwort, in: Osnabrücker Land-Heimat-Jahrbuch 1976, S. 203–209.

⁴⁵ Richard WOSSIDLO: Aus der mecklenburger Mundart. Allerlei Sprichwörter über das Geld, in: Warener Tageblatt Nr. 145 vom 25. Juni 1922.

⁴⁶ A. RÖMER: Eine Sammlung plattdeutscher Sprichwörter und Kernsprüche nebst Erzählungsbruchstücken von John Brinckman, in: Jahrbuch des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung 31, 1905, S. 20–35, hier S. 27, Nr. 181.

⁴⁷ GILLHOFF, Das Geld im Volksmunde (wie Anm. 23), S. 1126.

⁴⁸ WOSSIDLO, Allerlei Sprichwörter über das Geld (wie Anm. 45).

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ „*De Armut kickt den Flitigen wol in 't Finster, æwer se kümmt em nich in 't Huus*“; ebd.

⁵¹ „*Ok den Dreiling hett Gott segnet!*“, „*Schillings Steg is Dalers Weg*“; GILLHOFF, Das Geld im Volksmunde (wie Anm. 23), S. 1126.

⁵² Siegfried NEUMANN: Sprichwörtliches aus Mecklenburg, Göttingen 1996, S. 37 (A 25). Weitere Sprichwörter über das Geld sind durch den Index ermittelbar.

Münzen im Brauch und Volksglauben

In der historischen Volkskultur sind das Geld betreffende Glaubensvorstellungen vornehmlich im Bereich des Brauches und der Volkssage anzutreffen. In den äußerlich bunten, in ihrer Grundstruktur jedoch einfachen Bräuchen kommt es als Requisit in den Übergängen des Lebens und des Jahres vor. Dabei geht es weniger um den konkreten (die Zukunft mitbestimmenden) Geldwert an sich, als um übergangstypische Gebote bzw. Tabus, die nach dem Grundsatz des Sympathiegläubens ebenso für andere Requisiten zutreffen können. Dieser besagt, dass die Vorgänge in der den Menschen umgebenden Natur in einem geheimnisvollen Zusammenhang miteinander stehen.

Die dem Geld zugeschriebene prophetische Wirkung klingt noch heute im Wurforakel („Kopf oder Zahl?“) an. Eine sympathetische Beziehung sah man zwischen Täufling und Gvatter, dessen Geldgeschenk nach dem Analogiezauber die künftige Einstellung des Kindes zum Zahlungsmittel mitbestimmen sollte. So waren alle mit der Geldgabe verbundenen Handlungen des Gvatters en détail geregelt. Die Paten beschenkten den Täufling mit Geld, das, in Papier gewickelt und mit einem geschriebenen Segensspruch versehen, nach der Taufhandlung unter das Kopfkissen gelegt wurde.⁵³ Das Patengeld galt als glücksbringend,⁵⁴ woraus sich die Bezeichnung „Glücksgeld“ oder „Glückspfennig“ herleitet. Es musste Hartgeld, durfte kein Papiergeld sein.⁵⁵ Hierin spiegelt sich wohl das Misstrauen wider, das man den erst im 19. Jahrhundert eingeführten Banknoten entgegenbrachte.⁵⁶ Niemer führt den damit verbundenen Aberglauben an, dass das Kind sonst ein Leichtfuß würde.⁵⁷ Der Patentaler musste blankgescheuert sein.⁵⁸ Ihm mussten kleinere Geldstücke beigelegt werden, damit das Kind schneller sprechen lerne.⁵⁹ Nach dem Grundsatz „similia similibus“ durfte der Gvatter das Patengeld nicht in der Tasche behalten, wenn er sein Bedürfnis verrichtete, sonst würde das Geld unrein und das Kind später ein Bettnässer werden.⁶⁰

Wie das Kind bei der Taufe Geld bei sich haben sollte, damit es ihm später nicht daran mangle, so die Braut bei der Trauung, die es auf dem Weg dorthin (in der Krone, den Schuhen oder dem Kleid⁶¹) bei sich trug. Weit verbreitet war

⁵³ WA, CVI-07-11-10 (Mirow 1932).

⁵⁴ In Sonderheit galt: „Je mehr Patengeld, desto mehr Glück“; WA CVI-07-10-6 (Beiträgerin Marie Wegener aus Schwerin, 1890er Jahre).

⁵⁵ WA, CVI-07-11-13 (Wredenhagen 1934).

⁵⁶ HATZ, Münze und Volk (wie Anm. 16), S. 22.

⁵⁷ NIEMER, Das Geld (wie Anm. 8), S. 134.

⁵⁸ WA, CVI-07-05-3 (Beiträger Hugo Gosselk aus Botelsdorf bei Gadebusch, 1890er Jahre).

⁵⁹ WA, CVI-07-10-3 (Waren, 1890er Jahre); WA, CVI-07-10-9 (Rostock 1936). HATZ führt den Glauben an, dass das Kind dadurch rechnen lerne und den Pfennig schätze; HATZ, Münze und Volk (wie Anm. 16), S. 22.

⁶⁰ Siehe das Konvolut WA, CVI-07-05 (21 Belege).

⁶¹ Siehe die Belege bei BARTSCH, Gebräuche und Aberglaube (wie Anm. 20), S. 60 f. und die Konvolute WA, CVI-10-03 (Brautkleid) und CVI-10-04 (Brautkrone).

der Brauch, bei der Rückkehr von der Kirche den Brautwagen zu *sneren*, das heißt, er wurde durch ein Leine oder Ähnliches aufgehallen und musste ausgelöst werden. Der Wegezoll wurde neben Obst und Getränken auch in Kleingeld entrichtet.⁶² Ein weiterer Brauch des Geldeinsammelns verknüpft sich mit dem Brautapfel. In diesen drückten die Hochzeitsgäste Geldstücke, der Bräutigam machte den Anfang, indem er drei Taler (zugleich als Standfuß) hineinsteckte.⁶³

Schließlich darf das Geld beim bedeutsamsten Übergangsritus, der Bestattung, nicht fehlen. Der altertümliche Brauch, Toten Münzen mit in den Sarg zu geben, lässt sich noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in vielen deutschsprachigen Gebieten nachweisen. Das zeigte die Umfrage des „Atlas der deutschen Volkskunde“ (AdV), die über die Formen der Grabbeigabe hinaus auch die Bezeichnungen der monetären Beigabe hervorbringen suchte.⁶⁴ In Mecklenburg gingen Antworten aus knapp vierhundert Schulorten ein.⁶⁵ Üblicherweise wurden das Gesangbuch, der Kamm, die letzte Seife, bei Männern ebenso ihr Rasiermesser oder bei Kindern ihre Puppe, darüber hinaus Prothesen wie Brille, Gebiss und Perücke mit in das Grab gelegt. An Münzbeigaben konnten sich die mecklenburgischen Gewährsleute des AdV nur ganz selten erinnern.⁶⁶ Das deckt sich mit den Angaben bei Wossidlo. Unter seinen 51 Belegen über Grabbeigaben findet sich nur eine Quelle, in der sich ein *Kulengräwer* (Totengräber) daran erinnert, in einem Grab Brotkrusten oder Geldstücke gefunden zu haben.⁶⁷ Allerdings kamen Münzen bei der Aufbahrung des Toten auch später noch zum Einsatz:

*„Wenn de Mund von de Liek apen is, würd in de Ribnitzer Gegend 'n Geldstück uppleggt. In de Røbelsch Gegend würd en Papphahn orer süß een gröteres Kopperstück up de Ogen leggt, bät dat Lid stief wier. Dat Geldstück dürft naher nich wedder in Gebruk nahmen warden un würd dorüm int Sarg leggt.“*⁶⁸

⁶² Siehe das Konvolut WA, CVI-11-04 (122 Belege).

⁶³ WA, CVI-13-13-12 (Userin 1926). Siehe auch Heike MÜNS: Von Brautkrone bis Erntekranz. Jahres- und Lebensbräuche in Mecklenburg-Vorpommern, Rostock 2002, S. 250.

⁶⁴ Die betreffende Fragereihe Nr. 163 war Teil des vierten, 1933 ausgesandten Fragebogens. Zur überregionalen kartographischen Darstellung und Kommentierung der Antworten siehe Matthias ZENDER: Grabbeigaben, in: Atlas der deutschen Volkskunde, NF, Erläuterungen zur 2. Lieferung, Karte NF 13–24, Marburg 1963, hier S. 236–261.

⁶⁵ Dazu genauer VERF.: Die Landesstelle des „Atlas der deutschen Volkskunde“ in Mecklenburg (1929–1945). Projektgeschichte und Quellenwert einer Massenbefragung, in: Stier und Greif 10, 2000, S. 131–140. Die Durchschläge der Antwortzettel für Mecklenburg, Pommern und weitere ostdeutsche Länder befinden sich im Wossidlo-Archiv.

⁶⁶ WA, AdV, Frage Nr. 163, 25 23 21dr (Diedrichshagen): „Kamm, Geld“; 58 10 6ar (Tessin): „Geld bis 1850“; 60 6 13au (Ballwitz): „vor 70 Jahren auch Geld“.

⁶⁷ WA, CVI-17-12-13 (Woldegk 1934).

⁶⁸ WA, CVI-17-12-36 (Rostock 1936, Verein Unkel Bräsig).

Eine Sonderform dieser Bestattungsvariante war der wohl eher selten geübte Brauch, dem aufgebahrten Toten ein Geldstück in die Lippen zu stecken. Dieses legte man später in Brantwein, den man einem Trinker zur Bekämpfung seiner Sucht vorsetzte.⁶⁹

Das Gegenstück zum oben geschilderten Glücksgeld ist der Hecktaler, welcher der teuflischen Sphäre entstammt. Der in ganz Europa verbreitete Glaube an das Zaubergeld, das immer wieder zu seinem Besitzer zurückkehrt, kursierte in Mecklenburg vielfach unter der Bezeichnung „Wesseldaler“. Die betreffenden Erzählungen schildern zumeist seinen Erwerb. Bartsch gibt etwa folgende Fassung:

*„Wer ‘n Heckdaler hebben will, dei mütt in de längst Nacht einen schwar-
ten Kater in ‘n Sack steken, den Sack mit 99 Knuppen taubinnen un denn
dreimal üm de Kirch gan un jedesmal dörch’t Schlätellock den Köster rau-
pen. Bi dat drüdd’ Mal kümt Einer, dat is æwest de Düwel un nich de Köster;
men frögt em, ob hei ‘n Hasen köpen will un verköfft em de Katt in ‘n Sack
vör ‘n Hasen. Man mütt æwer irer ünner Dack un Fack sin, as de Düwel de
99 Knuppen upmakt hett.“*⁷⁰

In den Belegen Wossidlos wird als regionaltypische Requisitverschiebung anstelle des Sacks häufig ein Fischernetz angeführt,⁷¹ wozu die Menge der Knoten beigetragen haben mag. Belegt ist die schwankhafte Erzählung von der Katze im Sack, die als Hase verkauft wird, schon im Volksbuch von „Till Eulenspiegel“. Davon leitet sich das Sprichwort: „Die Katze im Sack kaufen“ ab.⁷²

Eine ähnliche Funktion wie der Heckpfennig erfüllte die Wünschelrute. So fragt der Teufel in einer Variante, ob der Anbieter eine Wünschelrute oder einen Wechseltaler wünsche.⁷³ Die auch „Glücksrod“ genannte Twiele, die schon Pastor Mussäus (1789–1839) im Rahmen des Sympathiezaubers neben Stillformeln gegen Krankheit und Schmerz beschrieb,⁷⁴ musste *Johanni*, zur Sommer-sonnenwende, geschnitten werden⁷⁵.

⁶⁹ WA, CVI-17-12-34 (Waren, 1890er Jahre).

⁷⁰ BARTSCH, Gebräuche und Aberglauben (wie Anm. 20), S. 350 f., Nr. 1647.

⁷¹ Siehe das Konvolut WA, CIX-02-13 (34 Belege).

⁷² Lutz RÖHRICH: Katze, in: Das große Lexikon der sprichwörtlichen Redensarten, Bd. 2, Freiburg i. Br. 1992, S. 817 f.

⁷³ WA, CIX-02-13-8 (Neustrelitz 1928).

⁷⁴ Johann MUSSÄUS: Sympathien und andere Thorheiten, in: Jahrbuch des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Alterthumskunde 5, 1840, S. 101–119, hier S. 109–118; über den Pastor siehe Niklot KLÜBENDORF: Mussäus, Johann Jacob Nathanael, in: Biographisches Lexikon für Mecklenburg, Bd. 3, hg. v. Sabine PETTKE, Rostock 2001, S. 171–175.

⁷⁵ Siehe das Konvolut CVIII-20-09 (25 Belege).

Schatzsagen

Die Wünschelrute leitet über zur Schatzsuche, die in der Volkserzählung eine bedeutsame Rolle spielt. Das Doppelgesicht von Gold, Geld und Schätzen zwischen befreiender und bestechender Wirkung wird von den Volkserzählgattungen unterschiedlich thematisiert. Im Märchen strebt der Held nicht nach Reichtum, sondern wird gerufen, um Probleme zu lösen, z. B. den Drachen zu besiegen oder das Lebenswasser zu suchen. Nach mühsamer Suchwanderung erhält er die Königstochter, das Königreich quasi nebenher. Goldene Körperzeichen markieren den auserwählten Helden. Das Märchen neigt zur Extremisierung und Stilisierung, kennt grausame Strafe und höchsten Lohn. So ergießen sich Pech und Gold über die Kontrastfiguren des „Frau-Holle“-Märchens.⁷⁶ Gold gilt also dem Märchen als *summum bonum*, ist das Symbol unendlichen Glücks.⁷⁷ In den Schwänken wird das Geld häufig im Rahmen des Ständespotts behandelt.

Die Sage hingegen zeigt den Menschen, wie er im Hier und Jetzt den Versuchungen von Geld und Macht ausgesetzt ist. Schatzsagen gehören häufig jener Gruppe von Erzählungen an, in denen Werte und Normen thematisiert werden, wie in den Frevelsagen, den Erzählungen von Teufelsbündnern oder den Glockensagen. Viele von ihnen entstammen der mittelalterlich-christlichen Schicht, sodass der Stoff in Exempeln oder Predigten vorgebildet ist.⁷⁸ Überschrittene Normen werden am Ausgang der Geschichten sanktioniert, die daher tragisch enden.

Den Brüdern Grimm galt die Sage weniger als autonomes, in sich selbst ruhendes Erzählstück, das wie das Märchen ablösbar sei. Vielmehr begründete sie sich durch ihre Gebundenheit an einen Ort oder an ein geschichtliches Ereignis. Schatzsagen zählen zu den historischen wie den Ortssagen. Es gibt sie zuhauf, sie fehlen in keiner Landschaft.⁷⁹ Wossidlo und seine Korrespondenten trugen die stattliche Anzahl von etwa 4000 Feldbelegen über Schatzsagen zusammen,⁸⁰

⁷⁶ Max LÜTHI: Das europäische Volksmärchen. Form und Wesen, 7. Aufl. München 1982, S. 35.

⁷⁷ HORN, Gold, Geld (wie Anm. 11), Sp. 1357; siehe auch Sabine WIENKER-PIEPHO: Geld, Gold und Glück im Märchen, St. Gallen 1997.

⁷⁸ Lutz RÖHRICH: Sage und Märchen. Erzählforschung heute, Freiburg/Basel/Wien 1976, S. 294.

⁷⁹ Überregionale Sammlungen siehe Eve Marie HELM: Der Schatz vor unserer Tür. Schatzsagen aus Deutschland, München/Zürich 1982; Helmut WILSDORF: Venetianersagen von geheimnisvollen Schatzsuchern, 3. Aufl. Leipzig 1990.

⁸⁰ Das Wossidlo-Archiv verzeichnet 3990 Feldbelege und 4732 Exzerpte aus der regionalen wie überregionalen Fachliteratur. Bei der merkmalspezifischen Aufsummierung größerer Belegmengen ist von einer geringen Fehlerquote auszugehen, da aus Zeitgründen nicht alle Zuordnungen einer gründlichen Autopsie unterzogen werden konnten. Wossidlos Biograph Karl Gratopp, der ihm von 1935 bis 1936 als wissenschaftliche Hilfskraft zur Seite stand, zählte 34 167 Feldbelege über Sagen (ohne Tiersagen); Brief Wossidlos an Ludwig Düwahl vom 20. Oktober 1936 [Volkskundemuseum Schwerin-Mueß].

weshalb sie als eigene Gruppe veröffentlicht werden sollten.⁸¹ Die Sage bildete Wossidlos intensivstes Forschungsgebiet, das er 1906 durch die Rethragrabungen der Berliner Gesellschaft für Anthropologie im Gebiet der Lieps und Tollense erst im eigentlichen Sinne begann. Die Suche nach Rethra war mit dem Tempelschatz, dem Standbild des Hauptgottes Radegast, verbunden, das der Chronik Helmolds von Bosau zufolge aus reinem Golde war. Der Sage nach hatten es die Redarier auf ihrer Flucht vor den christlichen Eroberern versenkt. Aufgrund der geographischen Verteilung der von ihm aufgezeichneten Rethrasagen meinte Wossidlo, Anhaltspunkte für die Lage des slawischen Heiligtums liefern zu können.⁸²

Für die Numismatik stellen Schätze eine Quelle für die Münz- und Geldgeschichte dar. Verbindet man mit ihnen im allgemeinen großen Reichtum, zählt die Numismatik schon Funde von mehr als drei Münzen als „Schätze“,⁸³ an denen sie den bleibenden Wert bestimmter Münzsorten ablesen kann. Tatsächlich bedeutete Sparen vor Einführung des modernen Bankensystems, Wertvolles zu verwahren. Hartgeld, Gold, Silber und Edelsteine wurden „wie ein Schatz“ verborgen und bewacht. Darauf verweist noch das deutsche Wort ‚Hort‘ (engl. ‚hoard‘, altnord. ‚hodd‘), dessen Stamm ‚verbergen‘ meint.⁸⁴ Dass man in Kriegszeiten mehr Geld als in Friedenszeiten versteckte, ist bekannt. Gleichwohl entspringt die Mehrheit der Geldschätze dem häuslich-familiären Bereich.⁸⁵ Dennoch schenkt die Volksüberlieferung den Kriegskassen besondere Aufmerksamkeit, da der Kontext ihrer Gewinnung spannender ist und ihrer Wertzumessung kaum Grenzen gesetzt sind. So verzeichnet Wossidlo 84 Belege über sagenumwobene Kriegskassen⁸⁶ und 83 Belege über „Geldschätze“⁸⁷. Als Schatzbegründer werden, soweit überhaupt, die 1813 abziehenden Franzosen am häufigsten genannt.

Geldschätze werden allerdings von goldenen altertümlichen oder mythologischen Schatzformen weit übertrumpft. Hierzu zählen goldene Götter, Tiere (Kälber, Ziegen), Särge, Kronen, Ketten, Tafeln, Schalen und anderes Gerät, vor allem aber die goldene Wiege. Während man die südlichen Formen des golde-

⁸¹ Die Sagenausgabe war auf acht Bände geplant, von denen nur zwei erschienen sind; Richard WOSSIDLO: *Mecklenburgische Sagen. Ein Volksbuch*, Bd. 1–2, Rostock 1939. Nach Wossidlos Tod übernahm Paul Beckmann (1888–1962) die Vorbereitung der weiteren Sagenbände, indem er die Aufzeichnungen maschinenschriftlich übertragen ließ. Bis heute erschien, abweichend von Wossidlos Editionsplan, ein dritter Band, der sozialkritisches Material über verschiedenste Sagenkreise hinweg versammelt; Gisela SCHNEIDEWIND: *Herr und Knecht. Antifeudale Sagen aus Mecklenburg*, Berlin 1960.

⁸² Richard WOSSIDLO: *Volkssagen über Rethra*, in: *Mecklenburg* 4, 1909, S. 2–11.

⁸³ Gerd STEINWASCHER: *Schatzglauben und Schatzgräber in Hessen-Kassel im 18. Jahrhundert*, in: *Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte* 33, 1983, S. 257–291, hier S. 258.

⁸⁴ BÖNISCH-BREDNICH, *Schatz* (wie Anm. 11), Sp. 1253.

⁸⁵ HATZ, *Münze und Volk* (wie Anm. 16), S. 28.

⁸⁶ Konvolute WA, BVIII-03-07/08.

⁸⁷ Konvolut WA, BVIII-03-06.

nen Spinnrades, Kegelspiels oder Pfluges⁸⁸ in Mecklenburg kaum antrifft, ist die goldene Wiege in ganz Niederdeutschland belegt⁸⁹. Das Wossidlo-Archiv verzeichnet hiervon 846 Feldbelege. Am häufigsten ist die goldene Wiege in Bergen versteckt,⁹⁰ daneben verbirgt sie sich in Seen und Wasserlöchern⁹¹. Viele Sagenbelege beschränken sich darauf, nur den Fundort und womöglich den Zeitpunkt des Auftauchens zu nennen. Die goldene Wiege zeigt sich nur *Johannimiddag*, wenn die Sonne am höchsten steht. Nach dem Volksglauben werden die numinosen Kräfte in den Übergängen des Jahres frei, sodass sich auch die übernatürlichen Schätze offenbaren.

Wossidlo war davon überzeugt, dass die Schatzsagen auf heidnische Kultstätten verweisen würden. Dass die goldene Wiege auf vorgeschichtliche Grabstellen hinweisen könnte, hielt ebenso sein Gelehrtenfreund Robert Beltz für möglich, der daraus Anhaltspunkte für die Scheidung von Hünen-, Kegel- und Urnengräbern gewinnen wollte.⁹² In der Sagenforschung wurde Lischs Fund des Kesselwagens von Peckatel, den er 1843 im bronzezeitlichen Kegelgrab von Peckatel bei Schwerin machte, am berühmtesten. Denn am Grabungsort, dem Rummelsbarg, war eine Zwergensage überliefert, in der den Fundstücken ähnelnde Geräte, vor allem ein Kessel, vorkommen.⁹³ Später ereigneten sich eine Reihe ähnlicher Fälle, wovon das 1899 entdeckte Königsgrab von Seddin in der Prignitz am spektakulärsten wurde. Am Fundort haftete die Sage vom König im dreifachen Sarge aus Gold, Silber und Bronze.

Dieser Sagentyp ist auch in Mecklenburg belegt.⁹⁴ So soll fünf Meilen von Schwerin ein Riesenkönig in einem goldenen, von einer silbernen Kiste noch umgebenen Sarg begraben sein: „In den Bergen von Kogel wurde viel gesucht. Einmal hat man gegraben, aber nur einen alten Säbel gefunden“⁹⁵. Der Riesenkönig im goldenen Sarg wird als ‚Hünen-‘⁹⁶, ‚Heiden-‘ oder ‚Wendenkönig‘⁹⁷ bezeichnet.

Ebenso verbreitet ist das Motiv der goldenen Riesenkette.⁹⁸ Der Riesenkönig trägt sie im Sarg, ihre Länge kann Mecklenburg dreimal umspannen.⁹⁹ Bekannt

⁸⁸ H. HIRSCHBERG: Schatz, in: HdA (wie Anm. 7), Bd. 7, 1935/36, Sp. 1002–1015, hier Sp. 1002.

⁸⁹ Otto LAUFFER: Niederdeutsche Volkskunde, 2. Aufl. Leipzig 1923, S. 89.

⁹⁰ WA, BVIII-04-01 (160 Belege).

⁹¹ WA, BVIII-04-03 (79 Belege).

⁹² Dazu VERF.: Archäologische Sagenforschung und sagenhafte Archäologie auf der Suche nach slawisch-deutschen Kulturkontakten, in: Bodendenkmalpflege in Mecklenburg-Vorpommern 51, 2003, S. 243–264, hier S. 253.

⁹³ BARTSCH, Sagen und Märchen (wie Anm. 20), S. 79 f., Nr. 87.

⁹⁴ Siehe die Konvolute WA, BVIII-03-15 (Riesen-, Königsgräber; 85 Belege) und WA, BVIII-03-14 (goldener Sarg; 46 Belege).

⁹⁵ WA, BVIII-03-15-52 (Neukloster, um 1900).

⁹⁶ WA, BVIII-03-15-84 (Brückendorf 1912).

⁹⁷ WA, BVIII-03-18 (40 Belege).

⁹⁸ WA, BVIII-03-11 (33 Belege).

⁹⁹ WA, BVIII-03-11-27 (Parchim 1921).

ist das Motiv als Teil der Störtebeker-Sage: Vergeblich bietet der gefangene Anführer der Vitalienbrüder eine goldene Kette an, die den Dom oder ganz Hamburg umfassen sollte.

Bringen auch manche Schätze dem Finder ausgesprochenen Reichtum,¹⁰⁰ so sind andere bescheidene Münzfunde, die Alltagsnöte lindern.¹⁰¹ In einigen Fassungen wird der „Schatz“ zur Überfahrt nach Amerika benutzt, das erst den eigentlichen Reichtum versprach. Schließlich lag die große Auswanderungswelle nach Nordamerika im Erlebnisbereich der Gewährspersonen Wossidlos:

*„Bi ‘n nawer Kay (in Schönau) hadd wat ankloppt, halen sick wat. Drütt Nacht: hengahn, he dörfst sik ne Katt mitbringen, hett de Stimm seggt. Dee is glieck na Amerika reist, ca. 1860. Se meenten, he hadd wat funnen.“*¹⁰²

Etwas seltsam muten die Sagen vom brennenden Geld an, da sich die Vorstellung vom entflammbar Münzgeld – im Gegensatz zum späteren Papiergeld – an der Wirklichkeit reibt. Das Feuer weist das Fundgeld als Teufelswerk aus, es entspricht der christlichen Höllenphantasie und steht womöglich mit dem Totenglauben in Verbindung.¹⁰³ Erzählungen vom brennenden Geld sind in Mecklenburg häufig anzutreffen, das Wossidlo-Archiv verzeichnet 858 Feldbelege. Die meisten Fassungen zeichnen einen christlich-didaktischen Hintergrund, machen den Ausgang der Begegnung mit dem Zaubergeld von der moralischen Integrität des Finders abhängig:

*„Auf der Malchiner Chaussee ging Frau Block, Malchin, Mühlenstrasse, als junges Mädchen nachts von Malchin nach Remplin. In der Nähe der heutigen hohen Brücke setzte sie sich ein Weilchen. Als sie so saß, war plötzlich ein Feuer um sie, und alles um sie her[um war, A.d.V.] von Geld. Erschrocken sprang sie auf, schlug mit der Hand nach dem Geld, wovon etwas auf ihren Rock flog, so daß es klirrend zur Erde fiel, und lief nun weg. Nach ein paar Minuten dachte sie: Dien Großmudder hett doch immer seggt: ‚Du büst een Sündagskind, du warst noch eins riek.‘ Nun lief sie schnell zurück dem Feuerschein nach, der wurde immer kleiner. Wie sie ganz nah war, schlug die Uhr eins und alles war verschwunden. Nur ein Geldstück war an ihrem Kleid hängen geblieben.“*¹⁰⁴

In der leicht ausgeschmückten Erzählung offenbart sich der Schatz dem Mädchen durch die Besonderheit seiner Geburt und des übergangstypischen Zeitraumes. Solange ihm der Wert des Geldes nicht bewusst ist, fällt es ihm zu. Als es aber an Reichtum denkt, erlischt das Feuer, auch wenn dies äußerlich durch den Ablauf der magischen Zeit begründet wird.

¹⁰⁰ Siehe das Konvolut WA, BVIII-02-12 (33 Belege).

¹⁰¹ „3 blanke Dalers“; WA, BVIII-01-03-52 (weiterhin kommen z. B. vor: Doppellouidor, Zwanzigmarkstück, Vierschillingstück, Fünfzigpfennigstück).

¹⁰² WA, BVIII-01-01-320 (Waren 1912).

¹⁰³ HIRSCHBERG, Schatz (wie Anm. 88), Sp. 1014.

¹⁰⁴ WA, BVIII-01-01-319 (Rostock 1929).

Viele Erzählungen beginnen mit dem Motiv des erloschenen Herdfeuers, das eine Dienstmagd wieder entfachen soll. Zumeist begibt sich das Mädchen nach draußen, um etwa beim Nachbarn Feuer zu holen, sieht unterwegs ein Geldfeuer brennen und nimmt von den Kohlen. Zu Hause angekommen, sind diese erloschen und verwandeln sich später in Gold.¹⁰⁵ In verkürzter Form wird nur von einem Herdfeuer erzählt, das aufgrund magischer Kohlen nicht brennen will. Die arme, aber fleißige Protagonistin sucht alltägliche Grundbedürfnisse zu befriedigen, handelt also nicht als bewusste Schatzsucherin, weshalb sie das Geld behalten kann.¹⁰⁶ Wenn andere es jedoch an sich nehmen, bringt es Unglück.¹⁰⁷

*„Mien Tanten in Wöbbelin hett eens to ehr Mäten seggt, se sall upstahn un sall Füer maken. Dat Mäten haalt dree Schüffel, æwer kriggt keen Füer an. Se vertellt Tanten dat. As dee henkömmt, liggt Geld in de Eck. Æwer mien Tanten hett dat Geld keenen Sägen bröcht.“*¹⁰⁸

Die Einstellung der Kirche zur Verwendung des Geldes ist strikt dualistisch: Caritas weist den Weg zur Civitas Dei, Selbstliebe und Avaritia führen zur Civitas Diaboli. Manche Protagonisten begegnen der Verführung zu Reichtum mit der formelhaften Rede: „Was mir von Gott ist zugedacht, das wird mir wohl ins Haus gebracht“, wie in folgendem Beleg:

„Auf dem Kirchhof zu Helpt lag einmal eine tote Katze [...] voller Maden. Nachts ruft eine Stimme einer Frau zu: ‚Geld halen!‘ Sie antwortet: ‚Nein, was mir von Gott ist zugedacht, das wird mir wohl ins Haus gebracht.‘ Der Nachbar hat dies alles gehört, will die Frau ärgern, geht auf den Kirchhof, holt die tote Katze und wirft sie der Frau auf's Bett. Siehe da, alle Maden sind am Morgen lauter Gold.“¹⁰⁹

Der überregional verbreitete Erzähltyp¹¹⁰ erinnert an das geflügelte Wort: „Der Herr gibt's den Seinen im Schläfe“¹¹¹. Deutlich wird das christliche Versuchungsmotiv ebenso in jenen Fassungen, in denen das Geldfeuer als Irrlicht beschrieben wird:

¹⁰⁵ Siehe das Konvolut WA, BVIII-01-04 (27 Belege).

¹⁰⁶ In einer christlich didaktisierten Variante wünscht sich das Mädchen ein schwarzes Kleid, das es mit den am Karfreitag geholten Geldkohlen bezahlen kann; WA, BVIII-01-04-17 (Waren 1908).

¹⁰⁷ Siehe auch die Fassungen bei SCHNEIDEWIND, Herr und Knecht (wie Anm. 81), S. 10 f.

¹⁰⁸ WA, BVIII-01-01-318 (Wöbbelin 1928).

¹⁰⁹ WA, BVIII-02-13-4 (Helpt bei Woldegk).

¹¹⁰ Siehe z. B. Sagen, Märchen und Lieder der Herzogthümer Schleswig, Holstein und Lauenburg, hg. v. Karl MÜLLENHOFF, Kiel 1845, S. 365, Nr. 489 („Wen uns Herrgott leef het, den gift he't int Liggan“).

¹¹¹ Dazu Gottfried HENßEN: Was mir von Gott ist zugedacht, das wird mir wohl ins Haus gebracht. Zum Formwandel einer Schatzsage, in: Zeitschrift für Volkskunde 53, 1956/57, S. 157–163 (S. 159 f. teilt Henßen eine von ihm aufgezeichnete Fassung aus Mecklenburg mit).

„Eine nach Zickhusen zu vorspringende Ecke des jetzt unter Naturschutz stehenden Drispether Hochmoores heißt ‚Uhlenbusch‘. Das Moor ist reich an Irrlichtern, anscheinend tritt im Uhlenbusch auch so etwas wie Elmsfeuer auf. Es wird erzählt: *‚De Boom an de Eck von ’n Ulenbusch steiht männigmal ganz in Füer. Denn dörf’t einer dor nich hengahn, denn is de Düwel dor un brennt Dukaten.‘*“¹¹²

Als Schatzhüter begegnet in allen Sagenlandschaften der Teufel am häufigsten. In Mecklenburg wird das Geldfeuer vielfach von einem schwarzen Hund bewacht:

„*Een geiht von Oberhagen na Benekenhagen un süht ’n Füer brennen. As he rankümmt, liggt dor ’n groten swarten Hund bi, de wiest de Tähnen. Dor bedt he ’n Vateruns un geiht weg na Hus. Annern Morgen is he wedder hengahn, dor het dor dat Geld legen, dat het he sik mitnahmen un is so riek wäst. So möt man dat maken; man möt ’n Vateruns beden un denn na Hus gahn.*“¹¹³

Das schatzhütende Tier erinnert an Cerberus (griech. Kerberos) aus der antiken Mythologie, den Wächter am Eingang zur Unterwelt. Womöglich als Folge der Entmythologisierung (-dämonisierung) des Motivs kommen etwa „zwei Reihen Soldaten“ vor.¹¹⁴ In manchen Varianten wird ein Teufelspakt geschlossen, bei dem der Höllenfürst siegt:

„*Min Mudder vertellte: Uns Großmudder hett in’n Preesterkaten wohnt. Dor is ’n ollen Nachtwächter wäst, dee hett bi ehr wohnt, dee süht eens bi’n Backaben Füer, dor liggt ’n Hund vör dat Füer. De seggt: ‚Wist du mien wäsen, denn kannst du di ’n Klumpen nähmen‘. He nimmt ne Schuufkooor un haalt sick wat [...] As he verscheidt is, hett de ganze Katen schuddert.*“¹¹⁵

Um das Geldfeuer zu bannen, wird häufig ein Gegenstand hineingeworfen, z. B. ein weißes Taschentuch, eine Mütze, eine Jacke oder eine blaue Leinenschürze.¹¹⁶ „*Johanni middag brennt dat Geld’, säden de Ollen, ‚Stück Tüg möt man insmäiten, denn wir’t Füer ut‘.*“¹¹⁷ Harte bzw. metallene Gegenstände soll man vermeiden, denn diese fliegen zurück, was besonders gefährlich ist, wenn es sich um ein Beil oder eine Nadel handelt. Retten kann man sich dadurch, dass man sich schnell hinter einem Baum versteckt, in dem dann das Beil stecken bleibt.¹¹⁸

Schatzgräber fallen vielfach ihrer Gier zum Opfer. Mitunter wird die Bedingung des Hebens an ein Menschenopfer oder ein wichtiges Körperteil geknüpft.

¹¹² WA, AIX-02-36-8 (Drispeth o. J.).

¹¹³ WA, BVIII-01-08-49 (Waren o. J.).

¹¹⁴ WA, BVIII-01-08-2 (Penzlin 1910).

¹¹⁵ WA, BVIII-01-08-41 (Tarnow bei Bützow 1935).

¹¹⁶ Siehe das Konvolut WA, BVIII-01-02 (89 Belege).

¹¹⁷ WA, BVIII-01-02-9 (Mirowdorf 1924).

¹¹⁸ WA, AV-05-15-9 (Lehsten o. J.).

Holländer Hoth kann das Geldfeuer nur bannen, wenn er dem Schatzhüter ein Menschenauge beibringt und bezahlt mit dem Auge seiner Schwiegermutter.¹¹⁹

Mitunter finden sich Fassungen, in denen die negativen Folgen des Schatzsuchens ins Schwankhafte gewendet werden:

*„De oll Klünner in Penzlin hett jo ok wat funnen. Ėwer dee hett jo wat mit krägen. Sin een Sæhn is ganz to Hinnern kamen, de anner hett ‘n korten Foot, de Fru sül’m is glik storben, blos de een Dochter geit dat jo ganz leidlich. Goot is dat ok nich so wat. Brandt: ‚Ach wat, wer’t Glück hett führt de Brut‘, secht dat Sprichwurt.“*¹²⁰

Von kunstvollem Aufbau ist schließlich die Erzählung vom geträumten Schatz auf der Brücke, die schon in Persien belegt ist, im Frankreich des 12. Jahrhunderts umging und sich in deutschsprachigen Sagensammlungen findet.¹²¹ Albert Niederhöffer und Karl Bartsch haben den Erzähltyp in ihre Editionen aufgenommen.¹²² Hier träumt ein Mann, dass auf einer bestimmten Brücke (in Berlin oder in Hamburg) ein großer Schatz verborgen sei. Er geht dorthin, findet den Schatz aber nicht. Statt dessen trifft er einen Mann, der ihm vom gleichen Traum erzählt, nur befinde sich der Schatz im Haus (Garten) des Protagonisten. Dieser kehrt daraufhin zurück und findet – nach womöglich weiteren Hinweisen – das gehortete Geld.

Schlussbemerkung

Wie gezeigt wurde, wird das Geld in der historischen Volkskultur unter vielen Gesichtspunkten thematisiert. Ihre verschiedenen Ausdrucksformen im weiten Bereich von Brauch und Ritual, Sage, Märchen, Schwank, Sprichwort, Redensart und Sprache (Mundart) offenbaren jeweils Teilaspekte einer differenzierten Einstellung zum Geld zwischen dessen befreiender und korrumpierender Wirkung.

Der „Münzaberglaube“ hat sich nur in Resten, wie im Wurforakel, erhalten, weshalb auch die darauf gründenden, vielfach zum christlichen Exempel überformten Sagen heute weitestgehend in Vergessenheit geraten sind. Hingegen dient das monetäre Sprichwort aufgrund seiner Nähe zum historischen Alltag bis heute als Lebenshilfe. Abgesehen von spektakulären Erzähltypen, wie dem untergegangenen reichen Vineta, das umfassend folklorisiert wird, spielen Schatzsagen heute eher als Sujet der Kinder- und Jugendliteratur eine Rolle.

¹¹⁹ WA, AVIII-02-09-21 (Prillwitz o. J.).

¹²⁰ WA, BVIII-05-12-31 (Prillwitz o. J.).

¹²¹ Adolf HAUFFEN: Kleine Beiträge zur Sagengeschichte, in: Zeitschrift des Vereins für Volkskunde 10, 1900, S. 432–438, bes. S. 432–435.

¹²² Mecklenburg’s Volkssagen, gesammelt und hg. v. Albert NIEDERHÖFFER, Bd. 4, Leipzig 1862, S. 199 ff. (kaiserlicher Lehnbrief als „Schatz“); BARTSCH, Sagen und Märchen (wie Anm. 20), S. 226 f., Nr. 293.

Die hier unterbreiteten Quellen einer „numismatischen Volkskunde“ Mecklenburgs konnten nur umrisshaft aufgezeigt, eingeordnet und gedeutet werden. Sie bestätigen und variieren im Wesentlichen das aus anderen Regionen Bekannte. Zu bedenken ist, dass die Beurteilung der Quellen von der Tiefe landschaftlicher Sammlungen und den Vorlieben der Sammler abhängt. Das gilt auch für die Volkskultur Mecklenburgs, die jedoch aufgrund der Sammelarbeit Richard Wossidlos vergleichsweise geschlossen, dicht und authentizitätsnah dokumentiert ist.

Offen bleiben musste, ob der Mecklenburger der ausklingenden Feudalzeit aufgrund seiner Abhängigkeit und schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse eine besondere Einstellung zum Medium Geld entwickelte, die ihn von seinen Nachbarn abhebt. Hierfür müssten die Quellen anderer Regionen vergleichend herangezogen werden. Dass Sozialkritik ein fester Bestandteil der Volkskultur ist, hat die Forschung bislang hinreichend belegt.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Christoph Schmitt
Universität Rostock
Institut für Volkskunde (Wossidlo-Archiv)
Schillerplatz 8
18055 Rostock

Tel.: 0381/498 1051
christoph.schmitt@phlfak.uni-rostock.de

Zu Quellen des Benediktinerinnenklosters

Von Gerhard Schlegel

In verschiedenen Handbüchern zur Geschichte¹, Kirchengeschichte², Denkmalpflege³ und Kunstgeschichte⁴ findet man wechselnde Angaben zur Ordenszugehörigkeit des ehemaligen Frauenklosters Rühn. Ja, selbst das sonst so gründliche Mecklenburgische Urkundenbuch (MUB) macht hier keine Ausnahme und wechselt in den Registerbänden von „Cisterciensernonnen“ (1866), über Nonnenkloster der „Benedictiner“ (1897) zurück zu „Zisterzienser-Nonnenkloster“ (1977).⁵ Die bekannten Klosterlisten des Zisterzienserordens bei Huemer,⁶ van der Meer⁷ und Schneider⁸ führen Rühn als Kloster ihres Ordens unter Berufung auf die Angaben des MUB (s. a. Tabelle).

Bei einer Durchsicht der zitierten Belege findet man stets Georg Christian Friedrich Lisch (1801–1883) als wichtigsten Gewährsmann genannt. Seine Fest-

¹ Wilhelm RAABE: Mecklenburgische Vaterlandskunde I, hier 2.Aufl. hg. von Gustav QUADE, Wismar 1894, S. 575; Mecklenburg/Pommern, Handbuch der historischen Stätten 12, hg. v. Helge BEI DER WIEDEN, Roderich SCHMIDT: Stuttgart 1996, S. 111; David FRANCK: Alt- und Neues Mecklenburg, Bd. VIII, Leipzig 1754, S. 231; Ernst BOLL: Geschichte Mecklenburgs mit besonderer Berücksichtigung der Culturgeschichte I, Neubrandenburg 1855/Neuaufgabe 1995, S. 106, 191.

² Albert HAUCK: Kirchengeschichte Deutschlands IV, Leipzig 8.1913, S. 1023; Julius WIGGERS: Kirchengeschichte Mecklenburgs, Parchim/Ludwigslust 1840, S. 71,72; Karl SCHMALTZ: Kirchengeschichte Mecklenburgs, 3 Bd., Schwerin 1935/36, Berlin 1952, hier I, S. 215; Clemens BRODKORB: Bistum Schwerin, in: Erwin GATZ (Hg.), Die Bistümer des Heiligen Römischen Reiches von ihren Anfängen bis zur Säkularisation, Freiburg/Br. 2003, S. 670–675, hier S. 671.

³ Georg DEHIO: Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler. Die Bezirke Neubrandenburg, Rostock., Schwerin, Berlin 1968, S. 339.

⁴ Friedrich SCHLIE: Die Kunst- und Geschichtsdenkmäler des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin IV, Schwerin 1901, S. 41, S. 78–95.

⁵ Mecklenburgisches Urkundenbuch Bd. 1–25A, Schwerin 1863–1936, Bd. 25B, Berlin 1977 (künftig: MUB) – richtig dagegen in: Die Bestände des Landeshauptarchivs Schwerin Bd. I, Urkunden- und Aktenbestände 1158–1945, bearbeitet von Peter-Joachim RAKOW, Christel SCHÜTT, Christa SIEVERKROPP, Schwerin 1999, S. 74.

⁶ Blasius HUEMER: Verzeichnis der deutschen Cistercienser- und Cistercienserinnenklöster, in: Studien und Mitteilungen zur Geschichte des Benedictinerordens und seiner Zweige 37, Salzburg 1916 (Germania monastica), S. 36.

⁷ Frederic VAN DER MEER: Atlas de l'Ordre Cistercien, Paris-Bruxelles 1965, S. 294.

⁸ Ambrosius SCHNEIDER: Die Cistercienser. Geschichte, Geist, Kunst, Köln 2.1977, S. 656.

legungen zur Ordenszugehörigkeit in der Gründungsphase Rühns in den Mecklenburgischen Jahrbüchern von 1838 und 1843⁹ „[...] zu Bützow, wahrscheinlich Cistercienser-Ordens, ist nicht zu bezweifeln.“ sowie „[...] Brunward [...] stiftete im Jahre 1233 in [...] Rühn ein Nonnenkloster Cistercienser-Ordens [...]“ wurden für die folgenden 160 Jahre oft unkritisch übernommen.

Wie es dazu kommen konnte, ist nicht ganz klar. Lischs Fehler kann vielleicht auf eine missverständene Literaturstelle bei Dittmer zurückgehen. Dieser berichtete über die Lübecker Neubesetzung eines verlegten OSB-Mönchklosters (nach Cismar) „[...] mit Nonnen, und zwar des Cistercienser Ordens [...] als eine verbesserte Art des Benedictiner Ordens [...]“¹⁰

Die folgenden gedruckten Belege entstammen dem Mecklenburgischen Urkundenbuch und Quellenpublikationen.¹¹ Die ungedruckten Urkunden-Regesten sind entnommen der Regesten-Sammlung von 1401–1500 im Landeshauptarchiv Schwerin.¹²

Kurze Überblicke zur vor- und nachreformatorischen Geschichte des Benediktiner-Nonnenklosters Rühn erschienen 1984 und 1999, weitere Publikationen sind in den Bibliographien bis 1988 aufgelistet.¹³

Die überlieferten Quellen des Klosters sind sehr lückenhaft, bedingt durch die verlustreiche Archivgeschichte Rühns.¹⁴ Zur Ordensklärung gibt es wegen der wenigen erhaltenen Original-Urkunden nur vereinzelte Hinweise. Folgen wir nun diesen Quellen:

1233: Erzbischof Gerhard II. von Bremen bestätigt die Gründung des Frauenklosters Rühn, „[...] Darin sollen sie die Regul S. Benedicti halten [...]“¹⁵

⁹ Georg Christian Friedrich LISCH: Die Kirche und das Kloster zu Rühn, MJB 3B, 1838, S. 159–162; DERS.: Über die Stiftung der Klöster und Kirchen zu Bützow und Rühn, MJB 8, 1843, S. 1–8, hier S. 3, 7.

¹⁰ Georg Wilhelm DITTMER: Geschichte und Verfassung des St. Joh. Jungfrauen-Klosters zu Lübeck, Lübeck 1825, hier S. 21, (Anm. 25). Lisch zitiert diese Arbeit im MJB 8, Anm. 1 ausführlich (vgl. Anm. 9).

¹¹ Dieterich SCHRÖDER: Mecklenburgische Kirchenhistorie des Papistischen Mecklenburgs, 2 Bde., Wismar 1739–1741 (künftig SCHRÖDER P.M.).

¹² LHA Schwerin, Regesten-Sammlung 1401–1500 (künftig LHAS Regesten) – ca. 27 000 handschriftliche Regesten des 19. und 20.Jh.

¹³ Josef TRAEGER (Hg.): Das Stiftsland der Schweriner Bischöfe um Bützow und Warin, Leipzig 1984, hier S. 56–65; Wilhelm HEEB: Mecklenburgische Bibliographie Bd. I–III, Rostock 1944, hier II, S. 1092; Ursula CREUTZ: Bibliographie der ehemaligen Klöster und Stifte im Bereich des Bistums Berlin, des Bischöflichen Amtes Schwerin und angrenzender Gebiete, Leipzig 2.1988 (StBKG 26), hier S. 441–443; Susanne BÖHLAND: Das evangelische Kloster Rühn im Stiftsland, in: Mecklenburgia Sacra II, Wismar 1999, S. 59–84.

¹⁴ MUB I, Schwerin 1863, S. XVIII, XXIV (vgl. Anm. 5); Georg Christian Friedrich LISCH: Über das Archiv des Stifts Schwerin, in: MJB 27, 1862, S. 84–112. Weitere Urkundenvermerke haben sich im Stadtarchiv Rostock erhalten.

¹⁵ MUB Nr. 417 (vgl. Anm. 5).

1277: Bischof Hermann von Kammin gründet das Benediktinerinnen-Kloster St. Marien in der Altstadt von Kolberg (jetzt Kolobrzeg) als Filialkloster von Rühn „[...] in honore [...] virginis Marie sub observancia regule beatissimi Benedicti.[...]“¹⁶

1355: „Papst Innocenz VI. beauftragt die Bischöfe von Arles und Lübeck [...] die Aufnahme der gelehrten Jungfrau Elisabeth [...] in das Nonnenkloster zu Rühn, Benediktiner Ordens, Schwer. Diöz., zu bewerkstelligen.“¹⁷

1487: Auftrag des Papstes Innocenz VIII. an Propst Johannes Mileken von Güstrow, „[...] conventus Monasterii Runensis, ordinis sancti benedicti Zverinensis diocesis [...]“ bei der Wiederbeschaffung enteigneter Güter zu unterstützen.¹⁸

1489: Propst Johannes Mileken zitiert „[...] pro parte Priorisse Monasterii Runensis ordinis sancti Benedicti Zverinensis diocesis [...]“ mehrere Beschuldigte zur Streitschlichtung.¹⁹

Besonders gewichtig erscheinen hierbei die Ordensbenennungen bei den päpstlichen Beauftragungen für die Propste.

Die obigen Aktivitäten um eine vorbildliche Observanz innerhalb des OSB-Ordens (Bursfelder Union) belegen, dass der Orden sich auch intensiv um seine beiden Frauenklöster Dobbertin und Rühn bemühte. Das scheint auf jeden Fall für Dobbertin bis in die Reformationszeit gegriffen zu haben. Hierbei wurden bewährte Ordensmänner aus dem Benediktiner- und Kartäuser-Orden sowie aus dem Bistums-Kapitel mit eingebunden (1487–1501).

Bislang unbeachtet blieb, dass diese regionalen Maßnahmen mit den jeweils zuständigen Ordensoberen abgestimmt waren. Dies geht aus Urkunden hervor, in denen im Jahre 1498 Wilhelm de Heyck den zuständigen Abt Wolter vom Kloster Cismar (OSB) mit der Visitation der Klöster Dobbertin und Rühn betraute.– Das Kloster Cismar gehörte zu den fünf ersten Klöstern (1449) der Bursfelder Reform-Kongregation (1446–1802).²⁰

Im Zuge der innerkirchlichen und landesherrlichen Erneuerungsbewegungen am Ende des 15. Jh. unterstützten Bischof Konrad Loste und die beiden meck-

¹⁶ MUB Nr. 7198, s.a. Nr. 13149 und 13311 (vgl. Anm. 5); Jürgen PETERSOHN: Der südöstliche Ostseeraum im kirchlich- politischen Kräftespiel des Reichs, Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert, Köln Wien 1979 (Osteuropa in Vergangenheit und Gegenwart 17), hier S. 92 f., 100, 338.

¹⁷ MUB Nr. 14401 (vgl. Anm. 5).

¹⁸ SCHRÖDER P.M., S. 2418 (vgl. Anm.11); LHAS Regesten 1487 März 15 (vgl. Anm. 12).

¹⁹ SCHRÖDER P.M., S. 2434–2438 (vgl. Anm.11); s. a. LHAS Regesten, 1489 März 7 (vgl. Anm. 12).

²⁰ Philibert SCHMITZ: Geschichte des Benediktinerordens, 3 Bd., Einsiedeln, Zürich 1947–55, hier III, S. 183.

lenburgischen Herzöge Magnus II. und Balthasar in der gleichen Zeit diese tief eingreifenden reformatorischen Bemühungen.²¹

- 1498 Rom: Wilhelm de Heyck, Abt des Luxemburger OSB - Klosters (Echternach), Diözese Trier, überträgt dem Abt des Cismarer Klosters (OSB), dem Prior von Marienehe (OCart) sowie dem Dekan zu Güstrow die Visitation der Klöster Dobbartin und Rühn.²²
- 1498 Jan. 9: Der Abt W. de Heyck ist geistlicher und zeitlicher Reformator, Visitor, Korrektor und Haupt-Richter des Benediktiner-Ordens und überträgt diese Vollmachten an die genannten Visitatoren von Cismar, Marienehe und Güstrow mit der Urkunde des Papstes Alexander VI. zur Behebung der in einzelnen Klöstern eingetretenen Unordnung für die Klöster Dobbartin und Rühn.²³
- 1498 Nov. 1: Abt Wolter des Klosters Cismar (OSB) und Prior Timotheus von Marienehe u.a. haben das Dobbartiner OSB-Kloster visitiert, wobei sie viele Dinge verbesserungswürdig befunden haben. Die Dobbartiner Priorin lässt die Kloster-Reform unverbrochen einhalten nach der Ordensregel, gibt selber ein gutes Beispiel ab und straft ohne Ansehen der Person.²⁴

Eine Reform des Klosters Rühn fand dann auf (wohl wiederholte?) Anordnung des Bischofs Konrad Loste von Schwerin im Jahre 1501 durch den Prior Timotheus von Marienehe statt.²⁵ Über das Ergebnis hierzu fehlen uns die Angaben.

Auffällig sind weitere Gemeinsamkeiten der beiden Klöster Dobbartin und Rühn:

– Ein Fingerzeig dürfte der Name des ersten urkundlich erwähnten Rühner Propstes, Thedelin (1237), sein. Im Jahre 1227 wurde ein Propst Thedelinus des OSB-Männerkonvents von Dobbartin als Urkunden-Zeuge erwähnt²⁶, weiterhin 1231, als Fürst Johann von Mecklenburg dem Männerkloster Dobbartin die Kirche Goldberg verleiht.²⁷ Nur wenige Jahre später finden wir 1237²⁸ einen (wohl diesen) Thedelin als ersten namentlich genannten Propst von Rühn –wieder bei einer landesfürstlichen Privilegienverleihung für das Kloster Doberan. Zeitlich

²¹ Johannes WEIBBACH: Staat und Kirche in Mecklenburg in den letzten Jahrzehnten vor der Reformation, in: MJB 75, 1910, S. 29–130, hier S. 121–128 (künftig: WEIBBACH).

²² LHAS Regesten – hier zum Jahre 1498 (vgl. Anm. 12).

²³ Ebd. 1498 Jan. 9 – nach Dobbartin, Klosterarchiv Nr. 18.

²⁴ Ebd. 1498 Nov. 1 – nach Dobbartin, Klosterarchiv Nr. 12; s.a. WEIBBACH, (wie Anm. 21), S. 121–128.

²⁵ Friedrich August RUDLOFF: Pragmatisches Handbuch Tl 1–3, Schwerin 1785–86, hier II, S. 170, 971; WEIBBACH, (wie Anm. 21), S. 128.

²⁶ MUB Nr. 344 – Thedelin ist in Güstrow Zeuge der Bewidmungsurkunde für die Johanniter-Komturei Mirow.

²⁷ MUB Nr. 386.

²⁸ MUB Nr. 463.

würde es gut zusammenpassen – das Zurückziehen des Mönchskonvents aus Dobbertin und die neuen Aktivitäten einer bewährten Führungspersonlichkeit als Propst des gerade errichteten Frauenklosters Rühn vom gleichen Orden. Noch im Jahre 1391²⁹ sind zwei Priester und zwei Brüder des Klosters als (OSB?-) Mönche und Rühner Zeugen einer Urkunde erwähnt.

Die beiden Klöster Dobbertin und Rühn teilten später Grundbesitz an Seen³⁰, hatten gleiche Privilegien³¹ und wurden im 15. Jh. – wie oben erwähnt – von den gleichen Visitatoren visitiert.

Und wie stand der Zisterzienser-Orden zu Rühn?

Hierbei ist festzustellen, dass das Kloster in flüchtigen Übersichten bis in die jüngste Zeit als Zisterzienserinnen-Kloster³² geführt wird, oft unter Berufung auf die Aussagen von Lisch bzw. das MUB.

Allerdings in den Registerbänden der Zisterzienser-Generalkapitelsakten (1116–1786)³³ und der Ordens-Publikation *Cistercienser Chronik*³⁴, die unbeeinflusst von der Arbeit unseres verdienstvollen Nestors der Landesgeschichte blieben, taucht der Ort Rühn nicht auf. Die *Cistercienser Chronik* brachte 1979 eine Richtigstellung, weitere Korrekturhinweise folgten 1998 im *Repertorium der Zisterzen*.³⁵

²⁹ MUB Nr. 12292 – „[...] .her Henrik Heydenrik, her Johann Schuddezolt, prestere, vnde Ludeke Monnik vnde Kersten Badow, brodere vnser closters, to tughe [...]“.

³⁰ Franz SCHLDT: Das Bisthum Schwerin in der evangelischen Zeit, I. Theil, in: MJB 47, 1882, S. 146–241, hier S. 230 – betr. die abwechselnde Nutzung des Holzendorfer Sees durch die Klöster Rühn und Dobbertin.

³¹ LHAS Regesten, 1498 Rom (Übertrag aus Transsumpt in Dobbertinschen Briefen): „Papst Innocens vergönnt den closterjunkfrawen s.Benedicti ordens [...] .in der woche dreymal fleisch zu essen [...]“ Für Rühn: Papst Innozenz Indult, in einem Transsumpt von 1498, „[...] .dass die Nonnen Benedictiner ordens fleisch essen mugen.“ – Des Closters Rune Briefe und Sigel Extract und Registratur 1603 (Daniel Clandrian), LHAS, AZ 1.5-4/20 fol. 11 Nr. 16.

³² Walter STEPHAN: Benediktinische Stätten, Münsterschwarzach 1992, S. 259; Peter PFISTER (Hg.): Klosterführer aller Zisterzienserklöster im deutschsprachigen Raum, Lindenberg 1997, S. 238; Handbuch der historischen Stätten. Mecklenburg/Pommern (vgl. Anm. 1); Dehio: Kunstdenkmäler – Neuauflage 2000, S. 502 (vgl. Anm. 3).

³³ Josephus M. CANIVEZ (Ed.): Statuta Capitulum Generalium Ordinis Cisterciensis ab Anno 1116 ad Annum 1786, Tom. I–VIII, Louvain 1933–1941, hier speziell die fehlende Angabe im Registerband VIII (1941).

³⁴ Verzeichnis der Orts- und Personennamen der Cistercienser-Chronik 1 (1889) – 75 (1968), hg. von der Abtei Achel (B) als Typoscript 1975.

³⁵ Gerhard SCHLEGEL: Zur Ordenszugehörigkeit des ehemaligen Klosters Rühn Krs. Bützow (DDR), in: Cistercienser Chronik 86 N.F., 1979, S. 140–143; Repertorium der Zisterzen in den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Eine Dokumentation aus Anlaß des Jubiläums 900 Jahre Abtei Cîteaux, hg. von Gerhard SCHLEGEL, Langwaden 1998, S. 516.

In keiner der bislang 256 durchgesehenen mittelalterlichen Urkunden, Stadtbucheintragungen oder Regesten des Klosters Rühn konnte eine Abhängigkeit oder Anlehnung an den Zisterzienserorden festgestellt werden!

Wir müssen davon ausgehen, dass das Frauenkloster Rühn in den ersten 300 Jahre seines Bestehens dem Benediktiner-Orden angehörte.

Differierende Aussagen zur Ordenszugehörigkeit des Klosters Rühn

„Zisterzienser-Orden“ (OCist):

- 1838–43 – LISCH, in: MJB 3/8
- „wahrscheinlich Cistercienser-Ordens“
- 1855/ND 1995 – E. BOLL, Geschichte
Meklenburgs
- 1857–94 – W. RAABE, Vaterlandskunde
- 1872 – A. PENTZ, Geschichte
Meklenburgs „1223(!) ein Kloster
für Cisterciensernonnen“
- 1901 – SCHLIE, Kunstdenkmäler, Bd. IV
„Cistercienser-Jungfrauen-Kloster“
- 1910 – WEIBBACH, in: MJB 75
„Nonnenkloster des Cist. O.“
- 1913 – HAUCK, Kirchengeschichte
Deutschlands, Bd. IV
- 1916 – HUEMER, Verzeichnis der
Cistercienserinnenklöster
- 1965– VAN DER MEER, Atlas OCist
- 1968/2000 – DEHIO, Handbuch der
deutschen Kunstdenkmäler
- 1977 – SCHNEIDER, Die Cistercienser
- 1984 – MÜLLER, Dome, Kirchen, Klöster
- 1992 – STEPHAN, Benediktinische
Stätten, „O.Cist.f-Kl“
- 1996 – BEI DER WIEDEN/R. SCHMIDT
Handbuch der historischen Stätten
Rühn, „Zisterzienserinnenabtei(!)“
- 1997 – PFITZER, Klosterführer aller
Zisterzienserklöster
- 2004 – Internet „OCist“

„Benediktiner-Orden“ (OSB):

- 1739–41 – SCHRÖDER, Papistisches
Mecklenburg
- 1754 – FRANCK, Alt und Neues
Mecklenburg
- 1785–86 – F. A. RUDLOFF,
Pragmatisches Handbuch
- 1935 – SCHMALTZ, Kirchengeschichte
Mecklenburgs
- 1979 – PETERSOHN,
Südöstl. Ostseeraum
- 1979 – SCHLEGEL, in:
Cistercienser Chronik
- 1984 – TRAEGER, Bischöfe von Schwerin
- 1998 – SCHLEGEL, Repertorium der
Zisterzen
- 1999 – LHA Schwerin, Die Bestände
- 2003 – BRODKORB, Bistum Schwerin

Unentschieden / schwankend:

- 1840 – WIGGERS, Kirchengeschichte
Meklenburgs
- 1863/1897, 1977 – MUB – Registerbde.
- 1944 – HEEB, Bibliographie
„meist als Cistercienserklöster
bezeichnet“
- 1999 – BÖHLAND, Mecklenburgia Sacra
„Nach Urkunden(!) gilt es einmal als
Benediktinerkloster, dann wieder als
Zisterzienserinnenkloster“



1. Ehemaliges Kloster Rühn (OSB) – Kirche von SW (Foto: G. Schlegel 2004)

Anschrift des Verfassers:
Dr. Gerhard Schlegel
Eichendorffstraße 5
18057 Rostock

DIE BÜRGERLICHEN PARTEIEN IN MECKLENBURG-SCHWERIN 1918–1926*

Von Bernd Kasten

Die mecklenburgische Gesellschaft war 1918 in zwei scharf voneinander getrennte Gruppen geteilt, die sich fremd und feindlich gegenüberstanden; auf der einen Seite diejenigen, die als abhängig Beschäftigte ihren Lebensunterhalt mit körperlicher Arbeit verdienten, politisch vertreten durch SPD und später auch KPD, ein stabiles soziales Milieu, gefestigt durch Gewerkschaften und zahllose Vereine. Ihnen gegenüber standen alle diejenigen, die zwar abhängig beschäftigt waren, aber sich bei der Arbeit Hände und Hemd nicht schmutzig machten vom kleinen Handlungsgehilfen bis zum Universitätsprofessor. Auch alle Selbstständigen vom Handwerker bis zum Bauern zählten dazu. Sie bildeten das so genannte bürgerliche Lager. In bewusster Abgrenzung zur organisierten Arbeiterbewegung einte sie ein gewisser nationaler Grundkonsens und die unbedingte Entschlossenheit zur Verteidigung des Privateigentums. Darüber hinaus waren die politischen Ansichten in diesem Lager weit gefächert, so dass es schon im Kaiserreich durch drei verschiedene Parteien (Konservative, Nationalliberale und Freisinnige) vertreten war.¹

Die beiden Lager waren unterschiedlich stark. Die Arbeiterbewegung war schwächer, kam zu keiner Zeit über 48 % der Stimmen hinaus. Dafür verfügte sie über eine beeindruckend große Stammwählerschaft. Selbst wenn ihr – wie bei den Wahlen 1924 oder 1932 – der Wind ins Gesicht blies, konnten die beiden Arbeiterparteien noch 37 % der Stimmen auf sich vereinigen.² Schon die 11 %, die den Unterschied zwischen 37 und 48 % ausmachten, konnten SPD und KPD nur erringen, wenn es ihnen in größerem Ausmaß gelang, Landarbeiter auf den Gütern, Büdner und kleine Handwerker für sich zu gewinnen. Ein weiteres Ausgreifen in die Gesellschaft verhinderte aber ihre eigentumsfeindliche sozialistische Programmatik. Die zahlenmäßige Überlegenheit des bürgerlichen Lagers war so zu keiner Zeit gefährdet. Von seiner politischen Ausrichtung musste das Schicksal der Weimarer Republik in Mecklenburg abhängen.

* Für den Druck bearbeitete Fassung eines am 8. Oktober 2004 in Rostock gehaltenen Vortrags.

¹ In Ermangelung zeitgenössischer wahlsoziologischer Untersuchungen muss die soziale Zusammensetzung der Wählerschaft einer Partei aus ihrem politischen Engagement für die Interessen bestimmter Gruppen und aus der Herkunft ihrer Funktionäre abgeleitet werden.

² Diese starke Beharrungskraft des sozialen Milieus lässt sich bereits im Kaiserreich feststellen, wo sich die SPD selbst 1907 bei den so genannten „Hottentottenwahlen“ fest auf ihre Stammwählerschaft verlassen konnte und trotz der massiven Agitation gegen sie 34,3 % der Stimmen erzielte.

Am Anfang sah noch alles gut aus. Die verbissene Reformverweigerung der Ritterschaft hatte im Wahlkampf 1912 die Liberalen weit nach links getrieben. Die freisinnige Parteiführung empfahl ihren Wählern erstmals, bei den Stichwahlen für die SPD und nicht für die Konservativen zu stimmen.³ Energisch waren die mecklenburgischen Linksliberalen 1917 für innenpolitische Reformen und einen Verständigungsfrieden eingetreten.⁴ Das alte Regime war weithin diskreditiert, der Boden für die Revolution bereitet. Selbst der konservative Parteiführer Knebusch musste am 22. November 1918 rückblickend zugeben, „daß der Obrigkeitsstaat mit seinem Beamtenregiment versagt habe“⁵. Am 9. November 1918 demonstrierten nicht nur Arbeiter, sondern auch Kaufmanns- und Bauernsöhne in Schwerin.⁶ Auch wenn die meisten Bürgerlichen später jede Beteiligung weit von sich wiesen, so war die Revolution kein SPD-Putsch, sondern wurde zweifellos von einer breiten Volksbewegung, die weit ins Bürgertum reichte, getragen. Die freisinnigen mecklenburgischen Reichstagsabgeordneten Wendorf und Sivkovich bildeten zusammen mit den Sozialdemokraten die neue Regierung. Euphorisch begrüßte Ministerpräsident Wendorf am 11. November 1918 auf einer Versammlung in Schwerin „das Morgenrot einer neuen Freiheit“⁷. Der von der Ritterschaft zwangspensionierte Oberlehrer Sivkovich trat begeistert ein für den neuen „mecklenburgischen Rechtsstaat, den Staat der Freiheit und der Brüderlichkeit“⁸. Unter der Fahne der neugegründeten „Deutschen Demokratischen Partei“ (DDP) schloss sich die überwältigende Mehrheit des Bürgertums den Linksliberalen an.⁹ Selbst die Nationalliberalen – tief erschüttert über die Abdankung des Großherzogs und keineswegs überzeugt von den Vorzügen einer uneingeschränkten Demokratie – trösteten sich doch: „Jedenfalls ist es besser als das, was wir früher hatten“¹⁰. In der Erkenntnis „daß der Zug der Zeit nach links geht“¹¹, traten zum Beispiel in Schwerin die meisten Nationalliberalen in die DDP ein.¹² Erst kurz vor den Wahlen im Januar 1919 gründeten Einzelne, denen die Annäherung der DDP an die Sozialdemokraten zu weit ging, die „Deutsche Volkspartei“ (DVP).¹³

Rechts davon versammelte die neugegründete „Deutschnationale Volkspartei“ (DNVP) ein buntes Konglomerat von unentwegten Monarchisten, Christlich-

³ „Mecklenburgische Zeitung“ (16.1.1912).

⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (1.11.1917); (1.10.1917); (2.10.1917).

⁵ „Mecklenburger Nachrichten“ (23.11.1918).

⁶ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 28.6.1922, Carl Moltmann, Sp. 2260; „Mecklenburger Nachrichten“ (11.11.1918).

⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (11.11.1918).

⁸ Ebenda.

⁹ „Mecklenburger Nachrichten“ (26.1.1919).

¹⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (21.11.1918).

¹¹ Ebenda.

¹² „Mecklenburger Nachrichten“ (31.12.1918).

¹³ „Mecklenburger Nachrichten“ (10.1.1919); (15.1.1919); (16.1.1919).

Sozialen, völkischen Antisemiten und rechten Nationalliberalen.¹⁴ Die Führung der Partei übernahm der pragmatische Güstrower Rechtsanwalt Magnus Knebusch.¹⁵ Die bisherigen Parteiführer der konservativen Partei in Mecklenburg Graf Bernstorff-Wedendorf, General von Haeseler und Freiherr von Maltzan-Moltzow spielten in der neuen Partei keine Rolle mehr.¹⁶ Die Zeit der mecklenburgischen Ritter ihres Schlages war vorbei. Jahrzehntlang hatten die Konservativen in den ländlichen mecklenburgischen Wahlkreisen angesehene Adelige aufgestellt, die – obwohl sie einen ungefähr ebenso lebhaften Wahlkampf führten wie der von Fontane so liebevoll beschriebene alte Stechlin –¹⁷ wegen ihres Namens und ihrer gesellschaftlichen Stellung gewählt wurden. Ihre jahrhundertlang unangetastete, gleichsam ererbte Autorität überlebte jedoch die Revolution nicht. Nichts verdeutlicht dies besser als der Auftritt des langjährigen Reichstagsabgeordneten Ludolf von Maltzan-Peckatel auf einer erregten Wahlkampfveranstaltung in Penzlin am 12. Januar 1919. Er berichtete: „Einen Anrat, rückwärts über die Bühne zu entweichen, lehnte ich als unmännlich ab, stieg vielmehr [...] hinab in den Saal, mitten zwischen die tobende Schar meiner Gegner. Kaum hatte ich die ersten durchschritten, als ein Hagel von Stock- und Faustschlägen hinterrücks auf mich herniedersauste, so daß ich blutend zusammenbrach“.¹⁸ Ein solcher Angriff auf einen Adeligen wäre vor 1918 undenkbar gewesen. Entsprechend gering war die Bereitschaft der traditionellen ländlichen Führungsschichten auf Wahlversammlungen zu reden. Wer trotzdem weiterhin öffentlich auftreten wollte, musste wie der DNVP-Reichstagskandidat Albrecht von Graefe über ebensoviel Sendungsbewusstsein wie Leidensbereitschaft verfügen. Seine Wahlveranstaltungen im Januar 1919 endeten regelmäßig im Chaos. Knallfrösche, Konservendosen, Stühle wurden geworfen, Mobiliar zerschlagen und der Redner nicht nur verbal attackiert.¹⁹

Obwohl Graefe ein begabter Redner war und die DNVP sich durch entschiedene Befürwortung der Siedlungspolitik auch programmatisch weit geöffnet hatte,²⁰ sank die Partei von 30,2 % im Jahr 1912 auf 13,5 % im Januar 1919.²¹ Während sie in Städten und Bauerndörfern schon 1912 nur schwach gewesen war, fiel nun auch ihre bisher völlig dominierende Stellung auf den Gütern wie

¹⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (21.11.1918); (21.12.1918); (31.12.1918); (14.1.1919); (15.1.1919); (24.1.1919).

¹⁵ Vgl. Roland KNEBUSCH: Magnus Knebusch als konservativer Politiker in Mecklenburg, in: Mario NIEMANN (Hg.): Ländliches Leben in Mecklenburg in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, Rostock 2004, S. 343–358.

¹⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (23.11.1918); (18.12.1918); (21.12.1918).

¹⁷ Vgl. Theodor FONTANE: Der Stechlin, Kap. „Wahl in Rheinsberg-Wutz“, Klagenfurt (1990), S. 150–191.

¹⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (17.1.1919), Leserbrief Ludolfs von Maltzan.

¹⁹ „Mecklenburger Nachrichten“ (2.1.1919); (4.1.1919); (12.1.1919); (14.1.1919).

²⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (31.12.1918).

²¹ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 133, ebenso fiel fast zeitgleich die Landtagswahl aus.

ein Kartenhaus in sich zusammen. Konnten die Konservativen im ritterschaftlichen Amt Stavenhagen durch Drohungen und Versprechungen 1912 noch 90 % der Stimmen für sich verbuchen,²² so erhielt die DNVP hier fünf Jahre später nur noch 35 %.²³ Die neu geschaffenen großen Wahlbezirke sicherten das früher nur auf dem Papier bestehende Wahlgeheimnis, als die Landarbeiter unter den Augen ihres Gutsherrn wie Stimmvieh zur Wahl geführt wurden. Die alten patriarchalischen Strukturen waren brüchig geworden.²⁴ Im Oktober 1919 zählte der sozialdemokratische Landarbeiterverband bereits 30 000 Mitglieder.²⁵ Auch die Bauern artikulierten ein neues Selbstbewusstsein: „Müßt ihr euch als Dorfbewohner von großstädtischen Zeitungsschreibern, von Rittern und Staatsministern, von Parteisekretären und anderen Pflastertrern, die nicht Weizen von Roggen unterscheiden können und den Dung als Gestank verabscheuen, vorschwatzen lassen, was euch frommt?“²⁶ Sie organisierten sich im „Mecklenburgischen Dorfbund“ und kamen bei den Landtagswahlen 1919 immerhin auf 5,1 % der Stimmen.²⁷ Klarer Gewinner im bürgerlichen Lager aber war die DDP mit 27,3 %, was zusammen mit den 47,9 % des Koalitionspartners SPD eine solide Mehrheit für die demokratisch-parlamentarische Republik ergab.

So lag denn ein besonderer Zauber über der Eröffnung des verfassungsgebenden Landtags im Februar 1919. Wendorff sah hierin „die Erfüllung der Wünsche, die Krönung des Ringens und der Kämpfe von Geschlechtern des mecklenburgischen Volkes um ihre Freiheit, um ihr Recht selbst mitzubeschließen die eigenen Geschicke.“²⁸ Mit Ausnahme der DNVP benutzten alle Parteien die Stunde zu einer ausführlichen Abrechnung mit den Sünden der Ritterschaft. Die Abgeordneten redeten sich ihren in langen Jahren aufgestauten Ärger über die lähmende innere Stagnation des Landes vor 1918 von der Seele. Optimistische Aufbruchsstimmung durchzog die Ansprachen. Von dem Abgrund vor ihnen ahnten die Parlamentarier noch nichts. Alle gingen davon aus, dass der Frieden auf Wilsons 14 Punkten basieren würde und Deutschland trotz einiger Gebietsabtretungen durch den Anschluss Österreichs kaum weniger mächtig darstehen würde als vorher.²⁹ Die Friedensbedingungen der Alliierten trafen die Abgeordneten im Mai 1919 wie ein Schlag und vernichteten die junge Republik. Das

²² LHAS, 5.12-3/1 Ministerium des Innern, Nr. 9447; Wahlergebnis im 4. Wahlkreis (1912); Zu den Wahlen auf den Gütern vgl. „Mecklenburgischer Volkskalender“ (1913), S. 34; (1903); LHAS, 5.12-3/1 Ministerium des Innern, Nr. 9443; Wahlprüfungskommission des Reichstages, Bericht (17.5.1912).

²³ LHAS, 5.12-3/1 Ministerium des Innern, Wahlergebnis im 4. Wahlkreis (Zählbogen 31.1.1919).

²⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (4.2.1919).

²⁵ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 9.10.1919, Herrmann, Sp. 1434.

²⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (17.1.1919), Wahlaufuf des Dorfbundes.

²⁷ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

²⁸ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 21.2.1919, Wendorff, 21.2.1919, Sp. 1.

²⁹ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 21.2.1919 bis 27.2.1919.

jahrzehntelang in Schule und Universität, in Krieger- und Sportvereinen nationalistisch aufgeputschte Bürgertum war nicht bereit, diese Demütigung hinzunehmen. Die Landtagsdebatte zeugte von einem ebenso hohen emotionalen wie von einem niedrigen intellektuellen Niveau. Für Professor Reincke-Bloch von der DVP bedeutete der Friedensvertrag „die Vernichtung allen Lebens in Deutschland“³⁰. Wendorff hielt ihn für „unerfüllbar“ und führte an, dass Mecklenburg allein 500 Pferde, 2000 Rinder, 200 Zuchtschweine abgeben sollte.³¹ Gegenüber diesen pathetischen Reden sollten die Relationen zurechtgerückt werden. Nach der Viehzählung von Dezember 1918 gab es 340 000 Stück Rindvieh in Mecklenburg,³² die 2000 abzuliefernden Rinder entsprachen 0,5 % des gesamten Viehbestandes. Die Friedensbedingungen als hart aber hinnehmbar zu beschreiben, diesen kühlen Kopf bewahrte keiner.

Als Wendorff einen Monat später seine Meinung änderte und zusammen mit der Hälfte seiner Fraktion und der SPD für den Versailler Vertrag stimmte,³³ waren er und seine Partei im bürgerlichen Lager erledigt.³⁴ Der Verleger der deutschnationalen „Mecklenburger Nachrichten“ Hellmuth Dietzsch begann eine Pressekampagne, die vor keiner Beleidigung zurückschreckte. Er nannte Wendorff „einen Denuntianten von abstoßender Feigheit“³⁵, die Minister „bramarbasierende Hohlköpfe“³⁶, die für ihr Amt völlig unqualifiziert seien: „sie alle trug die Schlammerruption der Revolution, die Parteibonzerei und die blöde, dämliche Zufälligkeit einer geistlosen völkischen Erschütterung nach ‚oben‘.“³⁷ Um die demokratischen Wähler in das nationale Lager zu holen, konzentrierte Dietzsch seine Attacken ganz pragmatisch auf die DDP, wie er selbst zugab: „Es ist uns oft zum Vorwurf gemacht worden, daß wir viel mehr die Demokratie als die Sozialdemokratie bekämpft hätten. Das geben wir unumwunden zu. Wir haben dies aus jener politischen Taktik getan, die uns gebot jenen Brunnen anzubohren und auf unser Feld zu leiten, der uns am nächsten lag und die beste Ausbeute versprach“³⁸. Wendorff zeigte sich dagegen völlig außerstande, die Partei zusammenzuhalten. Er war ein geistreicher Zyniker, dem jedes Charisma abging, so dass sogar sein Parteifreund Richard Moeller ihn als „kalten Menschenverächter“ bezeichnete.³⁹ Dem steilen Aufstieg der DDP folgte ein ebenso schneller Fall. Die Abgeordneten Hillmann und Heimsoth traten aus der Partei

³⁰ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 20.5.1919, Reincke-Bloch, Sp. 438.

³¹ Ebenda, Wendorff, Sp. 429 ff.

³² Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 19.3.1919, Sp. 244.

³³ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 25.6.1919, Sp. 1005–1007.

³⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (29.6.1919); (11.6.1920).

³⁵ LHAS, 5.12.-1/1, Staatsministerium, Nr. 657, Oberstaatsanwalt an Justizministerium (16.3.1920).

³⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (2.8.1919).

³⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (14.10.1919).

³⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (9.6.1920).

³⁹ Richard MOELLER: Lebenserinnerungen (ungedrucktes Manuskript im Besitz von Dr. med. habil. Hans-Christian Moeller), S. 106/107.

aus.⁴⁰ Nachdem die DDP während des Kapp-Putsches mit der SPD den Generalstreik ausgerufen hatte und später auch noch verlangte, dass die Arbeitgeber den streikenden Arbeitern den Lohn weiterzahlen sollten, verließen die Selbständigen (Handwerker, Kaufleute und Bauern) in hellen Scharen die Partei.⁴¹ Das selbstbewusste Auftreten der streikenden, vielfach bewaffneten Arbeiter hatte die Bürger ebenso verängstigt wie verärgert. Schon im April 1920 gab es in vielen Orten keine Ortsvereine und keine Vertrauensleute der DDP mehr.⁴²

Mit dem Herzen stand die Mehrheit des mecklenburgischen Bürgertums nur die wenigen Monate bis zur Annahme des Versailler Vertrages hinter der Weimarer Republik, danach nur noch mit dem Verstand und das auch nur so lange wie die Gefahr einer bolschewistischen Revolution bestand. Dass Kapp und sein mecklenburgischer Statthalter Lettow-Vorbeck dieser Bedrohung Vorschub geleistet hatten, war denn auch der Hauptvorwurf der bürgerlichen Presse an die Adresse der glücklosen Putschisten.⁴³ Nur eine kleine Minderheit im bürgerlichen Lager zeigte sich bereit, sich am Bürgerkriegsabenteuer der Gegenrevolutionäre zu beteiligen. Die Beamten in Ministerien und Eisenbahnverwaltung verweigerten Lettow-Vorbeck ebenso wie die Führer der mecklenburgischen Parteien den Gehorsam.⁴⁴ Die schlichte Rückkehr zu den Verhältnissen vor 1918 war auch im bürgerlichen Milieu wenig populär.⁴⁵ Einzelne adelige Putschisten folgten wie Baron le Fort auf Boek und sein Neffe, die die Stadt Waren mit einer Kanone beschossen, den Traditionen ihrer Vorfahren als Raubritter und Landsknechtsführer – sicherlich der falsche Weg, um in der Bevölkerung Sympathien für die Umsturzbewegung zu erringen.⁴⁶ Auf verschiedenen Gütern in Westmecklenburg wurden bekannte Sozialdemokraten kurzerhand ermordet.⁴⁷ So lange also nicht absehbar war, wie weit die durch den Kapp-Putsch solchermäßen radikalisierte Arbeiterbewegung gehen würde, unterstützte das mecklenburgische Bürgertum lieber einstweilen die Republik. Am 17. Mai 1920 stimmten 45 von 53 Abgeordneten für die neue Landesverfassung.⁴⁸

⁴⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (14.10.1919); (30.4.1920).

⁴¹ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 21.4.1920, Heimsoth, Sp. 2381; Richard MOELLER: Lebenserinnerungen (ungedrucktes Manuskript im Besitz von Dr. med. habil. Hans-Christian Moeller), S. 118.

⁴² „Mecklenburger Nachrichten“ (30.4.1920).

⁴³ „Mecklenburgische Zeitung“ (22.3.1920).

⁴⁴ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 19.3.1920, Wendorff, Sp. 2266; 22.3.1920, Moltmann, Sp. 2296.

⁴⁵ Vgl. Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 19.3.1920, und 22.3.1920; „Mecklenburgische Zeitung“ (22.3.1920).

⁴⁶ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 21.4.1920, Johannes Stelling, Sp. 2370.

⁴⁷ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 21.4.1920, Schmidt, Sp. 2373. In Niendorf, Dorf Mecklenburg, Schmachthagen, Parin und Hungerstorf wurden Arbeiter verhaftet und ermordet. Vgl. Martin POLZIN: Kapp-Putsch in Mecklenburg, Rostock 1966, S. 144–147 und S. 159–162.

⁴⁸ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 21.4.1920; Knebusch, Sp. 2383; 17.5.1920, Sp. 2536; Justizminister Brückner, 30.3.1922; Sp. 1805.

Sogar die DVP, die in Weimar in Opposition zur Reichsverfassung geblieben war, votierte in Schwerin – wenn auch unverkennbar zähneknirschend – für die parlamentarische Demokratie.⁴⁹

Wie groß die innere Distanz zur Republik in weiten Kreisen trotzdem bereits geworden war, verdeutlicht der Wahlkampf im Mai/Juni 1920. Die DNVP agitierte zum ersten Mal unter der Fahne eines schrankenlosen demagogischen Antisemitismus. Der mecklenburgische Reichstagsabgeordnete Albrecht von Graefe bezeichnete die Juden als „blutsaugende Vampire“ und kämpfte sehr darum, „von gewissenlosen jüdischen Volksverführern“ verleitete Arbeiter wieder in das nationale Lager zurückzuführen.⁵⁰ Sein persönlicher Einsatz war bemerkenswert. Obwohl er in Ribnitz durch einen gezielten Bierseidelwurf einen Schlüsselbeinbruch erlitt, stand er am nächsten Tag schon wieder in Schwerin auf der Rednertribüne und sprach hier fast drei Stunden lang.⁵¹ Unermüdlich attackierte er die übereilte Kapitulation durch SPD und Demokraten im November 1918: „Jetzt haben wir statt Frieden die feindlichen Armeen im eigenen Land, Senegalneger, die Rassenschande und widerliche Seuchen verbreiten [...]“⁵². Die Demütigung durch den Versailler Vertrag trieb die Bürger in Scharen in das rechte Lager. Der Anteil der DNVP stieg von 13,1 auf 22,1 %.⁵³ Auch die DVP, die zwar den Antisemitismus ablehnte, sich sonst aber nur wenig von den Deutschnationalen unterschied,⁵⁴ steigerte sich von 4,3 auf 15,4 %.⁵⁵

Dagegen erlebte die DDP ein schweres Desaster, sie fiel von 27,3 auf 6,9 %.⁵⁶ Auch die Zeitungen folgten der Stimmung ihrer Leser. Im Juni 1920 wechselte die „Mecklenburgische Zeitung“ unter Entlassung des Chefredakteurs von den Demokraten zur DVP,⁵⁷ ein halbes Jahr später folgte ihr die „Rostocker Zeitung“.⁵⁸ Damit stand keine einzige mecklenburgische Tageszeitung von Bedeutung mehr hinter der DDP, die in der Folgezeit zu einer kleinen Splitterpartei herabsank, die Mühe hatte, noch zwei Abgeordnete in den Landtag zu bringen.⁵⁹ Seit 1920 gab es in Mecklenburg im Parlament keine Mehrheit mehr für die Republik. Auf dem linken Flügel der SPD hatten sich USPD und KPD abgespalten, die mit allen Mitteln die Diktatur des Proletariats anstrebten. Obwohl die große Mehrheit der organisierten Arbeiterbewegung der gemäßigten SPD die

⁴⁹ Ebenda, Reincke-Bloch, Sp. 2588 f.

⁵⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (22.5.1920).

⁵¹ „Mecklenburger Nachrichten“ (1.6.1920).

⁵² „Mecklenburger Nachrichten“ (22.5.1920).

⁵³ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

⁵⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (15.5.1920); (6.6.1920).

⁵⁵ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

⁵⁶ Ebenda.

⁵⁷ „Mecklenburgerische Zeitung“ (5.6.1920); (7.6.1920).

⁵⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (19.1.1921).

⁵⁹ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

Treue hielt, blieben die beiden einzigen noch republiktreuen Parteien DDP und SPD bei den folgenden Wahlen deutlich unter der 50 %-Grenze.⁶⁰

Umgekehrt verfügten aber einstweilen auch die rechten Parteien noch über keine Mehrheit im Parlament. Eine große Koalition unter Einschluß der monarchistischen DVP scheiterte am Widerstand des linken SPD-Flügels.⁶¹ Reincke-Bloch errichtete dann eine recht instabile bürgerliche Minderheitsregierung. Die übergroße Nachsicht, die Regierung und Justiz den Kapp-Putschisten entgegenbrachten, vergiftete das innenpolitische Klima.⁶² Der SPD-Fraktionsvorsitzende Moltmann sagte: „Wenn sie heute ins Land sehen und sehen alle diese Freisprüche, [...] dann kocht es einem im Innern“⁶³. Als dann Justizminister Schmidt im Januar 1921 den vom Schweriner Schwurgericht freigesprochenen Mördern des Arbeiters Jahnke „ihre tapfere, fleckenlose, unparteiische und uneigennützigste Jugend, die sie dem Vaterlande zur Verfügung gestellt hatten,“ zu Gute hielt,⁶⁴ war das Maß voll. SPD und DDP entzogen der Regierung das Vertrauen.⁶⁵ Es wurden Neuwahlen ausgeschrieben, die freilich an der Zusammensetzung des Landtags nur wenig änderten.⁶⁶

Immerhin gelang es nun Carl Moltmann, sich auf der Landesparteikonferenz gegenüber dem linken Flügel durchzusetzen und Koalitionsverhandlungen mit der DVP aufzunehmen.⁶⁷ Erleichtert wurde ihm dies durch die Person des Parteivorsitzenden. Die „Mecklenburger Nachrichten“ nannten Reincke-Bloch einen „Idealisten, seine Politik ist auf Verständigung und Versöhnung, sein Blick nur auf Ausgleich eingestellt“⁶⁸. Der Rostocker Geschichtspräsident galt weithin als ein aufrechter und anständiger Politiker, der auch von den Sozialdemokraten respektiert wurde.⁶⁹ Sein Großvater war Jude,⁷⁰ was seiner Annäherung an die

⁶⁰ Ebenda.

⁶¹ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 23.7.1920, Wurbs, Sp. 32; 28.7.1920, Reincke-Bloch, Sp. 41.

⁶² Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 29.7.1920; Stelling, Sp. 77; Wendorf Sp. 108; 8.10.1920; Staatsminister Schmidt, Sp. 225–227; 21.10.1920, Henck, Sp. 393; Staatsminister Schmidt, Sp. 394–397; 22.10.1920, Moltmann, Sp. 509; 11.1.1920, Lüdemann, Sp. 1120; Giese, Sp. 1135.

⁶³ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 12.1.1920, Moltmann, Sp. 1197.

⁶⁴ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 11.1.1920, Staatsminister Schmidt, Sp. 129.

⁶⁵ Ebenda, Sp. 1165.

⁶⁶ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

⁶⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (5.4.1921).

⁶⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (15.5.1921); Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 13.4.1921, Reincke-Bloch, Sp. 106; vgl. auch Gerhard HEITZ und Heinz KOCH: Hermann Reincke-Bloch (1867–1927), S. 41–51.

⁶⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 12.1.1920, Moltmann, Sp. 1197.

⁷⁰ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 20.1.1920, Reincke-Bloch, Sp. 1283.

Deutschnationalen enge Grenzen setzte. Außer der DVP trat auch der „Mecklenburgische Dorfbund“ in die neue Koalition ein. Obwohl beide im rechten Lager beheimatet, hätten die Koalitionspartner kaum ungleicher sein können. Während die DVP eine fest gefügte politische Partei mit bis weit in das Kaiserreich zurückgehenden Traditionen bildete, war der Dorfbund ein amorpher Zusammenschluss von Bauern ohne jede politische Erfahrung, geeint nur durch ihre Entschlossenheit zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen in offener Feindschaft zu Städtern, so genannten „Pflastertretern“, und Großgrundbesitzern, meist generell als „Ritter“ bezeichnet.⁷¹ Die sonstigen politischen Überzeugungen ihrer Mitglieder waren recht heterogen, sie reichten von demokratisch bis völkisch. Landwirtschaftsminister Stier hatte bis zu seiner Ernennung das Hakenkreuz getragen⁷², und auch der Abgeordnete Geissler sympathisierte mit der völkischen Bewegung.⁷³ Mit Ausnahme der marginalisierten DDP sahen alle Parteien die Republik als ein Provisorium, ein Durchgangsstadium auf dem Weg wahlweise zu einer sozialistischen oder autoritären Staatsform.⁷⁴ Nichts macht dies deutlicher als die Bereitschaft aller Fraktionen, auf die Herrichtung eines eigenen Parlamentsgebäudes zu verzichten und weiter im Konzertsaal des Staatstheaters zu tagen, denn wie Knebusch es ausdrückte: „Die Sache ist zwei Jahre gegangen und wird auch weiterhin gehen“⁷⁵. In dieser Patt-Situation zwischen ihren Feinden von rechts und links hätte sich die Republik beschaulich einrichten können, wenn sich das Kräfteverhältnis zwischen beiden Lagern nicht langsam, aber unaufhaltsam verschoben hätte. Nach der erfolgreichen Vernichtung der DDP sahen die Deutschnationalen in der Rückführung der Arbeiterschaft in das nationale Lager ihr nächstes strategisches Ziel, das sie vor allem mit völkischen und antisemitischen Parolen zu erreichen trachteten.⁷⁶ Auf der anderen Seite hatte die organisierte Arbeiterbewegung erkennbar an Dynamik verloren. Im April 1921 berichteten die „Mecklenburger Nachrichten“ hämisch über die „Kommunistenpleite in Mecklenburg“⁷⁷, wo sich die Arbeiter trotz der Bemühungen des kommunistischen Landesvorstands nicht dem mitteldeutschen Aufstand angeschlossen hatten. In dem Maße, in dem die Revolutionsfurcht im Bürgertum abnahm, steigerte sich der Druck auf Reincke-Bloch, das Bündnis mit der SPD aufzukündigen.⁷⁸

⁷¹ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 27.2.1919, Meyer, 98; 9.10.1919, Stelling, 1405 ff; Meyer, 1432 ff; Mecklenburger Nachrichten“ (26.11.1918); (17.1.1919) Wahlaufuf des Dorfbundes; (15.2.1920); (21.5.1920); (24.6.1921).

⁷² Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 14.6.1922, Mayenburg, Sp. 2242; 1.3.1923, Stier, Sp. 2942.

⁷³ Im Januar 1924 trat er auch formell zur Deutschvölkischen Freiheitspartei über, vgl. Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 17.1.1924, Sp. 5661.

⁷⁴ Vgl. z.B. Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, (22.4.1921) Moltmann, Sp. 63; Knebusch, Sp. 74.

⁷⁵ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 3.6.1921, Sp. 561.

⁷⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (10.5.1921).

⁷⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (2.4.1921).

⁷⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (15.5.1921); (23.7.1921); (14.3.1922); (23.4.1922); (5.5.1922); (10.6.1922); „Das Freie Wort“ (15.6.1922); Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 14.6.1922, Mayenburg, Sp. 2242.

Obwohl sie die praktische Regierungsarbeit ganz gut bewältigten,⁷⁹ standen die Koalitionsparteien in den wesentlichen Grundsatzfragen auf verschiedenen Seiten. Im Mai 1922 stimmten DVP und Dorfbund dagegen, bei Landtagsitzungen die schwarz-rot-goldene Fahne der Republik vor dem Theater zu hissen.⁸⁰ Im gleichen Monat genehmigte Reincke-Bloch als Kultusminister die Aufstellung eines Gefallenendenkmals in Schwerin, das mit der Darstellung eines von hinten erstochenen Kriegers als Verkörperung der Dolchstoßlegende eine massive Provokation für die Arbeiterbewegung enthielt.⁸¹ Am 14. Juni 1922 trat Reincke-Bloch als Minister zurück, die DVP schied aus der Koalition aus. Als Vorwand hierfür dienten – durchaus berechnete – Zweifel an der fachlichen Qualifikation des vom Dorfbund vorgeschlagenen neuen Landwirtschaftsministers Stier.⁸² Während Reincke-Bloch sich völlig aus der Politik zurückzog, brachte der mecklenburgische DVP-Reichstagsabgeordnete Dr. Piper die Landtagsfraktion auf scharfen Oppositionskurs.⁸³ Die Partei kehrte zurück in die Geborgenheit des bürgerlich-nationalen Lagers, das sie bis zum Ende der Republik nicht mehr verlassen sollte. Die Besetzung des Ruhrgebietes kommentierte der DVP-Abgeordnete Walter 1923: „wir sind ein Volk geworden [...] durch [...] hirnverbrannte Völkerbundsideen, [...] entmannt und entwürdigt“⁸⁴ und meinte, dass das „parlamentarische System [...] abgewirtschaftet und sich bis auf die Knochen blamiert hat“⁸⁵.

So leicht es den Deutschnationalen fiel, die DVP wieder in Linie zu bringen, so schwer taten sie sich mit den rebellischen Bauern. Obwohl die „Mecklenburger Nachrichten“ den Dorfbund des Verrats an der mecklenburgischen Landwirtschaft für den „Judaslohn“ eines Ministerpostens beschuldigten⁸⁶ und seine Abgeordneten ein ums andere Mal als ungebildete komische Figuren karikierten,⁸⁷ konnten sie die tiefsitzende bäuerliche Feindseligkeit gegenüber den Gutsbesitzern nicht überwinden.⁸⁸ Der Dorfbund blieb bis zum Ende der Legislatur-

⁷⁹ Vgl. zum Beispiel den Kompromiss zwischen SPD und DVP beim Schulgesetz, Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 7.7.1921, Reincke-Bloch, Sp. 801.

⁸⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (13.5.1922).

⁸¹ Vgl. Bernd KASTEN: Das sogenannte „Dolchstoß-Denkmal“ im Schweriner Schlossgarten, in: MJB, Beiheft zum 114. Jahrgang, Festschrift für Christa Cordshagen, 1999, S. 379–387, S. 381.

⁸² Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 14.6.1922, Reincke-Bloch, Sp. 2248; Geissler, Sp. 2241.

⁸³ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 1.11.1922, Moltmann, Sp. 2390; „Mecklenburgische Zeitung“ (10.10.1922); vgl. auch Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 9.5.1923, Moeller, Sp. 4621.

⁸⁴ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 26.6.1923, Walter, Sp. 4668.

⁸⁵ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 14.12.1923 Walter, Sp. 5639.

⁸⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (5.5.1922).

⁸⁷ Ebenda, (25.5.1922); (21.4.1923); (25.4.1923).

⁸⁸ Vgl. z.B. Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 5.12.1922, Pinkpank, Sp. 2667 ff; 8.3.1923, Stier, Sp. 3085.

periode in der Koalition.⁸⁹ Freilich blieben die Angriffe auch nicht ganz folgenlos. Innerhalb der Bauernorganisation kam es zu heftigen Konflikten. Im Juni 1923 schloss der Bundesausschuss Stier und den gleichfalls zu den Koalitionsbefürwortern zählenden Volksschullehrer Pinkpank aus dem Dorfbund aus⁹⁰ und beschloss, in Zukunft nur noch wirtschaftliche Interessen wahrzunehmen und nicht mehr für den Landtag zu kandidieren.⁹¹ Unter dem Druck des Landbundes weigerten sich die Abgeordneten 1923 überdies, die von der Regierung festgelegten Steuern für die Landwirte zu genehmigen, was ernsthafte Zweifel an der Regierungsfähigkeit des Landes weckte.⁹² Stiers reichlich konfuse Darlegungen, in denen er als Abgeordneter gegen die Vorschläge des Kabinetts stimmte, dem er doch selbst angehörte, erregten laut Protokoll wiederholt „stürmische Heiterkeit“⁹³.

Der Dorfbund blieb eine Episode der mecklenburgischen Geschichte. Keine Episode blieb leider eine andere Bewegung, die in Mecklenburg 1922 gegründet wurde. Die zunehmende Erbitterung über alliierte Reparationsforderungen und deutsche Erfüllungspolitik trieb immer mehr Angehörige des nationalen Bürgerturns weit nach rechts. Dieser Ansturm überforderte die Integrationskraft der ohnehin sehr heterogen zusammengesetzten DNVP. Im Gefolge des Rathenau-Mordes kam es in der Parteiführung zum Konflikt zwischen Gemäßigten und Völkisch-Radikalen, der im Dezember 1922 in der Gründung der „Deutsch-Völkischen Freiheitspartei“ (DVFP) durch den mecklenburgischen Reichstagsabgeordneten Albrecht von Graefe und einige andere führte.⁹⁴ Mecklenburg war eine völkische Hochburg, in der Graefe auf eine zahlreiche Anhängerschaft rechnen durfte.⁹⁵ Die DNVP-Ortsgruppen in Schwerin und Güstrow verabschiedeten im Herbst 1922 Entschließungen, Graefe „unwandelbar die Treue“ zu halten.⁹⁶ Auch der Landesvorstand versuchte alles, um den begabten Agitator in der Partei zu halten und eine Spaltung zu verhindern.⁹⁷ Wiederholt betonte die DNVP-Führung, dass Antisemitismus und völkische Ideen doch schon immer zum grundlegenden Gedankengut der Deutschnationalen gehört hatten.⁹⁸

Graefe ließ sich hierdurch nicht beirren. War er in der bedrängten Situation im Februar des Jahres 1920 noch bereit gewesen, sogar mit nationalliberalen

⁸⁹ Vgl. Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 9.5.1923, Pinkpank, Sp. 4633; 26.6.1923, Pinkpank, Sp. 4878.

⁹⁰ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 26.6.1923, Geissler, Sp. 4896.

⁹¹ „Mecklenburger Nachrichten“ (13.6.1923); (14.7.1923); (8.11.1923).

⁹² Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 22.3.1923, Sp. 4167; 6.12.1923, Sp. 5410 ff.

⁹³ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 6.12.1923, Stier, Sp. 5427 ff.

⁹⁴ Vgl. Jan STRIESOW: Die Deutschnationale Volkspartei und die Völkisch-Radikalen 1918–1922, Frankfurt 1981.

⁹⁵ Ebenda, Anm.120; S. 378; S. 404.

⁹⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (4.10.1922); (22.8.1922); (14.11.1922).

⁹⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (30.9.1922); (21.11.1922); (20.12.1922).

⁹⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (20.12.1922) (7.1.1923); (12.1.1923); (17.1.1923).

Juden zusammen einen Bürgerblock zu bilden,⁹⁹ fühlte er sich nun stark genug, um es allein zu schaffen. Rechts von der DNVP hatte er ein immenses Wählerpotential entdeckt, das die geistig immer noch im Kaiserreich wurzelnde Partei nicht mobilisieren konnte.¹⁰⁰ Im Januar 1923 sprach er auf diversen Versammlungen vor Tausenden von begeisterten Zuhörern.¹⁰¹ Alarmiert beobachtete das deutschnationale Establishment die Popularität und den zunehmenden Realitätsverlust des begabten Redners, „der in seinem himmelstürmenden Idealismus völlig den Erdboden unter seinen Füßen verliert“¹⁰². Der Machtkampf innerhalb des rechten Lagers war voll entbrannt. Die großen Krisen des Jahres 1923 – Ruhrbesetzung und Inflation – hatten den republikfeindlichen Parteien unzweifelbar großen Zulauf beschert. Die parlamentarische Demokratie in Mecklenburg lag in Agonie, völlig unklar war jedoch, wer das Erbe antreten würde.

Im Landtagswahlkampf im Januar 1924 trafen Völkische und Deutschnationale hart aufeinander. Der Spitzenkandidat der DVFP, der Landarbeiter Friedrich Hildebrandt attackierte die DNVP als Vertreter „der oberen Zehntausend [...] des mecklenburgischen Adels, der Ritterschaft, welche selbst in Schlössern wohnen, während ihre Leute in menschenunwürdigen Hundehütten hausen müßten und noch wie Sklaven behandelt würden“, diese Schicht „sei moralisch und sittlich so vermorscht, so degeneriert und so korrupt“, dass sie auf keinen Fall wieder an die Macht gelangen dürfte.¹⁰³ Den Deutschnationalen erschien diese Agitation schlimmer als die der Kommunisten.¹⁰⁴ Knebusch selbst zeigte sich besonders empört darüber, weil die DVFP „fast ausschließlich mit dem Gelde der mecklenburgischen Gutsbesitzer und Gutspächter ihre Organisation aufbaue“¹⁰⁵. Dabei hatte sich die völkische Partei in sozialpolitischer Hinsicht recht weit von den Interessen ihrer Geldgeber emanzipiert. Während die Deutschnationalen nur das Lobliebe der alten patriarchalischen Verhältnisse auf den Gütern anstimmen konnten¹⁰⁶ und ihre eigene Landarbeiterorganisation an der sehr kurzen Leine hielten,¹⁰⁷ schreckten die Völkischen hier vor keinem demagogischen Ausfall zurück.

Ein weiterer Streitpunkt war die Haltung zur Monarchie. Der Vorsitzende des „deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ in Mecklenburg Erich Bade bezichtigte die Bundesfürsten sämtlich der Feigheit: „nicht einer [...] sei kämpf-

⁹⁹ „Mecklenburger Nachrichten“ (27.1.1924), Kopie eines Schreibens von Graefe an Knebusch vom 5.2.1920.

¹⁰⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (23.7.1923); STRIESOW (wie Anm. 94), Anm. 121, S. 673.

¹⁰¹ „Mecklenburger Nachrichten“ (1.6.1923); (17.1.1923); (30.1.1923); (4.2.1923).

¹⁰² „Mecklenburger Nachrichten“ (17.1.1923) Bericht Wilhelms von Oertzen, Roggow.

¹⁰³ „Mecklenburger Nachrichten“ (26.2.1924); (9.2.1924).

¹⁰⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (26.2.1924).

¹⁰⁵ „Mecklenburger Nachrichten“ (9.2.1924).

¹⁰⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (26.2.1924); (9.2.1924).

¹⁰⁷ Vgl. die Parlamentsreden des DNVP-Abgeordneten und Landarbeiterbundsvorsitzenden Nieschmidt, Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 1922–1924; 27.5.1925, Hildebrandt, Sp. 2444.

fend an den Stufen seines Thrones gefallen“¹⁰⁸. DNVP-Geschäftsführer Himstedt kommentierte dies damit, „daß gleich mir alle monarchisch denkenden Mecklenburger einen physischen Ekel bei diesen Äußerungen empfunden haben“¹⁰⁹. Jeder Angriff auf die alten Dynastien war für die Deutschnationalen nach wie vor blanke Majestätsbeleidigung, die Rückkehr zur Monarchie fester Bestandteil des Parteiprogramms.¹¹⁰

DNVP-Führer Knebusch war für den völkischen Amtshauptmann Giese die „Verkörperung der Reaktion“, dem „soziales und völkisches Empfinden völlig wesensfremd“¹¹¹ sei. Dass Knebusch einmal Heinrich Heine zitierte, reichte, um ihn als Judenfreund zu qualifizieren.¹¹² Graefe sah sich als Anführer einer revolutionären Volksbewegung,¹¹³ die Agitation der von ihm herausgegebenen „Mecklenburger Warte“ war denn auch von keiner Rücksichtnahme auf bürgerliche Anstandsregeln getrübt. „Mit Gift, Lug, Trug und Verleumdung“¹¹⁴ attackierte sie die Deutschnationalen. Besonders intensiv widmete sie sich den Beziehungen, die diese zu jüdischen Geschäftsleuten unterhielten. Knebusch schlug zurück und enthüllte Graefes Kontakte mit der jüdischen Landhandelsfirma „Löwenthal Nord & Co.“¹¹⁵ Zeitweilig entartete der Wahlkampf zu einer wüsten Schlammschlacht, in der selbst die Tatsache, dass Graefes Frau einmal Stiefel im Schuhladen des Juden Frisch in Wismar gekauft hatte, zum Thema wurde.¹¹⁶ Beide Parteien lieferten sich einen Wettlauf um die radikalste antisemitische Forderung, den die DVFP klar für sich entschied. Während selbst die Radikalen in der DNVP die Juden nur unter das „Fremdengesetz“ stellen und ihnen die staatsbürgerlichen Rechte nehmen wollten,¹¹⁷ befürworteten die Völkischen ihre zwangsweise Ausweisung.¹¹⁸ Die DNVP rückte hier weit nach rechts. Um zumindest einen Teil der völkischen Sympathisanten in der Partei zu halten, gründeten sie eigens eine besondere „Völkische Arbeitsgemeinschaft“, der so rabiate Antisemiten wie der Rostocker Arzt Dr. Blome angehörten.¹¹⁹

Die Wahl im Februar 1924 brachte die erwartete Niederlage der demokratischen Parteien.¹²⁰ Selbst die längst wieder ins nationale Lager zurückgekehrte

¹⁰⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (26.2.1924).

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (21.12.1918); (10.5.1921); (11.11.1921); (8.1.1924); Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, (26.2.1919) Knebusch; (21.1.1920); Knebusch, Sp. 1265.

¹¹¹ „Mecklenburger Nachrichten“ (24.2.1924).

¹¹² „Mecklenburger Nachrichten“ (27.1.1924).

¹¹³ „Mecklenburger Nachrichten“ (8.2.1924).

¹¹⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (30.4.1924).

¹¹⁵ „Mecklenburger Nachrichten“ (27.1.1924).

¹¹⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (8.2.1924).

¹¹⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (6.2.1924); (6.3.1924).

¹¹⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (17.2.1924).

¹¹⁹ „Mecklenburger Nachrichten“ (20.1.1924); (15.2.1924).

¹²⁰ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

DVP wurde von den Wählern für ihr kurzlebiges Koalitionsabenteuer abgestraft und fiel von 17,5 auf 7,5 %.¹²¹ Die Gewinner waren die DNVP mit 28,9 % und die DVFP, die aus dem Stand auf 19,3 % kam.¹²² Inwieweit die von der DVFP heftig umworbenen Arbeiter tatsächlich für diese Partei stimmten, ist eine interessante, leider kaum zu beantwortende Frage.¹²³ Innerhalb der organisierten Arbeiterbewegung wechselten enttäuschte SPD-Anhänger wohl eher zur KPD, die ihre Stimmenzahl fast verdreifachen konnte,¹²⁴ als in das Lager des „Klassenfeindes“ überzulaufen. Dagegen dürfte die DVFP große Erfolge bei den SPD-nahen Wechselwählern, den Büdnern und kleinen Handwerkern gehabt haben. Dieses Milieu war für nationalistische Wahlkämpfe besonders anfällig, was sich zuletzt bei den so genannten „Hottentottenwahlen“ im Jahr 1907 gezeigt hatte.¹²⁵

Da nun keine der beiden rechten Parteien aus dem Konflikt um die Vorherrschaft im nationalen Lager als eindeutiger Sieger hervorgegangen war, setzten sie ihre Auseinandersetzungen aus dem Wahlkampf einfach fort. Die DVFP weigerte sich, als Juniorpartner in eine deutschnational geführte Koalition einzutreten, so dass die DNVP zusammen mit der DVP eine Minderheitsregierung unter Leitung des ehemaligen Landbundespräsidenten von Brandenstein bilden musste, die nur so lange bestehen konnte, wie es den Völkischen gefiel.¹²⁶ Das Durchschnittsalter der völkischen Abgeordneten lag um mehr als 10 Jahre unter dem der deutschnationalen.¹²⁷ Die traditionsverhafteten Machteliten sahen in den Völkischen engagierte Patrioten, die sich leider nur durch ihren jugendlichen Überschwang hinreißen ließen und sich so nicht von den Älteren und Erfahreneren leiten ließen.¹²⁸ Die Völkischen wiederum betrachteten sich als neue Volksbewegung, der die Zukunft gehörte und die daher solchen Rates nicht mehr bedurfte.¹²⁹

¹²¹ Ebenda.

¹²² Ebenda.

¹²³ Die Hypothese, dass die Hälfte ihrer Stimmen von ehemaligen SPD-Wählern gekommen wären (Heinz KOCH: Der Dritte Ordentliche Landtag des Landes Mecklenburg-Schwerin 1924–1926, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 36, 7, 1987, S. 63.) ist hinsichtlich der mutmaßlichen Wählerwanderungen hoch spekulativ und übersieht die Wahlenthaltung enttäuschter SPD-Wähler auf der einen und die Mobilisierung von Erst- und Nicht-Wählern durch die DVFP auf der anderen Seite.

¹²⁴ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

¹²⁵ „Mecklenburgische Volkszeitung“ (6.2.1907).

¹²⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (6.3.1924).

¹²⁷ Der Mecklenburg-Schwerinsche dritte ordentliche Landtag, gewählt am 17. Februar 1924, hg.v. Statistischen Amt, Schwerin 1924, Abgeordnetenbiographien, 49,6 Jahre zu 39,5 Jahren, wenn die drei Angehörigen der völkischen Arbeitsgemeinschaft eingeschlossen werden, sogar nur 38,4 Jahre.

¹²⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (20.3.1924); (27.4.1924); (24.2.1925), Fasnachtsnummer.

¹²⁹ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 18.3.1924, Maertens, Sp. 55 ff.

Im Landtag stolperten sie mit dieser Einstellung „von einer Blamage zur anderen“¹³⁰. Im Mai 1924 stürzten sie die Regierung, weil Brandenstein den Dawes-Plan nicht rundheraus ablehnte, sondern ihn zumindest erst einmal mit der Reichsregierung diskutieren wollte.¹³¹ Da die DNVP hart blieb, es ablehnte, ihren Standpunkt „einer Gruppe quiekender politischer Kinder“ zu opfern,¹³² und Graefe keine Neuwahlen riskieren wollte, zog die DFVP ihren Misstrauensantrag kleinlaut wieder zurück.¹³³ In der Folgezeit fielen sie immer wieder mit ebenso agitatorischen wie realitätsfremden Anträgen auf, während sie sich nur äußerst selten mit der DNVP auf ein praktisches Gesetz einigen konnten.¹³⁴

Im März 1925 wechselten Friedrich Hildebrandt und Carl Dau zur gerade wieder zugelassenen NSDAP und schlossen sich der Opposition an.¹³⁵ Zu dem neuen Landwirtschaftskammergesetz, das Landarbeitern eine Vertretung verweigerte, meinte Hildebrandt: „ein reaktionärereres Gesetz [...] ist niemals dem Landtag geboten worden“, worauf das Protokoll „Lebhafte Zustimmung links“ vermeldet.¹³⁶ Hildebrandt war ein einfacher Mann. Auf den Zwischenruf des Finanzministers von Oertzen entgegnete er: „Ob Ihnen das interessiert oder nicht kann mich gleich bleiben“¹³⁷. Die „Mecklenburger Nachrichten“ gingen mit den Nationalsozialisten scharf ins Gericht: „derartige Nullen, die sich in dauerndem Kampf mit Sprache und Rechtschreibung befinden [...] Impotenzen, denen die Hauptsache des von ihnen verabscheuten Parlamentarismus die Diätenerhöhung ist“¹³⁸.

Trotz dieser heftigen Konflikte innerhalb des rechten Lagers, stand die republikfeindliche bürgerliche Mehrheit bei wichtigen Fragen fest zusammen. Im April 1925 erhielt Hindenburg in Mecklenburg 61,3 % der Stimmen, auch die der Nationalsozialisten.¹³⁹ Im September 1925 wurde er in Schwerin begeistert

¹³⁰ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 27.6.1924, Walter (DVP), Sp. 988.

¹³¹ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 6.5.1924, Maertens, Sp. 325; Abstimmungsergebnis, Sp. 355.

¹³² „Mecklenburger Nachrichten“ (10.5.1924).

¹³³ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 8.5.1924, Maertens, Sp. 399.

¹³⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (16.11.1924); (29.5.1925); (12.6.1925); vgl. auch, Heinz KOCH: Landtag und Staatsministerium in Mecklenburg-Schwerin unter den Bedingungen der „Landbund-Regierung“ des Freiherrn von Brandenstein (1924–1926), in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock, Gesellschaftswissenschaftliche Reihe, 37, 3, 1988, S. 74–78.

¹³⁵ Bundesarchiv Koblenz, Sammlung Schumacher, Nr. 205, Hildebrandt an Hitler (4.3.1925).

¹³⁶ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 27.5.1925, Sp. 2443.

¹³⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (29.5.1925). Im stenographischen Protokoll ist Hildebrandts Äußerung grammatikalisch korrekt wiedergegeben (vgl. 27.5.1925, Sp. 2455), aber der Redakteur der „Mecklenburger Nachrichten“ saß bei der betreffenden Landtagssitzung auf der Presstribüne, er dürfte sich nicht verhört haben.

¹³⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (21.5.1925).

¹³⁹ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 133; „Mecklenburger Nachrichten“ (23.4.1925).

empfangen.¹⁴⁰ Der ehemalige großherzogliche Gesandte in Berlin Brandenstein, der während des Kapp-Putsches kommunistische Arbeiter auf seinem Gut hatte erschießen lassen,¹⁴¹ begrüßte hier den ehemaligen kaiserlichen Generalfeldmarschall. Dass beide als Ministerpräsident und Reichspräsident mit großen Mehrheiten in Mecklenburg gewählt worden waren, verdeutlicht besser als alles andere, dass die Republik hier am Ende war. Dabei wollten die meisten Bürgerlichen bei aller Nostalgie keineswegs zurück zu den alten Verhältnissen vor 1918 und waren sich zutiefst uneinig darüber, wie denn das neue Deutschland aussehen sollte.

Während die Nationalsozialisten einen scharfen Bruch mit den Deutschnationalen vollzogen, schreckten die verbliebenen Völkischen hiervor lange Zeit zurück. Ihre Position verschlechterte sich dabei zusehends. Die innen- und außenpolitische Beruhigung der Lage seit 1924 erschwerte die Mobilisierung ihrer Anhänger. Die „Mecklenburger Nachrichten“ stellten bereits im April 1924 befriedigt fest: „Bei nüchtern und sachlich denkenden Norddeutschen hält so eine Münchner Bierkellerstimmung [...] nicht lange vor“¹⁴². Im ganzen Reich musste die DVFP bei den folgenden Wahlen schwere Verluste hinnehmen.¹⁴³ Im Parlament machten die völkischen Dilettanten keine gute Figur. Nur auf der Straße, bei Demonstrationen und Massenversammlungen konnte sich ihr demagogischer Agitationsstil voll entfalten. Verzweifelt versuchte Graefe, sich auf die Stärke seiner Partei zu besinnen und sich an die Spitze einer neuen dynamischen Volksbewegung zu setzen.¹⁴⁴ Die einzige Gruppe, die hierfür inmitten des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs in Frage kam, waren die von der Agrarkrise gebeutelten Bauern.¹⁴⁵ Im April 1926 forderte der mittlerweile völkisch dominierte Landbund ultimativ die sofortige Senkung von Erbpacht und Steuern für die Landwirte.¹⁴⁶ Um dies zu finanzieren, hätte die Regierung die Stadtbewohner um so stärker belasten müssen, was sie bei aller grundsätzlichen Landwirtschaftsfreundlichkeit doch ablehnen musste.¹⁴⁷

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Friedrich von der Schulenburg-Tressow schrieb im April an seinen Freund, den Grafen Arnim: „Nachdem ich hier die letzten 14 Tage im Lande herumgehetzt bin, um die durch Graefe p.p. zu leidenschaftlicher Erregung aufgereizte Meckl. Landwirtschaft wenigsten

¹⁴⁰ Erinnerungsblatt der „Mecklenburger Nachrichten“ an den Besuch des Reichspräsidenten in Schwerin am Sonntag, dem 13. September 1925.

¹⁴¹ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 18.3.1924, Moltmann, Sp. 38.

¹⁴² „Mecklenburger Nachrichten“ (27.4.1924).

¹⁴³ „Mecklenburger Nachrichten“ (22.4.1926); (23.4.1926).

¹⁴⁴ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 20.4.1926, Maertens, Sp. 3836.

¹⁴⁵ Vgl. Jürgen BERGMANN und Klaus MEGERLE: Protest und Aufruhr in der Weimarer Republik (1924–1933), Formen und Typen regionaler Agrarbewegung im regionalen Vergleich, in: Jürgen BERGMANN u.a. (Hg.): Regionen im historischen Vergleich, Opladen 1989, S. 200–287.

¹⁴⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (14.4.1926); (15.4.1926).

¹⁴⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (27.3.1926); (8.4.1926); (10.4.1926); (11.4.1926).

einiger Maßen in besonnene und in solchen Bahnen zu halten, daß das Ministerium Brandenstein nicht gestürzt wird und wir ausgerechnet durch die Landwirtschaft Neuwahlen und ein Rotes Ministerium bekommen, bin ich jetzt so herunter, daß der Arzt einen Aufschub nicht mehr zuläßt“¹⁴⁸. Doch alle Bemühungen der deutschnationalen Parteispitze den „Va banque-Spieler“¹⁴⁹ noch zu zügeln, scheiterten. Das Folgende war unausweichlich: die DVFP entzog der Regierung das Vertrauen,¹⁵⁰ Neuwahlen wurden ausgeschrieben, die mit einer schweren Niederlage der rechten Parteien endeten. Der Stimmenanteil der Völkischen sank um 10 %, der der Deutschnationalen um 6 %.¹⁵¹ Trotzdem gab es keine Aussicht, die vom Bürgertum bereits beerdigte Republik wieder mit Leben zu erfüllen. Drei Jahre lang musste die SPD-Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten regieren, da sich die gemäßigten bürgerlichen Parteien (DVP und Wirtschaftspartei) jeder Zusammenarbeit verweigerten.¹⁵² 1929 übernahmen die Deutschnationalen und 1932 schließlich die Nationalsozialisten die Landesregierung.

Die Ursachen, warum es erst im zweiten Anlauf gelang und die Republikfeinde von rechts nicht schon 1924 die Macht übernahmen, lagen vor allem an ihrer inneren Uneinigkeit. So wie in Bayern die Regierung Kahr auf die Nationalsozialisten feuern ließ, so beharrten auch die Deutschnationalen in Mecklenburg auf ihrer angestammten Führungsrolle. Die Völkischen wiederum waren hier trotz ihrer unverkennbaren Dynamik noch zu schwach, um die Macht im ersten Anlauf zu übernehmen. Graefe war ein Demagoge, kein Organisator.¹⁵³ Trotzdem barg die inhaltlich diffuse völkische Ideologie mit ihrem großen Potential, alle Schichten der Bevölkerung und gerade junge Menschen anzusprechen, viel größere Möglichkeiten als das tendenziell rückwärtsgewandte Weltbild der Deutschnationalen. Alles, was den Völkischen noch fehlte, war eine straffere Organisation und ein charismatischer Führer. 1932 hatten sie beides.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Bernd Kasten

Stadtarchiv Schwerin

Johannes-Stelling-Str. 2

19053 Schwerin

¹⁴⁸ Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Pr. Br. Rep.37 Boitzenburg, Nr. 4480/3, Friedrich von der Schulenburg an Graf Arnim-Boitzenburg (14.4.1926).

¹⁴⁹ Ebenda.

¹⁵⁰ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 21.4.1926, Sp. 3879.

¹⁵¹ Statistisches Handbuch für das Land Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1931, S. 134.

¹⁵² Vgl. Bernd KASTEN: Die Regierung Schröder auf der Suche nach einer parlamentarischen Mehrheit in Mecklenburg-Schwerin 1926–1929: Vom „Hüten einer Flohherde“, in: MJB 110, 1995, S. 155–167.

¹⁵³ Vgl. auch STRIESOW (wie Anm. 94), S. 446.

DER KAPP-LÜTTWITZ PUTSCH IM MÄRZ 1920*

Von Fred Mrotzek

Die mecklenburgischen Freistaaten in Gefahr

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschichte der Weimarer Republik vollzieht sich zumeist vor dem Hintergrund ihres Scheiterns. Ohne Zweifel gab es zahlreiche Geburtsfehler der ersten bürgerlichen Demokratie in Deutschland, die sich an ihrem Ende verheerend auswirkten. Aber bestand der Weimarer Parteienstaat deshalb von seiner Gründung an aus „Verfassungsväter[n] ohne Verfassungsvolk?“¹

Gemessen an ihrer Wirkung im Reich brachte die – wenn auch „gebremste“² – Novemberrevolution für Mecklenburg den ungleich größeren Entwicklungsschub, da in beiden Großherzogtümern erstmals demokratische Strukturen gebildet werden konnten. In den mecklenburgischen Freistaaten wurde die Sozialdemokratie mit Abstand stärkste Regierungskraft. In Mecklenburg-Strelitz gelang es im Januar 1919, eine breite Regierungskoalition bestehend aus SPD, DDP und DVP zu bilden, die allerdings nur wenige Wochen Bestand hatte. Schon im Mai 1919 verließ die DVP das Kabinett.³ In Schwerin entstand unter dem Vorsitz von Dr. Hugo Wendorff (DDP) eine stabile Regierungskoalition zwischen SPD und DDP. In Mecklenburg wie im Reich arbeiteten demokratische Kräfte aus dem Bürgertum und der Arbeiterschaft zusammen, die ihre Aufgabe nicht nur in der staatlichen Neuordnung sahen, sondern sich auch als „Konkursverwalter des alten Regimes“⁴ verstanden, wie es Friedrich Ebert am 6. Februar 1919 vor der Nationalversammlung in Weimar benannte. Die Regierungen hatten ein erhebliches Arbeitspensum zu bewältigen: Zu den drängends-

* Für den Druck bearbeitete Fassung eines am 8. Oktober 2004 in Rostock gehaltenen Vortrags.

¹ Heinrich POTTHOFF: Verfassungsväter ohne Verfassungsvolk? Zum Problem von Integration und Desintegration nach der Novemberrevolution, in: Gesellschaft, Parlament und Regierung. Zur Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland, hg. v. Gerhard A. RITTER, Düsseldorf 1974, S. 339.

² Vgl. dazu: Heinrich August WINKLER: Weimar – Bonn – Berlin. Die Entwicklung der deutschen Demokratie im 20. Jahrhundert, in: Die zweite gesamtdeutsche Demokratie. Ereignisse und Entwicklungslinien, Bilanzierungen und Perspektiven, hg. v. der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildung, Bd. 1, München 2001, S. 12.

³ Helge BEI DER WIEDEN: Die mecklenburgischen Regierungen und Minister 1918–1952 (Schriften zur mecklenburgischen Geschichte, Kultur und Landeskunde), Köln – Wien 1978, S. 17 ff.

⁴ Die deutsche Revolution 1918–1919. Dokumente, hg. v. Gerhard A. RITTER, Susanne MILLER, Frankfurt a.M. 1968, S. 196.

ten Aufgaben zählte die Ausarbeitung einer demokratischen Verfassung. Daneben galt es, die Kriegsfolgen zu mildern und vor allem, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern. Die personelle Kontinuität zwischen Monarchie und Freistaat verhinderte zum einen bürgerkriegsähnliche Zustände in Mecklenburg. Zum anderen musste die junge Demokratie „mit Machteliten leben, die ihr reserviert bis feindlich gegenüber standen.“⁵ Darüber hinaus belastete das Ausbleiben einer kritischen Reflektion der deutschen Kriegsschuldfrage die Gesellschaft. Der Mythos vom im Felde unbesiegten Heer und der Kritik an der von den ehemaligen Gegnern behaupteten Alleinschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg führte dazu, dass der Versailler Vertrag auch in Mecklenburg von allen politischen Kräften energisch abgelehnt wurde. Selbst ein von der Reichsregierung eingesetzter parlamentarischer Untersuchungsausschuss über die Ursachen des Zusammenbruchs brachte keine Klärung der unsinnigen Behauptungen. Als Hindenburg zudem am 18. November 1919 vor dem Ausschuss die Legende vom „Dolchstoß“ als Ursache für die Niederlage benannte, geriet die Regierung in zusätzliche Bedrängnis.⁶

Der Beginn des Jahres 1920 stand unter schlechten Vorzeichen. Am 13. Januar kam es vor dem Reichstagsgebäude in Berlin während der zweiten und dritten Lesung des Betriebsrätegesetzes zu blutigen Auseinandersetzungen, als eine von der USPD organisierte Demonstration eskalierte. Nachdem Gruppen von Demonstranten versucht hatten, in das Reichstagsgebäude zu gelangen, wurden während der folgenden Schießerei mit der Sicherheitswehr 42 Menschen getötet und 105 verletzt.⁷ Die Reichsregierung handelte entschlossen und verhängte noch am gleichen Tag den Ausnahmezustand. Davon waren auch die mecklenburgischen Freistaaten betroffen. Bei den Parlamentariern der SPD stieß die Anordnung der Reichsregierung auf wenig Verständnis. Auf der Sitzung des Landtages Mecklenburg-Schwerin machte der Abgeordnete Hermann Lüdemann diese Haltung deutlich: „Von dem Ausnahmezustand ist auch der Freistaat M(e)cklenburg-Schwerin betroffen, obwohl hierzu eine unmittelbare Veranlassung zweifellos nicht vorgelegen hat. Ist die Regierung bereit, dahin zu wirken, daß der Ausnahmezustand für Mecklenburg-Schwerin baldigst aufgehoben wird? Unter dem Ausnahmezustand ist durch den Militärbefehlshaber die ‚Volkswacht‘ in Rostock verboten worden.“⁸ Staatsminister Johannes Stelling bestätigte diese Feststellung und versprach, sich bei der Reichsregierung für die Aufhebung einzusetzen. Die Politik von „Ruhe und Ordnung“ übertrug den einzelnen Militärbefehlshabern

⁵ WINKLER (wie Anm. 2), S. 13.

⁶ Johannes ERGER: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien), Düsseldorf 1967, S. 71 f.

⁷ Heinrich August WINKLER: Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin – Bonn 1984, S. 288 ff.

⁸ Hermann Lüdemann. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 69. Sitzung, 6. Februar 1920, Sp. 2087.

umfangreiche Vollmachten und führte zu einer weiteren Radikalisierung der Linken. Allerdings besserte sich im Frühjahr 1920 die innenpolitische Situation. Die Regierung konnte auf einige bemerkenswerte Erfolge verweisen. „Der Arbeitseifer nahm zu, die Arbeitslosigkeit sank, Produktion und Kaufkraft des Geldes stiegen, der Kurs der Reichsmark zeigte eine leichte Aufwärtsentwicklung, bei der Post konnte die neunstündige Arbeitszeit und in den Eisenbahnwerkstätten die Akkordarbeit durchgesetzt werden.“⁹ Der in Mecklenburg am 1. März begonnene Landarbeiterstreik endete schon am 7. März friedlich mit einem Vergleich.¹⁰

Wenige Tage später hatte die Weimarer Republik ihre erste ernsthafte Existenzkrise zu überstehen.

Am Sonnabend, dem 13. März, erhielt das Staatsministerium Mecklenburg-Strelitz gegen Morgen einen dramatisch klingenden Anruf, in dem mitgeteilt wurde, „daß das bisherige Reichskabinett Bauer zurückgetreten sei, daß der Reichspräsident Ebert und die Reichskabinettsmitglieder Berlin verlassen hätten, der Generallandschaftsdirektor Kapp aus Königsberg zum Reichskanzler ausgerufen und gleichzeitig Herr General von Lüttwitz zum militärischen Oberbefehlshaber gemacht worden sei.“¹¹ Zeitgleich wurde die Regierung in Mecklenburg-Schwerin über den Militärputsch in Berlin informiert. Nur 48 Stunden später schien die Gefahr einer Militärdiktatur in beiden Mecklenburg gebannt. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass die erste Landtagssitzung in Schwerin nach dem Putschversuch am Donnerstag, dem 18. März 1920, nur wenige Minuten dauerte. Der Vorsitzende des Landtages Wilhelm Kröger fasste die Ereignisse zusammen: „Als wir vor 8 Tagen unsere Arbeit hier beendeten, da war im ganzen Lande Ruhe und Frieden. Als wir nach Hause fuhren, dachte kein Mensch an Aufruhr, dachte kein Mensch an Bolschewismus usw. Die Ruhe und Ordnung zu stören ist jenen Hochverrättern in Berlin vorbehalten geblieben. [...] Diese unglücklichen Unruhen haben auch eine ganze Reihe von Todesopfern gefordert. (Die Versammlung erhebt sich.) Nicht nur in Schwerin, sondern in einer ganzen Reihe von Orten sind Opfer zu beklagen. Die Arbeiter haben nicht die Waffen ergriffen, um den Bolschewismus im Lande zu verbreiten und Aufregung und Aufruhr überall hervorzurufen, sondern sie haben die Waffen ergriffen, um Recht und Gesetz zu verteidigen; sie haben die Waffen ergriffen, um die Verfassung zu schützen; sie haben die Waffen ergriffen für ihre Freiheit. [...] Ich darf nun wohl im Namen des gesamten Landtages sprechen, wenn ich den todesmutigen Kämpfern ein herzliches Habt Dank des Landtages nachrufe und wenn ich den Hinterbliebenen dieser Opfer die innigste Teilnahme des Landtages ausspreche. [...] Die Todesopfer in Schwerin sollen heute beerdigt werden,

⁹ ERGER (wie Anm. 6), S. 83.

¹⁰ Gerhard HEITZ, Henning RISCHER: Geschichte in Daten. Mecklenburg-Vorpommern, München – Berlin 1995, S. 135.

¹¹ Wilhelm Sauerwein. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 48. Sitzung, 15. März 1920, Sp. 1944.

und ich schlage Ihnen vor, daß wir uns vor der Majestät des Todes beugen und die Sitzung abbrechen.“¹²

Die Ereignisse im März 1920 in Mecklenburg standen seit dem Zusammenbruch der DDR 1989/90 nicht mehr im Interesse der wissenschaftlichen Forschung. In der vorliegenden Untersuchung müssen daher Vorgeschichte und Verlauf des Kapp-Lüttwitz-Putsches in Mecklenburg und die Veränderung der politischen Verhältnisse durch dieses Ereignis geklärt werden. Mehr noch als im Reich blieb der Putsch in Mecklenburg eine Angelegenheit des Militärs. Wie aber waren die republikfeindlichen Offiziere in die unmittelbaren Vorbereitungen involviert? Während des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution hatten sich im deutschen Heer gravierende politische Veränderungen vollzogen. Zum einen benötigte die neue Regierung eine zuverlässige Truppe im Kampf gegen linksradikale Bestrebungen. Die weitgehende Unbrauchbarkeit des aus dem Krieg demotiviert zurückkehrenden Heeres für den Einsatz im Reich zwang die politischen Verantwortlichen zur Aufstellung von kampfbereiten Freiwilligenverbänden. Im Kampf gegen die linksradikalen Gefahren und den vorgeblichen Bolschewismus „gewannen die Offiziere ihre Selbstsicherheit zurück und stellten dann als ‚Retter in der Not‘ weitere Forderungen.“¹³ Diese Entwicklung war eine wesentliche Voraussetzung für den Putsch. Zum anderen darf aber nicht vergessen werden, dass der Krieg Zusammensetzung und politische Einstellung des Offizierskorps verändert hatte. Neue soziale Schichten waren für den Nachwuchs herangezogen worden. Ein Teil der Offiziere hatte sich mit demokratischen und sozialen Gedanken beschäftigt und stand der Republik nicht ablehnend gegenüber. Die Fronterlebnisse übten eine erhebliche nivellierende Wirkung auf die Kriegsteilnehmer aus.¹⁴ Die in Mecklenburg stationierten militärischen Verbände wiesen keine homogene Zusammensetzung auf. Es gab in den beiden Freistaaten einige Besonderheiten, vor allem bei den Einwohner- und Sicherheitswehren sowie dem Führungspersonal der Reichswehr. Welchen Rückhalt besaßen die Putschisten in den politischen Parteien und der Bevölkerung? Trotz der relativ schnellen Beseitigung der Gefahr einer Militärdiktatur in Mecklenburg dauerten die Kämpfe zwischen zum Teil radikalisierten Arbeitern und militärischen Verbänden an. Die erstaunliche Brutalität der Auseinandersetzungen lässt sich aus der Angst vor einer Sowjetisierung und der überzogenen Bolschewismus-Furcht der Militärs begründen. Jedoch blieb in dem Spannungsfeld der Gefahr einer weiteren Revolution von links und der „Welle von rechts“ der Weg in die parlamentarische Demokratie als einzige Möglichkeit.¹⁵ Letztlich muss nach den juristischen Folgen des Putschversuches gefragt werden. Politiker, Staatsanwälte und Sicherheitspolizei unternahmen erhebliche Anstrengungen zur Verurteilung der Anstifter und Gewaltverbrecher des Putsches. Warum blieben in Mecklenburg die Feinde der Republik unbestraft?

¹² Wilhelm Kröger. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 74. Sitzung, 18. März 1920, Sp. 2260a.

¹³ ERGER (wie Anm. 6), S. 15.

¹⁴ Ebd., S. 16.

¹⁵ Ebd., S. 13.

Mythen über den Kapp-Putsch

Am 19. März 1920 war in der amerikanischen Tageszeitung „New York American“ folgende Meldung über die Ereignisse in Mecklenburg-Schwerin zu lesen: „The occupation of a military barracks in Rostock, Mecklenburg-Schwerin, by workmen who stormed the place and then announcet that they had proclaimed a Soviet republic ... The town is reported in the hands of the workmen, the garnison having lied.“¹⁶ Die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitung nahm zu diesem Bericht unmissverständlich Stellung. „So werden in aller Welt Sowjet-Republiken fabriziert wie Geschichten vom schwarzen Mann. Aber daß nun gar unser liab's Rostöckle schall have proclaimed a Soviet republic, das entlockt uns dann doch den bekannten Warnungsruf [...] Fall You man bloß nich under Your Bettstell!“¹⁷

Falschmeldungen wie diese durchzogen während des Umsturzes und auch Jahre nach dem Kapp-Putsch die Presse und Literatur. Sie haben zum einen ihren Ursprung in dem Durcheinander des Frühjahrs 1920, das zusätzlich durch eine ganze Anzahl von unwahren und entstellten Berichten und Nachrichten aus dem Führungsgremium des Generalmajors Lettow-Vorbeck geschürt wurde. Zum anderen dienten die Falschmeldungen der späteren Legitimation der Hauptschuldigen und haben auf diese Weise auch Eingang in die wissenschaftliche Forschung über den Kapp-Putsch gefunden. Erst durch die Dokumentenedition von Erwin Könnemann und Gerhard Schulze aus dem Jahr 2002 konnte nachgewiesen werden, dass neben Kapp und Lüttwitz vor allem General Erich von Ludendorff zu den Hauptakteuren zählte. Die Bezeichnung Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch hat sich mittlerweile durchgesetzt.¹⁸ Letztere Publikation ergänzt das immerhin vor 38 Jahren erschienene Standard-Werk von Johannes Erger, dem seinerzeit die Einsichtnahme wichtiger Archivalien in Potsdam und Merseburg von den DDR-Verantwortlichen verwehrt wurde.¹⁹

Zum Putschversuch in Mecklenburg sieht die Forschungslandschaft noch dürrtiger aus. Die Untersuchungen von Martin Polzin²⁰, Gustav-Adolf Strasen und Walter Fröhlich²¹ über den Kapp-Putsch in den mecklenburgischen Freistaa-

¹⁶ Zit. nach: Landes-Nachrichten. Rostock in Amerika, in: Mecklenburgische Volkszeitung, 29. April 1920.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ Der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, hg. v. Erwin KÖNNEMANN, Gerhard SCHULZE, München 2002. vgl. dazu auch im Sinne der marxistisch-leninistischen Auffassung: Erwin KÖNNEMANN, Hans-Joachim KRUSCH: Aktionseinheit contra Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse, Berlin 1972.

¹⁹ ERGER (wie Anm. 6), S. 5.

²⁰ Martin POLZIN: Kapp-Putsch in Mecklenburg, Rostock 1966.

²¹ Niederschlagung des Kapp-Putsches in den Gebieten des heutigen Bezirkes Neubrandenburg, hg. v. der Bezirkskommission zur Erforschung der örtlichen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der SED-Bezirksleitung Neubrandenburg, Waren 1965.

ten basieren auf Befragungen von Arbeiterveteranen.²² Dadurch konnten sehr frühzeitig unwiederbringliche Zeitzeugenaussagen gesammelt werden. Allerdings widersprechen die Quellen in den Archiven wie auch zeitgenössische Berichte in den Tageszeitungen einigen wesentlichen Darstellungen bei Polzin wie auch Strasen. So hat es zum Beispiel die Gefangennahme von 700 Zeitfreiwilligen-Studenten bei Katelbogen (Bützow) durch Arbeiterbataillone am 19. März 1920 nie gegeben.²³ Vielmehr wurden die Studenten von nach Bützow angereisten Professoren der Universität Rostock zum Aufgeben überredet und dann per Eisenbahn nach Rostock zurücktransportiert.²⁴ Während der Auseinandersetzung der Arbeiterwehr aus Penzlin mit dem Freiherrn von Maltzan auf dem Gut Krukow am 17. und 18. März 1920 erreichten herbeigerufene Reichswehr unter Leutnant Finzenhagen und Sicherheitswehr aus Mecklenburg-Strelitz unter Leutnant Sehr die Einstellung der Kampfhandlungen und waren an keinen Tötungen von Arbeitern beteiligt.²⁵ Trotz kleinerer Untersuchungen in der letzten Zeit zu Einzelproblemen²⁶ stellt die Erforschung des Kapp-Putsches in Mecklenburg ein Forschungsdesiderat dar.

Ziele der Putschisten und die Vorbereitung des Putsches in Mecklenburg

Die Putschisten bestanden aus zwei Gruppierungen: Vertraute um den ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Dr. jur. Dr. phil. h. c. Wolfgang Kapp und die Offiziere um den Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 1 General Walther Freiherr von Lüttwitz. Die ursprüngliche Bezeichnung Kapp-Putsch übergeht die wichtige Rolle des Militärs, ohne die der Umsturzversuch von vornherein chancenlos gewesen wäre. Ludendorff und Kapp benötigten die Mitarbeit v. Lüttwitz', da dieser in der Truppe ein hohes Ansehen besaß und über die militärische Macht verfügte. Er war maßgeblich an dem Aufbau der Freikorpsverbände beteiligt und setzte sich hartnäckig für deren Belange bei der Regierung ein. Da der General „sich mit Politik nie beschäftigt hatte und ihm die Funktionsverhältnisse der Parteiendemokratie nahezu unbekannt waren, glaubte er, durch militärischen Druck einen Regierungswechsel und danach die Behebung der bestehenden Mißstände erreichen zu können.“²⁷

²² Für diesen Hinweis sowie die Erläuterung der Arbeitsweise der von der SED eingesetzten Bezirkskommissionen bin ich Herrn Dr. sc. phil. Heinz Koch, Lohmen, sehr dankbar.

²³ POLZIN (wie Anm. 20), S.127 ff.

²⁴ Vgl. u.a.: Albert SCHULZ: Erinnerungen eines Sozialdemokraten, Oldenburg 2000, S. 34; Was wollten und taten die Rostocker Zeitfreiwilligen? in: Mecklenburger Nachrichten, 10. April 1920.

²⁵ LHAS, 4.12-2/1 Staatsministerium Mecklenburg-Strelitz, 565, 27.3.1920.

²⁶ Ron KRETSCHMANN: Der Kapp-Putsch in Mecklenburg-Strelitz, Staatsexamensarbeit, Universität Rostock 2004. Im Entstehen begriffen ist eine Untersuchung der Ereignisse in Vorpommern.

²⁷ ERGER (wie Anm. 6), S. 88 f.

Die Initiative ging von Kapp und Ludendorff aus, die seit dem Sommer 1919 umstürzlerische Ziele verfolgten. Eine erste Geheimberatung zur Vorbereitung eines Putsches fand am 8. Juli 1919 in Berlin statt.²⁸ Die im Oktober 1919 gegründete Nationale Vereinigung galt als Schaltstelle der Verschwörung. Ihr Ziel bestand in der „Errichtung eines innenpolitisch rechtsautoritären, außenpolitisch radikal revisionistischen Regimes.“²⁹ Es existierten erhebliche taktische Differenzen zwischen Kapp und Lüttwitz nicht nur zum Ablauf des Umsturzes, sondern auch über die Haltung zur Sozialdemokratie. Während der General die Auflösung der Freikorps unbedingt verhindern wollte, die Wahl einer neuen Regierung anstrebte und dazu eine Mitarbeit führender Sozialdemokraten erhoffte, strebten die Mitverschwörer um Kapp eine neue Verfassung mit ständestaatlichen Zügen an. Die Nationale Vereinigung war keine einheitliche rechte Massenorganisation. Vielmehr wurde eine psychologische Vorbereitung des Staatsstreiches durch eine intensive nationalistische Öffentlichkeitsarbeit betrieben.³⁰ Allerdings bezogen die Mitglieder der Nationalen Vereinigung unterschiedliche Positionen zur Bereitschaft zu aktiven Umsturzhandlungen. Während ein Teil den Putsch um jeden Preis verfolgte, wollten andere nur bei Abwehr einer unmittelbaren kommunistisch-bolschewistischen Gefahr gegen die Regierung vorgehen. Der Versailler Vertrag, die Dolchstoßlegende sowie der publizistische Feldzug gegen den Reichsfinanzminister Matthias Erzberger³¹ fielen vor allem bei den monarchistisch eingestellten Offizieren auf fruchtbaren Boden. Der Wiederherstellung des Kaisertums Wilhelms II. standen aber auch die republikfeindlichen Militärs äußerst skeptisch gegenüber. Der beim Militär angesehene Freikorpskommandeur Korvettenkapitän Hermann Ehrhardt vertrat eine damals sicherlich weitverbreitete Meinung: „Die Monarchie war für mich und einen großen Teil meiner Offiziere erledigt, nachdem der Kaiser und der Kronprinz noch im Kriege die Front verlassen haben und über die Grenzen gingen, statt mit gezogenem Schwert auf den Stufen ihres Thrones zu fallen. In Praxis, statt mit ein paar Garderegimentern nach Berlin zu reiten und das rote Pack niederzuschlagen.“³²

Der Beginn des Putsches am 13. März 1920 durch Lüttwitz überraschte Kapp, der noch mit den unmittelbaren Vorbereitungen beschäftigt war. Die Gewinnung selbst politisch äußerst rechts stehender Persönlichkeiten gestaltete sich sehr schwierig und war im März 1920 nur in Bayern und den preußischen Ostprovinzen erfolgreich. Eine geschlossene Untergrundbewegung für einen Staatsstreich existierte nicht.³³ Ob Mecklenburger Offiziere, Großgrundbesitzer

²⁸ Ebd., S. 40.

²⁹ WINKLER (wie Anm. 7), S. 297.

³⁰ Ebd., S. 298.

³¹ Vgl. zu Erzberger: Eberhard KOLB: Die Weimarer Republik, (Oldenbourg Grundriss der Geschichte), 6., überarbeitete und erweiterte Auflage, München 2002, S. 39. f.

³² Zit. nach: ERGER (wie Anm. 6), S. 20.

³³ Ebd., S. 92 ff.

oder Beamte in die Umsturzpläne eingeweiht waren, ist nicht nachweisbar. Allein der sogenannte „Held von Afrika“ und Ehrensensator der Rostocker Universität, General Paul von Lettow-Vorbeck, wusste von den Umsturzplänen, hatte jedoch seine eigene Ansicht dazu. Lettow-Vorbeck galt als talentierter, aber rücksichtsloser Militär, der in Afrika durch Anwendung einer brutalen Guerilla-Taktik, die er während des Kapp-Putsches auch in Mecklenburg nutzte, erfolgreich gegen die Briten gekämpft hatte. Die Nachricht von der Kapitulation überraschte ihn. Lettow-Vorbeck galt als der einzige deutsche General, der im 1. Weltkrieg nicht kapituliert hatte, und genoss daher bei seiner Rückkehr im Frühjahr 1919 in der deutschen Bevölkerung eine gewisse Popularität.³⁴

Im Sommer 1919 besuchte Wolfgang Kapp Lettow-Vorbeck mehrere Male im Hamburger Hotel „Esplanade“ und versuchte, den General zu überzeugen, dass er die Führung der Reichswehr übernehmen und den Umsturz durchführen solle. Lettow-Vorbeck lehnte ab. Dabei schienen militärische Gründe wie auch persönliche Abneigungen von nicht unerheblicher Bedeutung zu sein. „Ich war dafür nicht zu haben und wies Kapp darauf hin, daß sein Plan nicht reif sei [...] Kapp hatte sicher patriotische Beweggründe, schien mir aber reichlich phantastisch, ohne die Dinge wirklich bis zum Ende zu durchdenken. Das gleiche Urteil hatte ich über den Hauptmann Pabst gewonnen, der als Generalstabsoffizier unter Lüttwitz stand und in scharfer antipartakistischer und antisozialdemokratischer Politik machte. In einer Offiziersversammlung hatte er mich zu überrumpeln versucht, ich solle gegen seinen eigenen Kommandeur, den General von Lüttwitz, die Führung übernehmen. Auch das war eine recht unklare Idee. Wenn überhaupt die Wehrmacht eine Umwälzung zustande bringen wollte, dann mußte sie schon fest in sich geschlossen sein, und ihr oberster Befehlshaber mußte die Führung übernehmen.“³⁵ Darüber hinaus hatte General von Lettow-Vorbeck eigene Vorstellungen davon, wie im Deutschen Reich mit militärischen Mitteln wieder Ruhe und Ordnung hergestellt werden könnten. Aufgrund seiner Erfahrungen aus dem Krieg in Afrika schwebte ihm ein konzentrierter Einsatz von Verbänden in einem Landesteil vor, die dort die Staatsautorität wieder aufbauen und dann eine zuverlässige Einwohnerwehr schaffen sollten. „Dann kam eine andere Provinz an die Reihe, wo in gleicher Weise gehandelt wurde, so daß nach und nach in aller Ruhe die Gesundung eintrat.“³⁶ Lettow-Vorbeck, der eigentlich hoffte, im Baltikum eingesetzt zu werden, erhielt im Herbst 1919 das Kommando über die Reichswehrbrigade 9, deren Stab in Schwerin saß. Lüttwitz, zunehmend unter Zeitdruck, hatte im Februar 1920 die führenden Offiziere seines Gruppenkommandos nach Berlin zu einer Besprechung befohlen. Auch hier riet Lettow-Vorbeck nach eigener Aussage von einem Umsturzversuch ab.³⁷ Mit dieser Auffassung stand der General nicht alleine da. Die Stabsoffiziere ver-

³⁴ General von LETTOW-VORBECK: Mein Leben, Biberbach an der Riss 1957, S. 171 ff.

³⁵ Ebd., S. 187 f.

³⁶ Ebd., S. 183.

³⁷ Ebd., S. 188.

suchten, Lüttwitz von seinen Plänen abzubringen und erklärten in einer schriftlichen Resolution ihre „Nichtbeteiligung bei Gewaltmaßnahmen gegen die Regierung.“³⁸

Anfang März befand sich Lettow-Vorbeck in einem 14-tägigen Urlaub und erfuhr während eines Besuchs bei General Roderich von Schoeler, der das Gruppenkommando II in Kassel kommandierte, von dem unmittelbaren Bestehen des Putsches. In Absprache mit Schoeler, der während des Kapp-Putsches zur legitimierten Regierung hielt, fuhr Lettow-Vorbeck nach Berlin, um Lüttwitz „nötigenfalls zu bremsen.“³⁹ Auf dem Bahnhof in Magdeburg erfuhr er von dem Ausbruch des Putsches. „Ich war gekommen, um einem Umsturz vorzubeugen. Nun er aber geschehen war, war die ganze Lage geändert. Die sozialdemokratische Regierung war nicht mehr, und ich hatte keinen Anlaß, ihr nachzutruern. Eine gesetzmäßige Regierung hatte es nicht gegeben, und die tatsächliche Regierung war jetzt Kapp-Lüttwitz. Ich sah keinen Grund, meinem bisherigen Vorgesetzten Lüttwitz auf dessen Frage den Gehorsam zu versagen. Seine Weisung, ich solle sogleich nach Breslau reisen, um die dort in der Bildung begriffene 2. Kavalleriedivision zu übernehmen, änderte er auf meinen Vorschlag dahin ab, daß ich nach Schwerin fahren und meinen dortigen Wirkungskreis vorläufig beibehalten sollte.“⁴⁰ Lettow-Vorbeck musste durchaus klar sein, dass er den Gehorsam verweigern konnte, da bei verfassungswidrigen Maßnahmen das Recht auf Entscheidungsfreiheit bestand. Bewusst brach der General den Eid auf die Republik – eine Handlung mit blutigen Folgen für Mecklenburg. Da Kapp bis zum Ausbruch der Revolte für den zivilen Sektor offensichtlich keine Mitstreiter in den mecklenburgischen Freistaaten gefunden hatte, wurde Paul von Lettow-Vorbeck zum wesentlichen Träger und Hauptinitiator des Umsturzes in Mecklenburg. Deshalb scheint für Mecklenburg die Bezeichnung Lüttwitz-Lettow-Vorbeck-Putsch durchaus angebracht.

Die 30-Stunden-und-30-Minuten-Diktatur in Mecklenburg

Der Kapp-Putsch gliederte sich in Mecklenburg in zwei Phasen: Die erste Phase – im Wesentlichen eine 30,5-h-Diktatur – dauerte von Sonntag, den 14. März 1920, 7.00 Uhr bis Montag, den 15. März 1920, 13.30 Uhr. Die zweite Phase war geprägt von bürgerkriegsähnlichen Zuständen, die ca. eine Woche anhielten und auch nach der Absetzung von Lettow-Vorbecks nur langsam beendet werden konnten.

Obwohl General Lüttwitz in Zeitnot war, besetzten die Elitetruppen der Brigade Ehrhardt das Regierungsviertel in Berlin erst in der Nacht zum 13. März. Durch diese Verzögerung konnten wesentliche Ziele der Putschisten nicht er-

³⁸ ERGER (wie Anm. 6), S. 116.

³⁹ LETTOW-VORBECK (wie Anm. 34), S. 188.

⁴⁰ Ebd., S. 189.

reicht werden. Zum einen stellte der Beginn des Umsturzes für die Reichsregierung kein Überraschungsmoment mehr dar. Zum anderen gelang nach Absprache einem Teil des Kabinetts um Reichskanzler Bauer und Reichspräsident Ebert die Flucht nach Dresden. Dadurch verschwand die amtierende Regierung aus dem unmittelbaren Zugriffsbereich der Putschisten und konnte, wie Kapp es unbedingt gefordert hatte, nicht mehr verhaftet werden.⁴¹

In Mecklenburg stellte sich die Situation anders dar. Die Nachricht vom Umsturz in Berlin traf die Regierungen unvorbereitet. Trotzdem reagierte das Kabinett in Neustrelitz sofort und fand sich zu einer Sitzung zusammen, an der auch die Spitzen der Koalitionsparteien teilnahmen. „[E]s wurde darin Stellung dazu genommen, was gegenüber dieser veränderten Lage zu geschehen habe. Es war ja auch gleichzeitig bekannt geworden, daß die aus dem Reichskabinett ausgeschiedenen sozialistischen Mitglieder sich bei ihrem Ausscheiden dazu veranlasst gesehen hatten, den Generalstreik zu proklamieren. Wir haben in dieser Staatsministerialsitzung hin und her debattiert, ob es angebracht sei, bereits die Arbeiterschaft zu einem Generalstreik aufzufordern. [...] Es ist dann aber von allen Seiten betont worden, daß von der Ausrufung eines Generalstreiks abgesehen werden solle.“⁴²

Durch einen glücklichen Zufall erhielt die Regierung unverzügliche Unterstützung von der organisierten Arbeiterschaft. Am Sonnabend veranstaltete der SPD-Unterbezirk Mecklenburg-Strelitz in Neustrelitz seinen jährlichen Parteitag. Die sozialdemokratischen Delegierten und Funktionäre änderten ihre ursprüngliche Tagesordnung und reagierten sofort auf den Putsch in Berlin. Man beschloss, sich mit allen Mitteln dem neuen Regime entgegenzustellen, um die Verfassung zu schützen und die legitime Regierung zu stützen. Daher wurde ein Aufruf verfasst, in dem auf die Gefahr eines Bürgerkrieges hingewiesen wurde. Die SPD-Führung kündigte an, ohne Unterbrechung zu tagen, vermied es aber, die Ruhe und Ordnung durch Streikaufrufe zu stören. Am Sonntag, dem 14. März 1920, verteilten die Sozialdemokraten ein Flugblatt, in dem die Situation in Berlin geschildert und der Aufruf zum Generalstreik durch die Gewerkschaften bekannt gegeben wurde. Für Mecklenburg-Strelitz gab die Parteiführung einen folgerichtigen Beschluss heraus: „Da hier bei uns die Regierungsgewalt in den Händen der sozialistisch-demokratischen Regierung liegt, ist für uns jetzt keine Veranlassung zum Generalstreik gegeben.“⁴³ Die Neustrelitzer Arbeiterschaft hielt sich an den Aufruf der Landes-SPD. Nach einer Versammlung am Sonntagvormittag, auf der beschlossen wurde, dass man hinsichtlich des Generalstreiks die Beschlüsse des örtlichen Aktionsausschusses abwarten würde, begaben sich die Teilnehmer in einem Demonstrationzug zum Regie-

⁴¹ ERGER (wie Anm. 6), S. 149 ff.

⁴² Wilhelm Sauerwein. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 48. Sitzung, 15. März 1920, Sp. 1944.

⁴³ Die Auswirkungen des Berliner Umsturzes. In Mecklenburg-Strelitz, in: Landeszeitung für beide Mecklenburg und die Nachbargebiete, Sonderausgabe, 14. März 1920.

rungssitz und sprachen dem Staatsministerium das Vertrauen der Arbeiterschaft aus.⁴⁴ Später warfen SED-Historiker der Regierung Mecklenburg-Strelitz und der SPD-Führung des Landes kapitulantenhaftes Verhalten vor.⁴⁵ Bei diesen Behauptungen wurde nicht nur vergessen, dass die KPD-Zentrale in Berlin den Generalstreik gegen die Putschisten anfangs nicht unterstützen wollte⁴⁶, sondern auch dass Streikaktionen die Situation im Land zusätzlich gefährdeten und unnötige Auseinandersetzungen provoziert hätten.

Die obersten Ziele, die Verteidigung der Demokratie und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, sollten durch drei komplexe Maßnahmen erreicht werden. Zum ersten galt es, die Exekutive zu stärken. Dazu wurden die kommunalen Polizeiverwaltungen und die Landesgendarmerie unter den Befehl des Chefs der Staatsgendarmerie, Major Hermann Müller-Brandenburg, gestellt. Polizeibeamte unter der Führung Hauptmanns von Platen richteten in Neubrandenburg mit Hilfe der Einwohnerschaft einen Sicherheitsdienst ein. Posten der Staatsgendarmerie besetzten die Regierungsgebäude in Neustrelitz und patrouillierten durch die Straßen.⁴⁷ Zum zweiten musste der Legislative Handlungsmöglichkeit gegeben werden. Der nächste Tagungstermin des Landtages in Mecklenburg-Strelitz war am Donnerstag, dem 18. März, geplant. Das Staatsministerium veranlasste telefonisch die Einberufung des Parlaments bereits für Montag, den 15. März 1920. Als dritte Maßnahme nahm das Kabinett Freiherr von Reibnitz (SPD) Kontakt zu den in Mecklenburg-Strelitz stationierten Reichswehrtruppen auf, um deren Haltung zum Putsch herauszufinden und gegebenenfalls zu verhandeln. Am Sonntagmorgen „fand im Staatsministerium zu Neustrelitz eine Besprechung zwischen Staatsminister Dr. Frhr. v. Reibnitz, Major Grun als Garnisonältesten der Garnison Neustrelitz, Hauptmann Freytag, Abg. Leuß, Abg. Bartosch und Major Müller-Brandenburg statt, in der ein Hand-in-Hand-arbeiten der Reichswehr und der Staatsgendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung vereinbart wurde.“⁴⁸ Kapp, Lüttwitz und Lettow-Vorbeck schienen bei ihren Unternehmungen Mecklenburg-Strelitz schlichtweg vergessen zu haben, denn in Mecklenburg-Strelitz standen keine Kandidaten für eine neue Regierung bereit. Als hier am Sonntag immer noch keine Nachrichten eintrafen, fuhren Major Grun und die sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Hans Leuß und Karl Bartosch kurzentschlossen gemeinsam in einem Auto nach Schwerin, um sich Informationen zu besorgen⁴⁹ – ein verhängnisvoller Fehler.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Vgl. dazu vor allem: Bezirkskommission (wie Anm. 21).

⁴⁶ Werner T. ANGRESS: Die Kampfzeit der KPD 1921–1923, Düsseldorf 1973, S. 71.

⁴⁷ Mecklenb. Nachrichten, Mecklenburg-Strelitz, Zum Putsch in Berlin, in: Landeszeitung für beide Mecklenburg und die Nachbargebiete, 14. März 1920.

⁴⁸ Die Auswirkungen des Berliner Umsturzes. In Mecklenburg-Strelitz, in: Landeszeitung für beide Mecklenburg und die Nachbargebiete, Sonderausgabe, 14. März 1920.

⁴⁹ Ebd.

Das Zentrum der Putschisten in Mecklenburg befand sich in der Landeshauptstadt Schwerin. Am Sonnabend, dem 13. März 1920, wurden Ministerpräsident Dr. Hugo Wendorff und Minister Johannes Stelling vormittags in das Brigadekommando gerufen und von dem Stellvertreter Lettow-Vorbecks, General v. Ribbentrop, darüber informiert, dass sich die Reichswehrbrigade 9 dem Oberbefehl des Generals von Lüttwitz unterstellt hatte. Bereits am Nachmittag beschloss die Arbeiterschaft auf einer vom Militär genehmigten Versammlung in Schwerin den Generalstreik – allerdings mit der Einschränkung, dass man am Montag über die Ausgestaltung des Arbeitskampfes verhandeln wollte.⁵⁰ Nach dem Eintreffen des Generals von Lettow-Vorbeck aus Berlin nahm der Putsch radikalere Formen an. Dazu Lettow-Vorbeck: „Mein Vertreter, der General Ribbentrop, hatte von Berlin den Befehl erhalten, die mecklenburgische Regierung vor die Frage zu stellen, ob sie die neue Reichsregierung Kapp-Lüttwitz anerkenne. Verweigere sie dies, so solle er sie absetzen. [...] Hiermit hatte ich nicht gerechnet und wurde zu einer Handlung gezwungen, die weit über den Rahmen hinausging, den ich für mich als maßgebend angesehen hatte, nämlich nur Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.“⁵¹ Wendorff und Stelling wurden unter Angabe wichtiger Gründe am Sonntagmorgen wiederum in die Kaserne bestellt. „Es war ausdrücklich das Bedauern ausgesprochen, daß die ungewöhnliche Stunde gewählt werden mußte, und daß der Herr General nicht zu uns kommen könne, aber die Dringlichkeit und Wichtigkeit der Angelegenheit gestatte keinen Aufschub.“⁵² Ganz offensichtlich besaß auch von Lettow-Vorbeck nur geringe Vorstellungen über die Funktion einer Demokratie. Die beiden Regierungsmitglieder der Wendorff und Stelling, zu einer Antwort über die Anerkennung des Kapp-Lüttwitz-Regimes gezwungen, sahen sich dazu außerstande und versuchten, Zeit zu gewinnen. Drei weitere Kabinettsmitglieder wurden zu der Beratung in die Kaserne geholt. „Wir waren uns von vornherein darüber einig – wir beide schon zuvor, nachher das gesamte Staatsministerium –, daß wir eine Erklärung auf diese Frage ablehnen mußten, daß die Entscheidung darüber, wenn sie überhaupt zweifelhaft sein könnte, lediglich dem Landtage zustehe [...], dessen Zusammentritt also in aller kürzester Frist vorauszusehen war.“⁵³ Nachdem Dr. Wendorff diese Erklärung abgegeben hatte, wurde das Staatsministerium in Schutzhaft genommen.⁵⁴

Zwei Ereignisse brachten von Lettow-Vorbeck in Schwierigkeiten und drohten, den Putschversuch bereits am Sonntagnachmittag scheitern zu lassen. Zum einen fanden vor der Infanteriekaserne lebhaftere Kundgebungen der Bevölkerung statt.⁵⁵

⁵⁰ Dr. Hugo Wendorff. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 75. Sitzung, 19. März 1920, Sp. 2263.

⁵¹ LETTOW-VORBECK (wie Anm. 34), S. 189 f.

⁵² Dr. Hugo Wendorff. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 75. Sitzung, 19. März 1920, Sp. 2263.

⁵³ Ebd., Sp. 2264.

⁵⁴ Ebd.

⁵⁵ Ebd.

Zum anderen gab es beträchtlichen Widerstand unter den Soldaten und Unteroffizieren der Schweriner Garnison gegen die Inhaftierung der Minister. „Als am Sonntag, dem 14.3., abends, die Min(en)-Werfer Komp(agnie). wegen der Verhaftung der Minister unruhig wurde, kam der Komp. Führer Hauptmann v. Basse zur Kompagnie und mahnte zur Ruhe. Er gab dann ungefähr die gleichen Erklärungen ab wie Major v. Söderström in der Versammlung der Unteroffiziere, es wäre kein Eidbruch, wenn die Truppe sich hinter die neue Regierung stellt. Ein Unteroffizier forderte darauf auf, dass diejenigen, die für die alte Regierung seien, sich meldeten. Es meldete sich fast die ganze Kompagnie. Für die neue Regierung meldete sich niemand. Darauf ging v. Basse weg. Am folgenden Tag rief er die Unteroffiziere in die Schreibstube und sagte: ‚Ich stehe rechts; ich kann es niemand von Ihnen verdenken, wenn er sozialdemokratisch gesinnt ist.‘“⁵⁶ Feldwebel Nineburg rief die Soldaten nicht nur zur Verweigerung des Gehorsams auf, sondern versuchte auch, an unabhängige Informationen zu gelangen, in dem er über den Kasernenzaun kletterte und sich unerlaubt von der Truppe entfernte.⁵⁷

Die Militärführung versuchte, durch drei Maßnahmen den Putsch zu retten: Zum Ersten wurde ein Komitee des Unteroffizierverbandes der Reichswehr zur inhaftierten Regierung vorgelassen und erkundigte sich, ob es richtig sei, dass das Staatsministerium gesetzwidrig verhaftet sei.⁵⁸ Zweitens mussten aus den Kasernen in Rostock und Parchim zusätzliche Reichswehrtruppen herbeigeführt werden, um in Schwerin die Kasernen, das Schloss und die Post zu sichern. Der Mecklenburg-Strelitzer Landtagsabgeordnete Leuß berichtete über seine Fahrt nach Schwerin: „Schwerin glich einem Heerlager. Truppen von allen Seiten wurden herangezogen; die Parchimer Dragoner holten wir ein; an der Artillerie, die in Parchim steht, rasselten wir ebenfalls vorbei. Von allen Seiten wurden Truppen herangezogen. Warum? Weil das Grenadierbataillon in Schwerin seinem Kommandeur und General den Gehorsam verweigert [...] und sich nicht bereit gefunden hat, den Verfassungsbruch mitzumachen.“⁵⁹ Die dritte Maßnahme der Militärs um von Lettow-Vorbeck besaß fast schon groteske Züge und zeigte, in welche Schwierigkeiten die Umstürzler bereits am Sonntag geraten waren. Da die Gefahr bestand, dass die aufgebrachte Bevölkerung versuchen würde, die Regierung zu befreien, baten die putschenden Offiziere die inhaftierten Minister, beruhigend auf die Menschen vor der Kaserne einzuwirken. „Selbstverständlich hat Herr Kollege Stelling, um alles zu tun und nichts zu unterlassen, was geeignet sein könnte, Blutvergießen zu vermeiden, keinen Augenblick Bedenken getragen, diesem Ersuchen zu entsprechen. Allerdings ist es zu der Ausführung nicht mehr gekommen, weil man inzwischen von mili-

⁵⁶ LHAS, 5.12-3/1 Mecklenburg-Schwerinsches Ministerium des Innern, 21205, Bl. 32.

⁵⁷ Ebd., Bl. 33.

⁵⁸ Dr. Hugo Wendorff. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 75. Sitzung, 19. März 1920, Sp. 2264.

⁵⁹ Wilhelm Leuß. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 48. Sitzung, 15. März 1920, Sp. 1949.

tärischer Seite andere Gründe hatte sprechen lassen und Bewaffnete herbeigeführt hatte.“⁶⁰

Zeitgleich versuchte General von Lettow-Vorbeck mit Unterstützung des von Kapp beauftragten Dr. Albrecht Wendhausen, die Mecklenburg-Schwerinsche Regierung zum Rücktritt zu bewegen. „Herr Dr. Wendhausen [sic] [...] sagte, er stände in den aussichtsreichsten Verhandlungen mit Vertretern aller Parteien in Mecklenburg, die Herren Rittergutsbesitzer Käding=Gr. Walmsdorf [sic] und Bankdirektor Dr. Faull=Schwerin [sic] seien bereits gewonnen, die Neubildung eines Ministeriums würde voraussichtlich keinen Schwierigkeiten begegnen und was man sonst in derartigen Zeiten zu sagen und womit man die Luft zu erschüttern pflegt. Auf unsere Haltung hat das selbstverständlich einen Einfluß nicht ausgeübt. Wir sind auf dem Boden des Rechts und der Verfassung geblieben und haben erklärt, das über alles das lediglich die zuständige Stelle, die Vertretung des mecklenburgischen Volkes, der ordnungs- und verfassungsmäßige Landtag zu entscheiden haben werde.“⁶¹ In den Abendstunden des 14. März 1920 drohte die Situation in der Landeshauptstadt zu eskalieren. Es bestand die Gefahr einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen dem Militär und der Bevölkerung. Zur Beruhigung der Lage gestattete General von Lettow-Vorbeck einem Funktionär der SPD und einem der USPD einen Besuch der in der Kaserne festgesetzten Regierung. Die Sozialdemokraten konnten die inhaftierten Minister davon überzeugen, dass die Schweriner Arbeiterschaft eine Beendigung der Haft unbedingt wünschte auch um den Preis einer Rücktrittserklärung. Um gewaltsame Auseinandersetzungen zu verhindern, gaben die Kabinettsmitglieder nach, traten zurück und wurden am Sonntagabend aus der Haft entlassen.⁶²

Am Montag, dem 15. März 1920, wurden die Auswirkungen des Generalstreiks in Mecklenburg deutlich spürbar. Mit dem Dienstantritt der Beamten um 7 Uhr war klar, dass Wendhausen mit der Bildung einer neuen Regierung scheitern musste. Die gesamte Beamtenschaft unter Führung der Ministerialdirektoren erklärte, „daß sie es ablehnen müsse, irgendwelche Anweisungen und Aufforderungen des Herrn Dr. Wendhausen [sic] oder sonstiger von ihm gestellter Bevollmächtigter auszuführen; [...] sie würde lediglich ihre Verwaltungsgeschäfte verwaltungsmäßig erledigen.“⁶³ Nachdem sich die angeblichen Regierungsmitglieder Dr. Faull und Käding ebenfalls zurückzogen, musste Lettow-Vorbeck am Montagvormittag wiederum in Verhandlungen mit der rechtmäßigen Regierung treten. Nun konnten die Putschisten bestenfalls noch ihr Gesicht wahren. Um 13.30 Uhr war der Spuk vorbei. Zwischen dem General von Lettow-Vorbeck und Dr. Wendhausen einerseits sowie dem Staatsministe-

⁶⁰ Dr. Hugo Wendorff. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 75. Sitzung, 19. März 1920, Sp. 2264.

⁶¹ Ebd., Sp. 2265.

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd., Sp. 2266.

rium und den Vertretern sämtlicher politischer Parteien andererseits wurde eine 11-Punkte-Vereinbarung getroffen. Der wesentliche Inhalt bestand darin, dass der Auftrag vom Militärbefehlshaber an Wendhausen zur Bildung einer neuen Regierung zurückgenommen wurde und das bisherige Ministerium bis zum Zusammentreten des Landtages im Amt blieb. Lettow-Vorbeck sicherte sich die Befugnisse des Militärbefehlshabers nach den Bestimmungen des verfassungsmäßigen Ausnahmezustandes und Wendhausen – zur Wahrung des Gesichtes – den Posten eines Zivilkommissars. Der General musste allerdings garantieren, dass der Landtag seine Beschlüsse in vollkommener Freiheit fassen konnte und die Immunität der Abgeordneten gewahrt würde. Darüber hinaus sollte das im Amt befindliche Ministerium dem Verfassungsgebenden Landtag die Bildung eines Koalitionsministeriums aus allen Parteien empfehlen und schnellst möglich Neuwahlen organisieren. Die Regierung verpflichtete sich, in der Besetzung der Stellen der Sicherheitswehr ohne Genehmigung des Militärbefehlshabers keine Änderungen vorzunehmen und bis zur Entscheidung des Landtages den Weisungen der in Berlin neu gebildeten Regierung nicht zuwider zu handeln.⁶⁴ Auch in dieser Vereinbarung ging es der Regierung darum, Blutvergießen zu vermeiden. Deshalb ließ sie unter den Vertragstext einen zusätzlichen Aufruf setzen: „Männer und Frauen! Wahrt Ruhe! Laßt Euch nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen und seht der Entscheidung des Landtages entgegen!“⁶⁵

Bürgerkriegsähnliche Zustände in Mecklenburg vom 15. März bis 22. März 1920

Wenngleich Lettow-Vorbeck in der Vereinbarung mit der Regierung Mecklenburg-Schwerins verkündete, dass er zwecks Einhaltung von Ruhe und Ordnung sowie Aufrechterhaltung des Arbeitswillens „den Ausnahmezustand mit größter Milde handhaben“⁶⁶ werde, verstieß er wenige Stunden später gegen diese Abmachung. In den beiden Landeshauptstädten kam es zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf in Schwerin Todesopfer zu beklagen waren und die in Mecklenburg eine Welle der Gewalt auslösten.

In der Nacht vom 14. auf den 15. März 1920 versuchte die Reichswehr, das Schloss in Neustrelitz zu besetzen. Im Vorfeld der Schießerei hatte es innerhalb des Neustrelitzer Offizierskorps Diskussionen über die Haltung zum Putsch gegeben. Die jüngeren Offiziere um Oberleutnant Schulz und Leutnant le Fort setzten sich gegen den Garnisonältesten Hauptmann Freytag durch, der gewalttätige Handlungen verhindern wollte und deshalb kurzerhand per Befehl Let-

⁶⁴ Die Ereignisse vom 15. bis 18. März, in: Landeszeitung für beide Mecklenburg und die Nachbargebiete, 21. März 1920.

⁶⁵ Dr. Hugo Wendorff, Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 75. Sitzung, 19. März 1920, Sp. 2269.

⁶⁶ Ebd.

tow-Vorbecks seines Kommandos enthoben wurde.⁶⁷ Staatsminister Sauerwein schilderte die Ereignisse der Nacht in der Tags darauf stattfindenden Landtags-sitzung: „Die Sicherheitswehr, [...] der die Bewachung des Schlosses und seiner Umgebung zusammen mit der Einwohnerwehr anvertraut war, sah die Schlossstrasse [sic] entlang etwa gegen 1/2 12 Uhr die Reichswehr vollkommen zum Gefecht ausgerüstet, mit Handgranaten und Gewehren versehen, heranmarschieren. [...] Sie gaben daraufhin drei Signalschüsse, Alarmschüsse, welche der Offizier der Reichswehr nach seiner eigenen Angabe dazu benutzte, das Carolinenpalais zu besetzen, zu durchsuchen und von da aus eine Schützenkette zu entwickeln bis zu 50 Meter heran an das Schloß. Als die hier postierte Staatsgendarmerie mit der Einwohnerwehr die voll bewaffnete Reichswehr herankommen sahen und sie auf die Aufforderung, die, wie allerdings von der Reichswehr behauptet wird, nicht gehört worden war, in der Schlossstrasse [sic] nicht Halt machen sahen, wurde, als sie weiter vordrang, von der Staatsgendarmerie das Feuer eröffnet und auch, wie von der Reichswehr nicht bestritten worden ist, von dieser erwidert. Schon nach den ersten Minuten ist es dann glücklicherweise gelungen, das Feuer wieder einzustellen und zwischen den beiden Parteien einen Waffenstillstand zu vereinbaren.“⁶⁸ Wenngleich es bei dieser Schießerei glücklicherweise keine Todesopfer zu beklagen gab, hatte das Gefecht doch für die Regierung in Mecklenburg-Strelitz unangenehme Folgen. Dem Kabinett Reibnitz wurde ein Ultimatum gestellt, die Regierung Kapp-Lüttwitz in Berlin anzuerkennen. Die Minister akzeptierten diese Forderung, um eine weitere blutige Eskalation zu verhindern und unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Landtages, der am Montag, dem 15. März 1920, tagen sollte.⁶⁹ Nach dieser Erklärung wurde der Chef der Staatspolizei Hermann Müller-Brandenburg, der die Verteidigung des Schlosses geleitete hatte, am Morgen des 15. März von der Reichswehr verhaftet und nach Berlin gebracht.⁷⁰

Wenige Stunden später, am Vormittag des 15. März 1920, richteten Reichswehrsoldaten in der Landeshauptstadt Schwerin vor der Post ein Blutbad unter der Zivilbevölkerung an, bei dem 15 Personen ums Leben kamen.⁷¹ Lettow-Vorbeck versuchte, die Situation wenigstens militärisch in die Hand zu bekommen und enthob den Chef der Sicherheitspolizei in Mecklenburg-Schwerin, Oberst Lange, seines Postens.

⁶⁷ LHAS, 4.12-2/1 Mecklenburg-Strelitz Staatsministerium, 565, Schreiben Freytag an Reibnitz vom 28. März 1920.

⁶⁸ Wilhelm Sauerwein. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 48. Sitzung, 15. März 1920, Sp. 1945 f.

⁶⁹ Anerkennung der Reichsregierung. An die Bevölkerung von Mecklenburg-Strelitz, in: Landeszeitung für beide Mecklenburg und die Nachbargebiete, Sonderausgabe, 15. März 1920.

⁷⁰ Wilhelm Sauerwein. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 48. Sitzung, 15. März 1920, Sp. 1945.

⁷¹ Vgl. dazu die Schilderungen einzelner Zeugen: LHAS, 5.12-3/1 Mecklenburg-Schwerinsches Ministerium des Innern, 21198, Bl. 59 ff.

Beide Ereignisse wie auch die folgenden zum Teil sehr blutigen Auseinandersetzungen in Mecklenburg hatten ihre Ursache in dem undifferenzierten und unsinnigen Bolschewismusbegriff der Reichswehrführung sowie den Falschmeldungen und der unübersichtlichen Lage. Die bürgerkriegsähnlichen Zustände in Mecklenburg vom 15. März bis 22. März 1920 lassen sich wiederum in drei Abschnitte unterteilen.

1. Die Organisation des Generalstreiks und Bewaffnung der Arbeiter vom 15. März bis 17. März 1920,
2. Einführung einer neuen militärischen Taktik durch General von Lettow-Vorbeck: der Guerillakrieg – blutige Auseinandersetzungen vom 17. März bis 19. März,
3. Verhandlungen zwischen den Aktionsausschüssen, der Regierung und der neuen Militärführung, 19. März bis 22. März 1920.

Die Organisation des Generalstreiks und Bewaffnung der Arbeiter vom 15. März bis 17. März 1920

Am Montag, dem 15. März 1920, griff der Generalstreik auf ganz Mecklenburg über. Das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben wurde in kürzester Zeit lahmgelegt, was nicht nur zu einem erheblichen Druck auf die Putschisten führte, sondern auch zu zusätzlichen Spannungen in der Bevölkerung. Die Tageszeitungen, darunter auch die Arbeiterpresse, erschienen erst wieder am Dienstag, dem 23. März 1920.⁷² Somit waren die Städte und Gemeinden von der Außenwelt abgeschnitten. Gerüchte verbreiteten sich rasend schnell und heizten die Stimmung zusätzlich an.

Die Situation war in fast allen Kommunen ähnlich: Es bildeten sich Aktionsausschüsse der Arbeiterschaft, bestehend aus Gewerkschaftsführern sowie Politikern der SPD und USPD, die zumeist auch in engem Kontakt mit bürgerlich demokratischen Kräften standen. Die Mecklenburgische Volkszeitung stellte beispielsweise fest, „daß Dr. Heydemann wacker in diesem Sinne mit eintrat und als Bürgermeister seine Klinge führte für die Rostocker Arbeiterschaft.“⁷³ Wo vorhanden, arbeiteten auch Mitglieder der KPD – entgegen der Direktive von der Berliner Parteizentrale – in den Aktionsausschüssen mit. Das war in Rostock der Fall.⁷⁴ Um an Informationen zu gelangen und den Kontakt zu benachbarten Aktionsausschüssen herzustellen, wurden Kurierdienste – zumeist bestehend aus Fahrradfahrern – eingerichtet, unter denen auch Todesopfer zu beklagen waren. Erich Holm, Mitglied einer Radfahrer-Patrouille, wurde am 17. März 1920 bei Hei-

⁷² Eine Ausnahme bildete die Landeszeitung für beide Mecklenburg und die Nachbargebiete, die lediglich vom 15. März bis zum 19. März 1920 nicht erschien.

⁷³ Rostock, In der Stunde der Gefahr, in: Mecklenburgische Volkszeitung, 28. März 1920.

⁷⁴ Ebd.

lignen getötet, als er Zeitfreiwilligentruppen beobachtete.⁷⁵ Arbeiterwehren kontrollierten oder besetzten die wichtigsten Gebäude der Städte, nahmen Hausdurchsuchungen nach Waffen vor und patrouillierten durch die Straßen. Die Gutsbesitzer in den umliegenden Dörfern wurden entwaffnet. Die örtlichen Aktionsausschüsse nahmen sofort Verhandlungen auf mit den neu aufgestellten Zeitfreiwilligenverbänden und der Reichswehr. Dabei kam es nicht zwangsläufig zu blutigen Auseinandersetzungen wie zum Beispiel in Rostock⁷⁶ und Güstrow⁷⁷. In Ludwigslust verlief die sogenannte „Schwarze Woche“ ohne wesentliche Beunruhigungen. Die dortige Reichwehrgarnison hatte sich „auf Verlangen des Zentralverbandes der Arbeiter hinter die Arbeiterschaft gestellt und sich mit dieser solidarisch erklärt.“⁷⁸ Als die Reichswehr in Neustrelitz das Schloss einnehmen wollte, traten vor allem ältere Zeitfreiwillige aus den Verbänden aus mit der Begründung, „daß sie zum Schutz und zur Ordnung eingetreten seien, aber nicht um an einem Unternehmen gegen die Regierung teilzunehmen.“⁷⁹ Bei den Verhandlungen zwischen der Reichswehr, den Zeitfreiwilligenverbänden und den lokalen Aktionsausschüssen traten Bürgermeister, Politiker der bürgerlichen Parteien aber auch Vorgesetzte der Polizeidienststellen nicht nur als Vermittler auf, sondern setzten sich auch aktiv für die demokratische Regierung ein.

Einführung einer neuen militärischen Taktik durch General von Lettow-Vorbeck: der Guerillakrieg – blutige Auseinandersetzungen vom 17. März bis 19. März

Obwohl die Regierung Bauer keine Forderungen der Putschisten erfüllt hatte, trat Kapp bereits am 17. März 1920 zurück. Da Lüttwitz an der Durchsetzung seiner ursprünglichen Forderungen festhielt, wurde der Umsturz zu einer Militärunternehmung⁸⁰, die allerdings auch nur wenige Stunden andauerte und ebenfalls am 17. März 1920 beendet wurde. General von Lettow-Vorbeck, der über die Vorgänge im Reich nur unvollkommen unterrichtet war,⁸¹ gelang es, sich noch einige Tage länger zu halten. Wenngleich Lettow-Vorbeck später die „ehrliche Überzeugung“⁸² einzelner SPD-Mitglieder anerkannte, so besaß er doch eine völlig unklare Vorstellung von Sozialdemokratie und Bolschewismus. Beide

⁷⁵ LHAS, 5.12-3/1 Mecklenburg-Schwerinsches Ministerium des Innern, 21194, Bl. 128.

⁷⁶ Rostock. Die Zeitfreiwilligen, in: Mecklenburgische Volkszeitung, 25. März 1920.

⁷⁷ Güstrow. Verlauf der Gegenrevolution, in: Mecklenburgische Volkszeitung, 24. März 1920.

⁷⁸ Die schwarze Woche in Meckl.-Schwerin. In Ludwigslust, in: Landeszeitung für beide Mecklenburg und die Nachbargebiete, 24. März 1920.

⁷⁹ Ebd., Zeitfreiwillige und Notwehr?

⁸⁰ ERGER (wie Anm. 6), S. 266.

⁸¹ LETTOW-VORBECK (wie Anm. 34), S. 190.

⁸² Ebd., S. 185.

Begriffe bezeichneten für ihn ein und dieselbe Erscheinung. Indem Lettow-Vorbeck alles unternahm, um den vermeintlichen Kommunismus zu bekämpfen, versuchte er, die Legalität zurückzugewinnen. Nur so lässt sich der Befehl erklären, den der General am 17. März 1920 zur „Unterdrückung der Bekämpfung des Bolschewismus auf dem Lande“ bekannt gab.⁸³ Lettow-Vorbeck wandte die Taktik an, mit der er auch im 1. Weltkrieg in Afrika Erfolg hatte. Der Zuständigkeitsbereich des Reichwehrkommandos 9 wurde in vier militärische Operationsgebiete eingeteilt: 1. Abschnitt Wismar mit den Kreisen Grevesmühlen, Wismar, Rostock, Güstrow, Ribnitz, Teterow, Doberan, zuständig hier die Rossbach-Truppen unter der Führung von General Ribbentrop, 2. Abschnitt: Mecklenburg-Strelitz mit den Kreisen Roebel und Stavenhagen, 3. Abschnitt: Schwerin mit den Kreisen Schwerin, Lübz, Ludwigslust, 4. Abschnitt: Ratzeburg dazu u.a. Kreis Hagenow.⁸⁴ In dem überlieferten Befehl wurde lediglich für den militärischen Bereich um Wismar die Verantwortlichkeit festgelegt. Es ist aber davon auszugehen, dass es auch für die anderen Abschnitte eindeutige Zuständigkeiten gab. Die Aufgaben der militärischen Verbände waren deutlich formuliert: „Die Führer der einzelnen Abschnitte führen den Kampf in ihren Abschnitten selbständig. Erfolg kann nur erreicht werden, wenn starke Verbände die Abschnitte täglich durchstreifen und jede bewaffnete oder plündernde Horde rücksichtslos erschossen wird. Den Hilferufen einzelner kann nicht immer entsprochen werden, vielmehr müssen Kräfte für die Haupthorde frei gemacht werden und systematisch das ganze Land gesäubert werden. [...] Die ordnungsliebende Bevölkerung, soweit sie geeignet erscheint und eine Gewähr für ordentliche Verwendung und Verteidigung der Waffen übernimmt, ist zur Verstärkung der Reichswehr durch Zeitfreiwillige und zur Gründung von Einwohnerwehren heranzuziehen. Die den Arbeitern abgenommenen Waffen sind zur Bewaffnung der Zeitfreiwilligen und Einwohnerwehren zu verwenden.“⁸⁵ Zusätzlich erreichte am 16. März 1920 die in Mecklenburg stationierten Reichwehrtruppen ein brutaler Befehl aus Berlin, durch den einen Tag später die Todesstrafe gegen Streikposten und Rädelsführer eingeführt wurde.⁸⁶ Wenngleich diese Anordnung nur wenige Stunden in Kraft war, so bewirkte sie trotzdem eine erhebliche Steigerung der blutigen Auseinandersetzungen.

Im Freistaat Mecklenburg-Strelitz gab es nur wenige Verletzte und durch glückliche Umstände keine Todesopfer. Anders dagegen in Mecklenburg-Schwerin – hier kam es zu blutigen Kämpfen mit Toten zwischen den Zeitfreiwilligenverbänden, der Reichswehr und den Arbeiterwehren beispielsweise in Rostock, Güstrow, Wismar, Schwerin, Gnoien, Parchim und Krukow bei Neubrandenburg. Die Beschießung der Stadt Waren zeigt, mit welcher Brutalität die Offiziere zum Teil vorgingen. Die Granaten, die Leutnant le Fort abfeuern ließ,

⁸³ LHAS, 5.12-3/4 Kommando der Ordnungspolizei Schwerin, 67, Bl. 108.

⁸⁴ Ebd.

⁸⁵ Ebd.

⁸⁶ Ebd., 20, Befehl vom 16. März 1920.

töteten unbeteiligte Personen, darunter auch Kinder.⁸⁷ Wie die Funksprüche des Reichswehrdetachements zeigen, war die Stadt in noch größerer Gefahr. In einem Telegramm, das am 18. März 1920, um 5.50 Uhr von der Reichswehrbrigade in Schwerin empfangen wurde, berichtete le Fort über die Beschießung Warens und forderte „Verstärkung Art(i)l(lerie). Und Kav(allerie). Mit Maschinengewehren nunmehr sofort nötig. [...] Verstärkung wäre auf Waren Penzlin, wo Banden immer noch umherziehen, anzusetzen Kommando von Boek aus.“⁸⁸ Wenig später erreichte die Militärführung um General von Lettow-Vorbeck eine noch dringlichere Nachricht: „In Waren völliger Bolschewismus. Ein Bataillon allein für Waren sofort dringend erforderlich. Vorausgegangene Truppenanforderung besteht weiter. Nachrichtenzug begeben. Bandenkrieg und Plünderungen grösseren Stils andernfalls zu erwarten. Reichswehroffizierpatrouille nach Waren wurde von Spartakisten in Falle gelockt und stark beschossen. Ein Mann leicht verwundet.“⁸⁹

Verhandlungen zwischen den Aktionsausschüssen, der Regierung und der neuen Militärführung, 19. März bis 22. März 1920

Am 19. März 1920 wurde General von Lettow-Vorbeck aus Schwerin abberufen. In der Mitteilung seines Abschieds an die Unterstellten bekräftigte er noch einmal seine wirren politischen Vorstellungen: „Ich habe den Befehl erhalten, die Führung der 2. Kav.Div. zu übernehmen, zu deren Kommandeur ich vor 2 Monaten ernannt bin. Mit meinen alten Freunden der 9. Reichswehrbrigade weiss ich mich auch fernerhin eins in festem Willen zum Kampf gegen den Bolschewismus. [...] gez. von Lettow.“⁹⁰ Erst im Sommer 1920 erhielt der General vom Reichswehrministerium seinen Abschied.⁹¹ Albrecht Wendhausen floh bereits am 19. März 1920. Sein Vermögen wurde beschlagnahmt.⁹² Wendhausen kehrte erst 1922 aus seinem Asyl bei einem Bauern in Oberbayern zurück und übernahm das Gut seiner Mutter in Spotendorf bei Laage.⁹³

Am 20. März 1920 trat Generalmajor Weber die Führung der Reichswehrbrigade 9 an. Den Offizier, der als verfassungstreu galt, erwartete ein schweres

⁸⁷ Jürgen KNIESZ: Der Kapp-Putsch in Waren und seine Folgen, in: Für Demokratie und Freiheit. 110 Jahre Sozialdemokratie in Waren (MÜRITZ), hg. von Rudolf BORCHERT und Jürgen KNIESZ, Banzkow 2004, S. 47 f.

⁸⁸ LHAS, 5.12-3/3 Chef des Sicherheitswesens für Mecklenburg-Schwerin, 46, Nachrichtenblatt Reichswehrbrigade 9 vom 20. März 1920.

⁸⁹ Ebd.

⁹⁰ LHAS, 5.12-3/1 Mecklenburg-Schwerinsches Ministerium des Innern, 21205, Bl. 5.

⁹¹ LETTOW-VORBECK (wie Anm. 34), S. 192.

⁹² Dr. Hugo Wendorff. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 78. Sitzung, 9. April 1920, Sp. 2331 ff.

⁹³ Grete GREWOLLS: Wer war wer in Mecklenburg-Vorpommern? Ein Personenlexikon, Bremen 1995, S. 461.

Erbe. Die in Mecklenburg-Schwerin tobenden zum Teil blutigen Gefechte, wie zum Beispiel in Gnoien und Wismar, und der Generalstreik mussten schnellstens beendet werden. Aus diesem Grund fand in Schwerin am gleichen Tag eine Verhandlung zwischen dem Staatsministerium, Mitgliedern der Gewerkschaften und Aktionsausschüsse und dem neuen Militärbefehlshaber statt. Vor allem in der Frage der Bewaffnung der Arbeiter musste Generalmajor Weber große Zugeständnisse machen. Die Vertreter der Arbeiterschaft erreichten nicht nur, dass die Waffen unter ihrer Kontrolle blieben, sondern auch die Einrichtung einer ständigen Arbeiterwehr in Stärke von 300 Mann.⁹⁴ Die sozialdemokratische Mecklenburgische Volkszeitung berichtete stolz: „Im Zeichen des Sieges beschlossen der Aktionsausschuß Rostock im Verein mit den eingeladenen Aktionsausschüssen anderer Städte am Sonntagabend [21. März 1920] den Abbruch des Generalstreiks [...],“⁹⁵

Wer hat den Putsch niedergeschlagen?

Für einen militärisch durchgeführten Umsturz bestanden in beiden mecklenburgischen Freistaaten noch ungünstigere innenpolitische Voraussetzungen als im Reich. Das übereilte Vorgehen von Lüttwitz' zwang Kapp zu improvisieren. So hatte es auch keine Vorbereitung des Putsches in Mecklenburg gegeben. Hier wurde General Paul von Lettow-Vorbeck zum Hauptinitiator des Umsturzes. Er agierte aber völlig isoliert. Während von Lettow-Vorbeck in Mecklenburg-Schwerin kurzfristige Erfolge erzielte, blieb sein Einfluss in Mecklenburg-Strelitz noch begrenzter. Bereits die militärische Absicherung des Putsches mislang. Wie Kapp und Lüttwitz hielt Lettow-Vorbeck die „bolschewistische Gefahr“ für sehr groß.

Wenn auch Lettow-Vorbeck die Ausschaltung der SPD wünschte, so war er trotzdem zu Verhandlungen bereit. Der zum Regierungskommissar bestellte Amtsverwalter Wendhausen scheiterte bereits in den Anfängen mit dem Versuch, eine neue Zivil-Regierung aufzustellen. Somit bestand keine Alternative zur SPD/DDP-Regierung in Mecklenburg-Schwerin. Die Verhandlungen der legitimen Minister mit Lettow-Vorbeck mussten nicht einmal die Schwächen der Putschisten verdecken, sondern waren der Versuch, die Militärführung wieder hinter die rechtmäßige Regierung zu bekommen. Das gelang aber erst mit dem Rücktritt des Generals von Lettow-Vorbeck. Anders als im Reich erhielt die Regierungskoalition Unterstützung von der Polizei, rückte vom Militär ab und baute auf den Generalstreik. Die Gefahr einer Revolution von links bestand in Mecklenburg nicht. Dazu waren die KPD und die linksextremistischen Kräfte in der USPD zu schwach. Wo sie existierten, arbeiteten sie in den Aktionsaus-

⁹⁴ Die Meuterer von rechts niedergeschlagen! In: Mecklenburgische Volkszeitung, 24. März 1920.

⁹⁵ Ebd.

schüssen mit, wenngleich auch in Mecklenburg die KPD-Zentrale am 14. März dazu aufgerufen hatte, sich an dem Generalstreik nicht zu beteiligen.

Die bürgerlich demokratischen Kräfte blieben – trotz ihres ausdrücklichen Wunsches, wie zum Beispiel in Rostock – von den Aktionsausschüssen ausgeschlossen. Es gelang aber trotzdem, zu den SPD-Führern engen Kontakt zu halten. Anders als in Berlin setzte der Generalstreik die demokratischen Kräfte in Mecklenburg nicht unter Druck. Vielmehr konnte der Unmut der Bevölkerung über die putschenden Offiziere erreichen, dass das Militär in Mecklenburg-Schwerin erst Wochen später unter Auflagen in die Kasernen zurückkehren konnte⁹⁶ und aus Mecklenburg-Strelitz gänzlich abgezogen wurde.⁹⁷

Die Landtagsfraktionen der DVP und DNVP verurteilten den Umsturzversuch⁹⁸ und distanzierten sich bereits am 14. März öffentlich vom Putsch.⁹⁹ Einzelne Persönlichkeiten der konservativen Parteien, wie z.B. Dr. Knebusch in Mecklenburg-Schwerin, führten im Auftrag der Regierung Verhandlungen mit dem Militär. In Mecklenburg-Strelitz wurden zwei Funktionäre der DNVP aus der Partei ausgeschlossen und verloren ihre Anstellung, weil sie sich offen auf die Seite der Putschisten gestellt hatten.¹⁰⁰ Wenngleich die demokratiefeindlich eingestellten Parteien in Mecklenburg eine Veränderung der Regierungsform anstrebten, so waren sie mehr noch an der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung interessiert. Deshalb verhielt sich die Mehrheit der konservativen Mitglieder ablehnend oder wenigstens neutral gegenüber dem Umsturzversuch. Zur Beurteilung der Einstellung der Zeitfreiwilligenverbände bedarf es einer differenzierten Betrachtung. Vielfach waren ihre Mitglieder durch Anordnungen und Erklärungen der Schweriner Militärführung falsch informiert worden. Die unübersichtliche Situation und die bereits angesprochene Vorstellung vom Bolschewismus stifteten zusätzliche Verwirrung. In Neustrelitz beendete ein beträchtlicher Teil der Zeitfreiwilligen ihren Dienst, als bekannt wurde, dass sie gegen die rechtmäßige Regierung eingesetzt werden sollten.¹⁰¹ Die Arbeiterwehren lehnten die Aufnahme der Bürger, die die Demokratie verteidigen wollten, ab. An den blutigen Auseinandersetzungen nach dem 17. März 1920 waren die Zeitfreiwilligenverbände weniger beteiligt. Vor allem die Baltikumer-Truppen verhielten sich während dieser Kämpfe äußerst brutal.

⁹⁶ Dr. Hugo Wendorff. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 78. Sitzung, 9. April 1920, Sp. 2331 bis 2333.

⁹⁷ Dr. Freiherr v. Reibnitz. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 50. Sitzung, 23. März 1920, Sp. 2003.

⁹⁸ Dr. Magnus Knebusch. Verhandlungen des Verfassungsgebenden Landtages von Mecklenburg-Schwerin, 75. Sitzung, 19. März 1920, Sp. 2278.

⁹⁹ Karl Schwabe. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 50. Sitzung, 23. März 1920, Sp. 2008.

¹⁰⁰ Karl Bartosch. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 57. Sitzung, 10. April 1920, Sp. 2308, 2355 f.

¹⁰¹ Hermann Müller-Brandenburg. Verhandlungen des 1. ordentlichen Landtags von Mecklenburg-Strelitz, 50. Sitzung, 23. März 1920, Sp. 2012.

Während Sicherheits- und Einwohnerwehren vor allem im Freistaat Mecklenburg-Schwerin aufgestellt wurden, setzte die Regierung in Mecklenburg-Strelitz auf den Ausbau einer Staatsgendarmerie. Dadurch konnte verhindert werden, dass Bürger, die der Republik ablehnend gegenüber standen, in den Besitz von Waffen kamen. Viele Großgrundbesitzer waren republikfeindlich eingestellt, hatten aber in erster Linie wirtschaftliche Interessen. Sie übergaben die Waffen, die den Gütern von der Regierung zum Schutz vor Plünderern zur Verfügung gestellt worden waren, den Arbeiterwehren häufig freiwillig. Einige Gutsbesitzer unterstützten den Generalstreik und zahlten den Streikenden sogar ihren Lohn weiter. Vereinzelt kam es auf den Gütern zu bewaffneten Auseinandersetzungen, da die Besitzer nicht bereit waren, die Waffen freiwillig herauszugeben. Aber auch in diesen Fällen ist nicht automatisch auf eine Unterstützung des Putsches zu schließen. Die eindeutigen und aktiven Stellungnahmen für den Putsch durch Baron le Fort und den späteren Ministerpräsidenten Mecklenburg-Schwerins Joachim Freiherr von Brandenstein blieben – wenn auch sehr blutige – Ausnahmehandlungen.

Die Partner der Regierungskoalition waren der Arbeiterschaft zu Dank verpflichtet. Die Landtagsabgeordneten von SPD und DDP traten auch nach der Landtagswahl, die in Mecklenburg-Schwerin zu einer konservativen Regierung führte, vehement für die Teilnehmer am Generalstreik und die strafrechtliche Verfolgung der Hauptverantwortlichen des Putsches ein. Nach dem Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit vom 4. August 1920¹⁰² wurde eine juristische Aufarbeitung erschwert. Letztlich führte die parlamentarische Auseinandersetzung im Schweriner Landtag über den Freispruch der Mörder des Arbeiters Jahnke zum Rücktritt der rechtskonservativen Regierung.¹⁰³

Der Lüttwitz-Lettow-Vorbeck-Putsch in Mecklenburg, der nicht nur wenig vorbereitet, sondern auch laienhaft durchgeführt worden war, zeigt die Instabilität der mecklenburgischen Nachkriegs- und Nachrevolutionsgesellschaft. Anders als im Reich verdeutlicht der gescheiterte Umsturz aber auch den Rückhalt der mecklenburgischen Freistaaten in weiten Teilen der Bevölkerung.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Fred Mrotzek

Universität Rostock

Dokumentationszentrum des Landes für die Opfer deutscher Diktaturen

August-Bebel-Str. 28

18055 Rostock

e-mail: fred.mrotzek@philfak.uni-rostock.de

¹⁰² Gesetz über die Gewährung von Straffreiheit. Vom 4. August 1920, in: Reichs-Gesetzblatt, Jahrgang 1920, Nr. 163, S. 1487.

¹⁰³ Erster ordentlicher Mecklenburg-Schwerinscher Landtag, 30. Sitzung, 12. Januar 1921, Sp. 1190.

FREISTAAT, PREUSSISCHE PROVINZ ODER REICHSLAND? DIE SELBSTBEHAUPTUNG DER MECKLENBURGISCHEN LÄNDER IN DER WEIMARER REPUBLIK*

Von Anke John

In der Zeit der Weimarer Republik hatten Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz sich gegen Reichsreform- und Großraumpläne zu behaupten, die die beiden selbstständigen Freistaaten zu preußischen Kreisen, Provinzen oder Reichsländern machen wollten. Die beiden mecklenburgischen Länder zählten bis 1918 zu den wenigen kleinen und mittleren Territorien, die ihr staatliches Eigenleben bewahrt hatten und die nicht in den Umwälzungs- und Integrationsprozessen des 19. und 20. Jahrhunderts untergegangen waren. Die Statistik unterstreicht die bedrohliche Entwicklung für die deutsche Staatenwelt: um 1800 gab es noch 300 Staaten, eingeschlossen die freien Reichsstädte. Aus 41 souveränen Territorien, die sich nach den napoleonischen Flurbereinigungen 1815 im Deutschen Bund zusammenschlossen, waren 1871 bei der Gründung des Deutschen Reiches 26 geworden. Noch 18 Länder zählte die Republik von Weimar. Aber auch dieser Zustand war von Anfang an nur als ein zeitbedingter Kompromiss angelegt, denn die Weimarer Verfassung hatte – wenngleich ausführlich behandelt – das Verhältnis zwischen Reich und Ländern nur unbefriedigend geregelt. Das Verfahren, mit dem Ländergrenzen neu festgelegt werden konnten, legte Artikel 18 fest. Seine Umsetzung sollte von der 1920 gegründeten Zentralstelle für die Neugliederung des Reiches vorangetrieben werden.¹

Vielen Zeitgenossen erschien die neue Verfassung nur als eine „weitere Etappe im Aufstieg Deutschlands aus dem Konglomerat früherer Jahrhunderte zu einem organisch gegliederten einigen Reich“² mit höchstens einem Dutzend homogener und leistungsfähiger Länder. Die Fiktion von der Reichseinheit galt zu-

* Für den Druck bearbeitete Fassung eines am 8. Oktober 2004 in Rostock gehaltenen Vortrags.

¹ Gerhard ANSCHÜTZ: Das preußisch-deutsche Problem, Tübingen 1922 sowie die neueren staatsrechtlichen Darstellungen von Michael STOLLEIS: Geschichte des öffentlichen Rechts. Weimarer Republik und Nationalsozialismus, München 2002, S. 118–124 und Stefan OETER: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. Untersuchungen zur Bundesstaatstheorie unter dem Grundgesetz, Heidelberg 1996, für die geschichtswissenschaftliche Perspektive immer noch grundlegend Gerhard SCHULZ: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform, Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, 2. Aufl. Berlin 1987.

² E. HINRICHS: Einleitung der Denkschrift, in: Nordmark, die Ostseelösung für Schleswig-Holstein, Lübeck, Mecklenburg, Rendsburg 1932, S. 7.

dem als wichtigste Vorbedingung für den Wiederaufstieg der Nation nach dem verlorenen Krieg. Seit 1918 sahen sich die verbliebenen Klein- und Mittelstaaten daher einer Reichspolitik gegenüber, die ihnen durch möglichst wenige Zugeständnisse aufzeigte, dass sie keine Existenzberechtigung mehr hätten. Auch Mecklenburg-Strelitz und Mecklenburg-Schwerin galten als Schulbeispiele nicht mehr lebensfähiger Länder. Infolgedessen entstand eine Reihe von Plänen zur staatlichen Zukunft und Neugliederung Mecklenburgs. Als diese zu einer ersten Bedrohung des Landes wurden, lud die Regierung Eschenburg 1929 die anderen betroffenen norddeutschen Klein- und Mittelstaaten zu einer Konferenz nach Schwerin ein, schaffte es aber nicht, ein Bündnis gegen den wachsenden Zentralisierungsdruck des Reiches zu formieren.³ Auch wenn die Weimarer Neugliederungspläne nicht über das Stadium ergebnisloser Regierungskonferenzen hinausgekommen sind, ist es lohnend, sich den unerfüllten Verfassungsreformbemühungen zuzuwenden. Im Zentrum stehen Kernfragen der politisch-staatlichen Organisation, die bis in die jüngste Zeitgeschichte relevant geblieben sind: Welche Bedeutung hat Regionalität in den Zentralisierungsprozessen der modernen Industrie- und politischen Massengesellschaft? Waren Kleinstaaten wie Mecklenburg in diesem Zusammenhang lediglich anachronistische und entwicklungshemmende Gebilde? Oder sind ihnen eher integrative und stabilisierende Tendenzen zuzuschreiben?

Reichsreform- und Neugliederungspläne für die mecklenburgischen Freistaaten

Das Verhältnis zwischen dem Reich und den Ländern war ein besonders sensibler Bereich der inneren Einheit der Weimarer Republik. Hier angelegte Konflikte wie die separatistischen Bestrebungen im Westen, der Konflikt mit Bayern 1923 oder der Staatsstreich gegen Preußen 1932 bedeuteten schwere Existenzkrisen für die Republik. Zwar war am Beginn der Republik gesagt worden, dass ein harmonisches Verhältnis zwischen Reich und Ländern wichtig wäre, aber dieses war in der Weimarer Verfassung nur unbefriedigend geregelt und in keiner Weise institutionell gesichert. Als ein zentrales Problem wurde die mangelnde Homogenität der Länder angesehen. Neben Preußen, das zwei Drittel des Territoriums und drei Fünftel der Bevölkerung ausmachte, existierten Kleinstaaten wie Anhalt, Lippe, Oldenburg und Mecklenburg-Strelitz. Außerdem gab es unzählige Enklaven und Exklaven. Angesichts dieser Ausgangslage setzte daher früh eine Reichsreform- und Neugliederungsdebatte ein, die in

³ Aus den Akten der Reichskanzlei im Bundesarchiv und des Landeshauptarchivs Schwerin sowie den stenographischen Landtagsprotokollen lässt sich die Reichspolitik der mecklenburgischen Kabinette rekonstruieren, die sich seit 1926 mehrfach mit der Frage eines Anschlusses an Preußen zu befassen hatten. Aus dieser Zeit stammende Presseberichte und Denkschriften geben darüber hinaus Auskunft über ein mecklenburgisches Eigenbewusstsein.

hohem Maß Energien von Staatsrechtlern und Politikern mobilisierte. Auf dem Höhepunkt der Diskussion 1928 wurde von der Reichsregierung Marx und den Ministerpräsidenten eine Länderkonferenz in Berlin einberufen, die folgende Probleme lösen sollte:

- eine Aufteilung Preußens in Länder,
- eine Beseitigung der Kleinstaaten, Enklaven und Exklaven,
- eine Abgrenzung der Kompetenzen zwischen Reich und Ländern und
- eine umfassende Verwaltungsreform.⁴

Betrachtet man den Verlauf der Weimarer Föderalismusdebatte, so folgte sie einem zunehmenden Einheitswunsch, der an das 19. Jahrhundert anknüpfte. Bereits im Kaiserreich hatte sich die unitarische Ausrichtung auf einen durchsetzungsfähigen Machtstaat verstärkt. Die Kriegswirtschaft brachte einen weiteren Zentralisierungsschub. Der Sturz der Monarchien 1918 entzog den Einzelstaaten schließlich ihre wichtigste Legitimationsgrundlage. Anders als die Verfassung des Bismarckreiches kannte die von Weimar weder eine Garantie für den Bestand der Länder noch für das bundesstaatliche System überhaupt. Deutlich wurde dies erstmals in der Folge des Versailler Vertrages. Er minderte durch seine finanziellen Belastungen den bundesstaatlichen Rang ein weiteres Mal: Die Finanzhoheit der Länder ging mit der Erzbergerschen Finanzreform 1921 verloren, Post und Bahn wurden Eigentum des Reichs. Vor allem die Existenz der kleinen und mittleren Länder hing fortan an Subventionen und Dotationen des Reiches, aber auch der fiskalisch potenten Stadtstaaten und Länder wie Preußen, Sachsen oder Württemberg.⁵ Der Unterscheidung in finanzstarke und leistungsschwache Länder entsprach dabei die Einteilung in lebensfähige und lebensunfähige Länder. Die Organisationsform der Länder, so lautete eine zunehmend mehrheitlich getragene zeitgenössische Problemdiagnose, sei kostspielig, teuer bezahlt und wenig effektiv. Mit Blick auf die Landesparlamente und Landesregierungen wurde Weimar-Deutschland als Land der Regierungs-inflation und Zerrissenheit wahrgenommen. Eine Kritik, die in republikanischen Kreisen weit verbreitet war und die gleichwohl vom restaurativen Lager als *Corpus Delicti* für das „falsche Prinzip“ des Parlamentarismus vorgetragen wurde.

⁴ Die Länderkonferenz tagte vom 16. bis 18. Januar in der Reichskanzlei Berlin und war mit führenden Köpfen der Landesregierungen, Vertretern der Reichsregierung und Staatsrechtlern prominent besetzt.

⁵ Nach § 35 im Reichsfinanzausgleichsgesetz führten die Länder, deren Reichseinkommens- und Körperschaftssteuern höher waren als der Reichsdurchschnitt einen Teil ihrer Einnahmen zugunsten von Ländern ab, deren Einkommen weit unter diesem Durchschnitt lag. Zu den Empfängern zählten: Bayern, Mecklenburg-Schwerin, Oldenburg, Lippe und als steuerschwächstes Land des Reiches Mecklenburg-Strelitz, Etatsrede, Staatsminister Kurt Artur Freiherr von Reibnitz, in: Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag, Stenographische Berichte (17), 29. Sitzung, 6. Februar 1930, Sp. 1178 f. sowie Johannes POPITZ: Der Reichsfinanzausgleich und seine Bedeutung für die Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden. Veröffentlichungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Berlin 1930.

Dazu mischten sich außerdem Erfahrungen der industriellen und wissenschaftlich-technischen Entwicklung. Aus ihnen und aus den Bedingungen einer neuen Massenkommunikation und Massengesellschaft wurden Forderungen nach zentralen Staatsstrukturen abgeleitet, die rationalen, bürokratischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entsprechen sollten. Das Reich und die Länder, so hieß es, hinkten demnach der Wirtschaft hinterher, und befänden sich im Stadium vor der Rationalisierung. Deutschland entspreche damit nicht den „Erfahrungen der jüngsten Zeit, der Technik und dem wirtschaftlichen Empfinden seiner Bewohner“⁶. Kritisiert wurde die dynastische Länderteilung, die nach dem Sturz der 22 Kronenträger überholt sei. Die Kleinstaaten galten als nicht vereinbar mit dem Rhythmus und der Technik des 20. Jahrhunderts.⁷

Die auf diesen Gravamina aufbauenden verschiedenen Neugliederungspläne ließen für Mecklenburg an Buntscheckigkeit nichts zu wünschen übrig. Die meisten stimmten eigentlich nur in dem einen Punkt überein, dass sie die beiden Freistaaten nicht bestehen lassen wollten.

Der Frankfurter Entwurf von A. Weitzel teilte Deutschland in zwölf Reichsländer, wobei eine der neuen Ländergrenzen quer durch Mecklenburg lief: westlich von Arendsee, östlich von Blankenberg und Karow und westlich von Röbel durchschnitt sie die Seenplatte.⁸ Andere Vorschläge wiederum befassten sich mit der Frage, an welches Territorium Mecklenburg anzuschließen sei. Johann Ulrich Folkers, Professor für Geografie und Pädagogik an der Rostocker Universität und der Landesgeschichtsschreibung vor allem als Bauernhausforscher geläufig, unterbreitete die so genannte Ostseelösung. Sie zielte auf den politischen Zusammenschluss Schleswig Holsteins, Lübecks und Mecklenburgs zu einem Gebilde, das den Namen *Nordmark* trug. Der neue Nordstaat war ein Konstrukt, dessen Grenzen sich jedoch weder historisch, noch geografisch oder bevölkerungsgeschichtlich eindeutig definieren ließen. Für Mecklenburg betraf dies vor allem die sprachlich-kulturelle Abgrenzung gegen Vorpommern und die Einbindung des Strelitzer Landesteils. Die Schöpfer der Nordmarklösung waren sich deshalb darüber im Klaren, dass die Bildung dieses neuen Landes letztlich nur „durch einen Willensakt [...] erzwungen werden“ kann. Der Rückgriff auf die mittelalterliche Geschichte bis zu Heinrich dem Löwen sollte dabei eine neue Identität schaffen und fehlende Zusammengehörigkeitsgefühle „zwi-

⁶ Stadtrat MICHEL, Frankfurt a. Main: Südwestdeutschland als Kultureinheit, gehalten am 23.09.1930, in: Süddeutschland als Kultur- und Wirtschaftseinheit, sieben Rundfunkvorträge, Frankfurt a. Main, o. O., o. S.

⁷ Um nur einige wenige Beispiele aus der Debatte anzuführen: Otto BRAUN: Deutscher Einheitsstaat oder Föderativsystem? 2. Aufl. Berlin 1927; Arnold BRECHT: Reichsreform Warum und Wie? Berlin 1931; Hans PFEIFFER, Rudolf HENLE: Großpreussische Provinzen oder autonome Länder? Köln 1929; Karl SOMMER: Der billigere Einheitsstaat, München 1929.

⁸ A. WEITZEL: Die regionale Gliederung des deutschen Einheitsstaates und DERS.: Die regionale Gliederung Deutschlands nach Wirtschafts- und Verkehrsgebieten, Frankfurt o. J.

schen Ostelbien und Westelbien“ überbrücken. Hier sollte am Ende etwas zusammenwachsen, was zusammengehört. Mit Heinrich dem Löwen wurde zugleich eine Spur aufgenommen, die die welfische Eroberung des Obotritenlandes als eine unbeendete Aufgabe ansah. Insbesondere Mecklenburg galt als rückständiges Land, das „in der Erstarrung des ständischen Staatswesens“ den Anschluss an die altdeutsche Kulturprovinz verloren hatte. Die Mecklenburger trugen demnach typische Merkmale und Mentalitäten einer aus dem Mittelalter hervorgegangenen ostdeutschen kolonialen Zivilisation wie eine geringe Bevölkerungsdichte und ein schwacher Urbanisierungsgrad. Als historische Mission des westlichen Nachbarn Schleswig Holstein wurde demgemäß eine „neue Ostlandwanderung“ angesehen. Sie sollte durch „Siedlung und Hilfe der Bauernsöhne des Westens“ die Landflucht von den mecklenburgischen Gütern beenden und das Erbe deutscher Kultur gegen den slawischen Einfluss der in der Landwirtschaft beschäftigten polnischen Saisonarbeiter erhalten.⁹ Die hier anklingenden Bevölkerungs- und Raumordnungskonzepte brachten Folkers in Verbindung mit der „Blut- und Boden“-Theorie des Nationalsozialismus.

Den Kontrast zur so genannten Nordmarklösung bildeten Überlegungen von Rudolf Henle. Henle war Professor der Rechte an der Rostocker Universität und Mitglied der Reichsgemeinschaft für Föderalisten. Mit seinem Staatsideal unvereinbar war ein zentralisierter norddeutscher Großblock und eine Verpreußung der kleinen Länder. Henlein plädierte stattdessen für eine Reföderalisierung des Reiches, die Selbstständigkeit kleiner und mittlerer Länder und eine Aufgliederung Preußens, die ihm ohne eine Revision der auf Preußen zentrierten Geschichtsbetrachtung und den Sturz Bismarcks als Nationalheros unmöglich erschien. Bezogen auf eine künftige Wiedervereinigung mit Österreich hielt er den Länderstaat für die einzige großdeutsche Option. Zudem könne auch nur der Länderstaat „die deutsche Volksseele vor der Vernichtung durch eine seelelose Staatsmaschinerie“¹⁰ bewahren. Henlein, der als eine Art selbsternannter politischer Berater in regelmäßigem Kontakt zur Münchner Ministerialbürokratie stand, sah dabei in Bayern quasi die einzige verbliebene Garantiemacht Mecklenburgs in der Weimarer Republik.¹¹

Von politisch größerem Gewicht war der halb offizielle Vorschlag des „Bundes zur Erneuerung des Reiches“, der vom ehemaligen Reichskanzler Luther angeführt wurde. Er sah immerhin eine selbstständige Reichsprovinz vor, die die Schweriner und Strelitzer Landesteile zusammenführen sollte. Ein einheit-

⁹ Johann Ulrich FOLKERS: Mecklenburg in der Neugliederung des Deutschen Reiches, in: Zeitschrift für Geopolitik VIII, 7, Heidelberg 1931, S. 517–524; DERS.: Die Nordmark als Einheit durch Geschichte und Volkstum, in: Nordmark, die Ostseelösung für Schleswig-Holstein, Lübeck, Mecklenburg, Rendsburg 1932, S. 12–22.

¹⁰ Rudolf HENLE: Einheitsstaat und Länderstaat, in: Bayerische Staatszeitung, 26. März 1928, S. 1.

¹¹ DERS.: Großpreußische oder großdeutsche Lösung? Worte zur Reichsreform, Rostock 1930; DERS.: Reichsreform und Länderstaat, Rostock 1931 sowie die Akte über Henle im BHStA München, MA 103417.

liches Mecklenburg, das wenigstens die Größe einer preußischen Provinz erreichte, galt dabei als Grundvoraussetzung für eine längerfristige mecklenburgische Eigenstaatlichkeit.¹²

Blickt man zunächst allein auf die Karte, forderte die geografische Situation der beiden Mecklenburg ihre Vereinigung geradezu heraus. Mecklenburg-Strelitz bildete kein geschlossenes Territorium, sondern zerfiel neben kleineren Enklaven in zwei Teile. Das Stargarder Land und das Fürstentum Ratzeburg waren in der ganzen Breite Mecklenburg-Schwerins voneinander getrennt. Neben dieser Gemengelage wies die mecklenburgische Geschichte zudem starke integrierende Züge auf. Ungeachtet der dynastischen Landesteilungen, die schließlich im Hamburger Vergleich 1701 eine politische Trennungslinie zwischen den beiden Landesteilen Strelitz und Schwerin gezogen hatten, war Mecklenburg bis 1918 ein politisch und administrativ weitgehend homogener Ständestaat gewesen. Dies fand auch nach der Revolution seine Fortsetzung in zahlreichen gemeinsamen Behörden wie dem Oberlandesgericht in Rostock.¹³ Das gegenseitige Nachfolgerecht der mecklenburgischen Fürsten hatte bis 1918 äußerlich die Zusammengehörigkeit der Landesteile betont. Nach innen war die Selbstständigkeit der mecklenburgischen Territorien durch die ständische Union stark beschränkt gewesen. Die beiderseitigen und wiederholten Versuche der Herzöge und Großherzöge, ihre Souveränität zu behaupten und die Verbindung zwischen Strelitz und Schwerin zu lockern oder ganz aufzuheben, scheiterte immer wieder am Widerstand der Stände, die nicht nur symbolisch, sondern auch institutionell die Einheit des Landes verkörperten. Als am Ende des Ersten Weltkrieges der monarchische Dualismus wegfiel, stand daher sogar ein Land unter einer Krone in Aussicht. Nach dem Selbstmord des Strelitzer Großherzogs Adolf Friedrich VI. zögerte der Schweriner Regent jedoch in den letzten acht Monaten der Monarchie, seine Thronfolgerechte als nächster Agnat durchzusetzen und damit die Vereinigung Mecklenburgs zu verwirklichen, gegen die sich vor allem in Strelitz Widerstand bildete. Die Bewegung für ein selbstständiges

¹² Als Mindestgröße eines zukunftsfähigen Landes galt der zehnfache Status einer Großstadt in Bezug auf die Einwohnerzahl. Die beiden Mecklenburg zusammen hätten ein Land von 784 000 Einwohnern und 16 057 qkm ergeben. Sie wären aber gemessen an Fläche größer als Sachsen, Baden, Thüringen, Hessen und die preußischen Provinzen Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau gewesen. Mit Rücksicht darauf sollte ihnen der Anspruch auf eine Staatsspitze zugebilligt werden, vgl. die Bericht-erstattung des Staatsrechtlers Hans Nawiasky vor dem Verfassungsausschuss der Länderkonferenz 1928 zum Problem der kleineren Länder BHStA, MA 103345 und den Aufruf des Bundes zur Erneuerung des Reiches, Berlin 1928.

¹³ Außerdem existierten zahlreiche gemeinsame Interessenvertretungen und Berufsorganisationen für beide Länder. 1925 schlossen sich die Handwerkskammer, Handelskammer und die Landwirtschaftskammer für Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz zum Verband der Mecklenburgischen Wirtschaftskammern zusammen. BArch R 43 I/1877 Übersicht des Reichsministers des Innern über die zwischen den Ländern bestehenden Verwaltungsgemeinschaften und Gemeinschaftsvereinbarungen, Berlin, 12. Juli 1928.

Großherzogtum Mecklenburg-Strelitz wandte sich unter anderem gegen die Preisgabe der Heimat und gegen ein Aufgehen in den schlechteren mecklenburgischen Finanzverhältnissen. Der Freistaat Mecklenburg-Strelitz knüpfte schließlich an dieses stark betonte Eigenbewusstsein an. In dem Rang, 1919 als erstes Land des Reiches eine Verfassung verabschiedet zu haben, zeigte Mecklenburg-Strelitz auch nach dem Ende der Dynastie einen starken Willen zur Selbstbehauptung und Eigenstaatlichkeit. 1922 fand dies seine symbolische Entsprechung in einem neuen Landeswappen, welches auf blaurotgelbem Schilde den Stargarder Burgturm, den mecklenburgischen Büffelkopf und das Ratzeburger Kreuz zeigt und von einem Spruchband mit dem Namen Freistaat Mecklenburg-Strelitz umgeben ist.¹⁴

Ernstliche Einigungsversuche hat es in den 1920er Jahren nicht mehr gegeben, eher entfernten sich beide Länder voneinander, vor allem weil die bis dahin vorhandene Verklammerung eines gemeinsamen Landtages weggefallen war. Außerdem wurden die Unterschiede stark herausgekehrt, um den Strelitzern und Schwerinern entsprechend der nun vertieften innermecklenburgischen Grenzen das Gefühl einer eigenen Identität zu geben.

Als historisches Argument wurde die Herkunft der deutschen Einwanderer des 12. und 13. Jahrhunderts angeführt, nach der die Siedlungsbewegung von West nach Ost von dem südlich-nördlichen Strom aus der Mark Brandenburg ergänzt wurde. Die modernen Wirtschafts- und Verkehrsanbindungen verwiesen darüber hinaus das Stargarder Land auf Berlin, während sie in Mecklenburg-Schwerin vor allem auf Hamburg zielten. In einem großen Mecklenburg wäre Strelitz zudem an die Peripherie gedrängt worden. Bis zur Landeshauptstadt Schwerin waren es mit der Eisenbahn 5 bis 5 1/2 Stunden Fahrtzeit, während Strelitz sich quasi vor den Toren Berlins befand. Die Rolle eines Randbezirkes spielte das kleinere Mecklenburg bereits in den Organisationsstrukturen der Arbeiterparteien. Die Unterschätzung der Eigenständigkeit Strelitz' durch die Nationalsozialisten führte zu einem geringeren Einfluss gegenüber den Deutschenationalen, die auf regionale Führer wie den Vorsitzenden der Stargarder Ritterschaft und Staatsminister Heinrich von Michael zurückgreifen konnten.¹⁵

Die Konferenz der nord- und mitteldeutschen Länder 1929 in Schwerin

Die tief sitzende Abneigung gegen ein Zusammengehen der beiden Mecklenburg war im Grunde symptomatisch für die nord- und mitteldeutsche Staatenwelt, die sich selbst in Zeiten existentieller Bedrohung auf keine einheitliche

¹⁴ BArch, R 43 I/2276 Akten betreffend Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz 1919–1930.

¹⁵ BArch 43 II/1351 Heinrich von Michael an Friedrich Hildebrandt, Schönhausen, 27. Juli 1933 sowie Beate BEHRENS: Mit Hitler zur Macht. Aufstieg des Nationalsozialismus in Mecklenburg und Lübeck 1922–1933, Rostock 1998, S. 140.

Linie verständigen konnte. Das zeigte der gescheiterte Versuch einer Zusammenarbeit, wie sie 1929 von der Schweriner Regierung Eschenburg angestrebt wurde. Am 6. Dezember 1929 lud sie zu einer ersten Ministerkonferenz der nord- und mitteldeutschen Länder nach Schwerin ein.¹⁶ Die eintägige Zusammenkunft sollte klären, ob die kleinen und mittleren norddeutschen Staaten als Länder überhaupt weiter existieren wollten, und wenn ja, wie dies gesichert werden könnte. Eine Garantie für die vorläufige Unversehrtheit der nord- und mitteldeutschen Staaten, wie sie Mecklenburg-Schwerin forderte, unterstützte mit Oldenburg und Lippe aber nur eine Minderheit. Schon in den beiden anderen Teilen Mecklenburgs und Lippes verfolgten die Regierungen eine eher fatalistische Politik und sahen einer Mediatisierung des Landes resigniert entgegen. Schaumburg-Lippe, das sich in den Einflussbereich Hannovers entwickelt hatte, verhandelte bereits seit drei Jahren über einen Anschluss an Preußen, wenn auch ohne ausreichenden Rückhalt von Landtag und Bevölkerung.¹⁷ Mecklenburg-Strelitz betonte zwar seine historische Berechtigung, zog einen Anschluss an Preußen jedoch einer wachsenden Staatverschuldung und einem Zusammenschluss mit Mecklenburg-Schwerin vor. Der Ministerpräsident Anhalts, das wie eine Insel von preußischen Gebietsteilen umgeben war, gab sogar deutlich zu verstehen, dass er eine Vergrößerung Preußens nicht beklagen würde.

Einer Neugliederung gegenüber offen zeigten sich außerdem Braunschweig und Thüringen. Der Braunschweigische Landtag hatte die Regierung festgelegt, das zerlappte Land in einem „vernünftig aufgebauten“ Niedersachsen aufgehen zu lassen. Und schließlich plädierte auch der Thüringer Staatsminister Arnold Paulssen (DDP) für eine Reichsreform.¹⁸ Seine Überzeugung, dass Thüringen sein Eigenleben auch bewahren kann, „ohne Staat zu sein“, speiste sich aus der Geschichte des Landes, in der die Entwicklung einer integrierend wirkenden Kultur-, Bildungs- und Wirtschaftslandschaft der thüringischen Kleinstaatenwelt seiner politischen Einigung im 20. Jahrhundert vorangegangen war. Thüringen war außerdem trotz der Landesgründung 1920 ein Torso geblieben.¹⁹ An eine Reichsreform knüpfte Paulssen die Erwartung auf ein Großthüringen, das ohne den preußischen Regierungsbezirk Erfurt nicht zu verwirklichen war. Die damit einhergehende Hoffnung auf einen freiwilligen Gebietsverzicht Preußens zugunsten benachbarter oder neuer Länder war, milde ausgedrückt, unrealistisch. In der politischen Praxis hatten sich Länder wie Mecklenburg-Strelitz und -Schwerin eher mit der Anschlussfrage an Preußen auseinanderzusetzen.

¹⁶ LHAS 5.12-2, MdAA 371 Ministerkonferenz in Schwerin am 6. Dezember 1929.

¹⁷ In der Volksabstimmung am 6. Juni 1926 stimmten 46,7 % dem Anschluss Schaumburg-Lippes an Preußen zu, 53,3 % lehnten ihn ab, die Wahlbeteiligung lag bei 68,8 %. Vgl. Hans-Joachim BEHR: „Eine überlebte, unsinnige und unzweckmäßige Selbständigkeit?“ – um die staatliche Selbständigkeit Lippes und Schaumburg-Lippes, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 132, 1996, S. 33–69.

¹⁸ LHAS, MdAA 371, Ministerkonferenz in Schwerin am 6. Dezember 1929.

¹⁹ Jürgen JOHN: Die Thüringer Kleinstaaten – Entwicklungsfaktoren?, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 132, 1996, S. 91–149.

Der Anschluss an Preußen erschien für Strelitz sogar als „letzter Rettungsanker“, die Aufrechterhaltung der Selbständigkeit als ein „elendes Siechtum“²⁰. 1929 war das Strelitzer Staatsministerium Reibnitz überzeugt, dass weder die Steuereinnahmen noch der Staatsbesitz die Existenz von Mecklenburg-Strelitz dauerhaft sichern konnten und das Land auf einen Staatsbankrott zusteuerte. Reibnitz empfahl daher am 6. Februar 1930 in seiner Etatrede den Anschluss an Preußen.²¹ Zunächst wurde ein so genannter Preußenausschuss gebildet, der ein halbes Jahr tagte, in dem jedoch keine Majorität für eine Aufgabe des Landes zustande kam. Im Juni 1931 beriet dann der Strelitzer Landtag über die Frage der Selbstständigkeit. Weil es keine Aussicht auf eine Zwei-Drittel-Mehrheit gab, musste das Staatsministerium seine Anschlussvorlage²² jedoch zurückziehen. Reibnitz trug seine auf Preußen orientierte Politik den Vorwurf ein, er betrachte sich nur noch als der „Konkursverwalter des Landes“.²³

Wie im stark verschuldeten Mecklenburg-Strelitz hing auch die finanzielle Leistungsfähigkeit des Schweriner Landes von der Konjunktur der Landwirtschaft ab, die sich seit 1928 in einer Krise befand. In diesem Jahr lag die ohnehin geringe Einkommenssteuer Mecklenburg-Schwerins mit 27,52 Reichsmark weit unter dem Reichsdurchschnitt von 44,27 Reichsmark. Um dem größeren Mecklenburg finanziell noch einmal Luft zu verschaffen und den Staatshaushalt zu entlasten, bot die SPD-Regierung Schröder dem Reich 1928 seine Justizverwaltung an.²⁴ Langfristig wollte man auf diese Weise die Selbstständigkeit des Landes retten. Tatsächlich aber zeigte dieser freiwillige Verzicht auf einen Kernbereich der Souveränität die existentielle Krise an, in der sich das Land befand. Die von der SPD geführte Reichsregierung Müller drängte die Schweriner Landesregierung außerdem zu Anschlussverhandlungen mit Preußen, statt sie finanziell zu entlasten. Als treibende Kraft stach hier der ehemalige preußische und zu dieser Zeit Reichsinnenminister Carl Severing hervor. Severing gab seinem Parteigenossen Schröder dabei deutlich zu verstehen, dass die „Wohlfahrt der mecklenburgischen Bevölkerung“ nicht in der Eigenstaatlichkeit

²⁰ Roderich Huestaedt (DDP), Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (1929/31), 44. Sitzung, 25. Juni 1931, Sp. 1808, 1811.

²¹ Wörtlich sagte von Reibnitz, „[...] auf gut deutsch Mecklenburg-Strelitz könnte so lange selbständig bleiben, als es noch Gläubiger findet, die ihm in den nächsten Jahren die zur Aufrechterhaltung der Selbständigkeit nötigen Millionen vorstrecken.“ Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag, Stenographische Berichte (17), 29. Sitzung, 6. Februar 1930, Sp. 1179 f.

²² Zur Bildung des Preußenausschusses: Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (1929/31), 39. Sitzung, 28. November 1930, Sp. 1609–1614, die Beratung der Anschlussvorlage: Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (1929/31), 44./45. Sitzung, 25./26. Juni, Sp. 1770–1872.

²³ Landeszeitung, 1. Beilage, 28. November 1931, 46. Jg., Nr. 278, S. 1.

²⁴ BAArch, R 43 I/2276 Besprechung im Reichsjustizministerium über die Übernahme der mecklenburg-schwerinschen Justizverwaltung auf das Reich, 14. Juni 1928 (Abschrift).

Mecklenburg-Schwerins liege, sondern in einer Zukunft als „freies Glied des größeren Staatswesens“. Mit einem gewissen Zynismus verkündete Severing, „dass die Mecklenburg-Schweriner Regierung diesen Schritt als einen wohlmeinenden auffasse“²⁵.

Die Rolle eines schlechten Beraters spielte auch der zum Reichsparkommissar ernannte Präsident des Rechnungshofes Saemisch, der, wie von Land- und Reichsregierung vereinbart war, für Mecklenburg-Schwerin einen Sanierungsplan vorlegen sollte, heimlich aber Meldungen über einen quasi bevorstehenden Konkurs des Freistaates nach Berlin sandte.²⁶ Als dies durch eine Indiskretion in der Presse bekannt wurde, argwöhnten Ministerpräsident Schröder und sein Finanzminister Asch mit Fug und Recht den Ausverkauf des Landes an Preußen „im Eilzugstempo“.²⁷ Der Landtag aber hatte sich bereits auf die Erhaltung der Selbstständigkeit festgelegt. So war weder eine Zweidrittelmehrheit im Parlament für den Weg nach Preußen vorhanden, noch die Aussicht auf eine preußenfreundliche Volksabstimmung.²⁸ Ein Anschlussvertrag hätte demnach nur oktroyiert werden können. Preußen selbst aber wollte nach den negativen Erfahrungen mit Schaumburg-Lippe nicht um jeden Preis eine Arrondierung seines Territoriums erzwingen. Die Mediatisierung der Kleinstaaten, die nicht ohne Weiteres auf ihr Staatsvermögen und ihre Behörden verzichten wollten, war vor allem eine Kostenfrage.²⁹ So blieb den beiden Mecklenburg zwar die Herabsetzung auf die Stellung preußischer Provinzen erspart, dennoch blieb ihre

²⁵ BArch, R 43 I/2276 Reichsinnenminister Severing an den Mecklenburg-Schweriner Ministerpräsidenten Schröder, Berlin, 12. Januar 1929 (Abschrift).

²⁶ BArch R 43 I/2276 Schreiben des Reichsparkommissars Saemisch an Reichskanzler Müller, 18. November 1928.

²⁷ BArch R 43 I/2276 Protestnote des Schweriner Ministerpräsidenten Paul Schröder an das Reichskabinett, Schwerin, 10. Dezember 1928. Das Kabinett Müller war bereits am 29. November 1928 zu dem Schluss gekommen, Mecklenburg-Schwerin an den Verhandlungstisch mit Preußen zu bringen, BArch, R 43 I/2276 Kabinettsitzung zur Finanzlage Mecklenburg-Schwerins am 29. November 1928.

²⁸ Justiz- und Kultusminister Richard Möller (DDP) erklärte, „daß in weit rechts stehenden Kreisen Mecklenburg-Schwerins ein ausgesprochenes Heimatgefühl vorhanden sei, das zu dem Verlangen auf Beibehaltung der Selbstständigkeit führe. In den links stehenden Kreisen und auch in den Kreisen der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung sei ein Nationalgefühl vorhanden. Dieses richte sich jedoch auf das Reich, nicht auf den Anschluss an Preußen.“ BArch, R 43 I/ 2276 Besprechung zur Lage Mecklenburg-Schwerins zwischen dem Reichskabinett Müller und der Schwerinscher Regierung Schröder, 18. Januar 1929 (Abschrift).

²⁹ So verlangte beispielsweise Mecklenburg-Strelitz von Preußen im Falle eines Anschlusses die Errichtung eines Regierungspräsidiums in Neustrelitz, den Erhalt des Landgerichtes Neustrelitz, die Unterhaltung eines Hochbauamtes, Messamtes und einer Eichbehörde, eine Übernahme der Staatsbeamten bis hin zu den Ruhegeldern früherer Domänenbeamter und des früheren Hofpersonals, den Erhalt der höheren Schulen und einen Neubau eines Gymnasiums in Neubrandenburg, vgl. Anschlussvorlage, Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag, Drucksachen, Nr. 829.

Zukunft auch weiterhin ungewiss. Zumal die anhaltende Agrarkrise den Staatshaushalt weiter belastete.³⁰

Nachdem die Regierung Eschenburg sich vergeblich um die Einbeziehung der mecklenburgischen Landwirtschaft in die Osthilfe und finanzielle Beihilfen für die Ernteschäden des Dürresommers 1930 bemüht hatte, folgte 1931 auch in Schwerin der Offenbarungseid. Das Kabinett stand nun „vis-à-vis de rien“.³¹ Der deutschnationale Ministerpräsident Karl Eschenburg sah seine Landesregierung in der Rolle einer Schiffsbesatzung, die „auf das dunkle Meer des Jahres 1931“ hinausfuhr, ohne Kurs und Ziel der Fahrt zu kennen, allerdings entschlossen nicht unterzugehen.³² Anders ausgedrückt, bewegte das Schweriner Kabinett die Frage, wie lange sich das Land noch halten könnte. Dabei hoffte die Regierung auf eine baldige Reichsreform, an die die Erwartung geknüpft wurde, wenigstens als Reichsprovinz relativ eigenständig zu bleiben. Rückendeckung erwartete Eschenburg außerdem von den süddeutschen Ländern, die keine Sympathie für ein preußisches Norddeutschland hegten. Nicht zuletzt setzte der Schweriner Ministerpräsident auf das Präsidialkabinett Brüning, das kein Interesse daran hatte „auf der deutschen Landkarte Mecklenburg-Schwerin auszuradieren und als mehr oder weniger reife Frucht Preußen zu fallen“ zu lassen, das ja immer noch von den Sozialdemokraten regiert wurde.³³

Eigenstaatlichkeit und Landesbewusstsein

Die Reichsreformdiskussion blieb letztlich ein ergebnisloses Bemühen. Der Druck auf die mittleren und kleineren Länder erreichte mit der Stärkung ihres Eigenbewusstseins hingegen genau das Gegenteil von dem, was er ursprünglich bewirken sollte. So fand sich für den Anschluss an Preußen keine Mehrheit in den mecklenburgischen Landtagen. Die Sozialdemokraten bezeichneten sich zwar als „Gegner der Kleinstaaterie“ und Verfechter eines „organisch gegliederten Einheitsstaates“, wollten aber, dass die beiden Mecklenburg direkt in einem Großdeutschland aufgingen und nicht über den Umweg eines Großpreußen mediatisiert würden.³⁴ Die Reichseinheitlichkeit war für die sozialdemokra-

³⁰ Dies betraf neben dem Rückgang der Reichs- und Landessteuern die geringeren Staatseinnahmen aus den Forsten und aus Domänenpachten.

³¹ BArch R 43 I/2276 Anfrage zur Osthilfe an Reichskanzler Heinrich Brüning, Schwerin 30.4.1930 und an den Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schwerin 13.10.1930 sowie BArch, R 43 I/2277 Bericht der Reichskanzlei zum Treffen Eschenburgs mit Brüning über die Finanzlage Mecklenburg-Schwerins am 22. Dezember 1930.

³² Mecklenburg-Schwerin, 6. Landtag, Stenographische Berichte, 29. Sitzung, 18. Februar 1931, Sp. 2354.

³³ BArch, R 43 I/2277 Bericht der Reichskanzlei zum Treffen von Eschenburg mit Brüning am 21. Februar 1931.

³⁴ Albert Schulz (SPD), Mecklenburg-Schwerin, 4. Landtag (1926/27), Stenographische Berichte, 14. Sitzung, 27. Januar 1927, Sp. 983.

tischen Abgeordneten vor allem eine Frage der sozialen und kulturellen Gleichheit. Ein föderales System, das ja gerade der Verschiedenheit Rechnung trug und diese bewahren sollte, war damit kaum vereinbar.³⁵ Die mecklenburgische Kleinstaatlichkeit erschien ihnen darüber hinaus als dynastisches Relikt der Vergangenheit „mit zwei Palästen und Fuhrwerk für die Minister“. Aber auch für die Sozialdemokraten wog der Besitz von Macht letzten Endes schwerer als die ideologische Tradition. Die Revolution hatte sie an die Macht gebracht, und die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten waren weder in Mecklenburg-Schwerin noch in Mecklenburg-Strelitz freiwillig bereit, die Verfügung über die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung ihres Landes an die Berliner Reichszentrale oder an einen größeren Nachbarn abzutreten. So wehrten sich die Schweriner sozialdemokratischen Regierungen dagegen, dass Mecklenburg in den Einheitsstaat „durch das Abschnüren der Finanzblutbahn“ auf kaltem Weg gezwungen wird. Solange die Länder selbstständig waren, sollte das Reich dafür sorgen, dass Mecklenburg keine „Kulturwüste“ würde.³⁶ Die Strelitzer Genossen wollten zumindest im ersten Jahrzehnt Weimars die gerade gerettete Eigenständigkeit ihres Landes hochhalten, wie sie 1921 proklamierten: „Vorläufig aber haben wir die Selbstständigkeit unseres Landes noch nicht aufgegeben, und es wäre taktisch unklug, sie von sich zu stoßen. Wir wollen sie auskosten und das tun, was die erste Regierung als Programm der Mecklenburg-Strelitzer Regierung kundgetan hat. Die Frage der Verschmelzung aber gehört einer späteren Zeit an. Wie die Dinge sich in Deutschland überhaupt gestalten ist nicht abzusehen. Man weiß nicht ob Bayern [...] vom Reich abfällt. Man weiß nicht, ob man wieder dazu kommt, föderalistische Staatengebilde zu schaffen, oder die ganze Verwaltung des Reiches zu vereinfachen, indem man die ganzen Kleinstaatengebilde aufsaugt. Aber das gehört einer anderen Zeit an.“³⁷

Der grundsätzlichen Ablehnung der bürgerlichen Parteien der Mitte und der Rechten gegen eine zentralisierende Politik lagen wie bei der SPD traditionelle und weltanschauliche Motive zugrunde. Aus der praktisch-politischen Perspektive drohten sich ihre Regierungsaussichten zu verschlechtern durch das Aufgehen Mecklenburgs in Preußen, das mit wenigen Unterbrechungen von 1920 bis 1932 unter dem Sozialdemokraten Otto Braun eine stabile Regierung der Weimarer Parteien erlebte und den Zeitgenossen als demokratisches Bollwerk der Republik galt. Bezogen auf die Staatsreformpolitik der Regierung Braun und ihre Kontrolle über die preußische Polizei als wichtigstes Machtmittel gegen den Nationalsozialismus traten auch die Deutsch-Völkischen auf die Seite der Preußengegner. Nach den Worten ihres Strelitzer Abgeordneten Hinz galt es zu

³⁵ Carl Moltmann (SPD), Mecklenburg-Schwerin, 4. Landtag (1926/27), Stenographische Berichte, 11. Sitzung, 30. Dezember 1926, Sp. 739.

³⁶ Julius Asch (Staatsminister für Finanzen und Landwirtschaft, SPD) Mecklenburg-Schwerin, 4. Landtag (1926/27), Stenographische Berichte, 15. Sitzung, 28. Januar 1927, Sp. 1046 f.

³⁷ Bartosch (Landtagspräsident, SPD), Mecklenburg-Schwerin, 2. Landtag (1920/23), Stenographische Berichte (7), 34. Sitzung, 21. März 1921, Sp. 1294.

verhindern, „daß die Gottlosenzentrale in Berlin hier eine Filiale aufmacht“ und sich die „Nationalistenverfolgung hemmungslos austoben“ kann.³⁸

Dieser Sichtweise von Landespatritismus traten auch die Kommunisten bei. Für sie war die Preußenfrage eine Macht- und Klassenkampffrage. Mit Blick auf die „künftigen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit“ zielten die Anschlusspläne demnach auf einen straff zentralisierten Staat und damit auf eine Verbesserung der Machtinstrumente des kapitalistischen Systems.³⁹ Die so genannte Preußenfrage wurde zu einem weiteren ideologischen Baustein der Sozialfaschismusthese, nach der die „Sozialdemokraten die eifrigsten Wegbereiter der faschistischen Diktatur“ und lediglich „Vollstreckungsorgane der Hindenburg-Brüning-Diktatur“ waren.⁴⁰ Die Rechte der Länder aber waren in diesem Kontext vollkommen sekundär. Die Länder unterlagen dem aus Sicht der Kommunisten unaufhaltsamen, weil gesetzmäßigen Gang der Weltgeschichte. Oder wie es der Schweriner Landtagsabgeordnete Wenzel formulierte: „wenn wir die Rationalisierung durch das Klassenkampfprogramm des Proletariats durchgeführt haben, dann werden wir mit dem Spuk der Länderregierungen aufräumen“.⁴¹

Ein Anschluss Mecklenburgs an Preußen wurde vor allem von der mecklenburgischen Wirtschaft recht unbefangen erörtert. Dies betraf auch die Beamten-schaft, insbesondere die Landesbeamten, deren Karriere- und Verdienstmöglichkeiten aufgrund der Kleinstaatlichkeit und der finanziellen Labilität der mecklenburgischen Länder beeinträchtigt waren und die sich gegenüber den besser gestellten Reichsbeamten zurückgesetzt sahen.⁴² Wenn man auch nicht von einer

³⁸ Hinz (Deutschvölkische Freiheitsbewegung), Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (1929/31), 45. Sitzung, 26. Juni 1931, Sp. 1830.

³⁹ Schultz (KPD), Mecklenburg-Strelitz, 5. ordentlicher Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (1929/31), 39. Sitzung, 28. November 1930, Sp. 1612–1615.

⁴⁰ „Gerade weil man weiß, daß das kapitalistische System am Boden liegt, weil man keinen Ausweg weiß, sucht man nach einem Mittel, um bei den zukünftigen Kämpfen der rebellierenden Masse der Arbeiterschaft, der kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftsleute, der Angestellten und unteren Beamten entscheidend entgegenzutreten zu können, und das kann man nur, wenn man einen straff zentralisierten Staat hat, und bei diesem zukünftigen Kampfe bildet jeder kleine Einzelstaat ein Hindernis, man muß dieses Staatswesen vollständig in Händen haben, und deshalb Anschluß!“ DERS.: Mecklenburg-Strelitz, 5. ordentlicher Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (1929/31), 44. Sitzung, 25. Juni 1931, Sp. 1815–1820.

⁴¹ Mecklenburg-Schwerin, 4. Landtag (1924/26), Stenographische Berichte, 8. Sitzung, Freitag 5. November 1926, Sp. 487.

⁴² Für den Vorsitzenden des Beamtenbundes in Mecklenburg Bernöft war dies eine reine „Zweckmäßigkeitsfrage, die am allerwenigsten mit Gefühlsduselei gelöst werden könne.“ Bernöft griff dabei auch die Vorstellung eines mecklenburgischen „Rückzuggebietes“ in der Moderne an: „Wenn [...] nicht einmal Europa ohne die Erzeugnisse Amerikas auskommen kann, kann umsoweniger unser Ländchen ohne diejenigen des Westens leben. Wir befinden uns zwar angeblich in dem Lande, wo Milch und Honig fließt, aber wir haben wohl noch in Erinnerung, wie uns die Kohle fehlte, und welch mangelhafter Ersatz der Torf war.“ BERNÖFT: Die Frage des Anschlusses an Preußen, in: Mecklenburgisches Beamtenblatt, 8. Jg., Nr. 3, März 1926.

mecklenburgischen Anschlussbewegung an Preußen oder das Reich sprechen kann, so war doch eine Bühne errichtet, Unzufriedenheit über die Wirtschafts- und Finanzpolitik der Landesregierungen zu artikulieren. Die Städte fühlten sich gegenüber dem Land finanziell benachteiligt und drastisch beschränkt in der Ausnutzung ihrer Steuerquellen. Mit Interesse blickten sie daher auf die größere Selbstständigkeit der preußischen Städte. Rostock, das 1918 mit der Aufhebung der Ständeverfassung seine Sonderrechte verloren hatte, wurde sogar auf einer Höhe mit den Stadtstaaten Lübeck, Bremen und Hamburg gesehen. Aber selbst als preußische Stadt sah der städtische Gewerbeverein Rostock noch ungleich besser gestellt als im mecklenburgischen Staatsverband, „wo es immer wieder die ungeheueren Summen für die anderen an sich schlechter dastehenden Teile des Landes“ aufzubringen habe und „wo ihm dauernd die Steuern vom Lande ausgepresst würden.“ Rostocks Bürgermeister Ernst Heydemann wurde 1926 zitiert, er könne es nicht verdenken, wenn die Stadtverwaltungen der größeren mecklenburgischen Städte „mit Neid über die Grenzen sehen, wo die preußischen Städte infolge ihrer besseren finanziellen Stellung günstigeren Zukunftsmöglichkeiten entgegensetzen.“⁴³ Keine der Strelitzer Städte wie auch die Mehrheit der mecklenburgischen Kommunen hätte jedoch wie Rostock die Mindestgrenze für eine preußische kreisfreie Stadt erreicht. Die Vorderstadt Neubrandenburg und die Residenzstadt Neustrelitz mussten im Falle eines Anschlusses statt dessen fürchten, in einem preußischen Kreiskommunalverband aufzugehen, in dem ihre Bürgermeister einem preußischen Landrat unterstanden hätten.⁴⁴

Die Landwirtschaft dagegen sah in einem Anschluss an Preußen einen Opfergang zugunsten der preußischen Industrieregionen. Man wollte lieber „Herr im eigenen Hause“ sein, statt als eine Minderheit im preußischen Abgeordnetenhaus unterzugehen. Eine Rolle in der Debatte spielten auch konfessionelle und sprachlich-kulturelle Unterschiede. In den alten preußischen Provinzen bestand die evangelische unierte Kirche, wogegen die überwiegende Mehrheit der Mecklenburger lutherischen Bekenntnisses war. Prophezeit wurde auch der Untergang der Universität Rostock, die gegenüber der preußischen Alma Mater Greifswald ins Hintertreffen geraten würde, und der Niedergang der mecklenburgischen Landestheater zu Provinzbühnen. Daneben traten alte Ressentiments

⁴³ Rostocker Gewerbeblatt, Organ des Rostocker Gewerbevereins, 2. Jg. Nr. 14, 3. April 1926, S. 5.

⁴⁴ Mecklenburger Nachrichten. Nationales Volksblatt, 50. Jg., Schwerin 14.03.1926, S. 3, Mecklenburg-Strelitz 3. Landtag (1923/27), Stenographische Berichte (12) 11. Sitzung, 27 März 1924, Sp. 401–403.

Die von den Parteigängern eines Anschlusses angeführte finanzielle Entlastung der mecklenburgischen Städte war rechnerisch kaum nachweisbar, denn das dezentrale preußische Verwaltungssystem unterschied sich in Kernbereichen wie dem Finanzausgleich oder der Schulordnung ganz wesentlich von dem mecklenburgischen, wie der Berichterstatter im Preußenausschuss Foth (SPD) einräumen musste: Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (18) 44. Sitzung, 25. Juni 1931, S. 1775–1778.

gegen den größeren Nachbarn. So wurde die preußische Besatzung während des Siebenjährigen Krieges, die so genannte *Preußentied*, und das Diktum Friedrich des Großen „Mecklenburg ist ein Mehlsack, je mehr man ihn klopft, desto mehr stäubt er“ wieder in Erinnerung gerufen.⁴⁵

Der Landbund hatte bereits im Herbst 1923 unter dem Eindruck von Inflation und Ruhrbesetzung die Parole „Mecklenburg den Mecklenburgern!“ verkündet.⁴⁶ Die Agrarier argumentierten vor allem historisch, Anschlussverhandlungen mit Preußen waren für sie Landesverrat. Für die überzeugten Antirepublikaner, zu denen die Mehrheit der Gutsbesitzer zu rechnen ist, untermauerte die Eigenstaatlichkeit auch die vage Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Landesmonarchie an der Spitze einer ständestaatlichen Ordnung. Der Fürst sollte „Hüsung“ finden, wenn die politischen Verhältnisse sich ändern würden und er zurückkehren könnte. Derartige Restaurationswünsche wurden von präindustriellen Denkweisen eingeraht, die in den Landtagen vor allem durch die Deutschnationalen und Nationalsozialisten reflektiert wurden, wenn beispielsweise darauf verwiesen wurde, dass ebenso „wie der Landwirt in Notfällen seine Strohdächer flickt, [...] der Staat seine löchrigen Dächer einmal das eine oder das andere Jahr flicken“ kann, „ohne kostspielige Reparaturen oder Neubauten vorzunehmen“.⁴⁷ Das Strelitzer Staatsbewusstsein wurde auf „die [...] heimattreuen Bauern und Bürger“, zurückgeführt, deren „gleichsam holzschnittthafter Charakter [...] zu schade schien für die Vergrößerung.“⁴⁸ Mit einer solchen Apologie auf ein selbstständiges Mecklenburg haben die deutschnationalen Rechten ihr Ansehen leichter steigern können als mit wenig populären Sanierungsplänen. Die Rückbesinnung auf Heimat und Scholle bot ihren Wählern letzten Endes eine Orientierungshilfe in den unsicheren Zeiten eines gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels.

Auch Friedrich Hildebrandt, von Beruf Landarbeiter und Wortführer der NSDAP im Schweriner Landtag, knüpfte an diese vormodernen Identifikationsmuster an. Er beanspruchte für sich die Rolle eines modernen Thomas Müntzer, der die Bauernbefreiung auf eine höhere Stufe der Volksbefreiung führt. Die Weimarer Republik verglich er mit einem kranken Organismus, dessen Wasserkopf Berlin und die Parteienplutokratie war und der nur durch „den Ansturm der kleinen (gesunden) Zellen“ vor dem jüdischen Marxismus gerettet werden könne.⁴⁹ Diese

⁴⁵ Rechtfertigt sich der staatliche Anschluß Mecklenburgs an Preußen?, in: Rostocker Anzeiger, Organ des Landbundes Mecklenburg-Schwerin, 46. Jg., Nr. 41, 18. Februar 1926, S. 1.

⁴⁶ BAArch, R 43 I/2276. Die Parole wurde dann vor allem durch die DNVP als Schlagwort für die mecklenburgische Selbstständigkeit populär, vgl. Ludwig Iven (DNVP), Mecklenburg-Schwerin, 3. Landtag 1925/27, 74. Sitzung, 10. März 1926, Sp. 3653.

⁴⁷ von Waldow (DNVP), Mecklenburg-Strelitz, 5. Landtag (1928/32), Stenographische Berichte (18), 29. Sitzung, 6. Februar 1930, Sp. 1185.

⁴⁸ Der Vorsitzende der deutschnationalen Fraktion des Landtages Everling, in: Landeszeitung, 47. Jg., Nr. 116, 1. Beilage, 21. Mai 1932, S. 1.

⁴⁹ Mecklenburg-Schwerin, 6. ordentlicher Landtag (1929/32), 3. Sitzung, 12. Juli 1929, Sp. 91.

kleinen Zellen sollten die norddeutschen Agrarländer sein. Sie erschienen dabei als die Kulturzentren Deutschlands und im antisemitischen Argumentationsarsenal als die letzten Widerstandsherde gegen Männer wie Erich Maria Remarque, Albert Einstein oder Ernst Lissauer, den Begründer der Berliner Reformgemeinde.⁵⁰

Es deutet einiges darauf hin, dass die Nationalsozialisten von der existenziellen Krise der mittel- und norddeutschen Kleinstaaten erheblich profitierten. So etablierten sich starke NSDAP-Landtagsfraktionen bereits 1930 in Thüringen und Braunschweig sowie 1932 in Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin. Auf die Bedeutung regionaler Strukturen für den Nationalsozialismus verweist auch, dass er sich nicht einfach über die Länderstruktur hinwegsetzen konnte. Gauleiter Hildebrandt hat nach seiner Ernennung zum Reichsstatthalter und Regierungskommissar die Möglichkeit einer Vereinigung Mecklenburgs zunächst sondiert und dazu Verhandlungen mit den ehemaligen deutschnationalen Vertretern, der Ritterschaft, dem Landbund und der Handwerks- und Handelskammer geführt.⁵¹ Die Gleichschaltung beider Länderparlamente machte schließlich den Weg dafür frei. Am 13. Oktober 1933 beschlossen die beiden Landtage im Fürstensaal des Rostocker Rathauses den Zusammenschluss der beiden Länder Schwerin und Strelitz, der zum Jahresbeginn 1934 erfolgte. Wie einst Versailles das Gründungssymbol des Deutschen Reiches wurde, propagierten nun die lokalen NSDAP-Parteiführer die Rostocker Vereinigungsfeier zum Ausgangsort des Dritten Reiches, das Strelitzer „Völklein“ wurde zum „leuchtenden Beispiel“ für den nationalsozialistischen Staat.⁵² Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt wurde zum Vollstrecker der landständischen Union des Jahres 1523.⁵³

Letzten Endes bedeutete der Zusammenschluss Mecklenburgs aber nur eine kleine Veränderung im Reichsgefüge. Wer glaubte, dass die Reichsreform und eine Neugliederung des Reiches nach der Machtergreifung mit starker Hand durchgesetzt werden würde, sah sich getäuscht.⁵⁴ Trotz der Entmachtung der Länder 1934 trat der Fall ein, dass die nationalsozialistischen Ministerpräsidenten

⁵⁰ Ebd., 11. Sitzung, 5. Februar 1930, Sp. 725 ff.

⁵¹ BAArch R 43 II / 1351 Reichsstatthalter Hildebrandt an Adolf Hitler, Schwerin 26. Juli 1933.

⁵² Mecklenburg-Strelitz, 7. Landtag, Stenographische Berichte (24) 5. Sitzung, 13. Oktober 1933, Sp. 34.

⁵³ BAArch R 43 II / 1351 Reichsstatthalter Friedrich Hildebrandt an Adolf Hitler zum Plan des Zusammenschlusses beider Mecklenburg, Schwerin 26. Juli 1933.

⁵⁴ Heimatvereine wie der Heimatbund Mecklenburg wollten mit Rücksicht auf die Volkstumpflege ein eigenständiges Mecklenburg im Dritten Reich oder zumindest einen eigenständigen mecklenburgischen Verwaltungsbezirk erhalten, Niederdeutsche Reichsreformsmorgen, in: Mecklenburg. Zeitschrift des Heimatbundes Mecklenburg im Reichsbund Volkstum und Heimat, 28 (1933), S. 24 f. Vgl. auch die Petition mecklenburgischer Heimat- und Traditionsvereine, deren Bedeutung für die Ausprägung regionaler Loyalitäten und Herrschaftsbindungen in Weimar- bzw. Hitler-Deutschland kaum bekannt ist, in: LHAS, MdAA 5 Der Heimatbund Mecklenburg, Plattdeutsch Landsverband. Landesverband für ländliche Wohlfahrts- und Heimatpflege an den Schweriner Landtag, 22. Januar 1932.

ten und Gauleiter und ihnen voran der preußische Ministerpräsident Göring eifersüchtig über ihr Territorium wachten und eine Reichsreform verhinderten. Hildebrandt hat sich auch um einen Anschluss Lübecks an Mecklenburg bemüht. 1937 wurde der Stadtstaat Lübeck als Ausgleich für die Gebietsabtretungen in der Groß-Hamburgfrage jedoch preußisch.⁵⁵

Die starke Bindung einer über Jahrhunderte geführten eigenstaatlichen Geschlossenheit Mecklenburgs wirkte über die Zeit des Nationalsozialismus fort. Nach 1945 entstand das Land mit dem Zuschlag Vorpommerns neu, bis es dann 1952 in Bezirke aufgelöst wurde. Sie zeigte sich erneut in der Restitution Mecklenburg-Vorpommerns 1993 als so genanntes Bindestrichland. Aber auch in der erneuten Ablehnung eines großen Nordstaates, wie er in der jüngsten Föderalismusdiskussion der Bundesrepublik wieder auftaucht, wird eine historisch gewachsene Landes-Integrität angeführt. Gegen einen Anschluss Mecklenburgs an Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen sprechen überdies neue historische Zusammenhänge. Die DDR-Bezirke Rostock, Schwerin und Neubrandenburg, auf die Mecklenburg seit 1952 aufgeteilt war, ergänzen heute ältere historische Verbindungen des Stargarder Landesteils und Vorpommerns mit Brandenburg.

Anschrift der Verfasserin:
Dr. Anke John
Universität Rostock
Dokumentationszentrum des Landes
für die Opfer deutscher Diktaturen
August-Bebel-Straße 28
18055 Rostock

⁵⁵ BArch R 43/1351 Reichsstatthalter Hildebrandt an Adolf Hitler, Schwerin, 7. November 1933 sowie über das Groß-Hamburg-Gesetz; Helge BEI DER WIEDEN: Die Reichsreform als Aufgabe. Der geschichtliche Hintergrund zum Groß-Hamburg-Gesetz, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 135, 1999, S. 123–152.

DIE BEDEUTUNG TRADITIONELLER VERLEGER BEIM NEUAUFBAU DER PRESSE IN MECKLENBURG-VORPOMMERN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG.

Von Stefan Matysiak

Als das Deutsche Reich im Frühjahr 1945 zusammenbrach, ging auch die nationalsozialistische Presse unter. Mecklenburg und Vorpommern wurden von westalliierten und sowjetischen Truppen besetzt. Die von Westen kommende britische 21. Heeresgruppe eroberte ein Gebiet, das in Westmecklenburg bis zur Linie Wismar-Schwerin-Ludwigslust-Dömitz reichte.¹ Von Osten kommend überschritt die 2. Belorussische Front Mitte April 1945 die Oder. Am 2. Mai traf die Rote Armee bei Wismar auf die englischen Truppen, Wittenberge wurde am 3. Mai erreicht, Saßnitz am 5. Mai eingenommen.²

Die Pressepolitik der Nachkriegszeit

Beim Einrücken der Siegermächte mussten in Deutschland alle Zeitungsverlage schließen. Nachdem bis zum Frühjahr 1945 noch ein flächendeckendes Netz von Tageszeitungen bestanden hatte, setzten anschließend sowohl die Westalliierten als auch die Sowjets einen weitgehenden so genannten ‚*Blackout*‘ der Presse durch.³ Die deutschen Zeitungen, die teilweise bis zuletzt den Endsieg beschworen hatten, sollten keinerlei nationalsozialistische Propaganda mehr

¹ Die militärische Entwicklung ist dargestellt nach Lionel Frederic ELLIS: Victory in the West, Vol. II: The Defeat of Germany (History of the Second World War. United Kingdom Military Series), London 1968, S. 316 f.

² Vgl. Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion (1967), Band 5, Berlin 1967, Karten 102 u. 105; Ernst SCHRAEPLER: Chronik des 2. Weltkrieges, in: Der 2. Weltkrieg. Gesamtedition Günther DESCHNER, Gütersloh 1968, S. 657–673.

³ Vgl. für das sowjetische Besatzungsgebiet Peter STRUNK: Zensur und Zensoren. Medienkontrolle und Propagandapolitik unter sowjetischer Besatzungsherrschaft in Deutschland, Berlin 1996, S. 63; Günter RAUE: Journalismus in der Übergangsperiode. Zu Entstehung, Funktion und Profilierung des späteren DDR-Journalismus in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung (1945–1949), Diss. B, Sektion Journalistik, Karl-Marx-Universität, Mskpt., Leipzig 1983, S. 79; S. 81; S. 111 f. Anm. 30; für das westalliierte Besatzungsgebiet vgl. Elisabeth MATZ: Die Zeitungen der US-Armee für die deutsche Bevölkerung 1944–1946 (Studien zur Publizistik, Bremer Reihe, 12), Münster 1969, S. 36; Kurt KOSZYK: Presse unter alliierter Besatzung, in: Jürgen WILKE (Hg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 361), Bonn 1999, S. 31–58, hier S. 32.

veröffentlichen können.⁴ Die sofort nach der Einnahme der Städte und Gemeinden durchgesetzten Publikationsverbote erfolgten zudem, um im Informationswesen in einer Situation militärische Sicherheit zu gewinnen, die weiter durch Kampfhandlungen mit wechselndem Frontverlauf und die Angst vor deutschen Partisanen bestimmt war.⁵ Die Presse musste schließen, „da unter frontähnlichen Bedingungen schlechterdings keine Kontrolle über den tatsächlichen Inhalt etwaiger Veröffentlichungen deutscher Kreise möglich war“.⁶ Die Alliierten wollten jede Bedrohung der eigenen Sicherheit durch feindliche Nachrichtennetze ausschließen, was am einfachsten durch die Kontrolle oder Beschlagnahme von Druck- und Funkeinrichtungen gewährleistet werden konnte.

Wegen der Bedeutung der Presse für die deutsche Kriegspropaganda wurde nicht nur einfach die Schließung aller Medien durchgesetzt, sondern in das Visier der sowjetischen Besatzungsmacht gerieten auch die Beschäftigten der Verlagsunternehmen. Verlagsmitarbeiter wurden dabei nicht als einfache deutsche Kriegsgegner behandelt, sondern vielfach anderen exponierten Vertretern des deutschen Feindstaates gleichgestellt: Zu den vom sowjetischen Geheimdienst zu verhaftenden Personen zählten neben deutschen Partisanen, Geheimdienstmitarbeitern, hohen Verwaltungsbeamten und Funktionären der NS-Organisationen ausdrücklich auch die Betreiber von Druckereien sowie „Zeitungs- und Zeitschriftenredakteure und Autoren antisowjetischer Veröffentlichungen“⁷ – und angesichts der deutschen Kriegspropaganda war keine Zeitung frei von anti-sowjetischen Ausfällen gewesen. Eine Beschreibung von Bernhard 1989 aus Mecklenburg legt nahe, dass die Verfolgungen von Verlegern recht umfassend waren und eine große Zahl von ihnen nach dem Einmarsch der Roten Armee verhaftet oder im Einzelfall von sowjetischen Soldaten standrechtlich auf der Straße erschossen wurde.⁸ Für mehrere Jahre inhaftiert wurden von der Roten Armee in Mecklenburg die Verleger des *Mecklenburger Tageblatts/Wismarsche Zeitung*,⁹

⁴ Manfred HERING, Ulrich KOHLMANN: Die ersten Schritte 1945 und 1946, in: Theorie und Praxis Nr. 1/1979 (Beilage zu Neue Deutsche Presse Nr. 2/1979), S. 15–17, hier S. 15.

⁵ Siehe dazu STRUNK (wie Anm. 3), S. 63 f; Kurt KOSZYK: Pressepolitik für Deutsche 1945–1949. Geschichte der deutschen Presse, Teil IV. (Abhandlungen und Materialien zur Publizistik 10). Berlin (West) 1986, S. 23 ff.

⁶ RAUE (wie Anm. 3), S. 111 f., Anm. 30.

⁷ „Befehl des Volkskommissars für Inneres Nr. 00315 ‚Zur teilweisen Abänderung des Befehls des NKWD der UdSSR Nr. 0016 vom 11. Januar 1945““, in: Karl Wilhelm FRICKE: Gulag in Deutschland. Deutschlandfunk, Hintergrund Politik, 16.1.2000, 18:40 Uhr (Manuskript), in: www.dradio.de/cgi-bin/user/fm1004/es/neu-hintergrund/165.html (16.2.01).

⁸ Vgl. Kurt BERNHARD: Zeitungen und Zeitschriften in Mecklenburg. Bearbeitung Johann Ludwig NEUENHAHN. Hg. v. d. Stiftung Mitteldeutscher Kulturrat (Aus der Mitte Deutschlands; 21), Bonn 1989; Kurzerhand exekutiert wurde der Verleger der *Gadebusch-Rehnaer Zeitung* (Verlag L. Schäffers Buchdruckerei), Richard Schäffer (vgl. ebd., S. 33).

⁹ Verlag Hinstorffsche Buchdruckerei, Werner Eberhardt (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 163).

der *Warener Zeitung*,¹⁰ der *Mecklenburgischen Tageszeitung* in Güstrow,¹¹ des *Öffentlichen Anzeigers/Kreisblatt für den Kreis Hagenow*¹² oder der *Wariner Zeitung*.¹³ Weitere Verleger flohen nach Westen,¹⁴ ein anderer Teil blieb dagegen unbehelligt. Die sowjetische Armee interessierte sich nicht nur für das Personal, sondern auch für die technischen Einrichtungen der Zeitungshäuser. Ein Teil der bei den Kämpfen nicht zerstörten Druckereien wurde von der Sowjetarmee 1945 als Ersatz für die eigenen Kriegsschäden demontiert, beispielsweise bei der *Wariner Zeitung*,¹⁵ beim *Stavenhagener Tageblatt*,¹⁶ dem *Ostsee-Boten* aus Kröpelin, bei den *Doberaner Nachrichten*,¹⁷ der *Grevesmühler Zeitung*,¹⁸ der *Burg Stargarder Zeitung*¹⁹ oder dem *Boten von Neukloster*.²⁰ Die Buchdruckerei Paul Langmaak des *Warener Tageblatts* wurde im Mai 1945 beim Einzug der Sowjetarmee niedergebrannt,²¹ ein nicht zu beziffernder Teil der Druckbetriebe dürfte zudem im Rahmen direkter Kampfhandlungen verloren gegangen sein.

Nach der Schließung aller deutschen Zeitungen gingen die Alliierten in einer zweiten Phase ihrer Pressepolitik dazu über, eigene deutschsprachige Nachrichtenblätter herauszugeben, die direkt von der Armee hergestellt wurden. Die sowjetischen Tageszeitungen bekamen nach ihren Herausgebern, den ‚Fronten‘

¹⁰ Gegr. 1840 als *Warener Wochenblatt*, erschienen im Verlag Ernst Reimers jun. (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 152).

¹¹ Verlag Carl Michaals Erben. Nebenausgabe *Krakower Zeitung*. Verlagsleiter war Hubertus Michael, sein Gesellschafter Carl Michael wurde 1945 für mehrere Jahre interniert (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 41).

¹² Verlag der Buchdruckerei F. Schlüter. Nach Tod von P. Schlüter leitete Elise Schlüter bis Kriegsende den Verlag und wurde dann mehrere Jahre interniert (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 43).

¹³ Verlag Gustav Dannehl. Nebenausgabe *Brüeler Zeitung*. Die Zeitung bestand bis 31.5.41, dann wurde das Verlagsrecht an den *Niederdeutschen Beobachter* verkauft. Gustav Dannehl war 1945–50 in Neubrandenburg und Buchenwald interniert (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 153).

¹⁴ So Frieda Pape von der *Landeszeitung für beide Mecklenburg und Nachbargebiete*. Der Verlag hatte zuvor einen kriegsbedingten Aufschwung erlebt: Die Auflage der *Landeszeitung* stieg von 1939 8250 Exemplaren auf 1945 über 15 000 Exemplare. Um den Druck einer deutschen Kriegszeitung abwickeln zu können, hatte der Verlag eigens eine neue Rotationsmaschine gekauft (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 67 ff.).

¹⁵ Vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 153.

¹⁶ Verleger Theo Beholtz. Mit der Demontage erfolgte die vollständige Einstellung des Betriebs (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 144).

¹⁷ Verlag Alex Michaels (vgl. Bernhard (wie Anm. 8), S. 17; 44).

¹⁸ Karl SCHOMACKER: Besetzung der Kleinstadt Grevesmühlen durch die Siegermächte 1945, in: Joachim SCHULTZ-NAUMANN: Mecklenburg 1945, München 1989, S. 277–78, hier S. 278.

¹⁹ Verlag Niemann & Rubin, 1941 von Niemanns Wwe. an Mitarbeiter Fritz Schröder verkauft (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 20 f.).

²⁰ Verlag Erwin Schumacher (vgl. Bernhard (wie Anm. 8), S. 62).

²¹ Vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 152.

genannten Heeresgruppen der Armee, den Sammelnamen ‚*Frontzeitung*‘.²² Diese Blätter füllten zwischen Anfang Mai und Mitte Juni 1945 das ‚Vakuum‘, das das Verbot deutscher Zeitungen zuvor hervorgerufen hatte. In Mecklenburg-Vorpommern erschien in diesem Zuge vom 20. Mai bis zum 10. Juni 1945 die *Deutsche Zeitung*.²³ Ihre wesentliche Aufgabe war nicht allein die Information der Bevölkerung, sondern vor allem deren publizistische Beeinflussung. Wie auch bei den Westalliierten hatten die sowjetischen Zeitungen einerseits gegen die Nazipropaganda gerichtete Aufklärung zu verbreiten, andererseits jedoch Vertrauenswerbung zugunsten der Besatzungsmacht zu betreiben. Eine ebenso wichtige Aufgabe wie die Vertrauenswerbung bestand für die Frontzeitungen darin, die deutsche Bevölkerung zum Wiederaufbau des Landes und insbesondere der Versorgung zu bewegen, um Seuchen und den endgültigen ökonomischen Kollaps des Landes zu verhindern. Die Zeitungen der Roten Armee bekamen das Ziel, „Lethargie, Verwirrung und politische Passivität zu überwinden“²⁴. Um die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen, wurde zur Wiederaufnahme der Feldarbeit aufgerufen, die im Zuge der Kriegshandlungen unterblieben war. Um die Bevölkerung für den Wiederaufbau zu mobilisieren, berichteten die Zeitungen der sowjetischen Militärverwaltung über die Erfolge beim Wiederbeginn des öffentlichen Lebens. Dazu fanden sich in der *Deutschen Zeitung* regelmäßig lokale Meldungen aus ihrem vorpommerschen und mecklenburgischen Verbreitungsgebiet.

In einer dritten Phase des Presseneuaufbaus wurden die Frontzeitungen durch Zeitungen ersetzt, bei denen Deutsche die verlegerische und redaktionelle Verantwortung trugen und die nach ihrem Genehmigungsverfahren ‚*Lizenzzeitungen*‘ genannt werden. Als Stichtag für die Wiedenzulassung dieser neuen deutschen Presse gilt der 10. Juni 1945, jener Tag, an dem der sowjetische Befehl Nr. 2 die Wiedenzulassung von Parteien und Organisationen gestattete, in deren Diensten die neuen Zeitungen stehen sollten.²⁵ In Mecklenburg-Vorpommern erschien die neue Lizenzpresse seit dem 13. Juli 1945, als erstmals die kommunistische *Volkszeitung* herauskam. Am 7. September folgte die sozialdemokratische *Volksstimme*, die beide ab April 1946 zur *Landes-Zeitung* der SED vereinigt wurden. Seit dem 15. Dezember 1945 kam zudem erstmals der christdemokratische *Demokrat*, am 4. März 1946 erstmals die liberal-demokratische *Norddeutsche Zeitung* heraus.

²² STRUNK (wie Anm. 3), S. 38.

²³ Vgl. Stefan MATYSIAK: „Bäckereien wieder eröffnet“ – Mit sowjetischen Militärzeitungen begann 1945 die lokale Berichterstattung in Mecklenburg-Vorpommern, in: *Zeitgeschichte regional*, 7. Jg., Heft 2/Dezember 2003, S. 49–55.

²⁴ Sergej Ivanovic TJULPANOW: *Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee*. 2. Auflage, herausgegeben und mit einem Nachwort versehen von Stefan DOERNBERG. Berlin (Ost) 1987, S. 50.

²⁵ RAUE (wie Anm. 3), S. 82; KOSZYK (wie Anm. 5), S. 334; HERING/KOHLMANN (wie Anm. 4), S. 15.

Eine flächendeckende Versorgung mit Zeitungen haben diese Verlage jahrelang nicht erreichen können. Die für die Zeit bis 1949 lückenhaften²⁶ Auflagenangaben lassen zwar lediglich schlaglichtartig Aussagen über die Verbreitung zu, deutlich wird jedoch aus diesen Zahlen, dass ein großer Teil der Bevölkerung keine Zeitung bekam. 1945 erreichte die *Volkszeitung* eine durchschnittliche Auflage von 43 000 Exemplaren, die 1946 auf 85 000 anstieg. In Mecklenburg-Vorpommern kam damit 1945 auf je 44 und 1946 auf je 22 Einwohner eine kommunistische Volkszeitung.²⁷ Die SPD vertrieb 1945 durchschnittlich 34 000 Stück ihrer Landeszeitung *Volksstimme*, 1946 war die Auflage auf 76 000 Stück gestiegen.²⁸ Damit standen 1945 rechnerisch für kaum 2 Prozent der Bevölkerung sozialdemokratische Blätter zur Verfügung, 1946 für etwa 4 Prozent. Nach der Zusammenlegung der mecklenburgischen *Volksstimme* mit der *Volkszeitung* zur *Landes-Zeitung* erreichte die Gesamtauflage 1946 auf 185 000 Exemplare,²⁹ so dass durchschnittlich etwa jeder zehnte Einwohner erreicht werden konnte.³⁰ „Noch reicht die Auflage der ‚Volkszeitung‘ nicht annähernd aus, um der großen Nachfrage auch nur annähernd gerecht zu werden,“ stellte deshalb das ebenfalls mit niedriger Auflage versehene KP-Landesorgan aus Dresden fest.³¹ Bei den Abonnements musste aus diesem Grund ausgewählt und die kommunalen Entscheidungsträger bevorzugt werden, darunter „an erster Stelle [...] alle Personen und Stellen, die führend am öffentlichen Leben beteiligt sind: Die Landräte und die Bürgermeister und ihre Stellvertreter, die Kreis- und Ortsleiter der vier Parteien und der Gewerkschaften und ihre Stellvertreter“.³² Um die Ver-

²⁶ Die unvollständigen, unüberprüfbaren und damit für pressestatistische Vergleiche weitgehend unbrauchbaren Auflagenangaben gelten als zentrales Problem bei der Beschreibung der Entwicklung des DDR-Pressewesens.

²⁷ Bevölkerungszahl in Mecklenburg-Vorpommern rund 1,9 Mio. Ew. (vgl. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1945 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, hg. v. Statistischen Zentralamt, Berlin 1946, S. 4).

²⁸ Statistische Angaben, Landes-Druckerei G.m.b.H., Geschäftsleitung, Abschrift. LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Amt für Information, Sign. 3079.

²⁹ Landes-Druckerei G.m.b.H. (wie Anm. 28).

³⁰ Schreiben der Präsident des Landes Mecklenburg-Pommern, Landesverwaltung Schwerin, Abt. Kultur u. Volksbildung, an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetische Besetzten Zone, 3.10.46, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Amt für Information, Sign. 3073. – Die Verteilung dürfte jedoch durch die Bezirksausgaben regional unterschiedlich gewesen sein. Im September/Oktober 1946 erreichte die Ausgabe Stralsund der Landes-Zeitung eine Auflage von 23 462 Exemplaren. Bezogen auf eine Wohnbevölkerung von etwa 100 000 Einwohnern in Stadt und Landkreis Stralsund (1950; vgl. Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, hg. v. d. Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1956, S. 10) bedeutete dies eine rechnerische Zeitungsverorgung für etwa ein Viertel der Bevölkerung, was hier bei etwas mehr als 30 000 Haushalten für eine fast flächendeckende Versorgung gereicht haben könnte.

³¹ „An alle Vertriebsstellen und Organisationen!“ In: *Volkszeitung*, Dresden, 10.7.45.

³² „Achtung! Unterbezirks-, Kreis- und Ortsgruppenleitungen der KPD.“ In: *Volks-Zeitung*, Halle, 1.8.45.

breitung bis hinunter in die Landgemeinden sicherzustellen, schickte der Landrat des Kreises Wismar an jede Gemeinde zwei Exemplare der *Volkszeitung* per Dienstpost und verlangte dafür die Errichtung von Schaukästen: „Ich werde mich persönlich davon überzeugen, ob die auf diese Weise den Gemeinden zugestellten Zeitungen auch tatsächlich in der gedachten Form zum Aushang kommen. Den Bezugspreis der Zeitungen trägt die Gemeindeverwaltung.“³³

In den meisten ländlichen und kleinstädtischen Regionen erfolgte damit weiterhin keine aktuelle Berichterstattung über die Geschehnisse aus der eigenen Kommune und dem politischen Nahbereich. Die Landeszeitungen berichteten vor allem über überregional wichtige Geschehnisse. Insbesondere in Mecklenburg und Brandenburg, wo vor dem Krieg die NSDAP nur wenige Zeitungsverlage in ihre Gewalt übernommen hatte und in denen es auch keine Rückübertragungen von Zeitungen der SPD und KPD aus der Zeit vor 1933 gegeben hatte, sollte sich der Aufbau der neuen Parteizeitungen lange hinziehen. Anderthalb Jahre nach der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur SED waren viele ländliche Regionen noch immer ohne lokales SED-Organ. In Mecklenburg-Vorpommern erschien die Landes-Zeitung der SED im Oktober 1945 lediglich mit vier Ortsausgaben für Schwerin³⁴, Rostock³⁵, Stralsund³⁶ und Greifswald³⁷, die liberal-demokratische *Norddeutsche Zeitung* und der christdemokratische *Demokrat* hatten gar keine Ortsausgaben.³⁸ Bei 193 Stadt- und Landkreisen, die in Ostdeutschland im Dezember 1945 existierten, sollte es Jahre dauern, bis die SED ein flächendeckendes Netz von lokalen Tageszeitungen etabliert hatte. Angesichts der nicht flächendeckenden Verbreitung der SED-Zeitungen muss gefragt werden, wer abseits dieser SED-Zeitungsorte die Verbreitung der lokalen Bekanntmachungen und Anordnungen übernahm und wo die für den Wiederaufbau notwendigen Anzeigen und kommunalen Informationen erschienen.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der drastischen Berichte vom Umgang mit den alteingesessenen Verlegern und ihren Verlagen ging bislang sowohl die ost- als auch die westdeutsche Forschung davon aus, dass es bei der Roten Armee

³³ Schreiben Der Landrat des Kreises Wismar, Reichardt, an alle Gemeindevorsteher, Wismar, 27.11.45, Stadtarchiv Sternberg, Sign. 1503 Bl. 1 c.

³⁴ Für Stadt Schwerin, Kreise Wismar, Schönberg, Hagenow, Ludwigslust, Parchim, Neustrelitz (vgl. STAMM: Der Leitfaden 1949 für Presse und Werbung, hg. v. Willy STAMM/Max LEHMANN, 2. Auflage, Essen 1949, S. 99).

³⁵ Für Stadt Rostock, Kreise Güstrow, Malchin, Waren, Neubrandenburg (vgl. STAMM (wie Anm. 34), S. 94).

³⁶ Für Stadt Stralsund, Kreise Grimmen, Rügen, Demmin (vgl. STAMM (wie Anm. 34), S. 104).

³⁷ Für Stadt Greifswald, Kreise Anklam, Randow, Usedom, Ückerkmünde (vgl. STAMM (wie Anm. 34), S. 57).

³⁸ Schreiben der Präsident des Landes Mecklenburg-Pommern, Landesverwaltung Schwerin, Abt. Kultur u. Volksbildung, an die Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung in der Sowjetische Besetzten Zone, 3.10.46, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Amt für Information, Sign. 3073.

zur sofortigen endgültigen Schließung und Enteignung aller traditionellen Verlage kam,³⁹ deren Enteignung die Grundlagen für den vollständigen Neuaufbau der ostdeutschen Presse legen sollte. „Die erste Aufgabe, um das Pressewesen in Deutschland von Grund auf umzugestalten und zu demokratisieren, war die völlige Zerschlagung dieses Pressetrusts“⁴⁰, was die Siegermächte am 8. Mai 1945 mit der deutschen Kapitulation erreichten.⁴¹ Die dabei erfolgenden Beschlagnahmen von Zeitungshäusern hätten *ausnahmslos* alle Verlage betroffen, da die Presse *ausnahmslos* auf die nationalsozialistischen Erfordernisse hin gleichgeschaltet worden war.⁴² Ein Weiterbestehen traditioneller Verlage galt bislang als ausgeschlossen. Deren Verlageigentum sei „im Juli 1945 auf die deutschen Zentralverwaltungen in der SBZ übertragen“ worden.⁴³ Durch „Druckverbot und Requirierung von Redaktionsräumen, Druckereien und Papiervorräten“ sei ein „Vakuum“ geschaffen worden,⁴⁴ das im Sommer 1945 mit neuen Lizenzzeitungen und einer unbelasteten Generation von Mitarbeitern habe gefüllt werden können.

Tatsächlich jedoch konnten viele Zeitungsverlage noch einige Jahre in begrenztem Umfang weiterarbeiten.

Die Weiterarbeit privater Verleger

In der wirtschaftlichen Krisensituation der Nachkriegszeit, die durch Versorgungsprobleme, gestörte Kunden-Lieferanten-Beziehungen und die Zwangsbewirtschaftung von Waren bestimmt war, kamen vor allem Anzeigen und Bekanntmachungen eine wichtige Aufgabe beim Wiederaufbau von Gewerbe und Handel zu. Besondere Blätter, die im Unterschied zu regulären Zeitungen vor allem amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen druckten und deren redaktionelle Beiträge sich auf unpolitisches Füllmaterial beschränkte, waren in Deutschland erstmals seit dem 18. Jahrhundert erschienen. Der Staat erwartete sich damals von dem Anzeigenwesen dieser ‚Intelligenzblätter‘ genannten Zeitungen eine Förderung von Wirtschaft und Handel, weshalb die Intelligenzblätter für bestimmte Institutionen und Bevölkerungskreise zu Pflichtblättern erklärt wurden. Die Blätter enthielten anfangs „ausschließlich Annoncen, waren also reine Anzeigenblätter für An- und Verkäufe, Vermietungen, Geldverkehr, Stel-

³⁹ Vgl. STRUNK (wie Anm. 3), S. 63; Raue (wie Anm. 3), S. 79; S. 81; S. 111 f. Anm. 30.

⁴⁰ Werner CLAUS: Die Entwicklung des Journalismus in der Deutschen Demokratischen Republik seit 1945, in: Journalistisches Handbuch der Deutschen Demokratischen Republik, hg. v. Verband der Deutschen Journalisten, Leipzig 1960, S. 36–47, hier S. 37.

⁴¹ Vgl. Günter RAUE: Geschichte des Journalismus in der DDR (1945–1961). Leipzig 1986, S. 32; Raue (wie Anm. 3), S. 76.

⁴² Vgl. CLAUS (wie Anm. 40), S. 37; Vgl. ebenso RAUE (wie Anm. 3), S. 44 ff.

⁴³ KOSZYK (wie Anm. 3), S. 47.

⁴⁴ RAUE (wie Anm. 3), S. 47.

lenangebote und -gesuche, Verlorenes und Gefundenes, dann auch Familienanzeigen und Preisangaben für Nahrungsmittel“.⁴⁵ Die öffentliche Aufgabe, die dem Anzeigenwesen seither zukommt, sollte sich über alle unterschiedlichen Änderungen der Wirtschaftsverfassung hinweg halten. Es hatte „das Wirtschaftsgeschehen des Landes insgesamt in Gang zu halten, Angebot und Nachfrage [...] nach Waren und Dienstleistungen zusammenzuführen, neue Bedürfnisse wecken und konjunkturelle Schwankungen ausgleichen zu helfen.“⁴⁶

Während in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Herstellung politischer Zeitungen mit einem umfassenden Nachrichtenteil weitgehend reglementiert und beschränkt war, entstand in den Aufbaujahren eine Vielzahl von Bekanntmachungsblättern, die wie bereits ihre Vorgänger im 18. und 19. Jahrhundert über einen umfassenden Anzeigenteil verfügten. Mit diesen Zeitungen begannen die Verlage einen Ersatz für die nicht mehr erscheinende Tagespresse zu schaffen. Bereits „im September oder Oktober 1945 gab jeder Kreis sein Kreisnachrichtenblatt heraus.“⁴⁷ Diese Anzeigen- und Bekanntmachungsblätter bedeuteten für die Zeitungshäuser eine Möglichkeit, ihre Verlags- und Anzeigengeschäfte weiterzuführen oder zumindest die Druckereien auszulasten. Die Verlage bedienten mit diesem Druckgeschäft nicht nur das eigene, sondern zugleich das Interesse der lokalen Bevölkerung nach Information und Anzeigen sowie der Kommunalverwaltungen nach Veröffentlichung der „wichtigsten Magistrats-Mitteilungen und Bekanntmachungen“.⁴⁸ Nach dem Wunsch der Kommunalpolitiker und Verleger kam diesen Blätter die Aufgabe zu, das wirtschaftliche und öffentliche Leben wieder in Gang zu bringen und sich so „zum Segen und Wohle aller Bevölkerungskreise“ auszuwirken.⁴⁹ Weil die Mitteilungsblätter den öffentlichen Anschlag einzelner öffentlicher Bekanntmachungen ersetzten, wurden diese Zeitungen nicht nur in den Kommunen,⁵⁰ sondern auch von den Landesregierungen und der SMAD für notwendig erachtet. Wo ein Anzeigenblatt nicht möglich war, erschienen Plakatanzeiger.

Für viele nicht enteignete Verleger entstand so die Möglichkeit zur Weiterarbeit. Ohne mit dem Kriegsende endgültig aus dem Mediengeschäft verdrängt worden zu sein, gab so in Wolgast ab vermutlich 1946/47 die Buchdruckerei

⁴⁵ Norbert JONSCHER: Lokale Publizistik. Theorie und Praxis der örtlichen Berichterstattung. Ein Lehrbuch, Opladen 1995, S. 90.

⁴⁶ Siehe JONSCHER (wie Anm. 45), S. 213.

⁴⁷ Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, Bericht über die Landesnachrichterkonferenz am 10.7.46 im Hause der Zentralverwaltung, 30.7.46, SAPMO-BArch DR2/625, Blatt 35.

⁴⁸ „Zum Geleit!“ In: *Nachrichten der Stadt Forst (Lausitz)*, 22.9.45.

⁴⁹ Vgl. das Grußwort von Bürgermeister Geiler für den Stadtrat Elsterberg, in: *Bekanntmachungen und Anzeigen für Elsterberg und die umliegenden Landgemeinden*, 29.3.47.

⁵⁰ Das Anschlagen als einzige Möglichkeit der Veröffentlichung hatte in Weißenfels zu Klagen der Stadtverwaltung geführt (Aktennotiz, 4.10.45, Stadtarchiv Weißenfels AII 70, Veröffentlichungen in der Presse und Bekanntmachungen 1931–1945).

Emil Hoffmann die *Amtlichen Bekanntmachungen der Stadt Wolgast* heraus,⁵¹ die wenig später in *Wolgaster Anzeigenblatt* umbenannt wurden und Bekanntmachungen des Rates, der Sportvereine und der Post sowie die Gottesdienstordnung, einzelne Berichte und Anzeigen enthielt.⁵² Der Verlag hatte im NS-Staat den 1841 gegründeten *Wolgaster Anzeiger* produziert, die amtliche Zeitung der Stadt Wolgast.⁵³ Zu den ebenfalls nach dem Krieg erneut aktiven Verlagen gehörte auch Engelmann & Söhne aus Malchow, die 1947 die *Malchower Nachrichten* herausgaben, einen wöchentlichen Anzeigenaushang. Mit dem Titel *Malchower Nachrichten* griff der Verlag nach dem Krieg auf einen Namen zurück, der die frühere Tageszeitung des Hauses zwischen 1878 und 1900 geführt hatte.⁵⁴ Um das Anzeigengeschäft anzukurbeln, sorgte der Verlag für die Präsenz in überregionalen Werbehandbüchern.⁵⁵ In dem Malchower Traditionsverlag war bis zum Kriegsende die Tageszeitung *Malchower Tageblatt* erschienen, dessen Auflage in der Kriegszeit zwischen 1939 und 1945 einen rasanten Anstieg von 850 auf 2 000 Stück erlebt hatte.⁵⁶

Während diese Bekanntmachungsblätter die Projekte einzelner Verlage waren, fanden sich bei zwei mecklenburgischen Verlagen aus Schönberg und Ludwigslust Versuche, Kooperationen unter Verlagskollegen einzugehen (Abb. 1). So gründete der Verlag Paul Niemann, der bis Kriegsende das *Ludwigsluster Tageblatt* verlegt hatte,⁵⁷ die *Amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust*, bei dem er für den Druck und die Anzeigenannahme verantwortlich zeichnete.⁵⁸ Da das Blatt im ganzen Kreisgebiet erschien, kam für weitere Verlage des Kreises lediglich eine Beteiligung im Bereich des Vertriebs und der Anzeigenaufnahme in Frage. In das Geschäft mit den *Amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust* wurden der Verlag Ernst Karl Geier,⁵⁹ der

⁵¹ Sammlung LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Wochenzeitungen in Wolgast 1948, Sign. 3206.

⁵² Vgl. *Wolgaster Anzeiger*, 3.6.50 (Bestand LHA Schwerin, MiPrä, Sign. 1671).

⁵³ Vgl. Institut für Zeitungswissenschaft an der Universität Berlin (Hg.): *Handbuch der Deutschen Tagespresse*, 6. Auflage, Bearbeiter Carl SCHNEIDER, Leipzig 1937, S. 140.

⁵⁴ Vgl. Institut für Zeitungswissenschaften an der Universität Berlin (Hg.): *Handbuch der Deutschen Tagespresse*, 7. Auflage, Leipzig 1944, S. 118.

⁵⁵ Vgl. BWD (Hg.): *BWD Zeitungs- und Zeitschriftenkatalog 1947*, 2. Auflage, Berlin 1947, S. 110.

⁵⁶ Verleger Willy und Otto Engelmann, seit 1944 bis zum Kriegsende Willy Engelmann, Anzeigenleiter Otto Engelmann (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 56; *Handbuch der deutschen Presse* (wie Anm. 54), S. 118).

⁵⁷ Vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 53.

⁵⁸ Vgl. *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust*, Nr. 00/o. Dat. [Ende April/Anfang Mai 1948] (LHA Schwerin, Bestand M.d.I. 1945–1952, *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Ludwigslust* 1948, Sign. 2005).

⁵⁹ Grabow, bis zum Kriegsende *Kreisblatt für die Kreise Ludwigslust und Parchim* (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 31).

Verlag G. Hamburgs Buchdruckerei⁶⁰ und die Buchdruckerei Edmund Mattig⁶¹ als Anzeigenannahmestellen eingebunden.⁶² Damit waren diese Zeitungsverlage am Anzeigengeschäft beteiligt, mussten für die Auslastung ihrer Druckereien jedoch andere Wege finden. Die Druckerei Mattig produzierte deshalb etwa Fotoalben und Briefpapier⁶³ und hatte Reparationsaufträge für die Sowjetische Militäradministration zu leisten.⁶⁴ Wie in Ludwigslust gab auch im Kreis Schönberg ein Traditionsverlag ein Wochenblatt, die *Amtlichen Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg* (Meckl.), heraus, für das benachbarte Druckunternehmen die Anzeigenannahme erledigten.⁶⁵ Der Verlag Lehmann & Bernhardt hatte zuvor immerhin bis in die westalliierte Besatzung Westmecklenburgs hinein den *Schönberg-Rehnaer Anzeiger* herausbringen dürfen⁶⁶ und baute in der Nachkriegszeit mit der Buchhandlung Korn & Salchow (*Grevesmühlener Zeitung*) sowie den Buchdruckereien P. Westphal (*Dassower Nachrichten*) und B. Knaack (Selmsdorf) ein Netzwerk von Anzeigenstellen auf.⁶⁷

Da an einer Weiterarbeit der Traditionsverlage ein breites öffentliches Interesse bestand, fanden die traditionellen Verlage angesichts des Fehlens von Alternativen bei der Herausgabe ihrer Zeitungen in der Regel eine große Zahl von kommunalen Fürsprechern, darunter auch aus der herrschenden SED. „Angeregt von den einzelnen Behörden und der Geschäftswelt“⁶⁸ und mit breiter Unterstützung durch lokale Ämter und die Wirtschaft hatte beispielsweise 1947 der Pächter der Demminer Druckerei W. Gesellius sein *Bekanntmachungsblatt* herausgegeben, in dem die Verkündigungen von kommunalen Behörden, Arbeitsamt, Post, Pommerscher Landesbahn, Handwerksinnungen und Raiffeisengenossenschaften, der Gewerkschaften sowie Familien- und Kleinanzeigen und Inserate von Handel und Gewerbe erscheinen sollten.⁶⁹ Das Verlagshaus

⁶⁰ Neustadt-Glewe, bis zum Kriegsende *Neustädter Anzeiger* (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 36).

⁶¹ Dömitz, bis zum Kriegsende *Dömitzer Zeitung* (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 62).

⁶² Hinzu kam in Eldena die Buchhandlung Wulf. – Zur Anzeigenannahme vgl. *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg* (Meckl.), Nr.1-25/1948 (LHA Schwerin, Bestand M.d.I. 1945–1952. Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg 1948, Sign. 2006).

⁶³ Telefonische Auskunft Edmund MATTIG, Berlin, 22.3.00.

⁶⁴ Vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 31.

⁶⁵ Vgl. *Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg* (Meckl.), Nr.1-25/1948 (LHA Schwerin, Bestand M.d.I. 1945–1952. Amtliche Bekanntmachungen und Anzeigen für den Kreis Schönberg 1948, Sign. 2006).

⁶⁶ Vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 81; S. 125.

⁶⁷ Hinzu kam in Klütz die Buchhandlung Karl Krohn. – Zur Verlagsgeschichte vgl. Institut für Zeitungswissenschaft (wie Anm. 53), S. 72.

⁶⁸ Schreiben Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter Heinrich Stein, an die Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Ministerium für Kultur- und Volksbildung, 6.1.48. LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195.

⁶⁹ Schreiben Buchdruckerei W. Gesellius (wie Anm. 68).

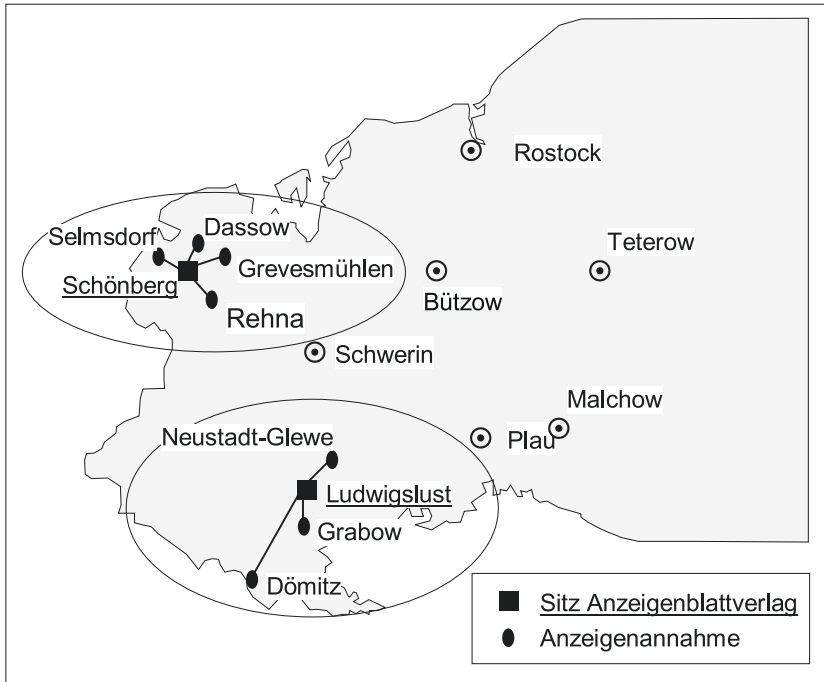


Abb. 1:
Kooperationen traditioneller mecklenburgischer Zeitungshäuser
im Anzeigenblattgeschäft 1948.

war bereits vor dem Krieg mit einer NS-Parteizeitung zum Druck- und Verlagsbetrieb ‚Demminer Verlags-G.m.b.H‘ fusioniert⁷⁰ und war nach 1945, da vom Eigentümer verlassen, an den vorherigen technischen Leiter Heinrich Stein verpachtet worden.⁷¹ Die Verlagstätigkeit der Nachkriegszeit fand nicht nur die

⁷⁰ Vgl. Sperlings Zeitschriften- und Zeitungs-Adreßbuch. Handbuch der Deutschen Presse, 61. Ausgabe, bearbeitet von der Adreßbücher-Redaktion des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Leipzig 1947, S. 473 f.

⁷¹ Stein war gelernter Setzer, hatte seit 1910 in verschiedenen Druckereien als technischer Leiter und Korrektor gearbeitet. 1943 übernahm er diese Position in Demmin. Nach dem Krieg erreichte er im Juni 1945 („da sich die Betriebsführung um den Betrieb nicht kümmerte“), dass die sowjetische Kommandantur ihm die Erlaubnis zur Wiederaufnahme der Arbeit erteilte. Bis 1947 leitete er den Betrieb treuhänderisch, seit dem 1.7.47 als Pächter (Lebenslauf Heinrich Stein, 19.2.48, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195).

Zustimmung der deutschen Kommunalbehörden, sondern auch des örtlichen sowjetischen Militärbefehlshabers: „Im Einvernehmen mit der hiesigen Kommandantur (Herrn Kapitän Rechler) haben wir uns entschlossen, auf vielfältigen Wunsch der Bevölkerung ein Anzeigenblatt herauszugeben. Dies ist erforderlich, um sämtliche Bekanntmachungen der Behörden, der Besatzungsmacht, der Parteien sowie auch der Geschäftswelt, zu veröffentlichen.“⁷² Die schlechte Papierversorgung erlaubte lediglich die Produktion einer öffentlich auszuhängenden Wandzeitung. „Der Aushang dieses Bekanntmachungsblattes erfolgt bei den amtlichen Aushangstellen, sowie bei sämtlichen Lebensmittelgeschäften, Milchverteilungsstellen, Bäckereien u. Metzgereien der Stadt Demmin.“⁷³ Das Format wechselte aufgrund des Papiermangels häufig – die erste Nummer wurde auf der Rückseite von Makulaturpapier aus einem Lieferscheindruck erstellt.⁷⁴

Viele dieser Anzeigenblätter wurden in einer Kooperation zwischen alteingesessenen Verlagen und Kommunalverwaltungen herausgegeben. Auch in Demmin kam es bei der Herausgabe der *Bekanntmachungen* zu einer Arbeitsteilung zwischen Verlag und Kreisverwaltung. „Während der Verlagsinhaber Stein für die Bekanntmachungen und Inserate verantwortlich blieb, übernahm für die Information über kulturelle Veranstaltungen ein Kreisrat die Zuständigkeit.“⁷⁵ Über die Bedingungen der Herausgabe der Bekanntmachungsblätter herrschte jedoch vor Ort wenig Klarheit. Zwischen unterschiedlichen Verwaltungsstellen kam es immer wieder zu Konflikten. Anfang Dezember 1947 wurden etwa die *Bekanntmachungen* aus Demmin eingestellt, als „von der höheren Dienststelle mitgeteilt [wurde], dass ab sofort für das Erscheinen solches Nachrichtenblattes die besondere Genehmigung der SMA.i.D. erforderlich ist.“⁷⁶ Demgegenüber befürwortete das Kreispolizeiamt Demmin als zuständige Behörde für die Erteilung der Druckgenehmigungen „in Anbetracht der vorliegenden Verhältnisse ein weiteres Erscheinen dieses Bekanntmachungsblattes in der bisherigen Form.“⁷⁷

⁷² Fehler im Original – Schreiben Der Landrat des Kreises Demmin, Amt für Kultur u. Volksbildung, an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Innere Verwaltung, Betr. Lizenzerteilung für die Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter: Heinrich Stein, Demmin, Bastr. 45, 23.8.47, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195.

⁷³ *Bekanntmachungen*, Nr. 1/5.8.47, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195.

⁷⁴ Vgl. *Bekanntmachungen* 5.8.47 ff. (wie Anm. 73).

⁷⁵ *Bekanntmachungen*, Nr. 53/14.10.48 (LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Wochenzeitungen in Demmin 1948, Sign. 3196).

⁷⁶ Bescheinigung, Kreispolizei Demmin – Verwaltungspolizei-, Leiter der Verwaltungspolizei, Duve, 1.12.47, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195.

⁷⁷ Bescheinigung Kreispolizei Demmin (wie Anm. 76).

Erst nach Rückfragen beim Ministerium für Volksbildung konnten die *Bekanntmachungen* 1948 weiter verlegt werden. Nach der Rechtsauskunft des Ministeriums bedurfte „ein örtliches Nachrichtenblatt bis zu einer Auflage von 500 Exemplaren nur der Genehmigung des Kreiskulturamtes und der Bestätigung der zuständigen Dienststelle der SMA. Voraussetzung ist, daß die Auflage von 500 Exemplaren nicht überschritten wird, das Blatt neben Anzeigen nur amtliche Bekanntmachungen und keinen redaktionellen Teil führt. Dem Ministerium für Volksbildung ist nach Genehmigungserteilung durch die SMA von dem Erscheinen des Blattes Kenntnis zu geben.“⁷⁸ Diese Regelungen gingen auf den sowjetischen Befehl Nr. 90 vom 17. April 1947 zurück, der einerseits festlegte, dass Zeitungen und Zeitschriften keiner Zensur unterlagen, die Veröffentlichung jedoch andererseits von einer Registrierung und Lizenzierung der Druckereien abhängig machte.⁷⁹ Die Nachrichtenämter bekamen dabei die Genehmigungshoheit für Drucksachen wie Formulare, Eintrittskarten oder gewerbliche und private Anzeigen übertragen, unter die auch Bekanntmachungsblätter subsumiert wurden.⁸⁰

Freigestellt blieb den kommunalen Nachrichtenämtern, wen sie mit der Produktion der Zeitungen beauftragten, so dass viele Ämter die Kooperation mit alt-eingesessenen Verlagen suchten. Bedingung war lediglich, dass die Nachrichtenämter als Herausgeber auftraten.⁸¹ Die Kooperation mit den traditionellen Verlagen war schon deshalb sinnvoll, da der Aufbau eines eigenen Bekanntmachungsblattes ein besonderes Knowhow voraussetzte. Die von dieser Kooperation profitierenden traditionellen Unternehmen hatten die besseren Möglichkeiten der Papierversorgung. „Die Quelle der Papierbeschaffung ist in der Abgabe von Altpapier zu suchen. Der Nutznießer der Anzeigengelder ist die Druckerei selbst.“⁸²

⁷⁸ Schreiben Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Abt. Allgem. Volkskultur, Eisermann, an den Rat des Kreises Demmin, Abt. Kultur und Volksbildung, Betr. Lizenzerteilung für ein amtliches Nachrichtenblatt durch die Druckerei Gesellius, Demmin, Schwerin, 27.2.48, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195.

⁷⁹ § 3, Richtlinien zu Befehl Nr. 90 der SMAD vom 17. April 1947 über die Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten und anderen Drucksachen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Abschrift, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570.

⁸⁰ § 1, Richtlinien zu Befehl Nr. 90 (wie Anm. 79).

⁸¹ Vgl. Landesregierung Sachsen-Anhalt, Minister des Innern, Landesnachrichtenamt, Rundschreiben an alle Nachrichtenämter, nachrichtlich an alle Oberbürgermeister und Landräte, Halle, 7.5.47, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570: „Als Herausgeber dürfen lediglich amtliche Dienststellen zeichnen, [...] nicht aber irgendwelchen privaten Herausgeber. Selbstverständlich bleibt es dem Herausgeber überlassen, den Verleger und den Vertrieb selbst zu wählen.“

⁸² Schreiben Rat des Kreises Güstrow, Dezernat Volksbildung, an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Volksbildung, Referat Presse und Rundfunk, Betr. Wochen-Zeitschrift, 3.12.48, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Wochen=Zeitschriften des Kreises Güstrow 1948–1949, Sign. 3197.

Die kommunalen Nachrichtenämter hätten sich in Themen wie Papierbezug oder Kostenrechnungen erst einarbeiten müssen.

Es kam jedoch nicht nur zu Kooperationen der Gemeinden mit den traditionellen Verlagen, sondern es sind ebenso Konflikte überliefert, wo sich Gemeindevorteiler aus politischen Motiven gegen die Erwerbsinteressen der Verleger richteten. So versuchte der Kreis Güstrow gegen das *Anzeigenblatt der Stadt Schwaan und Bützow* zu intervenieren: „Die Befürwortung der Herausgabe des Anzeigenblattes der Stadt Schwaan liegt vor. Unsererseits befürworten wir die Herausgabe dieses Anzeigenblattes nicht, da unserer Meinung nach kein Bedürfnis vorliegt, und die Herausgabe des Blattes lediglich aus geschäftstüchtigen Interessen des Druckereibesetzters erfolgt.“⁸³ Das Ministerium für Volksbildung des Landes sah sich jedoch nicht in der Lage, die Pressetätigkeit zu unterbinden: „[...] teilen wir Ihnen mit, daß von seiten der Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Volksbildung, keine Bedenken dem weiteren Erscheinen des Anzeigenblattes der Stadt Schwaan gegenüber bestehen. Da die Frage der Papierbeschaffung durch die Ablieferung von altem Papier gelöst ist, der Inhalt keinen Grund zu Beanstandungen bietet und der Anzeigenpreis pro Zeile nicht den Preisstop überschreitet, sehen wir uns nicht in der Lage, ein Verbot dieses Blattes auszusprechen.“⁸⁴

Von den Behörden bemängelt wurden ab und an lediglich Gelegenheitsanzeigen, „deren Veröffentlichung gegen die hierfür zuständigen Gesetze (Kompensationsgeschäfte) verstoßen“.⁸⁵ Im *Anzeigen-Aushang* des Teterower Verlages Hermann Decker waren etwa unerlaubte Tauschanzeigen erschienen: „Biete großen Kleiderschrank und Singer-Trittmachine oder Dezimalwaage, suche ein Schwein“.⁸⁶ Als der *Anzeigen-Aushang* diese Form von Anzeigen weiter veröffentlichte, kündigten die Behörden des Kreises Malchin, die zuvor jede dieser Nummern einzeln für den Druck genehmigt hatten, in Schwerin rechtliche Schritte gegen den Verleger an: „In der Teterower Kleinzeitung, dem ‚Anzeigen-Aushang‘ erscheinen trotz mehrmaliger schriftlicher und mündlicher Hinweise [...] weiterhin verbotene Anzeigen. Wir stellen gegen den Inhaber der Buchhandlung Hermann Decker, Herr Vick, Teterow, Strafantrag, weil er sich wiederholt gegen die Bestimmungen und Verordnungen vergangen hat.“⁸⁷

⁸³ Schreiben Rat des Kreises Güstrow (wie Anm. 82).

⁸⁴ Schreiben Ministerium für Volksbildung, kulturelle Aufklärung, Regierungsdirektor Eisenmann, an den Rat des Kreises Güstrow – Amt für Volksbildung, 18.12.48, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Wochen=Zeitschriften des Kreises Güstrow 1948–1949, Sign. 3197.

⁸⁵ Schreiben Abt. Volkskultur, an den Rat des Kreises Malchin, Amt für Kultur und Volksbildung, 24.11.48, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Anzeigenaushänge im Kreis Malchin 1948–1949, Sign. 3200.

⁸⁶ *Anzeigen-Aushang*, Teterow, 29.1.49.

⁸⁷ Schreiben Rat des Kreises Malchin, Amt für Kultur und Volksbildung, Kreiskulturamt, an die Landesregierung Mecklenburg, Minister für Volksbildung, Abt. Volkskultur, Betr. Kleinzeitung Teterow, 8.2.49, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Anzeigenaushänge im Kreis Malchin 1948–1949, Sign. 3200.

Ungeachtet des Verfahrens wurden von den Kreisbehörden jedoch auch anschließend weitere Nummern des *Anzeigen-Aushangs* genehmigt.

Breite staatliche Eingriffe in die Möglichkeiten der Herausgabe von Bekanntmachungsblättern brachte vor allem die sozialistische Umgestaltungspolitik mit sich. Ein zunehmender Teil der privaten Zeitungsbetriebe wurde bis 1948 im Rahmen der sowjetischen Entnazifizierungs- und sozialistischen Umgestaltungspolitik enteignet,⁸⁸ wovon selbst Zeitungshäuser betroffen waren, die selbst nach Auffassung der staatlichen Stellen eigentlich im Besitz ihrer Eigentümer verbleiben sollten. So erhielten etwa die Eigentümer der Buchdruckerei Edmund Mattig (*Dömitzer Zeitung*) zwar eine Zusicherung, ihre Enteignung sei irrtümlich erfolgt, das Verfahren zog sich gleichwohl drei Jahre hin, um am Ende trotzdem mit einer Enteignung zu enden.⁸⁹

Wie bei Umverteilungen von Eigentum nicht anders zu erwarten, kam es dabei teilweise offenbar zu Wettrennen um die Verfügungsgewalt über die enteigneten Unternehmen. In einem Schreiben an den Vizepräsidenten des Landes Mecklenburg mühte sich so der Kulturbund darum, die Verfügung über die Buchdruckerei P. Niemann (*Ludwigsluster Tageblatt*) zu erlangen und dabei den konkurrierenden Besitzer der Druckerei Chr. Sauerland & Sohn auszustechen.⁹⁰ „Was diesen Sauerland betrifft, erzählte er mir eben, dass er sich liiert hat mit der Druckerei Niemann in Ludwigslust und dadurch die Druckerei, wie er sich ausdrückt, gerettet hat, denn Niemann, der Besitzer, ist ein alter Pg. Der Bürgermeister Theek will aber diesen Niemann völlig enteignen und Sauerland trägt sich mit der Hoffnung, Treuhänder der Druckerei zu werden. Ich teile Dir das mit, weil wir bei der Schaffung unseres belletristischen Verlages Schwierigkeiten hinsichtlich der Druckerei haben. Diese Druckerei Niemann in Ludwigslust ist die einzige Druckerei, die noch einigermaßen intakt ist, und ich halte es für richtig, wenn schon der ehemalige Pg. enteignet wird, dass sie dann nicht dem Sauerland zugeschoben wird.“⁹¹

Trotz der Enteignungswellen der 40er Jahre ist jedoch auffällig, dass andere Zeitungshäuser auch in den späten 40er und zu Beginn der 50er Jahre als Verleger amtlicher Bekanntmachungsblätter weiter aktiv bleiben konnten. Es kam zu länger dauernden verlegerischen Kontinuitäten. Selbst lange nach dem Ende

⁸⁸ Zur Entnazifizierung und wirtschaftlichen Umgestaltung in Mecklenburg-Vorpommern vgl. näher Damian VAN MELIS: Entnazifizierung in Mecklenburg-Vorpommern. Herrschaft und Verwaltung 1945–1948, München 1999.

⁸⁹ Mitteilung Edmund MATTIG, Berlin, 22.3.2000.

⁹⁰ Sauerland gab seit 1883 den gegründeten *Generalanzeiger für Philatelie* heraus, der in der Nachkriegszeit ab dem 15. Juli 1947 bis mindestens 1952 (ZDB-ID 547096-1) wieder erscheinen konnte (vgl. Schreiben Chr. Sauerland & Sohn an Landesregierung Mecklenburg-Pommern, Abt. Kultur und Volksbildung, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Amt für Information, Sign. 3078).

⁹¹ Schreiben Kulturbund, Dr. Bredel/B., an Herrn Vizepräsident Grünberg, Schwerin, 11.2.46, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Amt für Information, Sign. 3078.

der Enteignungswellen im Jahr 1948⁹² begannen Traditionsverleger mit der Neuherausgabe von Bekanntmachungsblättern. Im Seebad Ahlbeck auf der Insel Usedom erschienen erstmals im März 1949 die wöchentlichen *Usedomer Kreisnachrichten* aus dem Hause der Buchdruckerei Ernstdruck, bei der wie bei Bekanntmachungsblättern üblich der Rat des Kreises die Herausgabe und die Redaktion besorgte.⁹³ Schon in der Vorkriegszeit hatte die Buchdruckerei Karl Ernst in den Sommermonaten den *Ahlbecker Bade-Anzeiger* besorgt, ein unpolitisches offizielles Organ der kommunalen Badeverwaltung.⁹⁴ Auch die *Usedomer Kreisnachrichten* waren ein Sprachrohr der örtlichen Verwaltung und hatten „dem demokratischen Aufbau“ und damit der Mobilisierung der Bevölkerung zu nützen: „Nach dem Willen des Rates des Kreises sollen die ‚Usedomer Kreisnachrichten‘ ein Bindeglied sein zwischen der Kreisverwaltung einerseits und andererseits den Räten der 59 Gemeinden, den Bürgermeistern, den Gemeindevertretungen und deren Vorsitzenden sowie den Ortsausschüssen und Kommissionen, den antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen, insbesondere der Vereine der gegenseitigen Bauernhilfe, ja der gesamten Bevölkerung in Stadt und Land. Sie werden die wichtigsten Befehle unserer Besatzungsmacht, Verordnungen und Durchführungsbestimmungen der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), Gesetze und Durchführungsbestimmungen des Landtages, Erlasse und Verfügungen der Landesregierung und Veröffentlichungen der Kreisverwaltung bringen.“⁹⁵ Die Zeitung erschien im Umfang von zwei bis vier Seiten im Format DIN A4 und enthielt ab Nr. 3 auch Anzeigen.⁹⁶ Ab vermutlich März 1949 druckte auch in Plau der Verlag A.C. Froh unter dem Titel *Bekanntmachungen* wöchentlich einen Aushang und annoncierte darüber hinaus auch „sämtliche Drucksachen“ und die Herstellung von Briefumschlägen.⁹⁷ Hatte der Verlag 1939 täglich rund 900 Stück der *Plauer Zeitung* abgesetzt,⁹⁸ erreichten seine *Bekanntmachungen* 1949 immerhin wöchentlich 250 bis 300 Exemplare.⁹⁹ Seit 1953 verlegte Froh zudem für die SED-Kreisleitung die *Dorfzeitung für den MTS-Bereich Walow* und ab vermutlich 1958 auch das *Neue*

⁹² Vgl. Hannsjörg F. BUCK: Formen, Instrumente und Methoden zur Verdrängung, Einbeziehung und Liquidierung der Privatwirtschaft in der SBZ/DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', Bd. II (2), 12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages, hg. v. Deutschen Bundestag, Frankfurt (M.) 1995, S. 1070–1213, hier S. 1084.

⁹³ Vgl. *Usedomer Kreisnachrichten*, 1.3.49 (LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Rat des Kreises Usedom 1945–1952, Sign. 30).

⁹⁴ Vgl. Deutsches Institut für Zeitungskunde (Hg.): Handbuch der deutschen Tagespresse, 4. Auflage, Berlin 1932, S. 215.

⁹⁵ „Landrat Schwarz, Rat des Kreises Usedom: Jeder hilft mit!“ In: *Usedomer Kreisnachrichten*, Nr. 2/5.3.49. (LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Rat des Kreises Usedom 1945–1952, Sign. 30).

⁹⁶ Vgl. *Usedomer Kreisnachrichten*, Nr. 1 ff. (wie Anm. 95).

⁹⁷ *Bekanntmachungen*, Plau, 18.5.49 (LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Bekanntmachungen in Plau, Sign. 3202).

⁹⁸ Vgl. Institut für Zeitungswissenschaften (wie Anm. 54), S. 119.

⁹⁹ Vgl. *Bekanntmachungen*, Plau, (wie Anm. 97).

Leben für den MTS-Bereich Altenhof, beides Zeitschriften für den örtlichen Maschinenring.¹⁰⁰

Die beteiligten Verleger, die kommunale Verwaltungsspitze und die Bevölkerung sahen in den Bekanntmachungsblättern häufig eine Vorstufe für vollständige Tageszeitungen oder gar einen Ersatz für Tageszeitungen, was sich auch in den teilweise hohen Auflagen spiegelte. Als 1948 in Schwaan etwa die *Anzeigen für Stadt und Bezirk Schwaan* begannen, wöchentlich auf schlechtestem Papier Anzeigen, Bekanntmachungen und Tanzveranstaltungshinweise zu drucken, war ihre Auflage mit 1000 Stück fast so hoch wie die der *Schwaaner Zeitung* vor dem Krieg.¹⁰¹ Die von der C. Buhr's Ratsbuchdruckerei gedruckten *Anzeigen für Stadt und Bezirk Bützow* erschienen 1949 in einer Auflage von 1250 Stück,¹⁰² was höher war als die Auflage der von Buhr vor dem Krieg herausgegebenen *Bützower Zeitung*, die 1939 lediglich eine Auflage von 880 Stück erreicht hatte.¹⁰³

Diese Bekanntmachungsblätter übernahmen auch eine Reihe von öffentlichen Funktionen der traditionellen Tageszeitungen: „Die von den Städten und Kreisen herausgegebenen ‚Amtlichen Bekanntmachungen‘ und ähnlichen Blätter haben sich durch ihr regelmäßiges Erscheinen und die Aufnahme von Anzeigen mehr und mehr zu Zeitungen entwickelt.“¹⁰⁴ Die Auffassung, dass allerdings zu einer wirklichen Zeitung nicht nur Bekanntmachungen und Anzeigen gehörten, wurde dabei im Einzelfall von den Besatzungsoffizieren geteilt. In Demmin beklagte so die örtliche Kommandantur, dass das dortige Bekanntmachungsblatt zwar die wesentlichen Bedürfnisse von Gewerbetreibenden, Behörden und Kleinanzeigenkunden erfüllte, nicht jedoch das politische Informationsbedürfnis. Um eine entsprechende Ausweitung des Inhalts zu erzwingen, verweigerte der sowjetische Zensor dem Bekanntmachungsblatt kurzerhand nach wenigen Wochen die Genehmigung: „Der politische Zensor der Kommandantur hat das weitere Erscheinen mit der Begründung einstweilen unterbunden, daß dieses Blatt auch einen redaktionellen Teil (politische und lokale Nachrichten) enthalten soll. Für die Herausgabe einer solchen Zeitung ist jedoch eine Lizenzerteilung notwendig, die der politische Zensor selbst einholen wollte.“¹⁰⁵ Die

¹⁰⁰ Vgl. Impressum *Dorfzeitung für den MTS-Bereich Walow; Neue Leben*. Zur Funktion dieser Zeitungen vgl. Rolf GESERICK: 40 Jahre Presse, Rundfunk und Kommunikationspolitik in der DDR, München 1989, S. 46.

¹⁰¹ Vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 128.

¹⁰² Vgl. *Anzeigen für Stadt und Bezirk Bützow* (LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Wochen=Zeitschriften des Kreises Güstrow 1948–1949, Sign. 3197).

¹⁰³ Vgl. Institut für Zeitungswissenschaften (wie Anm. 54), S. 116.

¹⁰⁴ Fehler im Original – Rundschreiben Landesregierung Sachsen-Anhalt, Minister für Volksbildung, Kunst und Wissenschaft, vertraulich, an die Druckgenehmigungsstellen der Land- und Stadtkreise, Halle, 13.9.49, Stadtarchiv Weißenfels, AIII a 570, Allgemeine Verwaltung, Nachrichtenamt.

¹⁰⁵ Anlage zum Schreiben, Der Landrat des Kreises Demmin, Amt für Kultur u. Volksbildung, an die Landesregierung Mecklenburg, Ministerium für Innere Verwaltung, Betr. Lizenzerteilung für die Buchdruckerei W. Gesellius, Pächter: Heinrich Stein, Demmin, Baustr. 45, 23.8.47, LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gesellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195.

Kommandantur konnte sich mit ihren Vorstellungen vom Presseneuaufbau letztlich bei ihren vorgesetzten Stellen nicht durchsetzen. Die nach einer kurzen Pause wieder gedruckte Wandzeitung enthielt später sehr selten redaktionelle Beiträge, die allerdings die Bedeutung dieser Anzeigenblätter für die Beeinflussung der Bevölkerung unterstreichen. Die Nummern 11 bis 13 brachten als Übernahme aus der *Landes-Zeitung* der SED einen Bericht über die Arbeits- bzw. Verdienstmöglichkeiten im Bergbau im sächsischen Aue. Mit der Schilderung von Lohnhöhen und Zusatzleistungen wie Tabak- und Textilsonderzuweisungen sollte offenbar die Personalsituation im Uranbergbau verbessert werden.¹⁰⁶

Bereits vor 1933 hatte die Bevölkerung von ihrer traditionellen Tagespresse in der Regel keine kritische Berichterstattung oder Gegenöffentlichkeit erwarten können, da die lokale Presse „ökonomisch-sozial in kommunale Machtstrukturen fest eingebunden“ war.¹⁰⁷ Die Lokalzeitungsverleger konzentrierten sich auf die Geschehnisse im Nahbereich, „verfolgten dabei aber weniger publizistische als ökonomische Zielsetzungen“,¹⁰⁸ wozu vor allem der Abdruck der Anzeigen gehörte. Wie sehr auch die Anzeigenblätter der Nachkriegszeit als Fortsetzung der alten Lokalzeitungen verteidigt wurden, zeigte sich bei den Versuchen der Wolgaster Bevölkerung, 1950 die Einstellung des örtlichen Bekanntmachungsblattes zu verhindern. Im dortigen Verlag Hoffmann-Druck erschien bereits im 4. Jahrgang zweimal in der Woche im Kleinformat Din A4 das *Wolgaster Anzeigenblatt*, für das der Verlag den Druck und die Anzeigenaufnahme besorgte und der Rat der Stadt als Herausgeber fungierte. Der nach dem Krieg gewählte Titel *Wolgaster Anzeigenblatt* lehnte sich an den 1841 gegründeten Traditionstitel *Wolgaster Anzeiger* an,¹⁰⁹ der bis zum Krieg als „amtliche Zeitung der Stadt Wolgast“ fungiert hatte.¹¹⁰ 1950 enthielt das vierseitige Nachfolgeblatt neben Bekanntmachungen der Kommunalverwaltungen die Mitteilungen der örtlichen Vereine und Parteien, die Gottesdienst-

¹⁰⁶ Vgl. Existenzmöglichkeit! Freiwillige für den Erzbergbau in Aue (Sachsen). Tatsachenbericht eines Angestellten des Kreisarbeitsamtes Güstrow, in: *Bekanntmachungen* Nr. 11/17.10.47. Wiederholung in Nr. 12/23.10.47 und Nr. 13/30.10.47 (LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Lizenzerteilung an die Druckerei Gessellius, Demmin, für ein amtliches Nachrichtenblatt 1947–1948, Sign. 3195).

¹⁰⁷ JONSCHER (wie Anm. 45), S. 69.

¹⁰⁸ JONSCHER (wie Anm. 45), S. 98.

¹⁰⁹ Das Nachkriegsblatt *Wolgaster Anzeigenblatt* wurde mit der traditionellen Heimatzeitung *Wolgaster Anzeiger* aus der Vorkriegszeit gleich gesetzt bzw. verwechselt, wie ein anlässlich der Schließung an den Verlag gerichtetes Schreiben zeigt: „Mit großem Bedauern haben wir in den letzten Tagen zur Kenntnis nehmen müssen, daß mit großer Wahrscheinlichkeit mit dem Einstellen Ihres ‘Wolgaster Anzeiger’ zu rechnen ist.“ (Schreiben Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands Wirkungsgruppe Wolgast, an Hoffmann-Druck, Wolgast, 17.6.50. Als Anlage zu: Schreiben Deutsche Demokratische Republik, Amt für Information, Abtl. Presse/Gesetz, Berlin, an das Amt für Information des Landes Mecklenburg, Sekretariat des Ministerpräsidenten, 21.6.50, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Sign. 1671, Blatt 618.).

¹¹⁰ Vgl. Institut für Zeitungswissenschaften (wie Anm. 53), S. 140.

ordnung und kommunale politische Berichte.¹¹¹ Als das *Wolgaster Anzeigenblatt* geschlossen werden sollte, gingen bei der Landesregierung Protestschreiben aller Vereinigungen der Stadt ein, vom Demokratischen Frauenbund, dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund über die Freie Deutsche Jugend bis zur SED-Ortsgruppe. Die Verbände hoben dabei vor allem die organisierende und mobilisierende Funktionen der Presse hervor. Der örtliche Kulturbund führte etwa an, „das Anzeigenblatt hat uns im Aufbau unserer Wirkungsgruppe unschätzbare Dienste geleistet.“¹¹²

Die Mitteilungsblätter führten so die Rolle der traditionellen Lokalzeitungen fort, die als Amtsblätter nicht der Kontrolle der Macht dienten, sondern als Teil der örtlichen Macht im Netzwerk lokaler Interessen verankert waren.¹¹³ Die alteingesessenen Verleger erfuhren dabei eine durch ihre soziale Verankerung begründete Unterstützung, wie sie auch für die ostdeutschen Großbauern beschrieben ist: Das weitgehend ungebrochene „Prestige der lokalen Honoratioren“ behinderte während der sozialistischen Umgestaltung deren politisch motivierten ökonomischen Ausschluss aus der Gesellschaft, da sich die örtlichen „Bürgermeister, VdGB-Funktionäre und sogar SED-Mitglieder“ schützend vor die bedrohten Unternehmer stellten.¹¹⁴ Die SED hatte bei der Umsetzung ihrer Politik deshalb nicht nur auf die Verleger Rücksicht zu nehmen, sondern auch auf die durch diese Netzwerke geprägten lokalen Autoritäten.

Die Verdrängung der letzten Traditionsverleger

Zwar waren nicht alle Zeitungsunternehmen gleich 1945 enteignet worden, doch verstärkte sich Ende der 40er Jahre die Tendenz, die noch nicht enteigneten Verleger aus dem Geschäft mit den Anzeigen- und Bekanntmachungsblättern zu verdrängen, was mit einer weiteren Zentralisierung des Pressesystems und einer Vereinheitlichung der kommunalen Mitteilungsblätter einherging. War die Initiative

¹¹¹ Das *Wolgaster Anzeigenblatt* (3.6.50) berichtete so über den internationalen Kinderstag („Unserer Jugend eine sonnige Zukunft“, S. 1) und eine politische Sportveranstaltung („Festlicher Empfang der Friedenskämpfer. Freundschaft!“).

¹¹² Schreiben Kulturbund zur Demokratischen Erneuerung Deutschlands Wirkungsgruppe Wolgast, an Hoffmann-Druck, Wolgast, 17.6.50. Anlage zu Schreiben Deutsche Demokratische Republik, Amt für Information, Abtl. Presse/Gesetz, Berlin, an das Amt für Information des Landes Mecklenburg, Sekretariat des Ministerpräsidenten, 21.6.50, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Sign. 1671, Blatt 618.

¹¹³ Vgl. Norbert FREI: Amerikanische Lizenzpolitik und deutsche Pressetradition. Die Geschichte der Nachkriegszeitung Südost-Kurier (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 52), München 1986, S. 28; Jonscher (wie Anm. 45), S. 69.

¹¹⁴ Arnd BAUERKÄMPER: Vertreibung als Exklusion gesellschaftlicher Führungsgruppen. Die Verdrängung der ‘Großbauern’ in der SBZ/DDR und die Vernichtung der ‘Kulaken’ in der UdSSR im Vergleich, in: Günther SCHULZ: Vertriebene Eliten. Vertreibung und Verfolgung von Führungsschichten im 20. Jahrhundert (Büdingen Forschungen zur Sozialgeschichte 1999, Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 24.), München 2001, S. 125–163, hier S. 153.

zu diesen Bekanntmachungsblättern anfangs vor allem auf das dezentrale Interesse in den Kommunen zurückgegangen, gerieten diese Zeitungen bald in das Blickfeld der Zonen- und Landesbehörden, die diese Verlagstätigkeiten im Verlauf des Jahres 1946 zu vernetzen und zu zentralisieren begannen. Mit der flächendeckenden Herausgabe der Kreiszeitungen sollten die noch bestehenden privaten Anzeigenblätter wegfallen und deren Geschäfte von den Kreisen übernommen werden.¹¹⁵ Nachdem die Traditionsverlage anfangs quasi als Platzhalter fungiert hatten, übernahm der SED-eigene Landesverlag in Mecklenburg immer mehr der Bekanntmachungsblätter, die nun neben Bekanntmachungen und Anzeigen an exponierter Stelle in den Seitenköpfen und -füßen regelmäßig Losungen und Parolen enthielten.¹¹⁶ Im Juli 1950 erschienen in Mecklenburg-Vorpommern folgende zentrale Kreiszeitungen: Schönberg/Grevesmühlen, Hagenow, Ludwigslust, Schwerin, Parchim, Malchin, Wismar, Güstrow, Neubrandenburg/Neustrelitz, Randow/Löcknitz, Rostock, Grimmen, Demmin, Greifswald, Stralsund, Rügen/Bergen, Anklam, Usedom, Waren, Ueckermünde.¹¹⁷ Zudem entstanden große parteieigene Anzeigenringe.¹¹⁸ Offenbar angesichts des langsamen Aufbaus der Kreisausgaben blieben trotzdem noch länger immer wieder auch Ausnahmen möglich, die traditionellen Verlegern einen Wiedereinstieg in das Zeitungsgeschäft ermöglichten. Zum Beispiel stieg vermutlich erst im Februar 1950 in Woldegk die Buchdruckerei Paul Schaffhausen¹¹⁹ wieder in

¹¹⁵ „Vor allem ist Wert auf Inserate der wirtschaftlichen und kulturellen Schwerpunktbetriebe zu legen, daneben können auch Privatanzeigen aufgenommen werden. (Wohnungstausch, Verkauf, Familienanzeigen sind jedoch nach Möglichkeit abzulehnen).“ (An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt. Protokoll der Tagung der Redakteure der Kreisblätter (Analyse, Ausgestaltung und Diskussion) vom 13.6.50, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Sign. 1671).

¹¹⁶ Siehe *Bekanntmachungen*, Parchim, Jg. 1949: „Unsere Forderung nach einem gerechten Frieden, nach der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands, das ist der Kampf der ‘Nationalen Front’, durch den wir beitragen zur Befriedung der Welt“ (9.7.49); „Wir messen unsere Kraft nach den Millionen Herzen, die im Tempo des Fortschritts schlagen, nach Millionen Köpfen, die eine bessere Welt planen. – Jene aber wägen ihre Stärke an Atombomben und Dollar-Subventionen für ihre Rüstungsproduktion. Unsere Kraft liegt in der Wahrheit und Gerechtigkeit unserer Sache. Jene aber bauen auf die Verblendung, Betörung und Verdummung der Menschen.“ (9.7.49) (LHA Schwerin, Bestand Volksbildungsministerium, Wochenzeitungen in Parchim 1948–1949, Sign. 3201).

¹¹⁷ Vgl. Durchschrift Schreiben Amt für Information, an alle Redakteure der Kreisblätter, 18.7.50, handschriftlicher Vermerk Rückseite, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Sign. 1671, o.Nr.

¹¹⁸ Der Rostocker *Anzeigen-Aushang* stand beispielsweise 1947 mit Ausgaben in mecklenburgischen Städten wie Rostock, Bad Sülze, Barth, Bützow, Crivitz und 31 weiteren Städten in Konkurrenz zu den örtlichen Anzeigenblättern (BWD (wie Anm. 55), S. 113).

¹¹⁹ Sein Verlag hatte im NS-Staat im Zeitungsgeschäft aktiv bleiben können, litt dann jedoch unter Auflageneinbrüchen, woraufhin Schaffhausen die Zeitung als Nebenausgabe des *Neubrandenburger Anzeiger* in den Verlag Ahrendt & Greve eingebracht hatte, der wiederum 1944 vom nationalsozialistischen *Niederdeutschem Beobachter* gekauft wurde. Schaffhausen blieb nach der Aufgabe seiner Zeitung Geschäftsstellenleiter (vgl. Institut für Zeitungswissenschaften (wie Anm. 53), S. 75; Bernhard (wie Anm. 8), S. 60 f.) behielt aber offenbar seine Druckerei und annoncierte 1950 wieder Drucksachen (vgl. *Mitteilungsblatt für die Stadt Woldegk i.M.*, 29.4.50).

das Verlagsgeschäft ein und veröffentlichte regelmäßig samstags das kleinstädtische *Mitteilungsblatt für die Stadt Woldegk i.M.*, bei dem sich die Stadt und das Druckhaus die Aufgaben teilten: Der Rat der Stadt war für den amtlichen Teil und der altingesessene Verleger Paul Schaffhausen für den Anzeigenteil verantwortlich.¹²⁰

Für die Landesregierungen ergaben sich durch den Aufbau einer einheitlichen Kreispresse bessere Möglichkeiten der zentralen Steuerung und Überwachung der Zeitungen. Nachdem die Zensur mit der Gründung der DDR von sowjetischen auf deutsche Stellen übergegangen war,¹²¹ bauten die Länder besondere Kontrolleinrichtungen auf. Das neu gegründete ‚Amt für Information‘ des Landes Mecklenburg begann beispielsweise Anfang 1950 mit der Erfassung der Zeitungen. Am 4. Februar 1950 erging dazu an die Landkreise die Aufforderung, jeweils 5 Exemplare der dort erscheinenden Bekanntmachungsblätter einzuschicken.¹²² Kontrolliert wurde einerseits die äußere Form,¹²³ in die regelmäßigen Bestandsaufnahmen gingen aber auch die Inhalte ein: „Die Sprache ist zu trocken, unpersönlich, ohne jede politische Agitation (bis auf wenige Ausnahmen).“¹²⁴ Bereits Ende Februar 1950 wurden die Nachrichtenämter der Landkreise zu Änderungen aufgefordert, mit denen die Massenwirksamkeit der bestehenden Bekanntmachungsblätter erhöht werden sollte. Solange es noch keine Lokalausgabe der Tageszeitung gab, bekamen die Bekanntmachungsblätter die Aufgabe der kommunalen Berichterstattung zugewiesen: „Vor allem ist auch anzustreben, daß nicht nur die Behörden, sondern auch weite Kreise der Bevölkerung ihr Amtsblatt lesen, um mit der Verwaltung in ein inneres Verhältnis zu kommen. [...] Wir vermissten auch politische Entschließungen, Aufrufe usw. die, persönlich an die Bürgermeister und Gemeindevorteiler gerichtet sind, die zur größeren Aktivität anspornen. Auch Hinweise auf Veranstaltungen kultureller Art im Kreisgebiet [...] würde die Bevölkerung dankbar begrüßen. Man könnte auch kurz berichten, wie die Verwaltung auf festgestellte Mißstände reagiert. Das gibt der Bevölkerung das Gefühl: Uns wird soweit wie möglich geholfen. Auch amtliche Bekanntmachungen können, richtig gestaltet, eine größere Bedeutung haben, als gemeinhin angenommen wird, ohne deshalb die Rolle der Zeitung zu übernehmen oder in deren Aufgabengebiet einzugreifen. Wir sollten jedenfalls jede Möglichkeit erschöpfen, um die Ziele der Deutschen Demokratischen Republik zu propagieren und ihre Durchsetzung zu unterstützen.“¹²⁵ Die lokalen Behörden sollten Beiträge zuliefern, ohne dass die Zei-

¹²⁰ Vgl. *Mitteilungsblatt für die Stadt Woldegk i.M.*, 29.4.50.

¹²¹ Vgl. STRUNK (wie Anm. 3), S. 92 ff.

¹²² Schreiben Amt für Information, an die Räte der Kreise, 4.2.50, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Amt für Information, Sign. 1671.

¹²³ Über eine Zeitung aus Rügen urteilte das Amt: „Wenig ansprechend, auf Packpapier gedruckt. Ungünstig, wenn Saisongäste solche Ausführung heute, 1950, noch zu Gesicht bekommen.“ (Bericht über den Stand der Kreisblätter in Mecklenburg, Februar 1950, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Amt für Information, Sign. 1671).

¹²⁴ Bericht über den Stand der Kreisblätter in Mecklenburg (wie Anm. 123).

¹²⁵ Schreiben Amt für Information, gez. Wollermann, an den Rat des Kreises Stralsund – innere Verwaltung –, Betr. Ihr Amtsblatt, 28.2.50, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Sign. 1671.

tungen aber offen als Verlautbarungsorgan erkennbar werden sollten: „Die Bezeichnung ‚amtlich‘, ‚Mitteilungen‘, ‚Rundschreiben‘ im Kopf des Blattes sind zu vermeiden.“¹²⁶ Anders als in vielen bisherigen Bekanntmachungsblättern sollten die von den Behörden übermittelten Informationen redigiert und dabei begründet sowie erläutert werden. „Auch die Unterbringung kritischer Stellungnahmen ist möglich.“¹²⁷ Ziel war es, „daß das Anzeigenblatt in jedem Haushalt des Kreisgebietes gelesen wird“.¹²⁸

Sobald die SED es geschafft hatte, eine lokale Tagespresse aufzubauen, wurden die Bekanntmachungsblätter der Landkreise eingestellt. Zwischen Anfang 1950 und Ende 1950 erhöhte die SED die Zahl der Lokalausgaben ihrer *Landes-Zeitung* von 10 auf 18.¹²⁹ Als in diesem Zuge etwa auch eine eigene Lokalausgabe für Usedom erschien, mussten Anfang 1951 die *Usedomer Kreisnachrichten* schließen. Ebenso wurden zusammen mit der Ausweitung der Lokalberichterstattung der *Landes-Zeitung* auch das *Kreisblatt* aus Güstrow, das *Nachrichtenblatt des Kreises Parchim* oder das *Mitteilungsblatt des Kreises Greifswald* überflüssig.¹³⁰ Nicht bereits im Frühsommer 1945, sondern erst Anfang der 50er Jahre waren die meisten Traditionsverleger aus dem Mediengeschäft verdrängt.¹³¹

Anschrift des Verfassers:

Dr. Stefan Matysiak
Blumenbachstraße 3
37075 Göttingen
S.Matysiak@web.de

¹²⁶ An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt. Protokoll der Tagung der Redakteure der Kreisblätter (Analyse, Ausgestaltung und Diskussion) vom 13.6.50, LHA Schwerin, Bestand MiPrä, Sign. 1671.

¹²⁷ An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt (wie Anm. 126).

¹²⁸ An alle Redaktionen des Kreises und der Stadt (wie Anm. 126).

¹²⁹ Vgl. Postzeitungsliste für die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und den sowjetischen Sektor von Groß-Berlin 1949, S. 9 f.; Postzeitungsliste für die Deutsche Demokratische Republik einschließlich des Demokratischen Sektors von Berlin 1951, S. 19.

¹³⁰ Vgl. 7. Nachtrag, Vierteljährliches Ergänzungsheft zur Postzeitungsliste (Ausgabe 1951), S. 45 ff.

¹³¹ Immerhin wurde der Verlag Hermann Decker (bis Kriegsende *Teterower Nachrichten*) erst ab 1972 mit Betrieben aus Malchin und Demmin in einem Druckkombinat vereinigt (vgl. BERNHARD (wie Anm. 8), S. 148 f.).

DOKUMENTATION

BILDERHANDSCHRIFTEN DER ABSTAMMUNG UND STAMMFOLGE DES MECKLENBURGER FÜRSTENHAUSES

Von Andreas Röpcke

Unter dem Titel „Die Mecklenburger Fürstendynastie und ihre legendären Vorfahren“ ist 1995 eine prächtige Bilderhandschrift des Schweriner Landeshauptarchivs publiziert worden,¹ die unter dem Einfluss Herzog Heinrichs V., des Friedfertigen, entstanden ist. Sie wird dem Hofmaler Erhart Altdorfer und seiner Werkstatt zugeschrieben und setzt ins Bild, was der Humanist und Hofgelehrte Nikolaus Marschalk in den Jahren zuvor entwickelt hatte: Die hohe Abkunft des Fürstenhauses aus königlichem Stamm und das hohe Alter der Dynastie, die er auf den Amazonaspross Anthyrius zurückführte, einen Heerführer Alexanders des Großen.² Die Bilderhandschrift nimmt künstlerisch Vorbilder aus dem Triumphzug Kaiser Maximilians (um 1517) auf, die von Albrecht Altdorfer stammen, und ist auf der Höhe des Zeitgeschmacks, wie die mit Holzschnitten von Hans Burgkmair illustrierte Chronik der Truchsess von Waldburg (um 1530) zeigt.³ Kristina Hegner hat diese kunstgeschichtlichen Beziehungen in einem Beitrag für die Jahrbücher bereits aufgezeigt und in dem Zusammenhang auch eine Münchener Handschrift besprochen, die Antje Sander für die mecklenburgische Landesgeschichte wiederentdeckt hat.⁴ Die Möglichkeit, diese Handschrift in Augenschein zu nehmen, löste den Wunsch aus, sie mit ausgewählten Illustrationen vorzustellen und gleichzeitig im Sinne einer Nachlese die anderen Bilderhandschriften zu würdigen, auf die ich seit 1995 aufmerksam wurde.

Vorab sei bemerkt, dass sich Marschalks „Ein Ausztzog der Meckelburgischen Chronicken“, der 1995 als verschollen und nur abschriftlich überliefert galt, inzwischen in drei Exemplaren angefounden hat: Eines in Thorn, das der Neuedi-

¹ Die Mecklenburger Fürstendynastie und ihre legendären Vorfahren. Die Schweriner Bilderhandschrift von 1526, hg. von Andreas RÖPCKE, Bremen 1995.

² Andreas RÖPCKE: Nikolaus Marschalk – Ein Humanist gestaltet Landesgeschichte, in: Mecklenburgische Landesgeschichtsschreibung – Autoren, Werke, Intentionen, hg. Landesheimatverband Mecklenburg-Vorpommern e.V., o.O.o.J. (Schwerin 1999), S. 17–25.

³ Matthäus VON PAPPENHEIM: Chronik und Genealogie der Truchsess von Waldburg, Bayerische Staatsbibliothek cgm 1292. Die Genealogie beginnt mit der Zeit Kaiser Konstantins, die Holzschnitte zeigen geharnischte Ritter mit Wappen, teilweise durchaus an die Schweriner Handschrift erinnernd, vgl. HEGNER (wie Anm. 4), Abb. 2 u. 3.

⁴ Kristina HEGNER: Die Mecklenburger Fürstengenealogie von 1526 als Renaissancekunstwerk, in: MJB 115, 2000, S. 75–101. Die Münchener Bilderhandschrift hat die Signatur Bayerische Staatsbibliothek clm 23584.

tion zugrunde lag,⁵ eines in Göttingen⁶ und eines in Schwerin in der Historischen Bibliothek von St. Anna.⁷ Er ist eine wichtige Textgrundlage für die jeweils mit Anthyrius beginnenden genealogischen Bilderhandschriften, die im folgenden vorgestellt werden.

Im 18. Jahrhundert hat Ernst Joachim von Westphalen verschiedene historische Schriften Marschalks publiziert und dabei außer dem herzoglichen Archiv in Schwerin offenbar auch andere Archive und Bibliotheken benutzt, wenn sie über wichtige Handschriften verfügten. Für die *Vitae Obetritarum* beschreibt er zwei Handschriften, *quorum alterum e Bohemia in Lusatiam superiorem delatum transit in possessionem illustris quondam viri de Vitzduhm, alterum hodieque asservatur in bibliotheca Regia Holmiensi*. Er vermutet, beide seien von Wallenstein aus Mecklenburg entführt, der aus den Archiven viel Wertvolles (*plura cimelia*) mitgehen ließ.⁸ Die Stockholmer Handschrift unterscheidet sich von der Lausitzer dadurch, dass ihr die Bildtafeln der Mecklenburger Könige und Fürsten, ihrer Frauen und Wappen fehlen; *alter vero* (die Lausitzer Handschrift) *illas miro artificio & deauratis coloribus depictas exhibeat singulari, qui illi adjungitur, libro membranaceo*. In einer ausführlichen Anmerkung wird dieser Bilderanhang folgendermaßen beschrieben: *Conficit iste quinquaginta folia, quorum quodvis unius principis ejusque conjugis imaginem & integrum utriusque corporis ornatum refert, subjunctis utriusque insignibus et nominum inscriptionibus. Quas quidem hoc loco summatim indicare operae pretium videtur. Praefixa sunt insignia Magni Ducis Megapolensis, Vandalorum Principis, ut et stemmata et insignia sedecim illustrium virorum & feminarum, e quibus Principes Megapolenses feruntur procreati. Insequuntur invicem ordine et codicis prima sectione, simulacra Ducum Megapolensium originis Regiae ex Obetritis ab Anthyrio Herulo ejusque conjuge Symbulla usque ad Pribislaum Nicoloti Regis filium in regno trigesimum sextum Regem Herulorum Obetritarumque, Dominum Kyssinorum, Polaborum, Venetorum, Rhetariorum et Tholensium ultimum ejusque conjugem Voisclavam filiam Regis Noricorum*.

⁵ Nikolaus Marschalks „Ein Ausztzog der Meckelburgischen Chronicken“ – Die erste gedruckte mecklenburgische Chronik auf Deutsch, hg. von Andreas RÖPCKE, in: MJB 115, 2000, S. 43–73.

⁶ Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, 4 H MECKL 1340, Hinweis bei Günter WERNER: Ahnen und Autoren. Landeschroniken und kollektive Identitäten um 1500 in Sachsen, Oldenburg und Mecklenburg (Historische Studien Bd. 467), Husum 2002, S. 232.

⁷ Bei einer Ausstellung zufällig von mir entdeckt, angebunden an eine Ausgabe von Marschalks „Annalen“. Im Katalog mehrere gute Abb., auch Erwähnung des *Ausztzog* S. 17; leider hat die Autorin das Werk nicht richtig zugeordnet und als Verfasser Albert Krantz angenommen, s. Europäische Bildung in der Residenzstadt Schwerin. Buchausstellung zum Vorseminar der Schweriner Jesuiten 1739–1788 in der Historischen Bibliothek St. Anna, hg. Heinrich-Theissing-Institut Schwerin, Schwerin 2003, S. 14–17.

⁸ Ernst Joachim VON WESTPHALEN: Monumenta inedita rerum Germanicarum praecipue Cimbricarum et Megapolensium Bd. II, Leipzig 1740, Praefatio S. 61.

*Accedunt altera sectione Principum imagines ab Henrico Burewino Pribislai Regis filio Herulorum & Vandalorum principe ac domino, hujusque conjuge Mattildi Regis Sarmatorum filia usque ad Albertum filium Magni fratrem Henrici Ducis Megapolensis Vandalorum Principem Comitem Sverinensium Rostochiorum & Stargardiorum dominum ejusque conjugem Annam filiam Marchionis Brandenburgensis. Pereximii tamen hujus operis archetypi unum adhuc ejusdem dignitatis et artis codicem membranaceum in archivo Ducali Sverinensi hodieque superesse comperimus.*⁹ Westphalens Beschreibung eines wunderbar gemalten, mit Goldfarben geschmückten Pergamentbandes, der in der ersten Sektion die 36 Könige der Obotriten mit ihren Frauen zeigt und in der zweiten die Mecklenburger Fürsten von Heinrich Burwin bis Albrecht, passt so gut auf die Münchener Handschrift, dass es schwer fällt, an die Existenz einer weiteren Prachthandschrift für Magnus III. zu glauben. Magnus' Wappen als Startseite, die Wappen von 16 Ahnen auf Seite 2 und dann die von Marschalk entwickelte Königsreihe von Anthyrius an (s. Abb. 2, 4, 6) – genau so ist die Münchener Handschrift aufgebaut. Recherchen nach einer Vitzthumschen Bibliothek in der Lausitz blieben ohne Erfolg. Ich halte es daher für sehr wahrscheinlich, dass der Pergamentband mit dem Bilderanhang von der geschilderten Lausitzer Handschrift der *Vitae Obetritarum* in der Folgezeit abgetrennt wurde und auf Umwegen in die Münchener Staatsbibliothek gelangte. Der heutige Einband spricht nicht dagegen, der Papiervorsatz trägt die alte Inschrift *Effigies et Blasons des Rois et Reines des Goths et Wandales* und die alte Signatur Cod. Pict. 45 Manh. Palat., ferner einen Restaurierungsvermerk von April 1922. Die alte Signatur weist auf die Mannheimer Hofbibliothek, mit deren Bestand die Handschrift 1803 nach München kam.¹⁰ Hinten steht eine Notiz von einer Hand des 19. Jahrhunderts: „52 Ölgemälde (folgen fol. 3–55)“ und das Datum 23/7 56, ein Indiz dafür, dass 1856 eine bibliothekarische Bearbeitung in München erfolgte. Dass Westphalen von 50 Bildseiten schreibt, während hier 52 vermerkt werden, sollte nicht zu sehr irritieren – so sorgfältig und zuverlässig wie ein Herausgeber der historisch-kritischen Schule ist er nicht, und auch beim Druck kann sich ein Fehler eingeschlichen haben. Eingeklebt ist ein beschnittener Pergamentstreifen wohl des 18. Jahrhunderts in französischer Sprache: *Je Nicolas Baert conseiller et Receveur (general) des finances confesse ouvrir Reccu de [...]*. Man ahnt, dass Böhmen, die Lausitz und die Rheinpfalz eventuell noch nicht alle Stationen der Handschrift zwischen Schwerin und München waren; aufklären ließ sich das in diesem Zusammenhang nicht.

Die etwas gewellten Pergamentblätter haben ein Format von 23x30 cm und sind am Rand mit Goldschnitt versehen. Üppige Goldumrahmungen der Fürstenbilder fallen ins Auge (s. Abb. 9), die Farben sind manchmal auf die Rückseite des Pergamentblattes durchgeschlagen, es gibt auch vereinzelte Farb-abplatzungen (fol. 7). Kristina Hegner hat die Handschrift aufgrund der Orna-

⁹ Ebd., Anm. s; zu Magnus III. s. Eike WOLGAST in : Biographisches Lexikon für Mecklenburg Bd. 2, Rostock 1999, S. 162–165.

¹⁰ Freundliche Auskunft der Bayerischen Staatsbibliothek vom 11.4.2005.

mentik eher der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts zugewiesen.¹¹ Ihre Kritik an der künstlerischen Qualität würde ich relativieren, weil die Gesichter oft sehr fein ausgemalt sind, was auf dem Mikrofilm, der ihr zur Verfügung stand, nicht so zu erkennen ist. Aber in welchem Verhältnis steht die Handschrift für Magnus nun zur Schweriner Handschrift von 1526? Westphalen hat sie (die Schweriner), wie oben angeführt, als „Archetyp“ dieses Werks bezeichnet. Kristina Hegner vermutet eine Benutzung der Modelle Altdorfers, nicht aber der Handschrift als Vorlage.¹² Auf ein paar Unterschiede sei hingewiesen: Die Schweriner Handschrift (künftig: a) hat die sechzehn Ahnenwappen der Herzöge Heinrich und Albert in horizontaler Anordnung am Ende des Bandes, die Münchener (künftig: b) in vertikaler Anordnung nach dem Titelblatt am Anfang (Abb. 4). Titelblatt ist bei (b) das Wappen von Magnus, Heinrichs Sohn, postulierter Bischof von Schwerin, bei (a) die in einen Rahmen gestellte Überschrift *Die Annkunfft der Hertzogenn vonn Megkelburg aus dem koniglichehn Stammenn der Obetrittenn gebornn*. Diese Überschrift ist bei (b) in lateinischer Sprache in die erste Fürstenbildtafel mit Anthyrius integriert (s. Abb. 6), wie überhaupt alle Beschriftungen in (b) Lateinisch gehalten sind, in (a) hingegen Deutsch. Die Frau des 11. Königs, Diomedea, kommt aus Sarmatien, in (a) mit dem Zusatz „das nun Polenn“, der in (b) fehlt. Die Frau des 15. Königs, Flora, ist in (a) nach Marschalks „Ausztzog“ eines picardischen Fürsten Tochter, während sie in (b) nach den „Annalen“ Tochter des Herzogs der Atrebaten ist. Die Frau des 17. Königs stammt in (a) aus dem königlichen Hause Granada, in (b) ist sie Tochter des Königs von Betica, die Frau des 19. Königs aus Sachsen hat in (a) ein Ross im Wappen, in (b) den sächsischen Kronreif. Dies alles sind Kleinigkeiten, aber sie weisen auf eine gewisse Eigenständigkeit der Münchener Arbeit, die andererseits in den Figurenkompositionen ihre Abhängigkeit von dem Schweriner „Archetyp“ nicht leugnen kann. Auch in (b) sind übrigens die Frauen der Könige 33, 34 und 35 namenlos, im Unterschied zu (a) sind aber auch die Wappenschilder leer.

Bleibt noch auf eine Rostocker Handschrift (künftig: c) hinzuweisen, die sehr eng mit der Münchener verwandt ist, jedoch auch Unterschiede aufweist. Das Titelblatt für Magnus, die 16 Wappen dahinter in vertikaler Anordnung (Abb. 1, 3), die Kleidung der Figuren, die lateinischen Beschriftungen, sogar die Wapenhalter in der Sockelleiste entsprechen (b). Anders gestaltet sind aber die Architekturbögen, in denen die Figuren stehen. Das ganze ist nicht in Farbe auf Pergament ausgeführt, sondern schwarz-weiß mit Feder und Tusche auf Papier (Format: 24,5 x 31,5 cm), im Stil oft skizzenhaft, in der Beschriftung flüchtig – man kann sich gar nicht vorstellen, dass ein Fehler wie *Illustres Principes Megavodenses* (statt Megapolenses) bei der Beschriftung der Wappentafel auf Blatt 2 am Mecklenburger Hof durchgegangen wäre. Den lateinischen Bildunterschriften ist eine deutsche Fassung nachgesetzt. Wie ein Abschreibfehler

¹¹ HEGNER (wie Anm. 4), S. 99 f.

¹² Ebd., S. 100.

wirkt der Name *Ludoxia Romana* für die Königsgattin Nr. 18, die in (b) *Eudoxia Romana* heißt, in (a) Eudoxa. Interessant ist eine Weiterentwicklung der fürstlichen Ahnenreihe gegenüber (a) und (b): Niklots Frau hat einen Namen bekommen, sie heißt Amelia und kommt aus Schweden (s. Abb. 7). In (b) sind Namen und Wappenschild leer, in (a) führt die Namenlose das Mailänder Wappen. Das Schlussbild trägt in (c) die Jahreszahl 1532, die noch Rätsel aufgibt (s. Abb. 11). Sie fehlt (b). Ist die Rostocker Handschrift von 1532 eventuell der Entwurf für das Münchener Prachtexemplar? Die Beschriftung wirkt jünger, könnte ja aber auch später erfolgt sein. Aber warum fehlen dann der Münchener Handschrift Namen und Wappen von Niklots Gattin, die in der Rostocker angeboten werden? Ganz zu klären sind die Bezüge und Abhängigkeiten untereinander bis jetzt nicht. Sehr aufschlussreich jedenfalls ist der Besitzvermerk von E(rnst) J(oachim) v(on) Westphalen im Innendeckel von (c). Die Kupferstiche von Püschel in Bd. IV der *Monumenta inedita* können nun eindeutig auf diese Handschrift zurückgeführt werden – auch sie haben Niklots Gattin Amelia, die Hintergrundarchitektur ist identisch (s. Abb. 7, 8).¹³ Lischs Annahme, es handele sich bei diesen Stichen einfach um schlechte Wiedergaben aus der Schweriner Handschrift,¹⁴ ist hinfällig.

Im Laufe des 16. Jahrhunderts verbreiteten sich illustrierte Fürstengenealogien. Fürstliche Paare wie in Schwerin bietet z.B. die von dem genealogisch versierten Lüneburger Pastor Hieronymus Henninges betextete prachtvolle Bilderhandschrift für die Lüneburger Fürsten von 1580/81,¹⁵ für die Grafen von Henneberg ist unlängst eine auf 1567 datierte genealogische Bilderhandschrift aufgetaucht.¹⁶ Von Herzog Ulrich ist sein Interesse an der genealogischen Selbstdarstellung bekannt. Ein Ölgemälde von 1593 zeigt ihn als Resultat der

¹³ WESTPHALEN (wie Anm. 8) Bd. IV, Leipzig 1745. Vier Tafeln mit acht Motiven (Taf. 1: Anthyrius & Symbulla, Niklot & Amelia; Taf. 2: Pribilaw & Voislava, Heinrich Burwin & Mathildis; Taf. 3: Heinrich der Pilger & Anastasia, Albecht & Euphemia; Taf. 4: Albrecht der Schwedenkönig & Richardis, Albrecht der Schöne & Anna) illustrieren den Abdruck des *Genealochronicon Megapolitanum* von Latomus, *imagines praecipuorum regum ac ducum Megapolensium ex antiquissimis picturis et codice membranaceo tabularii Suerinensis*, ebd. Sp. 1–2. Diese Bemerkung hat Lisch irregeleitet, s.u. Anm. 14.

¹⁴ G.C.F. LISCH: Über Bilder mecklenburgischer Fürsten, in: MJB 2, 1837, S. 39.

¹⁵ Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel Cod. Guelf. 3.2. Aug. fol., beschrieben bei Heiko DROSTE: Schreiben über Lüneburg. Wandel von Funktion und Gebrauchssituation der Lüneburger Historiographie (1350–1639), Hannover 2000, S. 440. Diese Ahnenreihe reicht nicht bis in die Antike, doch gibt es auch eine Genealogie der Lüneburger Herzöge, die mit Agamemnon beginnt, ebd. Nr. 65.

¹⁶ Johannes MÖTSCH: Zwei Genealogien der Grafen von Henneberg als historische Quellen, in: 25 Jahre Hennebergisches Museum Kloster Veßra 1975–2000. Festschrift, S. 109–132, 201–205. Eine Genealogie der Grafen von Kirchberg mit Federzeichnungen und Wappen, datiert vor 1546, schildert der Ausstellungskatalog *Bewahrtes Kulturerbe. „Unberechenbare Zinsen“*, hg. Felix HEINZER, Stuttgart 2. Aufl. 1994, S. 144 f.

bildlich dargestellten vier Generationen vor ihm; sein Grabmonument in Güstrow ließ er mit einer genealogischen Demonstration versehen.¹⁷

Als wertvoll und prestigeträchtig galt eine solche Bilderhandschrift noch um die Mitte des 17. Jahrhunderts. Christian I. Louis ließ eine anfertigen, die die Mecklenburger Fürsten bis auf seine Zeit enthielt. Die oben bereits zitierte Anmerkung von Westphalen gibt Nachricht von ihr und ihrem Schicksal: *Der 3te Tag des Monaths Maji a. 1673 war zum Abzuge der Hertzogin Isabella Angelique bereitet, da sie dann morgens von Swerin nach Ratzeburg sich begeben; wie aber alda ein gross Coffre mit des Hertzogs Insiegel verpetschieret gestanden, hat sie solchen eröffnen lassen, woraus die nebst andern ein Buch von Pergament, so Hertzog Christian Ludwig durch einen kunstreichen Mahler verfertigen lassen, darin aller Könige, Herren, und Fürsten Portraits von Anthyrio an bis auf ihm selbst, nebst deren Gemahlinnen, Nahmen und Wapen verzeichnet zu sich genommen hat, ohne dem Hof-Meister des Ohrts desfalls einen Schein des Empfangs verlangter massen zu ertheilen. Und hat der Hertzog hoch empfunden, dass ihm dieses als eine ewige Nachricht vom Hause Mecklenburg entführet worden.*¹⁸ Ein Versuch, das Buch auf dem Prozesswege zurückzugewinnen, schlug fehl. Es ist bis heute verschollen.¹⁹

Johann Schultz (1650–1727), herzoglicher Sekretär und 1701 zum Archivar in Schwerin berufen,²⁰ hatte die Idee, mit einer Rekonstruktion der verschwundenen Bilderhandschrift sich Lob, Anerkennung und Geld zu verdienen. Geldsorgen bedrückten ihn, zumal er zu den Geschädigten eines Feuers in der Schweriner Schelfstadt gehörte. Als die Kammer ihm 1711 mit einer Gehaltskürzung drohte, führte er bewegende Klage über die Notlage, in die er durch ungerechte Besteuerung und ausbleibende Nebeneinnahmen geraten sei. Wenn das so weiterginge, müsse er auch das wenige, was Gott ihm noch aus der

¹⁷ Ahnentafel von Cornelis Krommeny in: 1000 Jahre Mecklenburg (Ausstellungskatalog), Rostock 1995, S. 270, zur Thematik Andreas PECAR: Genealogie als Instrument fürstlicher Selbstdarstellung. Möglichkeiten genealogischer Repräsentation am Beispiel Herzog Ulrichs von Mecklenburg, in: zeitenblicke 4, 2005, Nr. 2, URL: <http://www.zeitenblicke.historicum.net/2005/4/pecar/index.html>, eine überarbeitete Fassung wird im nächsten Jg. der MJB erscheinen.

¹⁸ Wie Anm. 9. Schriftwechsel zwischen Isabelle Angélique und dem Hofmeister in LHAS, 2.12-1/26 Hofstaatsachen VI., Silberkammer Vol. 6a. Bei ihr als Ehefrau des Herzogs sei das Buch in besten Händen, schreibt Isabelle 1673, sie wolle in Frankreich die Könige der Goten und Wandalen zeigen, und in Schwerin sei in der Bibliothek des Schlosses ein größeres Buch mit denselben Figuren, so dass man es nicht vermissen werde.

¹⁹ Schriftliche Anfragen in Paris sowie verschiedene Auskunftersuchen über persönliche Kontakte nach Frankreich in den letzten Jahren blieben ohne Ergebnis.

²⁰ Zu ihm Peter-Joachim RAKOW: „Unser fürstlich Archivum als das Fundament der fürstlichen Regierung“. Zur Situation der herzoglich-mecklenburgischen Archive im 17. und 18. Jahrhundert, in: Festschrift Christa Cordshagen, MJB Beiheft zu 114, 1999, hier S. 209–211.

Feuersbrunst gelassen habe, völlig verzehren und *letztlich crepiren*.²¹ Die Geschichte der fürstlichen Familie interessierte ihn. Er habe dem (1713) verstorbenen Herzog Friedrich Wilhelm eine Fürstenchronik vorgestellt *von den Zeiten des Kaisers Caroli Magni an bis auff Hertzog Christiani Ludovici inclusive*, schreibt er 1723²², in der Leben und Taten eines jeden Herren und Herzogs aufgeführt wurden.²³ Der Herzog habe gewollt, dass alle Porträts in Kupfer gestochen werden und die Geschichtserzählung angefügt, die der Verfasser, da sie Lateinisch abgefasst war, ins Deutsche zu übertragen sich erbot. Daraus wurde nichts, und auf den beiden Bilderhandschriften, die in der Folge entstanden, ist Johann Schultz offenbar zunächst sitzen geblieben. *Wenn aber der Cammer misfällig, die Unkosten zu suppeditieren, das Geld was hiezu benötigt, profitabler könnte employet werden, nach alter redens Ahrt: Es were sit venia verbis den Teuffel an alten Schrifften und historien gelegen, so ist das Vornehmen gestöret*, wie es bitter in vorgehefteten Schreiben der Neustrelitzer wie der Schweriner Handschrift heißt.²⁴ Aus Dänemark seien ihm 100 Reichstaler für das Werk geboten worden, er habe aber beschlossen, es lieber seinem Sohn zu vermachen. Nun, kurz vor seinem 73. Geburtstag, ruft er sich in Erinnerung und bittet um einen *gnädigen Egard*.

Interessant ist, dass Schultz zwei weitgehend identische Bilderhandschriften produzierte (s. Abb. 13, 14). Offenbar hat er nicht nur an seinen Dienstherrn gedacht, sondern auch an die Strelitzer Verwandtschaft. Als Vorwort dient das oben angeführte Schreiben an den herzoglichen Sekretär vom 21. Januar 1723, das im Neustrelitzer Exemplar in Abschrift, aber vollständig enthalten ist, während das Schreiben im Schweriner Exemplar von Schultz' eigener Hand stammt, aber nur die zweite Hälfte des Textes enthält. Sie schildert das angebliche Interesse des Herzogs Friedrich Wilhelm an einer Fürstenchronik und die bereits zitierte mangelnde Zahlungsbereitschaft der Kammer. Der nur in Neustrelitz erhaltene Anfang enthält Hinweise auf die Herkunft der Bilder: Es seien Kopien der Bilderhandschrift, die Isabelle Angélique mitgenommen hat. Ein Schüler des *curieusen* Meisters, der sie im Auftrag Christian Louis' gemalt, habe sie nach Feierabend abgemalt – allerdings ohne die Namen und den Text. Die stammen von Schultz, der die Bilder gekauft hat und damit nicht den erhofften Erfolg bei Hofe hat. Bei Bilderhandschriften dieser Art, und das hat Schultz nicht begriffen, kommt es nicht so sehr auf die *historien*, auf die Geschichtsdarstellung an, sondern auf das mit ihnen verbundene Renommee der Fürsten, sie müssen kostbar wirkende Vorzeige- und Renommierstücke sein, und das waren und sind die Schülerkopien nicht.

²¹ Ebd., S. 211; LHAS, 2.12-2/4 Nr. 834.

²² 23.1.1723 an den herzoglichen Sekretär, vorgebunden der Bilderhandschrift LHAS, 1.12-2 Nr. 3, als Abschrift auch der Bilderhandschrift Stadtarchiv Neustrelitz IV Ha. 31.

²³ Eine sorgfältige genealogische Ausarbeitung von seiner Hand „Stammtafeln des meklenburgischen Fürstenhauses“ in LHAS, 2.12-1/15 Stammbäume, Nr. 4.

²⁴ Wie Anm. 22.

Die Bilder beider Handschriften gleichen sich bis ins Detail (s. Abb. 13, 14). Schultz hat sein Werk in drei Teile gegliedert. Der erste Teil behandelt die Obotritenkönige von Anthyrius bis Aritbertus, gestützt auf Marschalk. Der zweite Teil umfasst die Könige von Billung bis Pribislav, der dritte die Fürsten und Herzöge von Heinrich Burwin bis Johann Albrecht II. Beim letzten Teil werden nicht nur Chronisten, sondern auch Archivalien von Schultz als Quellen angegeben. Die Blätter haben etwa Folioformat (20 x 30,5 cm), die Bilder sind mit Tusche auf Papier gebracht. Bei der Schweriner Handschrift sind den ersten beiden Teilen jeweils vier Blatt handschriftlicher genealogischer Text vorgebunden, dem dritten Teil acht Blatt. In Neustrelitz folgen den Bildern 10 Blatt genealogischer Text, das letzte erwähnte Datum ist 1666. Schultz hat Marschalks Zählung der Obotritenkönige nicht übernommen; zwei Frauen bleiben weiterhin namenlos, Niklots Gattin heißt Amelia wie in der Rostocker Handschrift (c), ihr Wappenschild jedoch bleibt leer.²⁵ Vorgänger Niklots ist ein namenloser Herrscher ohne Gattin, der den älteren Handschriften fehlt. Führt der Schweriner „Archetyp“ (a) als Gattin des 25. Königs Berta, die Schwägerin Karls des Großen, die in (b) und (c) als Barca verändert, doch wiedererkennbar erscheint, so bietet Schultz Hildegardis, die Schwester eines Schwedenkönigs. Und während (a) und (b) als Gattin des 31. Königs eine Ida aus Rügen darstellen, hat Schultz Hildegardis, Tochter des Herzogs von Sachsen. Ob er damit der verschollenen Handschrift des Christian Louis folgt, oder ob die Veränderungen eigene genealogische Forschung spiegeln, muss offen bleiben. Ein ausführliches Schreiben an den Schweriner Herzog Carl Leopold von 1726 jedenfalls kritisiert die alte Handschrift (a) als schlecht gelungen und preist das eigene Werk als einzigartig im Römischen Reich. Anstatt es, wie 1723 angekündigt, seinem Sohn zu überlassen, hat er es nun doch dem herzoglichen Sekretär übersandt, da die Zeiten kümmerlicher geworden und die Gläubiger zu oft anklopfen. *Mein schwerer und mühesamer Dienst hatt mich alt, krank und dürfftig gemachet*, schreibt der arme Archivar.²⁶ Noch sechs Jahre nach seinem Tode versucht seine Witwe, für die Fürstenbilder Geld vom Herzog loszueisen. Sie hätten ihren seligen Mann 200 Reichstaler und die Mühe vieler nächtlicher Arbeitsstunden gekostet, in denen er *bey seiner ohnedehm überhäuften Arbeit sich des Schlags entbrochen*.²⁷ Als kläglicher Versuch, eine überlebte Tradition fortzuschreiben, sind die von Schultz vorgelegten Bilderhandschriften eher kurios als kunstreich, ein verspäteter Nachhall des Repräsentationsbedürfnisses der Renaissance im beginnenden Jahrhundert der Aufklärung.

²⁵ Dafür ist bei den beiden namenlosen Königinnen (Nr.33, 34) ein sächsisches Wappen eingetragen, während Handschrift (a) ein sächsisches und ein bayerisches zeigt

²⁶ LHAS, Sammlungen vol. IIa, fasc.10, Schreiben vom 1.12.1726. Ich danke Dr. P.-J. Rakow für wichtige Hinweise, u.a. für den Hinweis auf dieses Stück.

²⁷ Teil eines Briefentwurfs o.D., ebd.

Zusammengefasst ergeben sich aus dem Vorstehenden folgende Erkenntnisse:

1. Die von Westphalen in Bd. II der *Monumenta inedita* beschriebene prachtvolle Bilderhandschrift, die sich zu seiner Zeit in der Vitzthumschen Bibliothek in der Lausitz befand, ist mit hoher Wahrscheinlichkeit die heute in der Münchener Staatsbibliothek verwahrte.
2. Die acht mecklenburgischen Fürstenpaare auf Kupfertafeln in Bd. IV von Westphalens *Monumenta inedita* fußen auf der Handschrift der Universitätsbibliothek Rostock, die auch Westphalens Besitzvermerk trägt.
3. Die von Johann Schultz betexteten Bilderhandschriften in Schwerin und Neustrelitz (vor 1723) sind schlichte Rekonstruktionen der von Isabelle Angélique nach Frankreich entführten, die Christian Louis hatte malen lassen. Sie enden dementsprechend nicht mit Albrecht dem Schönen, wie die anderen drei, sondern erst in der Mitte des 17. Jahrhunderts.

Wenn auch keineswegs alle Fragen im Zusammenhang mit den festgestellten Bilderhandschriften geklärt werden konnten, mag dieser Versuch einer neuen Zwischenbilanz dennoch nützlich sein.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Andreas Röpcke
Landeshauptarchiv Schwerin
Graf-Schack-Allee 2
19053 Schwerin



Abb. 1
 Titelseite der Rostocker Handschrift mit Wappen Herzog Magnus' III.
 Repro: UB Rostock



Abb. 2
 Titelseite (fol. 3r) der Münchener Handschrift mit Wappen Herzog Magnus' III.
 Repro: Bayerische Staatsbibliothek

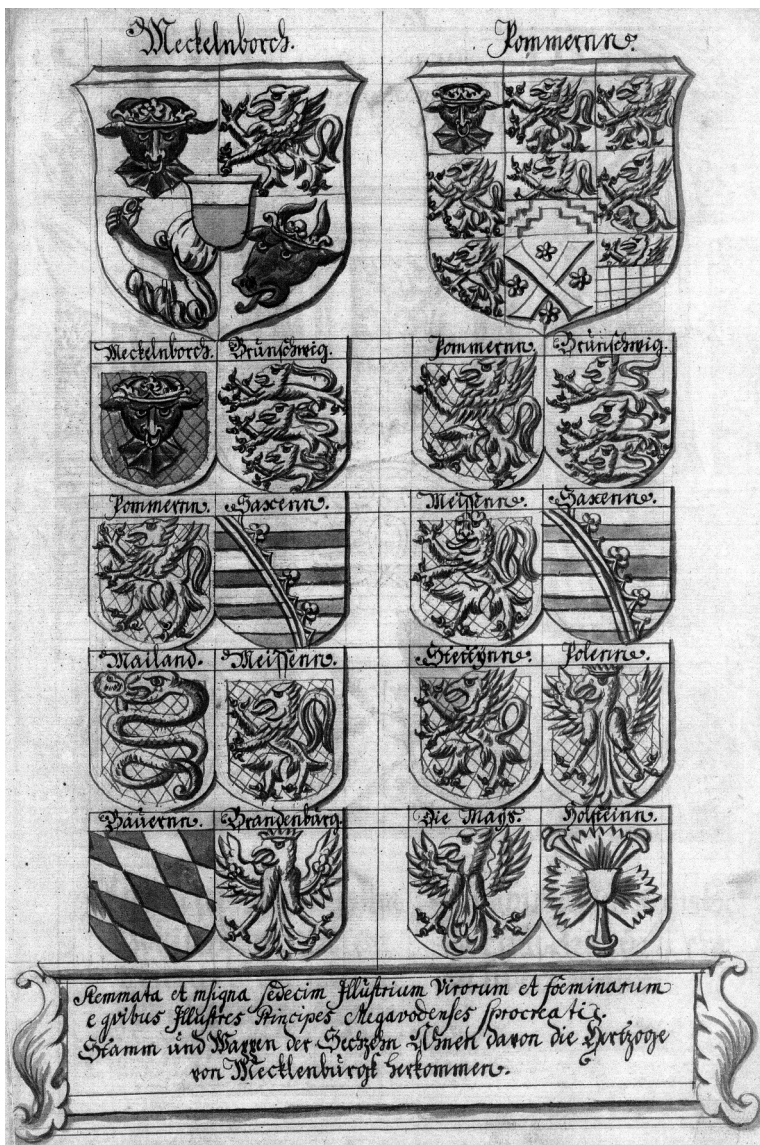


Abb. 3
Ahnenwappen, Rostocker Handschrift
Repro: UB Rostock



Abb. 4
Ahnenwappen, Münchener Handschrift fol. 4r
Repro: Bayerische Staatsbibliothek



Abb. 5
Anthyrius, der erste König, und Symbulla, Rostocker Handschrift
Repro: UB Rostock



Abb. 6
 Anthyrus, der erste König, und Symbulla, Münchener Handschrift fol 5r
 Repro: Bayerische Staatsbibliothek



Abb. 7

Niklot und Amelia, Rostocker Handschrift. Repro: UB Rostock



Abb. 8
Niklot und Amelia, Anthyrius und Symbulla, Kupferstich in: Westphalen,
Monumenta Inedita Bd. IV, Leipzig 1745, Taf. 1. Repro: LHAS



Abb. 9
 Herzog Magnus II. und Sophia, Münchener Handschrift fol. 51r
 Repro: Bayerische Staatsbibliothek



Abb. 10
 Herzog Heinrich V. und Ursula, Münchener Handschrift fol. 54r
 Repro: Bayerische Staatsbibliothek



Abb. 11
 Herzog Albrecht der Schöne und Anna, Schlussblatt der Rostocker Handschrift
 mit Datum 1532, Repro: UB Rostock



Abb. 12

Albrecht, König von Schweden und Richardis, Albrecht der Schöne und Anna, Kupfer-
stich in: Westphalen Bd. IV, Leipzig 1745, Taf. 4. Repro: LHAS



Abb. 14
Heinrich und Beatrix, Schweriner Handschrift des Johann Schultz. Repro: LHAS



Abb. 15
 Johann Albrecht II., Schweriner Handschrift des Johann Schultz. Repro: LHAS

DEKLARATION ZUR GRÜNDUNG DER NEUSTADT AUF DER SCHELFE BEI SCHWERIN

Herausgegeben von Norbert Credé

Editorische Notizen

Die Transkription des Textes folgt in Satzbau und Schreibweise dem Original, wie es 1705 im Druck erschien¹. Die Besonderheiten einer weitgehend an der Aussprache orientierten Schreibung der Wörter (z. B. bei „Schelffe“ statt „Schelfe“, „woll“ statt „wohl“) und überkommene Schreibungen (z. B. „w“ für „u“ bei „baw“ für „bau“, „gebawde“ für „gebäude“) bleiben so erhalten.

Die Präposition „vor“ wird häufig im Sinn von „für“ gebraucht, daneben aber auch als örtliche oder zeitliche Angabe, umgekehrt findet sich „für“ oft im Sinn von „vor“. Da sich die Bedeutung aus dem Sinnzusammenhang erschließt, wird auf entsprechende Anmerkungen in den Einzelfällen verzichtet.

Die im Original als Superskripte mit überschriebenem e dargestellten Umlaute werden in der heute gebräuchlichen Form geschrieben; Umlaute in Diphthongen werden der gegenwärtigen Schreibung angepasst. („äu“ für „äü“, „eu“ für eü).

Worterkklärungen finden sich in den Anmerkungen in der Regel bei der ersten Erwähnung, bei weiteren Nennungen der gleichen Begriffe wird auf eine erneute Erläuterung bzw. Verweise verzichtet.

Abkürzungen im Text werden beibehalten, ihre Auflösung erfolgt – falls erforderlich – in der zugehörigen Anmerkung.

Dopplungen im Sinn aufeinanderfolgender Begriffe gleicher Bedeutung finden sich häufig in der Kanzleisprache des 17. und 18. Jahrhunderts, oftmals in deutscher und lateinischer Sprache. (z. B. „conditiones und bedinge“, „Grentzen und limites“). Während die lateinische Bezeichnung in erster Linie die Funktion der rechtlichen Definition bzw. Absicherung eines Sachverhalts besitzt, soll der deutsche Begriff die Allgemeinverständlichkeit herstellen. Unter kommunikativen Gesichtspunkten legt die Dopplung der Begriffe eine besondere Betonung auf die Aussage.

Ich danke Sebastian Möller, der die Transkription der Deklaration auf sich genommen hat.

¹ Die Drucke finden sich u.a. in LHAS 2.12-4/3, Nr. 293 und StAS M 3950.

Fürstliche Mecklenburgische Declaration²

Von Anbau- und Extendirung³ der / bey der Alten Residentz-Stadt und Vestung Schwerin / nahe anliegenden / bisher so genandten Schelffe / Alle / denen Anbauenden gnädigst versprochene Privilegia und Wolthaten / &c.⁴ enthaltend.

Publ. Schwerin den 26. Junii 1705.

Schwerin / Gedruckt bey Johann Lembken / Fürstl. Hoff-Buchdr.⁵

Von Gottes Gnaden / Wir Friedrich Wilhelm / Hertzog zu Mecklenburg / Fürst zu Wenden / Schwerin und Ratzeburg / auch Graff zu Schwerin / der Lande Rostock und Stargard Herr

Thun hiemit Kund und männiglich⁶ zu wißen / welchergestalt Wir aus besonderer Landes-Väterlicher Sorgfalt / und tragender Begierde zu Unser Land- und Leute Auffnahm und Vermehrung / in Gnaden resolviret⁷ und entschloßen / mittelst Göttlicher Hülffe und Beystandes / die bey Unser hiesigen Alten Residentz Stadt und Vestung Schwerin nahe liegende / und zum vormahligen Stifffe / nunmehr Fürstenthum Schwerin⁸ gehörige / so genante Schelffe / mit mehrern Bürgern und Einwohnern zu besetzen / zu dem Ende die darauff befindliche Wüste Stellen und Garten-Plätze / theils selbst mit neuen Häusern und bequemen Wohnungen auf Unsere kosten bebauen zu laßen / theils solche andern / um sie zu bebauen / und zu ihrer Nahrung und Handthierung⁹ zu aptiren¹⁰ / einzuräumen / auff solcher Schelffe tüchtige Handwercker und Manufacturiere wohnhafft zu machen / auch Kauff- und Handels-Leute / so woll von Einheimischen alß

² Erklärung, Verordnung.

³ Erweiterung.

⁴ Et cetera = und so weiter.

⁵ Fürstlicher Hofbuchdrucker; Johann Lembcke, Buchdrucker, Hofbuchdrucker ab 1705, heiratete im Oktober 1703 Christi(a)ne Juliane Schwartze, die Witwe des Hofbuchdruckers Hartwig Lübcke und übernahm dessen Offizin. Lembcke war aus Dömitz nach Schwerin gekommen, stammt aber wohl als Sohn des dortigen Hofbuchdruckers gleichen Namens aus Güstrow. Lembcke starb am 7./8. September 1714 in Schwerin. Vgl. dazu die handschriftliche Familienchronik in den Lehrlingsbüchern der Druckerei Bärensprung, Stadtgeschichtsmuseum Schwerin, Inv.-Nr. 3737; Antje SANDER-BERKE: Schwarz auf Weiß. Buchdruck in Mecklenburg und Schwerin. Hg. v. Stadtgeschichts- und -museumsverein Schwerin e. V., Schwerin 1994, S. 28; Antje SANDER: Von Lettern und Teetassen. Ein Schweriner Buchdruckerhaushalt um 1700. in: Schweriner Geschichtsblätter 1, 2001, S. 37–55.

⁶ Allen, jedermann.

⁷ Beschlossen.

⁸ Die 1284 beurkundete Grenzfestlegung zwischen dem Bistum und der Grafschaft Schwerin bestätigte das Eigentum des Bistums an der Schelfe. Nach der Reformation ging das Bistumsgebiet im evangelischen Stift Schwerin auf, nach der endgültigen Säkularisation 1648 wurde das Stift zum Fürstentum Schwerin.

⁹ Broterwerb, berufliche Tätigkeit und Gewerbe.

¹⁰ Anpassen, herrichten.

Fremden dahin zuziehen / die Bürgerliche Nahrung¹¹ daselbst in Flor¹² zu bringen / eine gute Policy¹³ unter denen Einwohner derselben aufzurichten / eine eigene, parte¹⁴ Obrigkeit daselbst zu constituiren¹⁵ / den Gottesdienst in dortiger zu erweiternder Kirchen / gleich dem in der Stadt Schwerin / in richtiger Ordnung / durch eigne dazu bestellende Prediger / in künftigt verrichten zu laßen / und in Summa die Grentzen und limites¹⁶ dieser so bisher genannten Schelffe / dergestalt zu erweitern und zu extendiren¹⁷ / daß darauf ein separates Corpus¹⁸, und eine absonderliche Stadt und Gemeine¹⁹ werden möge.

Wann dann solches ein Werck von zimlicher Erheblichkeit / welches so woll von Unß / eine considerable²⁰ Beyhülffe von Privilegien und Freyheiten / so zu indulgiren²¹ seyn werden / auch sonst an Materialien, und insonderheit / an Gelde / alß auch von denen / so entweder zu Bebauung dieser so genandten Schelffe mit zu concurriren / und eigentümlich sich darauff zu setzen²² / oder aber in gemieteten Häusern sich anfangs zu behelffen / resolviren möchten / einen festen Vorsatz und Verständigkeit erfordert / und so wenig ohne das eine / alß das andere glücklicher Fortgang hierin zu hoffen. So haben von Unserer gnädigsten Intention und willens-Meinung / ehe und bevor würcklich wozu geschritten wird / Wir folgender maaßen Unß zu declariren / auch was etwa von denen jenen / so von solcher Unser Declaration zu profitiren gedencken / und unter solchen Conditionen sich auff mehr besagter Schelffe nieder zu laßen belieben werden / Wir vor Versicherung und begegnung hinwieder gewärtigen / hie zugleich mit anzufügen / für nöthig erachtet / damit so woll / allen Interesse hieran nehmenden / von Unserer Propension²³, Ihnen auf- und fortzuhelffen / gnugsahme²⁴ Nachricht zu kommen /alß auch Sie die Conditiones und Bedinge²⁵ / unter welchen Sie dergleichen Gratification²⁶ und Wolthaten zu gewarten haben / wohl

¹¹ Sammelbezeichnung für die in Städten, für den Erhalt des Bürgerrechts erforderliche Formen des Erwerbs bzw. der beruflichen Tätigkeit, umfasst vor allem Handwerk und Handel.

¹² Blüte.

¹³ Umfassend für alle obrigkeitlichen Regelungen der öffentlichen Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit.

¹⁴ Separate, abgesonderte, eigenständige.

¹⁵ Errichten, zu begründen.

¹⁶ Grenzen, Begrenzungen; zur Dopplung von Begriffen vgl. die editorischen Notizen.

¹⁷ Ausweiten, ausdehnen.

¹⁸ Eigenständige Körperschaft.

¹⁹ Abgesonderte, selbständige Stadt und Gemeinde.

²⁰ Beachtliche, ansehnliche.

²¹ Erlassen, anordnen.

²² Entweder zur Bebauung der Schelfe mit beitragen, und sich als [Haus]Eigentümer darauf niederlassen wollen, oder (...).

²³ Wohlwollen, Zuneigung.

²⁴ Genügende, ausreichende.

²⁵ Konditionen und Bedingungen.

²⁶ Eigentlich Vergütung, hier: Begünstigung.

und reiflich vorhero überlegen / und desto gewißere und fernere resolution²⁷, zu ihrem selbst eigenen Nutzen / darunter faßen können / und also künfftig / alß ob Sie übereilet / oder mit dergleichen Conditionen herbey gezogen / so nicht erfüllet / sich zu beschweren nicht Ursach oder anlaß haben mögen.

Setzen solchem nach

I.

Hiedurch fest / daß eingangs angeführter maßen / die deutlich darin beschriebene Schelffe / so bisher das Ansehen gehabt / alß ein Suburbium²⁸, und alß ein Anhangsel von der Stadt Schwerin (wie wol Sie doch ihr Gericht , parte, und von dem Schwerinischen Gerichte separiret / gehabt / auch bekannter maaßen von der / in der sonst eigentlich so genannten Graffschafft Schwerin liegenden Stadt Schwerin / ratione territorii²⁹, in dem sie zum Stifft oder nunmehrö Fürstenthumb Bützow oder Schwerin gehörig / ohne dem unterschieden) nunmehrö zu einer rechten neuangelegten Stadt / declariret sey / alle Jura³⁰, so andere Unsere in solchem Fürstenthumb belegene Städte haben / nebst allen prærogativen³¹, Vortheilen und Gerechtigkeiten besitzen / zu solchem Ende zu forderst / und damitt / wie in allen Sachen sich gebühret / von GOTT und seiner Ehre der Anfang gemacht werde / das schon daselbst vorhandene Gottes-Hauß erweitert und vergößert / der in dem fatalen Wind-Sturm Anno 1703 Sonnabends ante Dominicam II. Adventûs³², fast gantz ruinirte Kirchthurm herunter genommen / und auff eine andere und zierliche Manier³³, wieder auffgeführt / ein ordentlicher wohl disponirter³⁴ Gottesdienst daselbst / und zu dem Ende besondere Prediger bestellt / ein eigenes Rathhauß mit der Zeit allda erbauet / und ein eigener Magistrat von Bürgermeister und Rath constituiret werden / alle zwischen den Einwohnern der Schelffe vorfallende Streitigkeiten und disputer³⁵, so weit sie / Ihrer bewandtnis nach / nicht an Unsere Ober-Gerichte so fort gedeyen müßen / daselbst ihr forum primæ Instatiæ³⁶ haben / zu Beforderung guter Nahrung / gewiße Vieh- und Jahr-Märckte auff solcher Schelffe angeordnet werden / und mit kurtzen / diese bis anhero so genandte Schelffe / eine besondere / von Unß / auff Unsere kosten / und unter Unserer Protection³⁷ neu-angebaute Stadt / in

²⁷ Entschluss.

²⁸ Vorstadt, Vorort.

²⁹ In der territorialen Lage begründet.

³⁰ Rechte.

³¹ Vorrechten.

³² Vor dem zweiten Sonntag der Adventszeit.

³³ Zur Zier gereichende Art.

³⁴ Angelegter.

³⁵ Auseinandersetzungen, Streitigkeiten.

³⁶ Erstinstanzliches Gericht.

³⁷ Schutz.

Unserem Fürstenthum Schwerin / heißen / und unter Unserer / auch Unserer Fürstlichen Nachkommen an der Regierung Providence und immediaten Vor-sorge / beständig bleiben solle³⁸.

II.

Damit nun die Neu-anbauende ümb so vielmehr zu erreichung Unser guten intention auffgemuntert werden mögen / so wollen Wir / das denen jenigen / so bereits auf Unsre Declaration, zu diesem Wercke mit bey zu springen / und vor sich selbst Hand mit anzu legen / schon resolviret haben möchten / solches auf alle Weise leicht gemacht / und durch ihr Exempel, andere mehr herzu gezogen werden. Gestaltsahm Wir dann zu sothanem ende denen auf eigne ihre kosten Bauenden / Freye Plätze / so ohn einzige Entgeld angewiesen / und ihnen eingeräumt werden solle / hiedurch offeriren / also daß Jedweder / der zu bauen sich erklärt / sich schriftlich bey Unß / oder denen zu dieses Wercks Beforderung / expresse³⁹ Verordneten Commissariis⁴⁰ melden / wie großen Platz Er verlange / anzeigen / Sich / wie viel Er zu solchem Baw destiniret⁴¹ / und von was vor Calibre⁴², größe und Beschaffenheit / Er ein Hauß zubauen gesonnen / erklären / und was vor⁴³ Nahrung oder Handthierung Er hernechst darin zu betreiben gewillet / eröffnen solle. Worauf / im fall Er dieser Ohrten unbekant sein solte / oder seine Umbstände es nicht litten / sich selbst darüm zu bemühen / Unsere Commissarii ihm mit Baw-Materialien, vor billige und moderate Bezahlung an Hand gehen / auch woll gar die Handwercker ihm zu guthe bedingen⁴⁴ / und vor seinen vorthell im Anbau / ja so guth / alß vor Unsern eignen / zu sorgen schuldig seyn sollen.

III.

Ferner erkennen Wir gar wohl / daß / nach unterscheid derer Anbauenden / auch ein unterscheid an Beneficiis und Begnadungen zu machen seyn werde, dannerhero Wir / pro diversitate personarum⁴⁵, die Alternativam setzen / und denen auß ihren eignen Mitteln anbauenden / die freye Wahl / ob über obiges sie mit Gelde

³⁸ Versicherung, dass die Ansiedlung auf in der Neustadt unter seiner und der Regentschaft ihm nachfolgender Fürsten gleiche Aufmerksamkeit und unmittelbare Fürsorge behalten werde.

³⁹ Ausdrücklich.

⁴⁰ Kommissare, herzogliche Beamte, denen die Aufsicht über das Bauwesen und die Anweisung von Bauplätzen oblag.

⁴¹ Bestimmt, veranschlagt, vorgesehen.

⁴² Maß oder Größe und Beschaffenheit.

⁴³ Welche.

⁴⁴ Zu seinen Gunsten die Handwerker einstellen.

⁴⁵ Je nach Eigenheit der Person, individuell differenziert.

/ oder Materialien aus geholffen und secundiret⁴⁶ zu seyn verlangen / laßen wollen / da dann Wir / um desto beßer die Sache zu befördern / denen jenigen / so Häuser auß eignen Mitteln zu erbauen sich erklären / eine Quartam⁴⁷ von den kosten / baar auß Unserer Fürstl. Renterey⁴⁸ / in gewissen zu specificirenden Terminen zahlen / oder vor eben so viel Geld / Materialien, an Holtz / Stein / Kalck / Latten / und dergleichen / doch alles leidlich angeschlagen⁴⁹ / von Unseren Commissariis, wollen reichen laßen / das also zum Exempel / wer drey Tausend Marck Lübsch zu diesem / dem Publico und gantzen Lande heilsamen Werck angewendet / ein Tausend Marck Lübsch / damit in Zeit von einem Jahr / ohn einzigen Hazard⁵⁰, und mit größerer Sicherheit / als sonst bey ungewißen Dingen / gewinnen / und vor sich bringen kan⁵¹ / woraus dann zuerkennen / das je ansehnlicher Gebäude jemand aufführen wird / je größeren Vorschub oder Beyhülffe Er auch von Uns zu gewarten habe / allernaßen Wir / præviâ, taxatione⁵², einem jeden den vierten Theil seiner angewandten kosten erstatten laßen wollen.

IV.

Und damit ferner an Handwerckern / alß Zimmer- und Mauer-Leuten / Tischlern / Schmieden / Glasern / Töpfern / Steinbrüggern⁵³ &c. kein Mangel noch Abgang seyn möge / vielmehr selbige auß fremden Ohrtern⁵⁴ anhero zukommen persuadiret⁵⁵ werden mögen / So sollen dergleichen Leute / die ihr Handwerck redlich verstehen / und auff oft-besagter Schelffe sich häußlich niederlaßen wollen / im Fall Sie selbst Häuser bauen / eben das / was andere / an Wollthaten zugewarten⁵⁶ haben. Dafern aber eignen Baw zu unternehmen / sie gar nicht vermöchten / sollen ihnen Häuser / welche Wir vor Unsere Rechnung erbauen laßen wollen / auch nach befinden / wohl auf ein oder etliche Jahre ohn Entgelt / oder davor abzutragende Miete / hienechst aber vor leidtliche Heuer eingethan werden⁵⁷ / bis Sie dieselben / vor billige in Termine zu setzende Zahlung⁵⁸ / an sich zu bringen Capable⁵⁹ werden / wozu Wir ihnen / als neuen Bürgern und Ein-

⁴⁶ Beigestanden, unterstützt.

⁴⁷ Ein Viertel.

⁴⁸ Fürstliche Finanzbehörde und Kasse.

⁴⁹ Günstig kalkuliert.

⁵⁰ Wagnis, Risiko.

⁵¹ An sich bringen kann, einnehmen kann.

⁵² Nach vorausgegangener Schätzung bzw. Wertfestsetzung.

⁵³ Straßen-, Wegepflasterer.

⁵⁴ Orten.

⁵⁵ Überzeugt.

⁵⁶ Zu erwarten.

⁵⁷ Zunächst mietfrei, danach aber zu einer erträglichen Miete darin untergebracht werden sollen.

⁵⁸ Gegen billige Bezahlung zu bestimmten Terminen, Ratenzahlung.

⁵⁹ Fähig, in der Lage.

wohnern der anzulegenden Stadt / Unsre Hoff-Arbeit⁶⁰ versprechen / auch nicht zu geben wollen⁶¹ / daß zu denen von Uns auf mehr besagter Schelffe zu errichtenden Gebäuden /als Kirche / Rath-Hauß / Thor und Damm über den Spielturm⁶² / auch Wohnungen für privat-Leuten &c. andere als dergleichen Handwercker / so gleichfals daselbst sich häufiglich nieder gelaßen / admittiret⁶³ werden sollen / dannenhero⁶⁴ dieselbe dann an reichlicher Nahrung und guten Außkommen / um so viel weniger einigen zweiffel zutragen Ursach haben werden.

V.

Die Jenigen Handwercker betreffend / so mit Manufacturen um-zugehen wißen / es sey solches in Seyden / Leinen / oder Wolle / auch Leder und andern Sachen / als Bley / Eisen / Zinn / Meßing / Silber / Kupfer oder Gold / &c. &c. wie auch alle übrige Ouvriers⁶⁵ und Künstler / dann auch alle übrige Handwercker / alß Schuster / Schneider / Leinweber &c. sie haben Nahmen / wie sie wollen / werden / wann unter obangeführten favorablen⁶⁶ Bedingungen sie selbst zu bauen noch nicht vermögen / in Unsere Häuser vor billige Miete / auf- und angenommen / ihnen Credit, nach proportion⁶⁷ ihrer Nahrung und Handthierung gemacht / oder zu deßen Betreibung / Vorschuß an baaren Gelde gethan / auch alle Livrée⁶⁸-Arbeit für Unsere Hoffstaht⁶⁹ / und Montirung für Unsre Soldatesque⁷⁰ zu verfertigen / ihnen für andern der Vorzug gegönnet.

VI.

Wie nun / wo Handwercker sind / auch die Nothturfft erfordert⁷¹ / daß Leute sich finden, so vor deren Unterhalt sorgen / auch andere / welche die / von theils Hand-

⁶⁰ Aufträge des Hofes.

⁶¹ Nicht zulassen wollen.

⁶² Spielthum oder Spilthun, mittelniederdeutsch spiltûn = Spillenzaun, ein Zaun aus Pfählen und dünnen Brettern, vgl. Wilhelm JESSE: Geschichte der Stadt Schwerin, 2 Bde., Schwerin 1913/1920, Bd. 1, S. 42; Bezeichnung für den Spieltordamm, im 12. Jahrhundert als Sperrwerk zwischen Pfaffenteich und Ziegelsee angelegt, um den Pfaffenteich für die Grafenmühle anzustauen. Der Spieltordamm diente vor 1705 nicht als Zugang zur Schelfe. Nach der Öffnung 1705 wurde hier das Spieltor als Stadttor mit Wachhaus errichtet.

⁶³ Zugelassen.

⁶⁴ Deswegen, von daher.

⁶⁵ Arbeiter.

⁶⁶ Günstigen.

⁶⁷ Verhältnis, Verhältnismäßigkeit.

⁶⁸ Uniform der Hofbedienten.

⁶⁹ Hofstaat.

⁷⁰ Ausrüstung und Uniformen der Soldaten.

⁷¹ Die Notwendigkeit besteht.

werckern machende Wahren an sich handeln / und wieder an andere / in- und außerhalb Landes verlaßen⁷² / und entweder ums Geld verkauffen / oder gegen andere Wahren umzusetzen wißen / und zwar das erstere vornemblich durch Brauer / Becker und Schlächter / dann auch durch Krahmer / Apothecker und Wein-händler geschicht⁷³ / dieses aber durch redliche Kauff- und Handels-Leute befördert wird. So soll auch darunter vor beydes gesorget werden / und sind Wir die jenigen Krahmer / Apothecker und Weinhändler / die neu auf der Schelffe anzubauen incliniren⁷⁴, oder doch Häußlich sich da nieder laßen wollen / mit stattlichen Privilegiis, außer obgemeldten⁷⁵ Beneficiis, zu versehen nicht abgeneigt / zweifeln auch nicht / es werden tüchtige Becker und Schlächter sich von selbst anfinden / da obige gute Conditiones, und das schlechte betragen der jetzt-gegenwärtigen / theils untüchtigen Leute / ihnen nur bekandt gemacht wird / das Brau-wesen aber / und dem anhängige Brandwein-brennen⁷⁶ betreffend / wollen Wir in Unserm hiesigen Ambte Schwerin so fort die gnädige Anstalt verfügen / daß die zu hiesigem Ambte gehörige Krüge / Dörffer und Höfe / so bis anhero das Brauen und Brandwein-brennen / selbst gehabt / fordersambst specificiret, die Designation davon Unserer Fürstl. Cammer eingesand⁷⁷/ so dann daruff alles Brauen und Brandwein-brennen eingestellt / Sie hingegen ihr Bier und Brandwein allda⁷⁸ zu nehmen / auch die Unterthanen / ihr etwa zu Hochzeit / Kind-Tauffen und Begräbnißen brauchendes Bier / alda von den Brauern zu holen angewiesen werden sollen.

VII.

Was aber in specie Kauff- und Handels-Leute betrifft / so zweifeln Wir nicht / haben vielmehr das gute vertrauen / zu theils denen in Unsern Fürstenthum- und Landen allbereit befindlichen / insonderheit solchen / von denen bekand / wie sie durch Gottes Seegen / und Unsern ihnen kräftigst-ertheilten Schutz / auch ihnen zu Unserer Hoffstaath viele Jahre gegönneten guten und sehr vortheilhaff-

⁷² Überlassen, weitergeben.

⁷³ Geschieht.

⁷⁴ Dazu neigen, auf der Schelfe zu bauen.

⁷⁵ Oben genannten.

⁷⁶ Bierbrauen und Brandweinbrennen ist häufig gemeinsam betrieben worden; 1681 weist eine Liste 19 Häuser auf der Schelfe aus, in denen Bier gebraut wurde, bei etwa 40 Häusern insgesamt, also fast in der Hälfte (StAS M 11489). 1700 werden eine Brauerwitwe und ein „gewesener Brauer“ genannt, zwei Handwerker, die nebenher das Brauen betrieben sowie eine „Brantweinbrennersche“ (LHAS 2.12-4/3, 350/1); eine undatierte Liste, die wohl in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts gehört, erfasst sieben Brauer, von denen zwei auch Brantwein brannten, daneben sechs reine Brantweinbrenner (StAS, Verzeichnis der Häuser auff der Schelffe nach deren Anschlag und Nahrunge, o. Sign.).

⁷⁷ Wie gefordert aufgelistet und die Anzeige davon der Regierung (Finanzverwaltung) eingereicht [werden soll] .

⁷⁸ Dort; in der Neustadt.

ten Lieferung / ein ehrliches Vermögen vor sich gebracht⁷⁹ / Sie werden von selbstn Unserm gnädigsten willen sich zu conformiren⁸⁰ bedacht seyn / und von dem / so GOTT und Wir ihnen gegönnet / etwas wieder anwenden / um Unserm vorhaben zu hülffe zu kommen / zu welchem Ende dann / und damit Sie zum Anbau desto eher encouragiret⁸¹ werden mögen / solchen die besten Stellen an dem neu anzulegenden Marckte angewiesen/ obige Beneficia ihnen gleichermaaßen ertheilet / und Sie in Handel und Wandel / wie bisher / noch ferner kräftigst secundiret⁸² und unterstützt werden sollen; Da fern⁸³ aber / in solcher Unserer guten hofnung zu Unsern Eingesessenen eignen Leuten / Wir über vermuthen fehlen⁸⁴ / und in Unserer Meinung Uns betrogen finden solten / So declariren Wir hiemit öffentlich / daß die Jenigen Kauff- und Handels-Leute so zu erst sich Unserm gnädigsten willen accommodiren⁸⁵, Sie seyn Ein- oder Außheimisch / Teutsche / Holländer / Frantzosen / oder wer Sie wollen, ohn Unterscheid einiger Nation oder Religion, vor allen andern in ihren Commerciis und Negotoiis⁸⁶ favorisiret⁸⁷, zum Verlag⁸⁸ Unserer Hoff-Staat und gesambter Bedienten gebraucht / zu Ehren-Ambtern / und Bestellung des künftigen / auf der Schelffe zu introducirenden⁸⁹ Magistrats hervor gezogen⁹⁰ / und sonst mit â parte ihnen zuzuwendenden / hiezu exprimiren eben nicht nöthigen⁹¹ Wolthaten und Begnadigungen angesehen werden sollen.

VIII.

Wie wohl nun nicht zu zweifeln / es werden durch obangeführte Favorable offernten, zum bauen auf der Schelffe / viele bewogen werden / So haben Wir jedoch / um das Werck desto mehr zu poussiren⁹², auch vor die jenigen Sorge getragen / welche zum Baw vor sich selbstn zu resolviren bedencken haben möchten / zu welchem Ende Wir die Anstalt verfüget / daß so gleich noch dis Jahr / mit Bewabung ein oder etzlicher kleinen Gaßen der Anfang gemachet werden solle / damit darin Handwercker und zum größeren Baw zu verschrei-

⁷⁹ Erworben, an sich gebracht.

⁸⁰ Zu fügen, unterzuordnen.

⁸¹ Ermutigt.

⁸² Unterstützt.

⁸³ Insofern.

⁸⁴ In unserer Vermutung fehl gehen.

⁸⁵ Anpassen, fügen.

⁸⁶ Geschäften und Handlungen.

⁸⁷ Bevorzugt.

⁸⁸ Eigentlich Auslage von Waren, Angebot von Waren, hier im Sinn von Besorgung des Einkaufs für den Hofstaat.

⁸⁹ Einzurichtenden, zu schaffenden.

⁹⁰ Herangezogen.

⁹¹ Hier nicht ausdrücklich zu nennenden.

⁹² Voranzubringen, voranzutreiben.

bende⁹³ Arbeits-Leute, falls selbe nicht von selbst kommen solten / logiret und einquartiret werden können / welchen dann obgedachter maßen nach befinden / auch wohl auf ein oder etzliche Jahr mit Quartires-Freyheit⁹⁴ und andern Wohlthaten soll gratificiret⁹⁵ werden.

IX.

Die im Baw- und Regulirung der Gaßen zu observirende⁹⁶ Ordnung / ist Unsern hierzu verordneten Commissariis bekandt / bey welchen ein Jedweder davon Nachricht erhalten auch den Abriß⁹⁷ der neu-anzulegenden Stadt / so wohl als der Gebäude / ihm⁹⁸ kan zeigen laßen / doch damit denen / welchen die Umstände einiger maaßen vorhin⁹⁹ bekandt / hievon mehrere Nachricht gegönnet werde / so gehet Unsere gnädigste Meinung dahin / daß vorerst die bereits angelegte in die Länge nach dem Schelff-Kirchhoff / Hintenhoff / und Bauhoff tragende Haupt-Straßen / so viel möglich / regulir gemacht¹⁰⁰ / die eine / weiter hinaus / biß an den so genandten Spielthurm geführet / über solchen Spielthurm / nunmehr / und zwar mit dem fordersahmsten / die Passage eröffnet¹⁰¹ / die andere aus dem Schwerinischen Stadt-Thore / über die Bischoffs-Mühle gehende Fahrt dagegen gesperret¹⁰² / zu diesem Ende der auf dem Schelff-Felde vorn anliegende Berg¹⁰³ durch geschnitten / ein sicherer guter Stein-Damm biß zum Wismarschen / an die Bischofs Mühle gehenden Landweg / verfertigt / dann ferner diese in die länge bereits angelegete / und weiter in die Länge hin außzu-

⁹³ Einzustellende, zuzuweisende.

⁹⁴ Freiem Wohnen, Mietfreiheit.

⁹⁵ Vergütet.

⁹⁶ Zu beachtende.

⁹⁷ Grundriss; Aufriss.

⁹⁸ Sich.

⁹⁹ Vorher, im Vorhinein.

¹⁰⁰ Regulär gemacht, reguliert, also verbreitert, begradigt und gepflastert werden; gemeint sind die heutigen Straßenzüge Pfaffen-, Apothekerstraße bis Höhe Gaußstraße, Puschkinstraße bis zur Schelfkirche und Fischer-, Münz-, Amtsstraße.

¹⁰¹ Der Spieltordamm sollte mit Gründung und Ausbau der Neustadt direkter Zugang zur Neustadt werden, vgl. Anm. 62.

¹⁰² Hier ist der Weg durch die Altstadt aus dem Mühlentor (am heutigen Marienplatz) Richtung Wismar gemeint.

¹⁰³ Vermutlich der Weinberg oder Mühlenberg; Am Weinberg befand sich seit 1694 der jüdische Friedhof, dessen Lage aber nicht genau bekannt ist, der auch weder in der Deklaration Erwähnung findet, noch auf den Karten von 1705 eingezeichnet ist. Die Darstellung Jesses (wie Anm. 62), S. 268, dass „die Leichen draußen herumlagen“, scheint bezogen auf 1705 ziemlich dramatisiert, denn erst 1714 beklagt sich die Witwe des Schutzjuden Ruben Michel Hinrichsen über die Störung der Totenruhe, weil die Anbauenden auf der Schelfe beim Sandgraben „denen Leichen so nahe gekommen“ seien, dass zu befürchten stände, diese könnten „mit dem überhängenden Berg einfallen“ (LHAS 2.12-4/5, Nr. 8). 1717 erhält die Gemeinde dann einen neuen Begräbnisplatz am Schwälkenberg auf dem Schelffeld.

führende Haupt-Gaßen / mit gewissen Quer-Gaßen durch geschnitten / an der Kirche / ein raumer Platz zum Marckt / und Erbauung des Rathauses gelaßen / der im Wege stehende Bauhoff an die seite geschaffet / daselbst hingegen gute Häuser und Wohnungen erbauet / die Garten auf der Schelffe / an beiden seiten mit Häusern besetzt / und also alle Wüste Plätze und Garten-Steten / so fern sie nicht bey den neu-zuerbauenden Häusern dienlich erfunden¹⁰⁴ werden / wohnbar gemacht werden sollen.

X.

Hierunter nun desto leichter zu reussiren¹⁰⁵, und alle Obstacula¹⁰⁶, welche von theils proprietariis¹⁰⁷, und jetzigen Besitzern der Schelffe-Garten und wüsten Plätze eingeworffen werden könnten / auß dem Wege zu räumen / wollen Wir alle Unsere hiebevorn von wüsten Häusern und Hauß-Plätzen / und deren forder-sahmsten Bebauung / publicirte, Unseren Landes-Einwohnern annoch in frischem Gedächtnis ruhende Edicta¹⁰⁸ und Verordnungen / insonderheit das vom 29. Mart.¹⁰⁹ 1695. it.¹¹⁰ das von 20. Julii. 1700. hieher verbotenus¹¹¹ wiederholet / und erneuret / und da in diesem letztern schon / jedwedem Eigenthümer solcher wüsten- oder mit Garten und Scheuren¹¹² bebaueten Plätze / ein gewißer Terminus¹¹³ von 2. Jahren / zu bauen / oder denselben abzutreten und verlustig zu seyn / præfigiret¹¹⁴ und angesetzt worden / ex-abundanti noch dieses de novo¹¹⁵, und zum letzten nunmehr verordnet haben / daß jedweder Eigenthümer eines dergleichen Platzes auf der Schelffe/ â dato¹¹⁶ innerhalb 3. Wochen / bey Unsern verordneten Commissariis sich angeben / und ob Er solchen Platz / dato comparitionis¹¹⁷, innerhalb Jahr und Tag / zu bebauen / den Anfang machen wolle / oder nicht / ad Protocollum declariren¹¹⁸ solle; Ist jemand der zum Baw resolviren will / hat derselbe von Unß / alle obangeführte Beneficia und begnadigungen zu gewarten / darauf Er sicher Staat und Facit machen kan¹¹⁹ / wer aber

¹⁰⁴ Befunden, für zweckmäßig gehalten.

¹⁰⁵ Erfolgreich zu sein, das Ziel zu erreichen.

¹⁰⁶ Hindernisse.

¹⁰⁷ Eigentümern.

¹⁰⁸ Edikte, amtliche Erlasse.

¹⁰⁹ März.

¹¹⁰ Item, ebenso, desgleichen.

¹¹¹ Von daher Verbotenes; durch diese Edikte Verbotenes.

¹¹² Schauer, Scheune.

¹¹³ Eine Frist.

¹¹⁴ Vorgegeben.

¹¹⁵ Früher mehrmals verkündet und [hier] neuerlich.

¹¹⁶ Von heute an.

¹¹⁷ Von heute an in gleicher Frist.

¹¹⁸ Zu Protokoll erklären.

¹¹⁹ Stand und Rechnung (Summe), sinngemäß: worauf er sich verlassen, seine Rechnung darauf gründen kann.

seinen Platz nicht bebauen will / ist schuldig in eben solcher / nemblich Jahres frist / einem andern / der â dato publicationis¹²⁰ dieses Edicts in Jahr und Tag zum Baw ohnfehlbar den Anfang machen kan / seinen Platz zu überlaßen / und mit demselben sich darüber zu vereinbahnen / so gut Er mag und kan / oder da Er in termino¹²¹, auff ein oder andere Art verfehlen würde / ist sein Platz dem Fisco¹²² heimgefallen / da dann Unß die Freyheit bleibet / denselben einem andern Neu-anbauenden / ohn Entgeldt zuzubilligen und einräumen zu laßen.

XI.

Die zu erbauende Häuser an sich belangend¹²³ / sollen in den Haupt- und größern Queer-Gaßen anders keine / alß von 2. und mehr Étages gelitten¹²⁴ / in den übrigen kleinern Straßen aber / jedwedem Neu-anbauenden Freyheit gelaßen werden / ein oder 2. / oder mehr stock hoch / zu bauen / nur daß Er sich bey denen Commissariis angebe / und das modelle¹²⁵, so ohne Entgeldt von Unserm Ingenieur-Capitaine verfertigt / und jedwedem gereicht werden soll / Ihm geben laße.

XII.

Wiewohl nun alles biß daher angeführte / auff Bürgerliche Nahrung- und Handthierung treibende Leute angesehen¹²⁶ / und darauß judiciret¹²⁷ werden könte / alß ob von Adel / Capitalisten¹²⁸, Leute so vom Ackerbau profession¹²⁹ machen / insonderheit aber auch Unsere eigene Hoff-Bediente / von obigen Beneficiis excludiret¹³⁰ seyn solten / so wollen Wir dennoch dahin Unß gnädigst erkläret haben / daß solches die Meinung nicht sey / sondern auch jetztbenandte / alle und jede dazu admittiret¹³¹ werden können / und zwar / was die Leute belanget¹³² / deren Profession der Ackerbau ist / sind Wir des gnädigsten Erbie-

¹²⁰ Vom Tag der Veröffentlichung an.

¹²¹ In dieser Zeit, in dieser Frist.

¹²² Fiskus, Staatskasse.

¹²³ Angehend.

¹²⁴ Geduldet.

¹²⁵ Plan des Hauses, nach dem zu bauen war.

¹²⁶ Ausgerichtet [war].

¹²⁷ Ein Recht hergeleitet; woraus geschlossen werden könnte.

¹²⁸ Personen, deren Lebensunterhalt aus Kapitalerträgen, Einkünften aus Häusern und sonstigen Renditen stammt.

¹²⁹ Beruf; Leute, die vom Ackerbau leben.

¹³⁰ Ausgeschlossen.

¹³¹ Zugelassen.

¹³² Betrifft.

tens / ihnen auff dem Schelff-Felde¹³³, alles Land / so bisher zum Bauhoff¹³⁴ gehöret / mittelst einer Erb-Pacht zu überlaßen / also daß Sie vor billige bezahlung / solch Land an sich handeln / und hernechst nur Jährlich einen gewissen Canonem¹³⁵ davon erlegen durffen; laßen Unß auch gnädigst gefallen / daß so jemand andere Vorschläge desfalß thun wolle / solche von Unsern Commissariis angehöret / und nach befinden darunter Jedem / præviâ Ratificatione Nostrâ¹³⁶, geholffen werden möge.

Wobey aber noch dieses anzuführen / daß Wir dergleichen Unordnung / als bis anhero hie im Lande eingerißen / da die Handwercker / insonderheit Tuch- und Zeugmacher / manches mahl / und fast durchgehends / ihre Handwercke negligiret¹³⁷ / und sich auff den Acker-Baw / Brau-Wesen / und Brandtwein-brennen geleet / daher es auch gekommen / daß wenig tüchtige Meister gefunden worden / hinfüro und insonderheit auff der Schelffe / nicht dulden können noch wollen / sondern jedweder seiner erlerneten Profession / Kunst und Handwercke / es sey was es wolle / absolute¹³⁸ folgen / und den andern in seinem Werck unbeeinträchtigt laßen solle / falß Er Unsers Schutzes und protection sich will zu erfreuen haben.

XIII.

Und wie dann nun auß obangeführten allen / Unsere gute Intention und Meinung / der Neu-anzubauenden und zu extendirenden Schelffe halber, zur gnüge erhellen wird; So zweiffeln Wir nicht / es werde ein Jeder / der davon zu profitiren¹³⁹ gedencket / in zeiten seine mesures¹⁴⁰ darnach nehmen / und wie Er Unser propos¹⁴¹ in der That secundiren könne bedacht seyn;

Wir inzwischen befehlen denen / zu Beforderung und Regulirung dieses höchst-nützlichen Werckes / von Uns gnädigst verordneten Commissariis, an

¹³³ Schelffeld bezeichnete zu dieser Zeit das nicht zur Siedlungsfläche gehörende Land nördlich der Schelffkirche bis zum Ziegelsee und nordöstlich bis zum Werder und ans Ufer des Schweriner Sees reichend (DUFFKE, Karte vom Schelffeld, 1805, in: LANDESHAUPTSTADT SCHWERIN (Hg.) Schwerin. Historische Karten und Pläne. Schwerin 1997, S. 73).

¹³⁴ Zur Baukasse der Domkirche beitragende Höfe; Franz SCHILDT: Das Bisthum Schwerin in der evangelischer Zeit, in: MJB 49, 1884, S. 237 erwähnt zwei Bauhöfe mit Feldern auf dem Schelffeld, von denen man den kleineren zwischen 1573 und 1583 habe eingehen lassen; der größere lag westlich der Schelffkirche und verfügte wohl noch 1705 über ausreichend Flächen zur Bewirtschaftung durch potenzielle Ackerbürger der Neustadt.

¹³⁵ Jährlicher Grundzins, eigtl. Abgabe des Lehnsmanns an den Lehnsherrn.

¹³⁶ Vorbehaltlich unserer Genehmigung.

¹³⁷ Vernachlässigt.

¹³⁸ Strikt, ausschließlich.

¹³⁹ Seinen Vorteil daraus ziehen möchte.

¹⁴⁰ Maßstab, Richtschnur; sinngemäß: Maßnahmen ergreifen.

¹⁴¹ Vorschlag.

welche Wir alle und jede Neu-anbauende / oder sonst sich auff offtbesagter Schelffe häufiglich niederlaßen wollende / auch alle die so sonst bey diesem Werck / es sey auff was vor Art es wolle / concurriren¹⁴², oder was zu suchen haben / hiemit ein vor allemahl verwiesen haben wollen / daß Sie der ihnen ertheilten Gewalt und Vollmacht gemäß / und nach der Ihnen gegebenen schriftlich- und mündlichen Instruction verfahren / und das Werck zum Stande zu bringen ihnen angelegen seyn laßen sollen / mit angehengter kräftigsten Versicherung / daß Sie darunter von Unß aller Fürstl. Manutenentz¹⁴³ zugewarten haben / Wir auch nimmer zu geben wollen¹⁴⁴ / daß Sie bey diesem so heilsamen Werck von Jemanden / wer der auch sey / beeinträchtigt noch behindert werden sollen.

Uhrkundlich unter Unserm Fürstl. Handzeichen und Insigel / und gegeben auff Unser Vestung Schwerin / den 26. Junii Anno 1705.

Friedrich Wilhelm

Anschrift des Herausgebers:

Norbert Credé

Museum der Landeshauptstadt Schwerin

Alte Crivitzer Landstraße 13

19063 Schwerin

E-Mail: crede@prohistoria.de

¹⁴² Mitwirken.

¹⁴³ Handreichung, Unterstützung.

¹⁴⁴ Niemals zulassen wollen.

CECILIENHILFE

Von Jörg Kirschstein

Auf Initiative der Kronprinzessin Cecilie von Preußen (1886–1954) wurde am 15. Juli 1913 in Berlin die „Cecilienhilfe“ gegründet. Die karitative Organisation sah ihre Aufgaben in der Vermittlung und Beschaffung von Arbeitsplätzen sowie die Ermöglichung einer angemessenen Erziehung und beruflichen Ausbildung von Kindern und Jugendlichen und der Fürsorge von alten oder sonstigen hilfsbedürftigen Personen.¹ Ziel war es, Menschen finanziell zu unterstützen, die ohne eigenes Verschulden in Not geraten waren. Zur Bereitstellung finanzieller Mittel wurden nach Entwürfen des Grafikers Hans Koberstein (1864–1945) Postkarten mit dem Bildnis der Kronprinzessin entworfen (s. Abb.). Auf Anregung Cecilies entstanden darüber hinaus in einem Danziger Kunsthaus ein blau-weißes Porzellangeschirr mit ihrem Profil sowie weitere Porzellanteile anderer Manufakturen. Der Verkaufserlös kam der Organisation zugute. Mit dem Ende der Monarchie 1918 hatte die „Cecilienhilfe“ ihre Arbeit eingestellt. Auf Wunsch der früheren Kronprinzessin wurde die wohltätige Organisation im März 1925 neu gegründet. Daraufhin schlossen sich wohlhabende Persönlichkeiten aus der Provinz Schlesien zusammen. Diese zahlten jährlich einen Geldbetrag in den Fond der „Cecilienhilfe“ ein.² Zusätzlich wurden Wohltätigkeitskonzerte im Berliner Hotel „Esplanade“ veranstaltet. Georg Schuster verfasste 1932 die Publikation: „Kronprinzessin Cecilie. In mehr als hundert Bilddokumenten“, um auf diese Weise der Organisation zusätzlich finanzielle Mittel zuzuführen. In den 20er bis Mitte der 40er Jahre erreichten Hunderte von Bittgesuchen den Vorstand der „Cecilienhilfe“. Die Höhe der Geldsummen, die überwiesen werden konnten, lagen bei 25–50 RM. Erst 1944 hat die „Cecilienhilfe“ ihre Arbeit endgültig eingestellt.³

¹ Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Wochenzeitung „Daheim“, 50 Jg., Nr. 21 vom 21.12.1914.

² GStA PK, BPH, Rep. 54, N II, Nr. 12, Akte betr.: Cecilienhilfe.

³ Die letzte Überweisung erfolgte am 8. April 1944 an Gertrud von Szczepanski, deren Wohnung durch ein Luftangriff zerstört worden war. Der ehemaligen Lehrerin wurde aus dem Fond der Cecilienhilfe der ungewöhnliche hohe Betrag von 500,- RM ausbezahlt. Dabei kam ihr zugute, dass sie zum Bekanntenkreis der Kronprinzessin gehörte. Wie Anm. 2.



Anschrift des Verfassers:

Jörg Kirschstein

Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg

Schlossmuseum Oranienburg

PF 100 105

16501 Oranienburg

FRANZ JÜTTNERS REPUBLIKFEINDLICHE KARIKATUREN IN DEN „MECKLENBURGER NACHRICHTEN“ IM JAHR 1919

Von Bernd Kasten

Mit Worten wie mit Waffen bekämpfte die nationale Rechte nach 1918 die verhasste Republik. Die in Schwerin erscheinenden „Mecklenburger Nachrichten“ zeichneten sich hierbei durch besondere Skrupellosigkeit aus. Entnervt über die ständigen im „Sauerherdenton“ geführten Angriffe, untersagte Ministerpräsident Hugo Wendorff im Mai 1919 den Landesbehörden, weiterhin Anzeigen in dieser Zeitung zu schalten.¹ Bei dem Herausgeber Hellmuth Dietzsch fielen daraufhin auch die letzten Hemmungen. Dass der Ministerpräsident, dieser „zufällige Emporkömmling der Revolution“, dieser „skrupellose Mitläufer in der Treitmühle seiner Partei“ versuchte, ihn an den „Bettelstab“ zu bringen, erzürnte ihn maßlos.² Mit immer gehässigeren Verleumdungen attackierte er Wendorff und seine Minister. Die Regierung verklagte ihn schließlich wegen Beleidigung, ohne dass freilich seine Verurteilung zu 500 M Geldstrafe einen mäßigen Einfluss auf ihn ausüben konnte.³

Ursprünglich zählte der 1872 in Saarbrücken als Sohn eines Großindustriellen geborene Dietzsch durchaus zu den gemäßigten Konservativen.⁴ Als er 1917 seine große Berliner Druckerei verkaufte und die „Mecklenburger Nachrichten“ erwarb, geriet er schnell in Konflikt mit der ritterschaftlichen Führung der konservativen Partei im Land.⁵ Die Revolution von 1918 und der als überaus demütigend empfundene Frieden von Versailles erschütterten ihn jedoch über alle Maßen. Die Verantwortung für diese katastrophale Entwicklung lastete er in erster Linie der demokratischen Partei an, deren Führer er mit unerbittlichem Hass zu verfolgen begann. Hinzu kam die wirtschaftliche Auseinandersetzung mit einem von Wendorff geführten „demokratischen Konsortium“, das ihm den Besitz seines Verlages streitig machte und ein eigenes Parteiblatt in Schwerin etablieren wollte.⁶ Der sich dergestalt als Opfer eines „Kesseltreibens“ wählende Dietzsch schlug mit allen Mitteln zurück. Bei seinem Feldzug gegen die DDP bediente er sich erstmals auch in großen Ausmaß der Karikatur als Waffe in der

¹ Stenographische Protokolle des Landtags von Mecklenburg-Schwerin (23.5.1919), Wendorff, Sp. 580.

² „Mecklenburger Nachrichten“ (22.5.1919).

³ LHAS, Staatsministerium (5.12-1/1) Nr. 659, Oberstaatsanwaltschaft an Justizministerium (16.3.1920); (31.5.1920) Staatsanwalt Schwerin, Anklage (22.12.1919); „Mecklenburger Nachrichten“ (13.4.1920).

⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (17.9.1920).

⁵ LHAS, Staatsministerium (5.12-1/1) Nr. 657, Dietzsch an Langfeld (5.10.1917).

⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (22.7.1919).

politischen Auseinandersetzung. In den „Mecklenburger Nachrichten“, die er 1916 „auf einem tiefen Provinzstande“ vorfand,⁷ hatte es dergleichen vorher nicht gegeben. Karikaturen als Angriffe auf die Obrigkeit waren vor 1914 der sozialdemokratischen „Mecklenburgischen Volkszeitung“ vorbehalten gewesen.⁸ Nun, da sich oben und unten so fundamental verkehrt hatten, griffen auch die Rechten zu diesem äußerst wirkungsvollen Agitationsmittel.

Als Zeichner hatte Dietzsch Franz Jüttner gewonnen, den er vermutlich aus seiner Berliner Zeit kannte. Der 1865 in Lindenstadt/Posen geborene Jüttner gehörte seit 1886 zu den wichtigsten Mitarbeitern der in Berlin erscheinenden „Lustigen Blätter“.⁹ In den meisten seiner Zeichnungen beschränkte er sich darauf, „behaglich den Humor der deutschen Bürgerfamilie auszuschöpfen“¹⁰. Dass er vor antisemitischen Klischees nicht zurückschreckte,¹¹ entsprach dem bürgerlichen Zeitgeist, verdient aber gleichwohl Beachtung. In vielen politischen Fragen stand er im linksliberalen Lager, nahm in seinen Karikaturen Partei für die polnische Minderheit und für die russischen Revolutionäre von 1905.¹² Nach 1914 war davon freilich nichts mehr zu spüren. Wie nahezu alle seine Kollegen stellte er sein Talent rückhaltlos in den Dienst der Kriegspropaganda.¹³ Auch nach Waffenstillstand und Friedensvertrag führte er den publizistischen Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde des Reiches fort. 1918 übersiedelte er von Berlin nach Wolfenbüttel.¹⁴

Beginnend mit dem 1. Juni 1919 erschien nun jede Woche in der Sonntagsausgabe der „Mecklenburger Nachrichten“ eine politische Karikatur von Franz Jüttner. Insgesamt 25 Zeichnungen, davon sechs zur mecklenburgischen Landespolitik und neunzehn zur allgemeinen politischen Lage lieferte er ab.¹⁵ Die letzte Karikatur dieser Reihe erschien am 7. Dezember 1919.¹⁶ Jüttner war ein renommierter Karikaturist, seine Honorare wohl nicht ganz niedrig. Vermutlich fehlten Dietzsch, der einen kostenträchtigen Neubau mit eigener Druckerei errichtet hatte und im Januar 1920 seine Leser um finanzielle Unterstützung bitten musste,¹⁷ schlicht die Mittel zur Fortsetzung der Zusammenarbeit. Die Einstel-

⁷ Ebenda.

⁸ Vgl. z.B. „Mecklenburgische Volkszeitung“ (25.4.1913).

⁹ Kurt FLEMIG: Karikaturisten-Lexikon, München 1993, S. 138; Eduard FUCHS: Die Karikatur der europäischen Völker vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart, Band 2, Berlin 1903, S. 338.

¹⁰ Franz JÜTTNER: Er, Sie, Es – Franz Jüttner Album, Berlin 1912, S. 5.

¹¹ Ebenda, S. 24, 32.

¹² Georg PILTZ: Geschichte der europäischen Karikatur, Berlin 1976, S. 222.

¹³ Ebenda, S.236; Niels WEISE: Der „lustige“ Krieg, Propaganda in deutschen Witzblättern 1914–1918, Rahden 2004.

¹⁴ Flemig, Karikaturisten-Lexikon (wie Anm. 9).

¹⁵ „Mecklenburger Nachrichten“ (1.6.1919–31.12.1919).

¹⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (7.12.1919). Am 23. Mai 1920 brachte Dietzsch nachträglich noch eine Karikatur, die ihm im Juni 1919 noch nicht in das politische Konzept gepasst hatte („Mecklenburger Nachrichten“ (23.5.1920)).

¹⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (18.1.1920).

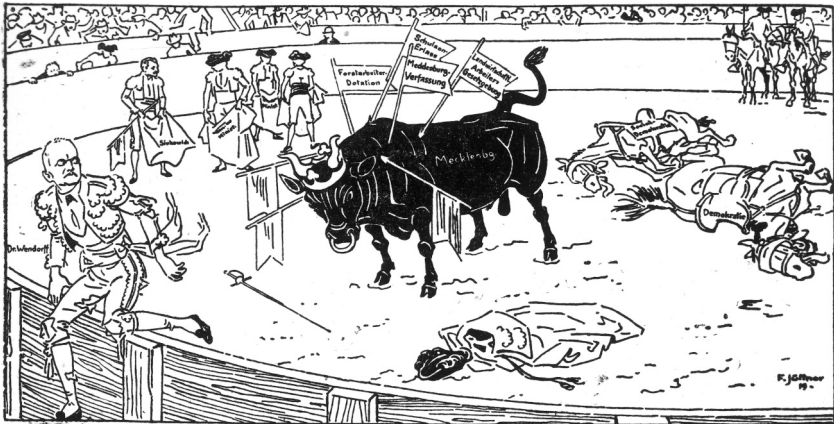
lung der Serie war jedenfalls gewiss kein Anzeichen politischer Mäßigung. Bis zu seinem Tod im September 1920 attackierte Dietzsch die DDP in immer neuen bösartigen Leitartikeln, trug so nicht unwesentlich dazu bei, sie von der politischen Landkarte zu tilgen und das bürgerliche Lager in Mecklenburg auf einen antirepublikanischen Kurs einzuschwören.¹⁸

Im Folgenden sind 14 der 25 Karikaturen ausgewählt und kommentiert. Im Mittelpunkt der zeichnerischen Attacken stehen bezeichnenderweise nicht die innen- und außenpolitischen Hauptgegner, wie der französische Präsident Georges Clemenceau, SPD- oder KPD-Führer, sondern die Männer des Ausgleichs. Wendorff sind fünf, dem Zentrumsrepublikaner und Reichsfinanzminister Matthias Erzberger und dem amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson jeweils vier Karikaturen gewidmet. Die von ihnen vertretene Position, es könne einen Kompromiss, eine Versöhnung der Gegensätze geben, wurde von den Deutschnationalen zutiefst abgelehnt. Um auch die Mehrheit des deutschen Bürgertums zu dieser Meinung zu bekehren, galt es diese Männer als korrupte Verräter und verschlagene Betrüger zu entlarven. Diese skrupellose Pressekampagne, in der Jüttners Karikaturen nur einen winzigen Ausschnitt bilden, erwies sich sehr erfolgreich und trug maßgeblich zur politischen wie physischen Vernichtung der Angegriffenen bei. Die Vermittler wurden zwischen den Mühlsteinen der Extremisten zerrieben, in Mecklenburg ebenso wie in der deutschen Innen- und in der weltweiten Außenpolitik. Wendorff verließ nach Wahlniederlage der DDP Mecklenburg und ging nach Preußen. Wilson konnte den Rückzug Amerikas in den Isolationismus nicht verhindern und erlitt einen körperlichen Zusammenbruch. Erzberger, Unterzeichner des Waffenstillstandvertrags von 1918 und Schöpfer der Reichsfinanzreform, fiel 1921 einem rechtsradikalen Attentat zum Opfer. Die folgenden Karikaturen verdeutlichen einprägsam mit welchen Mitteln und Methoden in Mecklenburg im rechten Lager gegen die Republik und ihre Führer mobil gemacht wurde.

Die Karikatur (Abb. 1) beschwört die Selbstbehauptung des alten Mecklenburg, verkörpert durch den Stier als Wappentier, gegen die Gesetze und Verordnungen der neuen Landesregierung. Die Forstarbeiter-Dotation verbesserte die Entlohnung der Forstarbeiter. Der Schulzenerlass verfügte die Abberufung aller nach dem alten ungleichen Gemeindewahlrecht gewählten Dorfbürgermeister. Die Landwirtschaftliche Arbeiter-Gesetzgebung begrenzte die Arbeitszeit der Landarbeiter auf zehn Stunden täglich. Die dem Landtag im Entwurf vorliegende neue mecklenburgische Verfassung war eine der freiheitlichsten Deutschlands und bedeutete einen radikalen Bruch mit den bis dahin geltenden ständestaatlichen Prinzipien. Alle diese Maßnahmen hatten nach Ansicht von Dietzsch und Jüttner große Teile der mecklenburgischen Bevölkerung sehr verärgert, so wie

¹⁸ Vgl. die gegen die mecklenburgische DDP gerichteten Artikel von Dietzsch, „Mecklenburger Nachrichten“ (20.5.1920); (23.5.1920); (8.6.1920); (9.6.1920); (17.9.1920).

Mecklenburgischer Stierkampf.



So leicht ist der mecklenburgische Stier doch nicht tot zu kriegen.

Abb.1:

„Mecklenburgischer Stierkampf“. Ein schwarzer Stier mit der Aufschrift „Mecklenbg.“ und einer Krone auf dem Kopf steht in der Mitte einer Stierkampfarena.

Im Nacken des Stiers stecken mehrere Banderillas betitelt „Forstarbeiter-Dotation“, „Schulzen-Erlass“, „Meddenburg-Verfassung“ und „Landwirtschaftliche Arbeiter-Gesetzgebung“. Hinter ihm liegen zwei tote Pferde mit der Aufschrift „Demokratie“ und „Socialdemokratie“. Im Vordergrund flüchtet Ministerpräsident Wendorff in der zerrissenen Kleidung eines spanischen Toreros über die Bande. Hut, Muleta und Degen des Toreros liegen vor dem Stier im Sand. Links oben stehen in der Arena noch vier weitere Toreros zum Kampf bereit. Der erste trägt die Aufschrift „Sivkovich“ und zwei andere die Bezeichnung „Minist.“ auf der Muleta.

Untertitel „So leicht ist der mecklenburgische Stier doch nicht tot zu kriegen“¹⁹. Abb.

die Banderillas den Stier nur gereizt haben, ohne ihm jedoch wirklich zu schaden. Ministerpräsident Wendorff als Torero ist bereits geschlagen und flieht vor dem Zorn der Landeseinwohner, während der demokratische Kultusminister Hans Sivkovich und zwei weitere Minister sich noch für den Kampf bereit machen.

¹⁹ „Mecklenburger Nachrichten“ (1.6.1919).



... und der Teufel lacht dazu.

Abb. 2:

„... und der Teufel lacht dazu“. Der Präsident der USA Woodrow Wilson – als Teufel mit Hörnern und Schwanz dargestellt – hält lachend ein Heft mit der Aufschrift „Friedensbedingungen der Entente“ in der Hand.²⁰

Der amerikanische Präsident Wilson, auf dessen maßvollen 14 Punkte-Plan Zentrum, SPD und Demokraten bei Abschluss des Waffenstillstandsvertrages im November 1918 vertraut hatten, zog den besonderen Hass der Deutschnationalen auf sich. Da die Versailler Friedensbedingungen viel härter ausfielen als Wilsons ursprüngliche Friedensvorschläge, unterstellte Dietzsch Wilson ein planvolles Täuschungsmanöver, auf das die leichtgläubigen Demokraten hereingefallen waren.²¹ Die Empörung über die Friedensbedingungen war groß. Selbst die der DDP nahestehende „Mecklenburgische Zeitung“ attackierte die „Versailler Infamie“ und die „teuflisch auserlesene Ausgestaltung des Friedens“.²² Angesichts dieses innenpolitischen Klimas konnte Jüttner an den ihm aus der Kriegspropaganda bekannten Stereotypen festhalten und Wilson auch noch in zwei späteren Zeichnungen in bösartiger Weise karikieren.²³

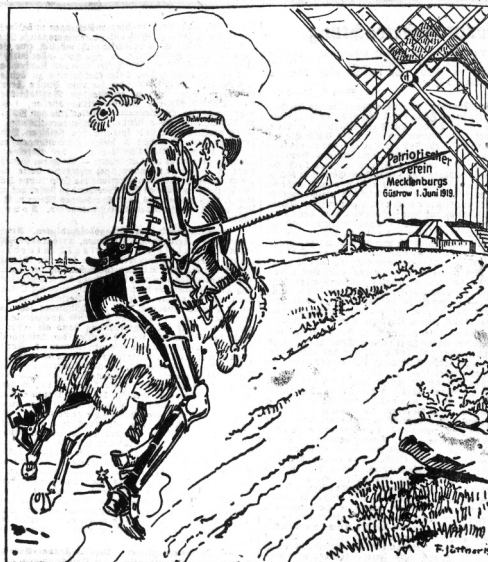
²⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (8.6.1919).

²¹ „Mecklenburger Nachrichten“ (17.5.1919).

²² Ebenda.

²³ „Mecklenburger Nachrichten“ (26.10.1919), „Woodrow Wilsons Nervenklaps“; (7.12.1919) „Sein zweites Gesicht“.

Don Quichote in Güstrow.



Die Mühle dreht sich fort und fort
Im Räderwerk der alten Treue.
Ihr Gang gibt hier, ihr Lauf gibt dort
Jedweder Tagung erst die Weiße.

Und kommt aus alter Ordnungszeit
Ein freundiges Erinnerungsblitzen.
Dann steht wir auf! In Einigkeit
Alle zusamm'! Nur Du bleibst sitzen.

Abb. 3:

„Don Quichote in Güstrow“. Ministerpräsident Wendorff reitet in einer Ritterrüstung auf einem Esel mit eingelegter Lanze auf eine Mühle zu, die die Aufschrift „Patriotischer Verein Mecklenburgs Güstrow 1.6.1919“ trägt.
Darunter steht folgendes Gedicht:

Die Mühle dreht sich fort und fort
Im Räderwerk der alten Treue
Ihr Gang gibt hier, ihr Lauf gibt dort
Jedweder Tagung erst die Weiße.

Und kommt aus alter Ordnungszeit
Ein freundiges Erinnerungsblitzen.
Dann stehen wir auf! In Einigkeit
Alle zusamm'! Nur Du bleibst sitzen.²⁴

Die Darstellung bezieht sich auf die Hauptversammlung des Patriotischen Vereins, der traditionsreichen Vereinigung der mecklenburgischen Großgrundbesitzer, am 1. Juni 1919 in Güstrow. Der Vorsitzende, Landrat von Maltzan-Moltzow, griff in seiner Rede die Landesregierung scharf an und brachte schließlich ein Hoch auf den Großherzog aus, bei dem sich alle Anwesenden bis auf Wendorff erhoben, der sitzen blieb und danach die Versammlung verließ.²⁵

²⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (15.6.1919).

²⁵ „Mecklenburger Nachrichten“ (4.6.1919).

Im Zirkus Wendorff.



Den Esel hat er am Schwanz des Rappen glücklich über die Barriere, nur mit dem Schimmel wird's ihm nicht glücken.

Abb. 4:

„Im Zirkus Wendorff“. In einer Zirkusarena springen ein Rappe mit der Aufschrift „Socialdemokratie“ und ein mit einem Seil an seinem Schwanz festgebundener Esel mit der Aufschrift „Demokratie“ über eine von zwei Männern gehaltene Stange, unter der die Worte „Mecklenburgische Verfassung“ stehen. Neben einem der Männer steht der Name des demokratischen Staatsministers „Sivkovich“. Im Hintergrund versucht Ministerpräsident Wendorff als Dompteur peitschenschwingend vergeblich, einen widerspenstigen Schimmel mit der Aufschrift „Deutschnationale Volkspartei“ über die Hürde zu bringen.

Untertitel: „Den Esel hat er am Schwanz des Rappen glücklich über die Barriere, nur mit dem Schimmel wird's ihm nicht glücken“²⁶

Im Mittelpunkt steht hier die Zustimmung der unter dem Einfluss der SPD stehenden DDP zum mecklenburgischen Verfassungsentwurf, während die DNVP-Fraktion trotz Wendorffs Bemühungen den liberalen Entwurf stets ablehnte. Auffallend ist das Fehlen der DVP, die trotz einiger Bedenken den Verfassungsentwurf im wesentlichen unterstützte und im Mai 1920 für die neue Landesverfassung stimmte.²⁷ Da Dietzsch immer noch auf ein Bündnis zwischen den Deutschnationalen und DVP hoffte, unterblieben alle Angriffe auf diese Partei.²⁸

²⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (22.6.1919).

²⁷ Stenographisches Protokoll der Landtagsverhandlungen, 17.5.1920, Reincke-Bloch, Sp.2588 f.

²⁸ Vgl. auch Abb.14.

Die „freie“ Landwirtschaft.



Die letzte Beschlagnahme.

Abb. 5:

„Die freie Landwirtschaft“. Auf einem Bauernhof drückt ein Gerichtsbeamter auf den nackten Hintern eines auf dem Arm der Mutter befindlichen Kleinkindes ein Pfandsiegel. Das selbe Pfandsiegel tragen bereits zwei andere Kinder des Bauern sowie ein Ferkel, das gerade zum Abtransport auf einen Wagen geladen wird, und ein zur Abholung bereit stehender Getreidesack. Links holt ein junger Mann Hühner aus dem Stall. Der verwirrte Bauer und seine Familie lassen den Abtransport von Vieh und landwirtschaftlichen Produkten ebenso wie die Kennzeichnung der Kinder widerstandslos über sich ergehen.

Nur die Bäuerin protestiert und ein angeleiteter Hund bellt wütend.

Untertitel: „Die letzte Beschlagnahme“²⁹

Die Karikatur protestiert gegen die seit dem Krieg andauernde Zwangsbewirtschaftung in der Landwirtschaft, die zur Sicherung der Volksernährung Ablieferungsmengen für die Bauern festsetzte und den Landwirten einen freien Verkauf ihrer Güter untersagte.

²⁹ „Mecklenburger Nachrichten“ (3.8.1919).

Noske.



Wehe dir, Spartakus!

Abb. 6:

„Noske“. In der Uniform eines römischen Feldherrn droht Reichswehrminister Noske mit geballter Faust.

Untertitel: „Wehe dir, Spartakus!“³⁰

Der sozialdemokratische Reichswehrminister Gustav Noske genoss im deutschnationalen Lager wegen seines rücksichtslosen Vorgehens gegen den kommunistischen Spartakusbund besondere Popularität. Seine Darstellung erinnert an den römischen Feldherrn Pompeius, der den Sklavenaufstand des Spartacus 71 v. Chr. niederschlug.

³⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (10.8.1919).

Die schlimmste Schiebung.



Die Feinde: „Jetzt brauchen wir die Schuld am Kriege nicht mehr zu leugnen. Die dummen Deutschen schieben sie sich selbst ja gegenseitig zu!“

Abb. 7:

„Die schlimmste Schiebung“, In der deutschen Nationalversammlung streiten mehrere Parteiführer und zwei Militärs miteinander. Im Hintergrund prügeln sich Abgeordnete. Von der Galerie sehen ein italienischer, ein englischer und ein französischer Offizier sowie ein Amerikaner zu.

Untertitel: „Die Feinde: „Jetzt brauchen wir die Schuld am Kriege nicht mehr zu leugnen. Die dummen Deutschen schieben sie sich selbst ja gegenseitig zu!“³¹

Während die Alliierten mit der alleinigen deutschen Kriegsschuld vor allem die deutschen Reparationsverpflichtungen begründeten, stieß diese Behauptung in Deutschland auf stärksten Widerstand. In der Nationalversammlung kam es in dieser Frage wiederholt zu erregten Debatten, wobei die Deutschnationalen schon den kleinsten Zweifel an der völligen deutschen Unschuld am Kriegsausbruch als unpatriotische Tat geißelten, von der nur die Alliierten profitierten.

³¹ „Mecklenburger Nachrichten“ (17.8.1919).

Wohnungsnot.



Dr. Wendorf: Ich weiß nicht, was die Leute immer über Wohnungsnot schreiben; ich merke beim besten Willen nichts davon.

Abb. 8:

„Wohnungsnot“. Ministerpräsident Wendorff sitzt zeitungslasend allein an einem gedeckten Tisch in einer sehr elegant eingerichteten Wohnung. Im Hintergrund ist eine mindestens vier leere Zimmer umfassende Flucht zu sehen.

Untertitel: „Dr. Wendorf: Ich weiß nicht, was die Leute immer über Wohnungsnot schreiben; ich merke beim besten Willen nichts davon“³²

Während am Ende des 1. Weltkrieges viele Menschen große Probleme hatten, eine angemessene Wohnung zu bekommen, bewohnte Wendorff eine sich über zwei Etagen erstreckende großzügige Dienstwohnung in der Königstraße 6 (heute Puschkinstraße) in Schwerin.

³² „Mecklenburger Nachrichten“ (24.8.1919).



Hier ist ER, seiner Denkerstirne
Entspricht die Höhe des Genies,
Die demokrat'sche Stänkerbirne
Ist stolz darauf und weiß auch dies!
Sie läßt sich froh zum Tanze führen
Von ihm mal rechts und dann mal links,
Bereit zu allen Liebeschwüren,
Gewärtig jedes zarten Winks.

Nicht stolz und eifersüchtig ist er,
Er läßt sie dem, der reichlich blecht,
Und wird dabei als Herr Minister
Sich selbst und anderen gerecht.
Er fühlt bei dieser Art Geschäften
In keiner Weise Liebes Schmerz
Und bleibt bei allen sonst'gen Kräften
Der Hugo mit dem leichten Herz. — H. D.

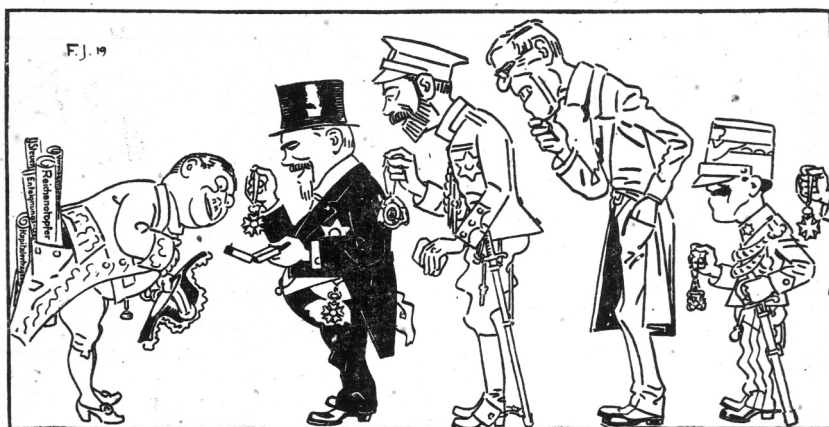
Abb. 9:

Karikatur von Hugo Wendorff, darunter folgendes Gedicht von Hellmuth Dietzsch:

„Hier ist ER, seiner Denkerstirne
Entspricht die Höhe des Genies,
Die demokrat'sche Stänkerbirne
Ist stolz darauf und weiß auch dies!
Sie läßt sich froh zum Tanze führen
Von ihm mal rechts und dann mal links.
Bereit zu allen Liebeschwüren,
Gewärtig jedes zarten Winks.

Nicht stolz und eifersüchtig ist er,
Er läßt sie dem, der reichlich blecht,
Und wird dabei als Herr Minister
Sich selbst und anderen gerecht,
Er fühlt bei dieser Art Geschäften
In keiner Weise Liebes Schmerz
Und bleibt bei allen sonst'gen Kräften
Der Hugo mit dem leichten Herz.— H.D.“³³

³³ „Mecklenburger Nachrichten“ (31.8.1919).



Die dankbare Entente.

Abb. 10:

„Die dankbare Entente“. Finanzminister Erzberger, gekleidet wie ein Lakai, gebeugt sich, den Hut in der Hand, vor den Staatsoberhäuptern der alliierten Mächte.

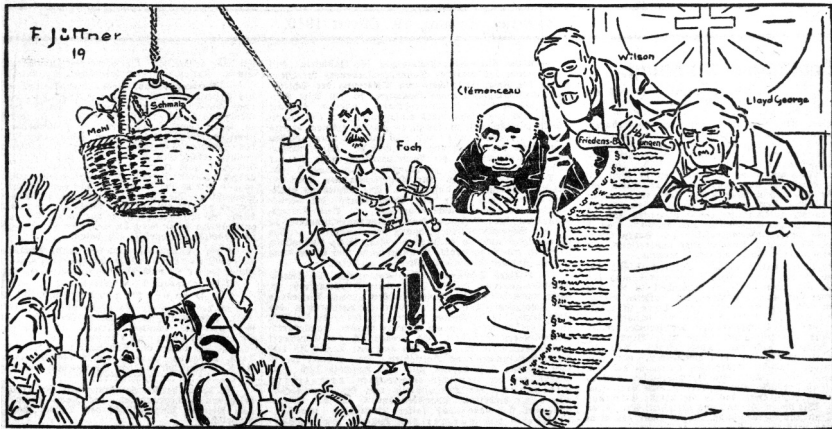
Aus seiner Tasche ragen mehrere gerollte Dokumente mit den Aufschriften „Reichsnotopfer, Kapitalertragssteuer, Enteignungsgesetz und Vermögensabgabe“. Die Präsidenten von Frankreich und den USA und die Könige von Großbritannien und Italien stehen mit Orden in der Hand hintereinander, um ihn damit auszuzeichnen.³⁴

Matthias Erzberger gehörte als Unterzeichner des Waffenstillstandsvertrags im November 1918 und Schöpfer der Reichsfinanzreform, die erstmals auch die im Kaiserreich sehr geschonten Wohlhabenderen zu hohen Steuern heranzog, zu den meistgehassten Männern der Weimarer Republik. Immer wieder griff auch Jüttner ihn in Karikaturen an.³⁵ Da er nach Ansicht der Deutschnationalen nur deshalb so hohe Steuern erhob, um die Reparationen an die Alliierten bezahlen zu können,³⁶ galt er im nationalen Lager als Landesverräter, als Lakai der Entente, die seine Dienste mit Orden belohnte. Die publizistischen Angriffe blieben nicht ohne Folgen. Am 26. August 1921 wurde Erzberger von zwei rechtsradikalen Offizieren ermordet.

³⁴ „Mecklenburger Nachrichten“ (14.9.1919).

³⁵ „Mecklenburger Nachrichten“ (20.7.1919) „Das Stehaufmännchen“; (23.11.1919) „Er muß immer noch mehr Haare lassen“

³⁶ „Mecklenburger Nachrichten“ (21.9.1919) „Das Danaidenfaß“.



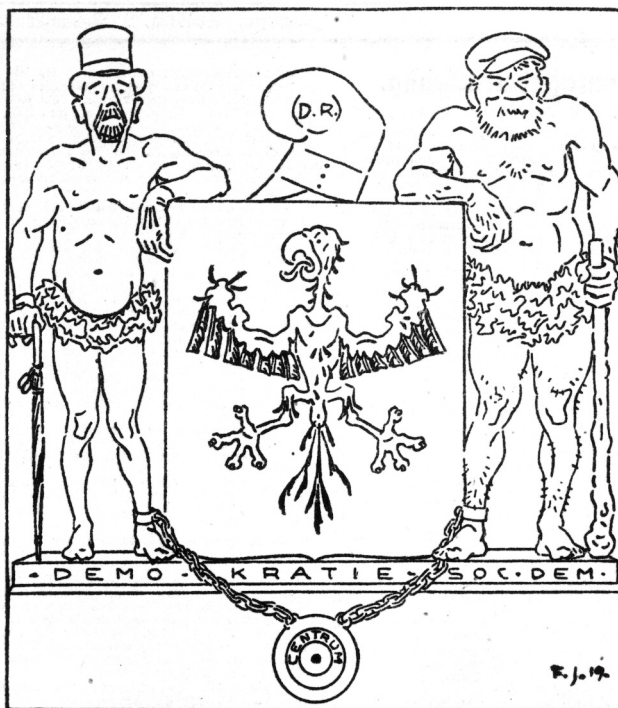
Der Brotkorb.

Abb. 11:

„Der Brotkorb“. An einem Tisch sitzen die drei alliierten Staatschefs Clemenceau, Wilson und Lloyd George vor einem Kreuz im Strahlenkranz. Während Clemenceau und George fromm ihre Hände gefaltet haben, hält Wilson eine sehr lange Papierrolle mit zahlreichen Paragraphen und der Überschrift „Friedensbedingungen“ in der einen Hand und weist mit der anderen auf einen Paragraphen. Neben ihnen sitzt der französische Marschall Foch und hält einen an einem Seil hängenden Korb mit Brot und Schmalz hoch über den ausgestreckten Armen einer Gruppe hungriger Menschen.³⁷

Da Deutschland während des ersten Weltkrieges nicht in der Lage war, sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen, litt die Bevölkerung vor allem in den Städten große Not. Auch nach dem Waffenstillstand wurde die Blockade als Druckmittel der Entente teilweise aufrechterhalten. Vorbedingung für die Aufhebung der Blockade und die Aufnahme der Lebensmittellieferungen an Deutschland war die Erfüllung der Friedensbedingungen.

³⁷ „Mecklenburger Nachrichten“ (19.10.1919).



Das neueste Deutsche Reichs-Wappen.

Abb. 12:

„Das neueste Deutsche Reichs-Wappen“. Im Schild ein dürrer Adler mit gestutzten Schwungfedern, als Schildhalter rechts ein „wilder Mann“ mit Regenschirm und Zylinder, links ein „wilder Mann“ mit Arbeitermütze und Keule, die beide am Fuß durch eine Ordenskette mit der Aufschrift „Centrum“ verbunden sind.

Als Devise erscheint die Aufschrift „DEMO-KRATIE-SOC.DEM.“

Über dem Hauptschild bildet eine Jakobinermütze mit der Aufschrift „D.R.“ für „Deutsches Reich“ die Bekrönung.³⁸

Die Karikatur erzielt ihre Wirkung durch den Vergleich mit dem damals jedermann bekannten Wappen des deutschen Kaiserreiches, dessen stolzes Wappentier nun einen jämmerlichen Anblick bot. Die Basis des neuen, durch die Revolution geschaffenen deutschen Reichs bildet nicht mehr die Monarchie, sondern die durch das Zentrum zusammengehaltene Allianz der bürgerlichen DDP mit den sozialdemokratischen Arbeitern.

³⁸ „Mecklenburger Nachrichten“ (2.11.1919).



Der ratifizierte Frieden.

Abb. 13:

„Der ratifizierte Frieden“. Ein Mann mit Engelsflügeln und Arbeitermütze hält einen geknickten Palmwedel, der in einer Geißel ausläuft, und mehrere Dokumente mit der

Aufschrift „Haftbefehl“, „Rechnung“ und „Zahlungsbefehl“ in der Hand.

Umgeschnallt trägt er eine Geldtasche, einen Dolch und eine Pistolentasche.

Im Hintergrund kämpfen Soldaten.³⁹

Die Deutschnationalen waren davon überzeugt, dass die Ratifizierung des Versailler Friedensvertrages keinen wahren Frieden, sondern politische Unterdrückung, finanzielle Ausbeutung und fortgesetzte militärische Auseinandersetzungen bringen würde.

³⁹ „Mecklenburger Nachrichten“ (9.11.1919).

Einigkeit! wo bist du?



Wenn es mit der Anpreisung der „nationalen Programme“ so fort geht, wird der Zirkus bald wegen Ueberfüllung geschlossen werden müssen.
(Diese Karikatur stammt aus dem Juni 1919. Wir haben sie seither nicht veröffentlicht, weil wir immer noch an ein Zusammengehen der nationalen Parteien glaubten.
Heute können wir uns den Luxus der Veröffentlichung leider gestatten.)

Abb. 14:

„Einigkeit! Wo bist du?“ Auf einem Jahrmarkt versuchen Redner der nationalen Parteien, die Bürger vergeblich für ihre Vorstellungen zu interessieren. Für den Dorfbund wirbt ein Bauer, für die Mittelstandspartei ein Handwerker, für die Deutschnationale Volkspartei ein Gutsbesitzer und für die Deutsche Volkspartei ein städtischer Bürger.

Alle vier Parteien kündigen an „Heute Nationales Programm“, während die Menschen desinteressiert vorbeigehen und statt dessen zu dem großen Zelt am Ende der Marktgasse mit der Aufschrift „Sozialdemokratie“ strömen.

Untertitel: „Wenn es mit der Anpreisung der ‚nationalen Programme‘ so fort geht, wird der Zirkus bald wegen Ueberfüllung geschlossen werden müssen.“

(Diese Karikatur stammt aus dem Juni 1919. Wir haben sie seither nicht veröffentlicht, weil wir immer noch an ein Zusammengehen der nationalen Parteien glaubten.

Heute können wir uns den Luxus der Veröffentlichung leider gestatten.)⁴⁴⁰

Während die SPD mit ihrem unverwechselbaren Programm die Wähler anzog, konkurrierten die rechten Parteien mit sehr ähnlichen politischen Forderungen um die Stimmen der Wahlberechtigten. Die von den „Mecklenburger Nachrichten“ immer wieder erhobene Forderung nach einem Zusammenschluss aller „nationalen“ Parteien fand bei diesen kein Gehör. DVP, Dorfbund und Mittelstandspartei standen der Republik zwar reserviert, aber keineswegs so grundsätzlich ablehnend gegenüber wie die DNVP. Im Juni 1919 hatte Dietzsch

⁴⁰ „Mecklenburger Nachrichten“ (23.5.1920).

noch gehofft, die anderen Parteien würden sich der von den Deutschnationalen verfochtenen Fundamentalopposition anschließen, und daher diese Karikatur nicht publiziert. Nachdem die DVP im Mai 1923 für die Landesverfassung gestimmt hatte, konnte er nicht mehr daran zweifeln, dass sie ebenso wie Dorfbund und Mittelstandspartei zur konstruktiven Mitarbeit im neuen Staat bereit waren. Enttäuscht entschloss er sich, die Karikatur nunmehr doch zu veröffentlichen.

Anschrift des Verfassers:
Dr. Bernd Kasten
Stadtarchiv Schwerin
Johannes-Stelling-Straße 2
19055 Schwerin

VEREINSNACHRICHTEN

Tätigkeitsbericht des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde e.V. für das Jahr 2004

1. Allgemeines

Im Jahr 2004 führte der Verein acht Vorträge, eine Tagung sowie zwei Exkursionen durch. Die Zuhörerzahl bei den Vorträgen schwankte zwischen 20 und mehr als 60 – war insgesamt aber immer sehr zufrieden stellend.

In Anwesenheit von 40 Mitgliedern fand am 17. April 2004 die jährliche Mitgliederversammlung statt. Sie bestätigte die mit der Einladung zugeschickten Vorschläge zur Änderung der Vereinssatzung. Das Amtsgericht Schwerin bestätigte im November 2004 die neue Fassung, die keine grundlegenden Veränderungen einführt, sondern die Satzung lediglich modernisiert und vereinfacht. Der Abdruck der neuen Satzung folgt diesem Bericht.

Die Mitgliederversammlung bestätigte die Tätigkeit des Vorstandes im Jahr 2003 ebenso wie den vom Vorstand vorgeschlagenen Arbeits- und Veranstaltungsplan 2004/2005.

Im Jahr 2004 war ein Zuwachs von 4 Mitgliedern zu verzeichnen. – Aktueller Mitgliederstand zum 1. März 2004: 158 Einzelpersonen (Vorjahr: 154) und zwei korporative Mitglieder.

Im Vorgriff auf das Geschäftsjahr 2005 wird aus besonderem Anlass mitgeteilt, dass Frau Dr. Andre sich beruflich nach Rheinland-Pfalz verändert hat. Sie hat aus diesem Grund ihr Vorstandsamt im März niedergelegt. Der Vorstand hat ihr auf seiner Sitzung am 5. März für ihre engagierte Arbeit für den Verein gedankt und sie verabschiedet. Bis zur Neuwahl 2006 hat sich Frau Christa Sieverkropp bereit erklärt, kommissarisch die Geschäfte zu führen.

2. Publikationen

Zum Ende des Berichtsjahres erschien der Band 119 der „Mecklenburgischen Jahrbücher“. Mit den redaktionellen Arbeiten für den Band 120 wurde begonnen.

Die Drucklegung des Registers der MJB-Jahrgänge 61 bis 70 konnte dank der großzügigen Unterstützung des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur in einer Auflage von 100 Stück erfolgen. Abnehmer der Bände sind insbesondere Bibliotheken, die über eine vollständige Serie der Jahrbücher verfügen.

3. Vortragswesen

30. 1. 2004 Katja Pawlak (Neubrandenburg / Schwerin):
Orangerien und Gewächshäuser in Mecklenburg-Vorpommern
13. 2. 2004 Dr. Klaus Lüders (Ratzeburg):
Ludwig Reinhard und Amerika
12. 3. 2004 Prof. Dr. Bernd-Ulrich Hergemöller (Hamburg):
Über die letzten Vorgänge beim Ableben seiner Königlichen
Hoheit Großherzog Friedrich Franz' III. im Jahr 1897
17. 4. 2004 Dr. Elsbeth Andre (Schwerin):
Großherzog Friedrich Franz III. und Baumeister Daniel
14. 5. 2004 Dr. Thomas Lehmann (Wiligrad):
„Gebilde der Volksphantasie“ oder Quelle geschichtlicher
Erkenntnis? – Volkssagen über bronzezeitliche Grabhügel
10. 9. 2004 Dr. Stefan Petersen (Würzburg):
Die Einkünfte der Ratzeburger Pfarrer im Spätmittelalter
8. 10. 2004 Tagung: Gesellschaft im Umbruch.
Rostock Mecklenburg in der Zeit der Weimarer Republik
 (= Gemeinsame Veranstaltung des Vereins und der Historischen
 Kommission für Mecklenburg)
- Heinz Koch (Rostock):
 Novemberrevolution und Verfassung
- Werner Müller (Rostock):
 Sozialdemokraten und Kommunisten in Mecklenburg
 in der Weimarer Republik

Bernd Kasten (Schwerin):
Die bürgerlichen Parteien in Mecklenburg-Schwerin 1918–1926

Fred Mrotzek (Rostock):
Der Kapp-Putsch in Mecklenburg

Anke John (Rostock):
Preußische Provinz, Reichsland oder souveräne Freistaaten: Politische
und historisch-kulturelle Aspekte der Selbstbehauptung der mecklenbur-
gischen Länder in der Weimarer Republik

Henrik Bispinck (Berlin):
Bildungsbürger zwischen Beharrung und Reform. Gymnasiallehrer in
Mecklenburg während der Weimarer Republik

5. 11. 2004 Dr. René Wiese (Uelitz):
Friedrich Franz II.

10. 12. 2004 Dr. Peter-Joachim Rakow (Schwerin):
Das Pariser Journal des Erbherzogs Georg von Mecklenburg-
Strelitz 1807/08 (mit Lesung)

4. Exkursionen

8. 5. 2004 Exkursion nach Bützow (Kollegiatskirche, Museum, Stadt),
zu den Dorfkirchen von Tarnow und Boitin und zum Boitiner
Steintanz
Leitung: Gabriele Röpcke und Detlev Nagel, Schwerin

19. 6. 2004 Exkursion nach Wöbbelin (Theodor-Körner-Museum und
KZ-Gedenkstätte), Neustadt-Glewe (Altes und Neues Schloss,
Stadt), Alt Damerow (niederdeutsches Hallenhaus 17. Jh.)
und Dorfkirche von Klinken
Leitung: Horst Ende, Schwerin

Schwerin, 1. März 2005

Dr. Andreas Röpcke
Vorsitzender

Dr. Elsbeth Andre
Schriftführerin

Satzung des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde e. V.

§ 1 Name und Sitz des Vereins

(1) Der Verein führt in Fortführung des 1835 von Friedrich Lisch begründeten Vereins den Namen „Verein für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde e. V.“ Er hat seinen Sitz in Schwerin.

§ 2 Zweck

(1) Zweck des Vereins ist, die Kenntnis der Geschichte und der geschichtlichen Landeskunde Mecklenburgs zu fördern und zu verbreiten.

(2) Der Verein erfüllt diesen Zweck dadurch, dass er die Reihe der „Mecklenburgischen Jahrbücher“ fortsetzt sowie andere wissenschaftliche Vorhaben unterstützt und wissenschaftliche Tagungen, Vorträge und Exkursionen durchführt.

§ 3 Mitgliedschaft

(1) Mitglieder des Vereins können Einzelpersonen, Behörden, Körperschaften und Vereine sein.

(2) Der Beitritt erfolgt durch schriftliche Erklärung; über die Aufnahme des Mitglieds entscheidet der Vorstand mit einfacher Mehrheit.

(3) Mitglieder können nach schriftlicher Erklärung mit dem Ende des Geschäftsjahres ausscheiden.

(4) Sie können wegen Nichterfüllung ihrer Beitragspflicht nach zweimaliger Mahnung durch den Vorstand ausgeschlossen werden. Eine Ausschließung aus anderen Gründen kann nur durch die Mitgliederversammlung mit 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder erfolgen.

§ 4 Förderer, Ehrenmitglieder

(1) Mitglieder, die jährlich mindestens das Zehnfache des Jahresbeitrages zahlen, werden als Förderer des Vereins geführt.

(2) Zum Ehrenmitglied kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung ein Mitglied gewählt werden, das sich besondere Verdienste um den Verein erworben hat.

(3) Ehrenmitglieder haben die Rechte, aber nicht die Pflichten eines Mitglieds.

§ 5 Geschäftsjahr, Jahresbeitrag

(1) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Der Jahresbeitrag wird zum 1. April jeden Jahres fällig.

§ 6 Organe des Vereins

(1) Organe des Vereins sind der Vorstand und die Mitgliederversammlung.

§ 7 Vorstand

(1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, seinen zwei Stellvertretern, dem Geschäftsführer und dem Schatzmeister.

(2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung gewählt. Die Wahl gilt für drei Jahre. Die Amtszeit endet mit der neuen Wahl. Wiederwahl ist zulässig. Eine Nachwahl gilt für den Rest der laufenden Amtszeit.

(3) Gesetzliche Vertreter des Vereins im Sinne des § 26 BGB sind der Vorsitzende und seine Stellvertreter, und zwar jeder für sich.

(4) Der Vorstand leitet den Verein und besorgt dessen Angelegenheiten, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind. Er kann insbesondere eines seiner Mitglieder mit der Herausgabe der Veröffentlichungen beauftragen.

(5) Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

§ 8 Geschäftsführer

(1) Der Geschäftsführer erledigt den Schriftverkehr des Vereins und die in der laufenden Arbeit des Vereins anfallenden Aufgaben wie Protokollführung, Führung des Mitgliederverzeichnisses, organisatorische Vorbereitung der Versammlungen und Veranstaltungen sowie Versand der Veröffentlichungen.

§ 9 Schatzmeister, Rechnungsprüfer

(1) Der Schatzmeister verwaltet die finanziellen Angelegenheiten des Vereins und legt jährlich der Mitgliederversammlung Rechnung ab.

(2) Die Jahresrechnung ist durch zwei Mitglieder des Vereins als Rechnungsprüfer vor der Versammlung zu prüfen und in dieser zur Genehmigung vorzulegen.

(3) Die Rechnungsprüfer werden auf drei Jahre von der Mitgliederversammlung gewählt.

§ 10 Mitgliederversammlung

(1) Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden oder einem seiner Stellvertreter geleitet; sie beschließt über

- a) Wahl des Vorstands und der Rechnungsprüfer
- b) Geschäftsbericht des Vorstands für das abgelaufene Jahr
- c) Entlastung des Vorstands
- d) die Höhe des Jahresbeitrages mit Wirkung für das nächste Jahr
- e) Satzungsänderungen
- f) Arbeitsvorhaben des Vereins

- g) sonstige Gegenstände, soweit nicht 1/3 der anwesenden Mitglieder widerspricht.
- (2) Jährlich findet eine Mitgliederversammlung (Jahreshauptversammlung) statt. Der Vorstand ist berechtigt und auf schriftlichen Antrag von mindestens 1/3 der Mitglieder verpflichtet, eine außerordentliche Mitgliederversammlung einzuberufen.
- (3) Die Einladungen müssen schriftlich und mindestens drei Wochen vor dem Tag der Versammlung ergehen und die Tagesordnung angeben.
- (4) Jede ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist beschlussfähig. Beschlüsse werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst; bei Satzungsänderungen ist jedoch eine Mehrheit von 3/4 der anwesenden Stimmen erforderlich.
- (5) Über die Mitgliederversammlung wird eine Niederschrift aufgenommen, die vom Leiter der Versammlung und dem Geschäftsführer zu unterzeichnen ist.

§ 11 Gemeinnützigkeit

(1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne der Abgabenordnung. Er ist selbstlos tätig und erstrebt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Seine Mittel dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder dürfen in ihrer Eigenschaft als Mitglieder keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins erhalten. Niemand darf durch Ausgaben, die dem Verein fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 12 Auflösung des Vereins

- (1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von 3/4 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.
- (2) Bei Auflösung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke ist das Vermögen zu steuerbegünstigten Zwecken zu verwenden. Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

Beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 16. November 1991, Änderungen beschlossen auf der Mitgliederversammlung am 17. April 2004.

Aus der Arbeit der Historischen Kommission für Mecklenburg e.V.

Die Historische Kommission beteiligte sich an einer Festveranstaltung im Landeshauptarchiv Schwerin am 21. August 2004 aus Anlass des 60. Geburtstages ihres Mitglieds Prof. Dr. Niklot Klüßendorf, in deren Rahmen ihm die Festschrift „Fundamenta Historiae“ überreicht wurde.

Am 8. Oktober 2004 wurde gemeinsam mit dem Verein für mecklenburgische Geschichte in Rostock die Tagung „Gesellschaft im Umbruch – Mecklenburg in der Zeit der Weimarer Republik“ veranstaltet. Das Programm im einzelnen findet sich im Bericht des Vereins.

Die Mitgliederversammlung fand am Abend der Tagung, am 8. Oktober 2004 in Rostock statt. Zugewählt wurde Dr. Matthias Manke, Rostock. Zusammen mit Prof. Münch wird er die Herausgeberschaft der Reihe B „Schriften zur mecklenburgischen Geschichte, Kultur und Landeskunde“ übernehmen. Als Arbeitsprojekte wurden künftige wissenschaftliche Tagungen und Veröffentlichungen besprochen, die die erfolgreiche Arbeit der Kommission weiter führen sollen. Jährliche Tagungen in Fortsetzung der Veranstaltungen 2004 und 2005 sind allerdings nicht geplant und nicht zu leisten.

Am 22. und 23. April 2005 fand in der Aula der Universität Rostock eine von der Historischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Universität Rostock veranstaltete größere wissenschaftliche Tagung statt mit dem Rahmenthema „Verfassung und Lebenswirklichkeit. Der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich von 1755 in seiner Zeit“. Grußworten des Rektors der Universität Rostock Prof. Dr. Hans Jürgen Wendel, des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Prof. Dr. Wolfgang Methling, des Innenministers Dr. Gottfried Timm, der 1. Vizepräsidentin des Landtages Renate Holznagel und des Oberbürgermeisters der Hansestadt Rostock Roland Methling folgte ein umfangreiches Vortragsprogramm:

Der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich und der frühmoderne Parlamentarismus

Prof. Dr. Kersten Krüger, Rostock

Am Rande des Alten Reiches? Mecklenburgs Stellung im alten Reich am Beispiel landständischer Repräsentation und kaiserlicher Einflussnahme

Dr. Andreas Pečar, Rostock

Die Bedeutung der Ritter- und Landschaft im Herzogtum Lauenburg

Prof. Dr. Eckardt Opitz, Hamburg

Die landständische Auseinandersetzung der vorpommerschen Stände vor dem Wismarer Tribunal in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

Dr. Nils Jörn, Greifswald

Brandenburgische Regionen um 1750 im Vergleich

Dr. Lieselott Enders, Potsdam



Die Vizepräsidentin des Landtages begrüßt die Teilnehmer der Tagung „Verfassung und Lebenswirklichkeit. Der Landesgrundgesetzliche Erbvergleich von 1755 in seiner Zeit“ am 22. April 2005 in der Aula der Universität Rostock
Foto: Nadine Roßmannek

Hannover und Mecklenburg in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts
Dr. Kerstin Rahn, Hannover

Zwischen Bothmer, Christiansburg und Ludwigslust. Herrschaftliches Bauen in Mecklenburg um 1750
Prof. Dr. Sabine Bock, Schwerin

Aufklärung und Gelehrtenkultur um die Mitte des 18. Jahrhunderts in Mecklenburg. Die Universitäten Rostock und Bützow
PD Dr. Matthias Asche, Tübingen

Die Sprache Mecklenburgs im Jahre 1755
Prof. Dr. Irntraud Rösler, Rostock

Landesherrliche Peuplierungspolitik in Mecklenburg.
Die Büdneransiedlung im 18. Jahrhundert
Dr. René Wiese, Uelitz

Von der niederländischen zur französischen Kunst- zur Umorientierung
der herzoglichen Sammlungspolitik in Mecklenburg
Dr. Gerhard Graulich, Schwerin

Von uradlig bis bürgerlich. Die ritterschaftlichen Unterzeichner des Landes-
grundgesetzlichen Erbvergleichs
Prof. Dr. Ernst Münch, Rostock

Altadeliger Widerstand nach 1755: Der Fall Joachim Sigismund von
der Lühe auf Mulsow
Dr. Michael Busch, Hamburg

„Die Souveränität Sr. Herzoglichen Durchlaucht“. Landesherrliche
Machtambition und ständische Reaktion in den Jahren 1808/1809
Dr. Matthias Manke, Rostock

„L'Europe changeait. Le Mecklembourg restait.“ Der Landesgrunde-
gesetzliche Erbvergleich und das Mecklenburgbild der Franzosen
Dr. Anke John, Rostock

Zwei weitere Referate von Dr. Gabriele Baumgartner, Frankenförde, und
Prof. Dr. Robert von Friedeburg, Rotterdam, konnten nicht gehalten werden,
sollen aber möglichst im vorgesehenen Tagungsband Berücksichtigung finden.
Die Tagung wurde im Internet angekündigt im geschichtswissenschaftlichen
Kommunikationsnetzwerk H-Soz-u-Kult. Dort erschien auch ein Tagungs-
bericht von Andreas Pečar.

Band 4 des von Frau Dr. Pettke herausgegebenen Biographischen Lexikons
für Mecklenburg mit 64 Lebensbildern ist erschienen. In Verhandlungen mit
dem Verlag Schmidt Römhild konnte erreicht werden, dass der vergriffene
1. Band neu aufgelegt wird, damit das Lexikon weiterhin komplett zur Ver-
fügung steht.

In Reihe C : Quellen zur mecklenburgischen Geschichte erschien der ab-
schließende Teil 4 des von Prof. Dr. Münch bearbeiteten Wismarer Grund-
buchs.

Eine Kürzung der Fördermittel um zunächst 20% brachte die Tagung in
Gefahr und zwingt zu neuen Überlegungen hinsichtlich des mittelfristigen
Veröffentlichungsprogramms.

Dr. Andreas Röpcke, Vorsitzender

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AdV	Atlas der deutschen Volkskunde
AKW	Archiwum Ksiazat Wologoskich (Herzoglich Wolgaster Archiv)
AKS	Archiwum Ksiazat Szczecinskich (Herzoglich Stettiner Archiv)
APS	Archiwum Paustwowe Szczecin (Staatsarchiv Stettin)
BArch	Bundesarchiv
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DVFP	Deutsch-Völkische Freiheitspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
E.L.	E(wer) L(ieben)
EM	Enzyklopädie des Märchens
fl	Gulden
HdA	Handwörterbuch des deutschen Aberglaubens
HdM	Handwörterbuch des deutschen Märchens
HR	Hanserezesse
LAGw	Landesarchiv Greifswald
LHAS	Landeshauptarchiv Schwerin
MdAA	Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
MJB	Mecklenburgische Jahrbücher
MUB	Mecklenburgisches Urkundenbuch
MWB	Mecklenburgisches Wörterbuch
OCist	Zisterzienserorden
OSB	Ordinis Sancti Benedicti (Benediktinerorden)
StAS	Stadtarchiv Schwerin
UB	Universitätsbibliothek
WA	Wossidlo-Archiv

